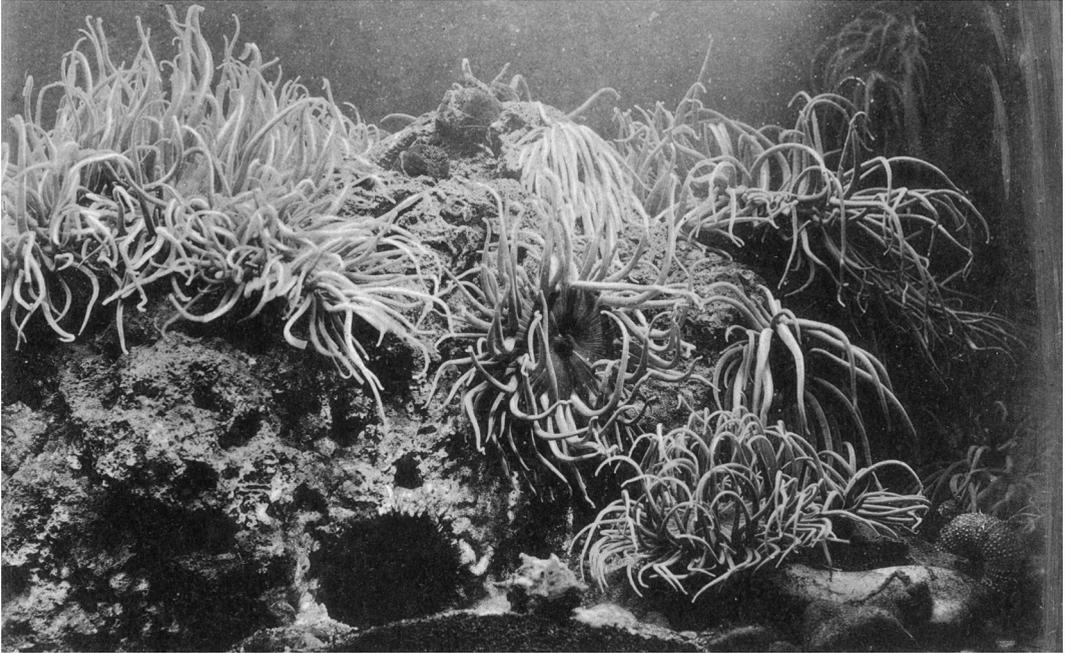


DAHLEMER ARCHIVGESPRÄCHE

BAND 14





Anemonia sulcata am Morgen im Aquarium der Zoologischen Station Rovigno (Postkarte 1912).
Archiv der MPG, VI. Abt., Rep. 1 Fotografien.

DAHLEMER ARCHIVGESPRÄCHE
begründet von Eckart Henning

BAND 14

FÜR DAS ARCHIV DER MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT
HERAUSGEGEBEN
VON
LORENZ FRIEDRICH BECK UND HUBERT LAITKO

*Marion Kazemi
gewidmet
anlässlich ihres 60. Geburtstages
im Februar 2008*

BERLIN 2013

REDAKTION:

DR. RER. POL. HORST KANT
Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte
Boltzmannstraße 22 · 14195 Berlin

SIMONE PELZER
Archiv der Max-Planck-Gesellschaft

gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Die Entscheidung darüber, ob die alte oder neue deutsche Rechtschreibung Anwendung findet, bleibt den Autoren überlassen, die auch selbst für ihre Literaturangaben und Quellenzitate verantwortlich zeichnen.

ISSN 1431-6641

Herstellung: Lektorat, Satz- und Datentechnik Oliver Rösch,
Gertrud-v.-Le-Fort-Str. 32, 97074 Würzburg,
Tel.: (0931) 88 38 46, E-Mail: oliver.roesch@freenet.de, Homepage: www.oliverroesch.de

Druck: AZ Druck, Sportfliegerstraße 6, 12487 Berlin,
Tel./Fax: (030) 6 39 95 90 / 63 99 59 99

Auslieferung: Archiv der Max-Planck-Gesellschaft,
Boltzmannstraße 14, 14195 Berlin-Dahlem,
Tel.: (030) 84 13 37 01, Fax: (030) 84 13 37 00, E-Mail: mpg-archiv@archiv-berlin.mpg.de,
Homepage: www.archiv-berlin.mpg.de

INHALT

VORTRÄGE UND AUFSÄTZE

Marion K a z e m i : Die Zoologische Station Rovigno. Spielball nationaler Interessen	9
Ekkehard H ö x t e r m a n n : Die Entdeckung der zellfreien Gärung: 1871 oder 1896. Eine Frage des Glaubens	33
Karl-Heinz B e r n h a r d t : Heinrich-Wilhelm Dove (1803–1879) und seine Stellung in der Geschichte der Berliner Meteorologie	61
Sybille G e r s t e n g a r b e : Die Genetikerin Paula Hertwig (1889–1983) in zwei Diktaturen	101
Peter S c h w a r z : Das Forschungsinstitut für Wasserbau in Obernach am Walchensee	133
Reinhard R ü r u p : Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften im Nationalsozialismus	171
Jost L e m m e r i c h : Johann Julius Wilhelm Ritter von Planck (1817–1900). Der Vater von Max Planck	197

DOKUMENTE UND ERINNERUNGEN

Siegfried Grundmann: Die Bemühungen von Albert, Elsa und Mileva Einstein um die Aufhebung der Gestapo-Verfügung vom 10. Mai 1933	215
Autorenverzeichnis	264

VORTRÄGE UND AUFSÄTZE

Marion Kazemi:

Die Zoologische Station Rovigno Spielball nationaler Interessen*

Mit dem allgemein steigenden Interesse an den Naturwissenschaften erwachte im 19. Jahrhundert auch das Interesse an der Erkundung der Meere, vor allem ihrer vielfältigen Fauna. Als Folge davon entstanden nach 1850 zahlreiche zoologische Stationen an den europäischen und in geringerem Umfang an den amerikanischen Küsten. Diese Stationen dienten der Erforschung der Tierwelt, aber auch als Fangstationen, um Universitäten und Forschungsanstalten mit lebendem und totem Material zu versorgen. Zu den bekanntesten unter ihnen zählt die 1871 von Anton Dohrn (1840–1909) in Neapel gegründete Zoologische Station.¹ Eine weitere deutsche Gründung am Mittelmeer war die 1891 von dem Berliner Aquariumsdirektor Otto Hermes (1838–1910) in Rovigno (heute: Rovinj) auf der damals zu Österreich-Ungarn gehörenden istrischen Halbinsel errichtete private Zoologische Station. Sie hatte zwar zunächst vorrangig den Zweck einer Fangstation zur Versorgung seines Berliner Aquariums und der Universitätsinstitute mit den Meerestieren der Adria, entwickelte sich aber zunehmend zu einem Forschungsinstitut, ohne ihre ursprüngliche, zum Unterhalt beitragende Bestimmung aufzugeben. Bei Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (KWG) Anfang 1911 stand die nach Hermes' Tod verwaiste Station zum Verkauf an. Im Herbst desselben Jahres übernahm die neue Forschungsgesellschaft die Station als ihr erstes Institut unter der Leitung ihres bisherigen Leiters Thilo Krumbach (1874–1949). Die Mittel in Höhe von 100.000 M hatte ein Gründungsmitglied der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, der Breslauer Ritterguts- und Fideikommissbesitzer Paul Schottländer (1870–1938), zur Verfügung gestellt, der sich auch sonst als Mäzen und Schatzmeister für die Station engagierte.² Das Deutsche Reich und Preußen unterstützten sie weiterhin durch Zuschüsse³ und das Reichsgesundheitsamt

* Überarbeitete Fassung des auf dem 71. Dahlemer Archivgespräch am 10. März 2008 gehaltenen Vortrags.

- 1 Adolf Steuer: Die Entwicklung der zoologischen Stationen. In: Die Naturwissenschaften 14 (1926), S. 57–61.
- 2 Zu Schottländer vgl. die Autobiographie von Friedrich Glum: Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Bonn 1964, S. 277.
- 3 Das Auswärtige Amt zahlte 20.000 M, das preußische Kultusministerium 7.200 M.



Abb. 1: Die Zoologische Station in Rovigno, seit 1931 Deutsch-Italienisches Institut für Meeresbiologie zu Rovigno d'Istria (alle Fotos: MPGA, VI. Abt. Bilder, Rep. 1 Fotografien).

beließ dort sein 1901 eingerichtetes Protozoenlaboratorium. Bereits wenige Jahre später fiel die Station im ersten Weltkrieg an Italien und konnte erst ab 1931 als Deutsch-Italienisches Institut für Meeresbiologie im Rahmen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft weitergeführt werden. Am Ende des 2. Weltkrieges ging sie endgültig an Jugoslawien verloren und besteht noch heute als Meeresbiologisches Zentrum des – nun – kroatischen Forschungsinstituts „Ruder Boskovic“.

*

Der folgende Beitrag behandelt einen Ausschnitt aus der politischen Geschichte der Station, und zwar den Zeitraum von 1918 bis 1931, also die Zeit der Weimarer Republik, als sich die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bei der italienischen Regierung um die Rückgabe ihrer Station bemühte.⁴

⁴ Zur gesamten Geschichte der Station vgl. meinen Vortrag im Wissenschaftshistorischen Seminar der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina in Halle am 20. Februar 2007: Von der Adria an die Nordsee. Meeres-

In dem zum 25-jährigen Jubiläum der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1936 erschienenen Handbuch heißt es über die Station lapidar: „Im Jahre 1911 ging [sie] in den Besitz der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft über [...] Nach dem Weltkrieg, von 1918 bis 1931, wurde die Station sodann als Istituto di biologia marina per l'Adriatico vom R. Comitato Talassografico Italiano verwaltet. Direktoren waren in dieser Zeit Marco Fedele (1919–1920), Raffaele Issel (1920–1923) und Massimo Sella (seit 1923). Seit dem Jahre 1931 wird das Institut aufgrund eines neuen Abkommens zwischen den deutschen und italienischen interessierten Kreisen von der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft in Berlin und dem R. Comitato Talassografico Italiano in Rom gemeinsam verwaltet und von einem Deutschen und einem Italienischen Delegierten Adolf Steuer und Massimo Sella als Direktoren geleitet [...]“⁵ Kein Wort darüber, was zwischen 1918 und 1931 geschehen war. Dies war sechs Jahre zuvor im ersten Handbuch von 1928 wenigstens angedeutet worden: „[...] die Zoologische Station in Rovigno (Istrien) [...] ist von der italienischen Regierung beschlagnahmt und enteignet worden. Die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft, der ein Rechtsanspruch auf eine Entschädigung zusteht, verhandelt zur Zeit über eine teilweise Rückgabe und eine gemeinsame deutsch-italienische Verwaltung.“⁶ Was war geschehen?

Im 1. Weltkrieg war die in der Nähe des österreichischen Kriegshafens Pola gelegene Station mit dem Kriegseintritt Italiens im Mai 1915 als Forschungsinstitut geschlossen und ihr österreichisches Personal zum Kriegsdienst eingezogen worden. Der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gelang es immerhin, die Einberufung von Th. Krumbach zu verhindern,⁷ so dass dieser den Versand von Meerestieren an deutsche, österreichische, dänische und holländische Universitäten, Museen und Aquarien zunächst weiterführen konnte, wegen der Verkehrsstörungen und der eingeschränkten Fischerei im Kriegsgewässer allerdings nur noch in geringem Umfang.⁸ Das Stationsinventar hatte Krumbach zusammen mit der Bibliothek größtenteils nach Graz ausgelagert, so dass die Italiener nicht mehr viel an Aus-

biologische Forschung in der Kaiser-Wilhelm-/ Max-Planck-Gesellschaft. In: Sybille Gerstengarbe, Joachim Kaasch, Michael Kaasch, Andreas Kleinert und Benno Parthier (Hg.): Vorträge und Abhandlungen zur Wissenschaftsgeschichte 2010. Stuttgart 2010, S. 115–139 (= Acta historica Leopoldina, 55).

5 Max Planck (Hg.): Handbuch der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Berlin 1936, S. 106 f.

6 Adolf v. Harnack (Hg.): Handbuch der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Berlin 1928, S. 25 f.

7 Archiv der Max-Planck-Gesellschaft (im Folgenden: MPG), I. Abt. Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Rep. 1A Generalverwaltung, Nr. 1231, Bl. 50 und Nr. 1232, Bl. 81–83.

8 Jahresbericht der KWG 3–5 (1916), S. 23.

stattung vorfanden, als sie die Station am 4. November 1918 besetzten. Krumbach hatte gerade noch fliehen können.⁹

Knapp drei Wochen später, wenige Tage nach Kriegsende, erging an den Leiter der Zoologischen Station eine Mitteilung des Gouverneurs des italienischen Gebiets Venezia Giulia, dass Professor Giovanni Magrini vom Marineministerium beauftragt sei, die Station für das R. Comitato Talassografico in Besitz zu nehmen.¹⁰ Dieser beschlagnahmte sie am 10. Dezember und entließ das Personal. Die Station wurde von nun an als „Istituto di Biologia Marina per l’Adriatico“ des dem italienischen Marineministerium unterstellten Comitato Talassografico weitergeführt.¹¹

Nicht einen Augenblick spielte die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mit dem Gedanken, ihre Station aufzugeben. Aber es sollte über zwölf Jahre dauern, bis sie wieder in den Kreis der Kaiser-Wilhelm-Institute zurückkehren konnte. Es entspann sich ein über lange Phasen fast aussichtsloser Kampf um die Station, in den Reichs- und preußische Ministerien, allen voran das Auswärtige Amt und das Kultusministerium, sowie die deutsche Botschaft involviert waren. Fast die gesamte Korrespondenz mit den italienischen Ministerien und Behörden lief über die staatlichen Stellen, da Deutschland eine einheitliche Politik hinsichtlich der Rückgabe der beschlagnahmten deutschen Institute in Italien anstrebte. Außer der Zoologischen Station in Rovigno waren dies das Deutsche Historische Institut und das Deutsche Archäologische Institut in Rom, das Kunsthistorische Institut in Florenz sowie die Villa Massimo in Rom und die Villa Falconieri in Frascati.¹² Hinzu kamen die private Zoologische Station und das Vulkan-Institut in Neapel sowie das kunsthistorische Institut der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Rom, die Bibliotheca Hertziana. Letztere wurde entgegen allen Befürchtungen nicht enteignet und konnte schon im Frühjahr 1920 ihre Bibliothek wieder für das Publikum öffnen. Diese entgegenkommende Behandlung dürfte sowohl dem internationalen Charakter der Bibliothek als auch dem Ansehen des Direktors Ernst Steinmann und der 1913 verstorbenen Stifterin Henriette Hertz geschuldet

9 MPG, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 1232, Bl. 5–62 und Nr. 1280, Bl. 13.

10 Ebd., Nr. 1282, Bl. 133p. – Comitato Talassografico = Komitee für Meeresforschung. G. Magrini (1877–1935).

11 Ebd., Nr. 1240, Bl. 79.

12 Zum Deutschen Historischen Institut, das 1922 zurückgegeben wurde und Ende 1924 seine Arbeit in Rom fortsetzen konnte, vgl. Richard Elze: Das Deutsche Historische Institut 1888–1988. In: Richard Elze und Arnold Esch (Hg.): Das Deutsche Historische Institut in Rom, 1888–1988. Tübingen 1990, S. 1–31 (hier S. 17). – Zum Kunsthistorischen Institut in Florenz, das im August/Oktober 1922 in deutsche Verwaltung zurückgegeben wurde, vgl. Hans H. Hubert: Das Kunsthistorische Institut in Florenz. Florenz 1997, S. 38.

gewesen sein, die in Rom großes Ansehen genossen und überdies mit der Familie Mond einflussreiche englische Freunde gehabt hatte, die weiterhin ihre Beziehungen zu dem Institut pflegten.¹³

Die Einbindung in die gesamtdeutsche Politik dürfte für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zwar von Vorteil gewesen sein, doch war dadurch ihr Handlungsspielraum eingeschränkt und sie konnte sich nur sehr diskret auf privaten oder offiziellen Wegen um die Rückgabe ihrer beiden Institute bemühen. Erschwerend kam hinzu, dass die italienische Regierung häufig wechselte und folglich keine stringente politische Linie verfolgte, sondern durch immer neue Dekrete und Gesetze sowie durch Ressortstreitigkeiten für Verwirrung sorgte, wodurch es für alle Beteiligten schwierig blieb, den Überblick zu behalten und angemessen zu reagieren.



Abb. 2: Adolf von Harnack (1851–1930) in der Amtstracht des Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.

Gleich Ende Januar 1919 ersuchte der Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft Adolf v. Harnack (1851–1930) das Auswärtige Amt, der Zoologischen Station Rovigno den Schutz des Deutschen Reiches zu gewähren und bei der italienischen Regierung Protest gegen die „völkerrechtswidrige Beschlagnahme“ einzulegen, da die Station nicht, wie womöglich von den Italienern angenommen würde, Privateigentum des früheren deutschen Kaisers sei.¹⁴ Weil die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien abgebrochen worden waren, ersuchte das Auswärtige Amt die deutsche Gesandtschaft in Bern, über die Schweizer Regierung in Italien vorstellig zu werden und die Aufhebung der Beschlagnahme zu verlangen: Die Maßnahmen gegen die Zoologische Station würden „um so weniger zu rechtfertigen sein, als sie nach Abschluss des Waffenstillstandsvertrags getroffen worden sind, also zu einem Zeitpunkt, wo keinerlei Gründe der Kriegführung ein sol-

13 Handbuch KWG 1928 (wie Anm. 6), S. 171.

14 Entwurf Glums vom 25. 1. 1919. MPGA, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 1234, Bl. 230–232.

ches Vorgehen rechtfertigen konnten“.¹⁵ Es erfuhr, dass die Station vom Militär requiriert und Offizieren als Wohnraum übergeben worden war.¹⁶ Krumbach reiste im November nach Rovigno, um sich vor Ort ein Bild von der Lage zu machen, und berichtete, dass dort mittlerweile das Comitato Talassografico die Einrichtung einer meeresbiologischen Beobachtungsstation beabsichtige und unter der örtlichen Leitung von Professor Marco Fedele mit ersten Umbauten begonnen habe.¹⁷

Im Januar 1920 trat der Friedensvertrag von Versailles in Kraft, der vor allem wegen seines Kriegsschuldparagraphen von den meisten Deutschen damals eher als „Friedensdiktat“ empfunden wurde. Der Umgang mit den deutschen Einrichtungen im Ausland war darin nicht geregelt. Paul Fridolin Kehr (1860–1944), der Direktor des gleichfalls beschlagnahmten Deutschen Historischen Instituts in Rom und zugleich des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Deutsche Geschichte in Berlin, hatte ebenfalls größtes Interesse daran, sein römisches Institut zurückzugewinnen. Er war aufgrund seiner langen Aufenthalte dort mit den römischen Verhältnissen bestens vertraut und genoss eine hohe Reputation. „Er gefiel sich darin, in der Welt seine Rolle zu spielen [...] Er fühlte die Gaben des Diplomaten und in gewissen Zeiten hätte er sich leichter als in der Gegenwart unter sie gemischt. Jedenfalls fiel es ihm nicht schwer, ähnlich und noch mehr als [sein Lehrer Theodor] Sickel, alle Kräfte dieser Welt in seinen Dienst zu stellen, Einzelpersonen und



Abb. 3: Paul Fridolin Kehr (1860–1944), Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Rom sowie des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Deutsche Geschichte in Berlin.

15 Schreiben des Auswärtigen Amtes an die Deutsche Gesandtschaft in Bern vom 13. 2. 1919. Ebda., Nr. 1234, Bl. 238–240 (hier Bl. 240).

16 Schreiben des Auswärtigen Amtes an die KWG vom 30. 9. 1919. Ebda., Nr. 1235, Bl. 23.

17 Bericht Krumbachs an Harnack vom 4. 12. 1919. Ebda., Nr. 1282, Bl. 133. Fedele war bis 1920 Stationsleiter, gefolgt von Raffaele Issel.

gelehrte Gesellschaften, Päpste und Kardinäle, Minister und Vortragende Räte, sodass ihm schließlich wie dem ihm geistesverwandten Althoff auch das Unmöglichste zugetraut wurde.“¹⁸ Kehr versuchte zwischen Dezember 1919 und August 1920 im Einvernehmen mit den Reichs- und preußischen Ministerien, die Situation aller beschlagnahmten deutschen wissenschaftlichen Institute zu erkunden und die Möglichkeiten ihrer Wiedereröffnung in dem zunächst deutschfeindlich eingestellten Land zu sondieren. Die Ergebnisse seiner „römischen Mission“ fasste er in einem Memorandum zusammen, dessen Wortwahl die damalige Gefühlslage der deutschen Intellektuellen und die ob der Ächtung nationale Haltung anschaulich wiedergibt. Zur vorgefundenen Lage der deutschen Institute bemerkte er: „[...] das Verhältnis der italienischen Regierung zu ihnen war zunächst noch sehr unklar. Ein jedes unserer Institute, wie ja auch die Rechtslage und die Ressortverhältnisse eines jeden ganz verschiedene sind, befand sich in einer besonderen Situation, und dem entsprachen zum Teil auch die Maßregeln der italienischen Regierung [...] Die maßgebenden Herren in der Consulta [Außenministerium] waren offenbar auch nicht immer der gleichen Meinung“ und das Verhalten der italienischen Regierung ließ „einen einheitlichen Plan durchaus vermissen“.¹⁹ Über Rovigno wusste Kehr zu berichten: „Als zum Kriegsgebiet gehörig, wurde sie von dem Gouverneur der Venezia Giulia General Petitti im Einvernehmen mit dem Marineministerium in Besitz genommen und der Direktor einfach vor die Tür gesetzt. Wie überall steckte hinter alledem ein ehrgeiziger und beutegieriger Gelehrter, hier der Professor Giovanni Magrini in Venedig, der sich der besonderen Gunst des Senators Prof. Vito Volterra [(1860–1940), Mathematiker] in Rom erfreute, der als Vizepräsident des R. Comitato talassografico italiano längst sein Augenmerk auf unsere zoologischen Stationen geworfen hatte. Auf den Protest unseres Auswärtigen Amtes hat die Consulta im Oktober 1919 eine ausweichende Antwort erteilt, und es wird in der Tat bei der Unabhängigkeit der italienischen Ressorts voneinander nicht leicht werden, dem Marineministerium seine Beute zu entreißen.“²⁰ Während Kehrs Verhandlungen in Rom hatte die italienische Regierung mehrfach gewechselt. Im Juni 1920 wurde der Philosoph und Historiker Benedetto Croce (1866–1952) für einige Monate italienischer Kultusminister. Kehr kannte ihn und setzte große Hoffnungen auf ihn, da er ihm gegenüber schon zwei

18 Karl Brandi: Paul Kehr, gest. 9. 11. 1944. In: Jahrbuch der Akademie der Wissenschaften in Göttingen 1944–1960, S. 134–152 (hier S. 135).

19 Zitiert nach Arnold Esch: Die Lage der deutschen wissenschaftlichen Institute in Italien nach dem ersten Weltkrieg und die Kontroverse über ihre Organisation. Paul Kehrs „römische Mission“ 1919/20. In: Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken 72 (1993), S. 314–373 (hier S. 350–352).

20 Ebda., S. 354.

Tage nach seiner Amtsübernahme eine Unterredung gewährt und bekräftigt hatte, sich für die Rückgabe der deutschen Institute einsetzen zu wollen, deren Wegnahme er als „barbarischen Akt und als eine Schande für Italien“ bezeichnet hatte.²¹ Kehr hielt es für möglich, durch Einschaltung des inzwischen – nach Inkrafttreten des Versailler Friedensvertrages im Januar 1920 und der daraufhin im April erfolgten Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen – berufenen italienischen Botschafters De Martino als auch durch Schritte der deutschen Botschaft in Rom und des Auswärtigen Amtes Magrini aus Rovigno „herauszumanövrieren“. Es sei aber fraglich, ob eine Wiederherstellung in der alten Weise in der politisch instabilen „istrischen Sturmecke“ überhaupt möglich und sinnvoll wäre.²²

Etwa zeitgleich im Sommer 1920 ließ Österreich über den Vizepräsidenten seiner Akademie der Wissenschaften, Richard v. Wettstein (1863–1931), sondieren, ob die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bereit wäre, die Station in Rovigno gemeinsam mit der Akademie zu betreiben; denn auch die einzige österreichische Meeresstation in Triest war von den Italienern beschlagnahmt worden, so dass Österreich keine Möglichkeit mehr hatte, seine Institute mit Meerestieren zu versorgen. Während Staatsminister Friedrich Schmidt-Ott (1860–1956) und Hugo A. Krüß (1879–1945)²³ vom Reichsinnenministerium diesem Wunsch aufgeschlossen gegenüberstanden, fürchtete die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, dass sich die Rückgabe der Station bei einer österreichischen Beteiligung noch schwieriger gestalten könnte, und lehnte ab.²⁴

Zwischenzeitlich war auch der Schatzmeister der Station, Paul Schottländer, nach Rovigno gereist, um sich ein Bild von der dortigen Situation zu machen. Er berichtete über die erheblichen Kosten, die die Station wegen der weiterhin gezahlten Löhne und der „Kompetenzen“ von Th. Krumbach noch laufend verursachte. Denn sowohl die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als auch das Reich und Preußen leisteten weiterhin ihre Zuschüsse für die Station; lediglich das Reichsgesundheitsamt hatte seine Zahlungen schon im Krieg eingestellt. Schottländer gelangte wie Krumbach zu der Einschätzung, dass die Rückgabe der Station unmittelbar bevorstände.²⁵ Genährt wurde diese Hoffnung durch

21 Ebda., S. 360 f.

22 Ebda., S. 365.

23 Schmidt-Ott war zugleich 2. Vizepräsident der KWG von 1919 bis 1937, Krüß ihr 3. Schriftführer von 1925 bis 1937, danach 3. Vizepräsident.

24 MPG, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 1280, Bl. 69 (Schreiben Bruno Schussnigs vom 31. 5. 1920) und Bl. 93 (Schreiben Wettsteins vom 18. 8. 1920) bzw. Nr. 1284, Bl. 194 f.

25 Bericht Schottländers, vgl. Senatsprotokoll der KWG vom 15. 11. 1920, TOP 8. Ebda., Nr. 1236, Bl. 102b.

die angebliche Rückgabe der Zoologischen Station Neapel an die Familie Dohrn im November 1920.²⁶

Doch stattdessen kam es im April 1921 zu einer endgültigen Konfiskation.²⁷ Angesichts der Aussichtslosigkeit der Lage schlug Krumbach vor, Rovigno aufzugeben und einen anderen Standort in Italien oder besser noch in Smyrna in der Türkei (heute Izmir) zu erwerben.²⁸ Darauf wollte sich die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft allerdings nicht einlassen. Sie löste stattdessen ihren Vertrag mit Krumbach, der im Oktober 1921 an das Berliner Institut für Meereskunde zurückkehrte, von dem er seit 1911 beurlaubt gewesen war.²⁹ Ihm blieb noch die Aufgabe, die seit 1915 in Graz eingelagerten Kisten mit dem wissenschaftlichen Inventar und der Bibliothek von Rovigno nach Berlin zu schaffen und zu verteilen: Das Reichsgesundheitsamt erhielt die Geräte und Bücher aus seinem Protozoenlaboratorium zurück und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Biologie in Dahlem übernahm das Eigentum der Station.³⁰

1922 stellte die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft die Unterstützung der Station schließlich ein und Paul Schottländer legte sein Schatzmeisteramt nieder. Das Auswärtige Amt widerrief erst im August 1923 seine für 1920 bis 1922 gezahlten Beiträge wegen Nichtinanspruchnahme.³¹

Im Sommer 1921 reiste Kehr zu seiner zweiten „römischen Mission“ nach Italien. Vor seiner Abreise informierte er Harnack über die Auffassung des Auswärtigen Amtes, dass die Beschlagnahme von Rovigno durch den Versailler Vertrag nicht gerechtfertigt sei. „In-

26 Notiz in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 27. 11. 1920. Ebda., Nr. 1236, Bl. 104. Der damals amtierende Kultusminister Benedetto Croce hatte die Zwangsverwaltung Ende 1920 zwar aufheben lassen, doch hatte die Stadt Neapel wenige Tage später die Station besetzt. Nach langen Prozessen zwischen der italienischen Regierung, der Gemeinde Neapel und den Erben des Begründers Anton Dohrn wurde die Station am 21. 10. 1923 schließlich in eine juristische Person italienischen Rechts (*Ente morale*) umgewandelt; die Leitung hatte ein Verwaltungsrat, dem der Sohn Reinhard Dohrn als geschäftsführender Delegierter angehörte. Die Dohrns hatten auf wesentliche Rechte verzichtet, dafür aber einen Teil ihres Privatbesitzes zurückerhalten. Ebda., Nr. 1311, Bl. 1. – Vgl. auch Karl Josef Partsch: Die Zoologische Station in Neapel. Modell internationaler Wissenschaftszusammenarbeit. Göttingen 1980, S. 59–61 (= Studien zu Naturwissenschaft, Technik und Wirtschaft im 19. Jahrhundert. 11) sowie Margret Boveri: Reinhard Dohrn. Ein Leben für die Zoologische Station Neapel. In: Heinz Götze (Hg.): Dem Andenken an Reinhard Dohrn. Berlin u.a. 1964, S. 27 f.

27 Dekret No. 470 vom 10. 4. 1921. MPG A, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 1244, Bl. 230.

28 Schreiben Krumbachs vom 10. 9. 1921 an das Kuratorium der Station. Ebda., Nr. 1237, Bl. 175.

29 Ebda., Nr. 1237, Bl. 144b, 157, 174 und 186.

30 Ebda., Nr. 1238, Bl. 195–197 und Nr. 1242, Bl. 28–48.

31 Ebda., Nr. 1240, Bl. 117 f.; Nr. 1242, Schreiben vom 31. 8. 1923.

dessen für uns kommt ja nur die moralische Seite in Betracht, die Feindseligkeit gegen die KWilhelm-Gesellschaft [sic!], die Kränkung der deutschen Wissenschaft, die Gefährdung der zukünftigen kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien“; darauf solle er gegenüber Italien hinweisen.³² Harnack wandte sich daraufhin umgehend an den neuen italienischen Botschafter in Berlin, Senator Alfredo Frassati (1868–1961), den er bat, sich für die Rückgabe der Station in Rovigno zu verwenden, um – wie er sagte – den gerade beginnenden wissenschaftlichen und kulturellen Austausch zwischen den beiden Ländern nicht zu gefährden.³³ Mit dem von Kehr empfohlenen Hinweis auf die wissenschaftlich-kulturellen Beziehungen führte er eine neue Argumentation in die Verhandlungen ein, in denen sowohl er als auch das Auswärtige Amt bislang mehr auf ihrem vermeintlichen Recht auf Rückgabe bestanden hatten, und bemühte sich fortan, diplomatischer vorzugehen und auf einvernehmliche deutsch-italienische Beziehungen auf unverfänglicherem wissenschaftlich-kulturellem Gebiet hinzuarbeiten. In der Folge sollte Harnack seine Argumentation noch stärker auf die Internationalität der Forschung fokussieren.

Kehr erhielt im Januar 1922 Besuch von dem italienischen General [Luigi?] Capello und dem Kabinettschef des Kriegsministers, Kobelinski. Beide verteidigten das jüngste Dekret der italienischen Regierung vom 16. Januar, nach dem „das deutsche Eigentum in Italien, sowohl das in den alten, wie das in den neuen, ehemals österreichischen Provinzen, zur Liquidation kommen“ solle, und erklärten, dass an eine Rückgabe der Station in Rovigno nicht zu denken sei, da „in dieser ‚Kriegszone‘ ein fremdes Institut unter keinen Umständen geduldet werden könne“. Kehr vertrat daher gegenüber dem Kultusministerium die Ansicht, dass eine Verlegung der Station an einen „anderen, nicht strategischen Punkt“ die beste Lösung sei, auch wenn dies das Auswärtige Amt abgelehnt hätte, da „die Wegnahme des deutschen Besitzes in den neuen italienischen Provinzen gegen die Friedensverträge verstoße, und dass dagegen formeller Einspruch erhoben worden sei; eine Verhandlung wegen Verlegung würde simpliciter eine Anerkennung des italienischen Standpunktes bedeuten.“³⁴ Trotzdem bat Harnack den italienischen Kultusminister Orso Corbino (1896–1937), sich bei der italienischen Regierung für die Verlegung der Station der KWG an einen anderen geeigneten Ort zu verwenden, wiederum mit dem Hinweis auf die Solidarität zwischen der italienischen und der deutschen Wissenschaft. Der Minister empfahl, dem Marineminister ein entsprechendes Memoriale über die Station einzurei-

32 Schreiben Kehrs vom 30. 5. 1921 an Harnack. Ebda., Nr. 1237, Bl. 135.

33 Schreiben Harnacks vom 1. 6. 1921. Ebda., Nr. 1237, Bl. 140–143.

34 Schreiben Kehrs vom 28. 1. 1922 an Kultusministerium. Ebda., Nr. 1239, Bl. 6b–e.

chen, wovon das Auswärtige Amt jedoch abriet, da durch einen Verzicht der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft auf Rovigno „ein Vorgang geschaffen würde, der für die mit der Italienschen Regierung gegenwärtig geführten Verhandlungen über die Rückgabe der deutschen Institute in Italien eine den einheitlichen deutschen Standpunkt schädigende Wirkung haben könnte“. Harnack lenkte ein und wollte versuchen, von Italien eine Entschädigung zu erlangen, falls der Erhalt von Rovigno nicht möglich sein sollte. Von Kehrs Vorschlag, die Station an der ligurischen Küste wieder zu errichten, war er inzwischen abgekommen, weil dort bereits zwei große vergleichbare Institute bestanden.³⁵ Angesichts der Unmöglichkeit, die Arbeit in Rovigno oder an anderer Stelle in absehbarer Zeit fortzuführen, und der fortschreitenden Geldentwertung durch die Inflation wurde das noch vorhandene Barvermögen der Station nun auf die Hydrobiologische Anstalt der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Plön übertragen.³⁶

Etwa zur selben Zeit, im Sommer 1922, wurden italienische Pläne bekannt, das deutsche Eigentum in den ehemaligen österreichischen Gebieten – also auch in Rovigno – zu nationalisieren. Auch die im Jahr zuvor erhobene Forderung nach Rückgabe der Stationsbibliothek stand noch im Raum.³⁷ Harnack bat Anfang Oktober das Auswärtige Amt um eine Bestätigung der Nachricht und gegebenenfalls um eine nachträgliche Protestnote, andernfalls um Einforderung einer angemessenen Entschädigung – den Wert ihrer Station hatte die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft inzwischen mit 250.000 Goldmark beziffert.³⁸ Nach Auffassung des Auswärtigen Amtes bestand aber im Falle einer Geldentschädigung die Gefahr, dass die Summe nicht der Gesellschaft selbst zugute käme, sondern stattdessen auf ein Reparationskonto eingezahlt oder auf den von Deutschland für den Rückkauf des deutschen Eigentums in Italien zu zahlenden Betrag gutgeschrieben würde. Das Amt empfahl daher, sich lieber bei der italienischen Regierung um den Erwerb von zwei Arbeitsplätzen an der Zoologischen Station Neapel zu bemühen, um den Wissenschaftlern der Gesellschaft wieder Gelegenheit für meeresbiologische Forschungen zu bieten.³⁹ An-

35 Schreiben Harnacks vom 30. 1. 1922 an Corbino und vom 28. 6. 1922 an das Auswärtige Amt sowie Aktenvermerk Glums vom 2. 6. 1922. Ebda., Nr. 1240, Bl. 59 und 71 f. – Zitat: Schreiben Soehrings/des Auswärtigen Amtes vom 19. 6. 1922 an Harnack. Ebda., ohne Blatzzählung.

36 Ebda., Nr. 1240, Bl. 84, 88 und 117 f.

37 Ebda., Nr. 1238, Bl. 203–205. Die KWG hatte die Forderung unter Hinweis darauf abgelehnt, dass die Bibliothek ihr Eigentum sei, das sie der Station nur leihweise überlassen habe und das vor der italienischen Besetzung verlagert worden sei. Ebda., Nr. 1237, Bl. 140.

38 Ebda., Nr. 1240, Bl. 36–38 und 94a.

39 Schreiben Heilbronns (Auswärtiges Amt) vom 14. 10. 1922. Ebda., Bl. 98. – Vgl. auch Bl. 94a, 97 und 101.

gesichts des andauernden Streits um die Station zwischen der italienischen Regierung, der Stadt Neapel und dem Sohn des Gründers, Reinhard Dohrn (1880–1962), dauerte es aber noch zwei Jahre, bis die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft dort Arbeitsplätze anmieten konnte. Einen Erwerb hatte Dohrn abgelehnt, um der italienischen Regierung keinen Vorwand für Restriktionen zu liefern.⁴⁰

Parallel zu den Bemühungen um Arbeitsplätze in Neapel setzte die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft die um die Rückgabe ihrer eigenen Station in Rovigno fort. Kehr, der weiterhin in Rom und Berlin seine Netzwerke pflegte, schrieb Anfang November 1922 an Harnack: „Aus Rom zurückgekehrt beeile ich mich Ihnen zu melden, dass ich Ihr Promemoria dem Kultusminister Anile⁴¹ überreicht und darüber auch mit den maßgebenden Beamten des Ministeriums gesprochen habe. Wie überall: Erklärungen ergebenster Bereitwilligkeit auf unsere Wünsche einzugehen. Auch an Croce⁴², dessen Rückkehr ins Ministerium nicht aussichtslos erschien, habe ich geschrieben [...] Nun ist aber doch das neue Ministerium günstiger zusammengesetzt als vorauszusehen war. Ins Auswärtige ist der Klerikale Vasallo eingezogen [...], der uns geneigt ist. Noch wichtiger ist die Ernennung von Prof. Giovanni Gentile⁴³ zum Kultusminister. Er ist Professor für Pädagogik & Philosophie an der Universität Rom und früherer Mitarbeiter Croces, ein Mann von wissenschaftlichem Charakter, allerdings kein Deutschenfreund, aber doch maßvoll, und mit mir gut bekannt. Ich hatte ihn voriges Jahr in die Kommission für das Istituto di cultura Italiana hineingebracht und seitdem mit ihm freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Für unsere Angelegenheit kann es keinen geeigneteren Mann geben. Ich erlaube mir deshalb, Ew. Exzellenz, dessen grosser Name in Italien mehr denn je Gewicht hat, vorzuschlagen, dass Sie an Gentile einen (deutsch geschriebenen) Brief richten möchten, in dem Sie als Gelehrter den Gelehrten begrüßen und beglückwünschen und ihn in grossem Stile auf die Notwendigkeit

40 Ebda., Nr. 1311 f. – Vgl. auch Anm. 23. – Die Arbeitsplätze wurden nach dem Krieg ab 1950 durch die Max-Planck-Gesellschaft wiederbelebt und erst 1975 gekündigt, nachdem die Plätze kaum noch genutzt wurden und Italien 1974 im Verwaltungsrat der Station durch ein neues Statut die Mehrheit erhalten hatte, wodurch nach Ansicht der Max-Planck-Gesellschaft der internationale Charakter der Station gefährdet schien (vgl. MPG A, II. Abt. Max-Planck-Gesellschaft, Rep. 1A Generalverwaltung, Az. I L 36 und 106. Verwaltungsratsprotokoll vom 20. 11. 1975, S. 27).

41 Antonino Salvatore Anile (1869–1943), Anatom, Literat und italienischer Politiker, Kultusminister 1922.

42 Der bekannte Philosoph und Historiker Benedetto Croce (1866–1952), 1920/21 auch italienischer Kultusminister.

43 Giovanni Gentile, Philosoph und erster Kultusminister der faschistischen Regierung. – Vgl. Esch (wie Anm. 19), S. 348.

hinweisen, dass unsere geistigen und zivilisierten Rapporten [Bindungen] durch ihn auf eine neue Basis gehoben werden müssten: von ihm erwarte das gelehrte und gebildete Deutschland die Vollendung der Bemühungen Croces: er müsse dessen Werk krönen. Eure Exzellenz kennen den italienischen Stil: große Worte, starke Phrasen, rhetorische Applikation. Er möge es sich angelegen sein lassen, mit dem Reste der Chikanen aufzuräumen, mit dem eine unverständige Bürokratie unsere gemeinsamen kulturellen Interessen bedrohe [...]. Ich glaube, der Moment für eine solche Aktion kann nicht günstiger sein; wir müssen ihn benützen [...] Exzellenz würden [...] [mit dem Brief] eine wichtige, und ich zweifle nicht, erfolgreiche Aktion vorbereiten.“⁴⁴ Harnacks daraufhin an den italienischen Kultusminister Gentile gerichtetes Schreiben ist von einer ähnlich eindrucksvollen Rhetorik, die uns heute allerdings recht fremd anmutet: „[...] [die auswärtigen] Beziehungen hatten sich in der Zeit, in der Prof. Croce, der in Deutschland hochverehrte Gelehrte, das Ministerium des öffentlichen Unterrichts leitete, günstig zu gestalten begonnen; aber dann ist ein Stillstand eingetreten, dessen Ursachen ich nicht sicher anzugeben wage. Ich vermute, dass es, wie überall, die kleinen Bedenken, Rücksichten und Zaghaflichkeiten der Bürokratie sind, die sich hemmend in den Weg stellen – jener Kleinigkeitsgeist, der sich weder zu einer höheren Betrachtung, noch zu befriedigenden Taten aufzuschwingen vermag, und der vermeintliche kleine Vorteile ängstlich festhält, aber die großen Ziele und Erfolge verfehlt. Aber das neue Europa, in welchem jeder Staat national und kosmopolitisch zugleich sein muss, kann nur entstehen, wenn unter das Vergangene ein Strich gezogen wird [...] und wenn der Geist des Vertrauens und der Brüderlichkeit regiert! [...] Ich gestatte mir, vertrauensvoll Eurer Exzellenz vorzutragen, was es uns erschwert, freudig auf den Boden gemeinsamer Arbeit und wissenschaftlichen Austauschs zu treten.“ Nach einem Hinweis auf die Beschlagnahme der Villa Massimo und der Villa Falconieri kommt er auf Rovigno zu sprechen: „[...] wir können es nicht verstehen, warum die wissenschaftliche Station, die die K.W.G. in Rovigno besitzt, uns nicht zurückgegeben wird, oder, wenn die Zurückgabe aus höheren politischen Erwägungen unmöglich ist, warum wir nicht für die Beschlagnahme entschädigt werden. Es handelt sich doch um ein rein wissenschaftliches Institut, welches wir auf österreichischem Boden besaßen, und die gesamte deutsche Wissenschaft empfindet – zumal jetzt in ihrer Verarmung – den Verlust als eine schwere und unverdiente Einbuße [...]“⁴⁵ Das Schreiben blieb ohne Antwort. Stattdessen teilte das Auswärtige Amt fünf Monate später mit, dass das Eigentumsabkommen endgültig gescheitert und es so gut

44 Schreiben Kehrs vom 6. 11. 1922. MPGA, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 1241, Bl. 103.

45 Schreiben Harnacks vom 10. 11. 1922. Ebda., Nr. 1241, nach Bl. 105 f.

wie ausgeschlossen sei, „dass die Italienische Regierung das Institut der Kaiser Wilhelm Gesellschaft zurückgeben wird“.⁴⁶ Die Verhandlungen gerieten ins Stocken.

Doch zurück zur Zoologischen Station Rovigno. Ihr neuer italienischer Direktor Massimo Sella (1886–1959) bemühte sich, Kontakt zu deutschen Biologen aufzunehmen und bot ihnen Arbeitsplätze an seinem Institut an. Aber inzwischen hatte Deutschland bei internationalen Schiedsgerichten Prozesse über die Zulässigkeit der Beschlagnahme deutschen Eigentums in den neu besetzten italienischen Gebieten angestrengt, und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und das Auswärtige Amt befürchteten eine Gefährdung der Rechtsansprüche der KWG, wenn deutsche Wissenschaftler dort arbeiteten. Das Reichsinnenministerium teilte dem Kultusministerium im März 1925 mit, dass, „solange eine Entscheidung über die Beschlagnahme der Zoologischen Station in Rovigno durch die italienische Regierung nicht gefallen ist, die Station im Interesse der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft von den deutschen Gelehrten nicht besucht“ werden sollte.⁴⁷ Gleichwohl arbeiteten in den folgenden Jahren mehrere deutsche Biologen in Rovigno, denen ihre Forschung wichtiger war als die Politik.⁴⁸

Im Frühsommer 1925 meldete sich bei Schottländer eine von einem Schulrat Dr. Günther aus Naugard in Pommern gegründete „Gesellschaft der Freunde der ehemals deutschen Biologischen Station Rovigno“, in der er Biologen „zur Unterstützung der Rückgewinnung der Station“ versammelt hatte und fragte, wie sie sich nützlich machen könne.⁴⁹ Sie wurde schon bald von anderen deutschen Biologenverbänden unterstützt, was jedoch seitens der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mit Missfallen betrachtet wurde, da sie eine Einmischung in ihre Angelegenheiten und eine Gefährdung ihrer eigenen diplomatischen Bemühungen befürchtete, die ohnehin schwierig genug waren.⁵⁰ Harnack, an den sich Gün-

46 Schreiben des Auswärtigen Amts vom 28. 4. 1923 an die KWG. Ebda., Nr. 1241, Bl. 149.

47 Schreiben vom 30. 3. 1925. Ebda., Nr. 1242, Nr. 61–64.

48 Vgl. auch ebda. Bl. 54–56 sowie Nr. 1244, Bl. 246 = Liste vom 8. 4. 1927 mit den Namen von mehr als 100 Deutschen und europäischen Ausländern, die die Station seit der Beschlagnahme besucht hatten, unter ihnen aus Berlin der Direktor des Botanischen Gartens Adolf Engler, der Direktor des Zoologischen Gartens Ludwig Heck und des Aquariums Oskar Heinroth, der Botaniker Gottlieb Haberlandt, der Tiergenetiker Hans Nachtsheim sowie mehrere Mitarbeiter des Reichsgesundheitsamtes und des Zoologischen Museums.

49 Schreiben Schottländers vom 23. 5. 1925 an Harnack. MPGA, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 1242, Bl. 77 sowie 82–84, 87.

50 Dies waren die Deutsche Botanische und die Deutsche Zoologische Gesellschaft sowie die Gesellschaft der naturforschenden Freunde zu Berlin. Ebda., Nr. 1242, Bl. 117 und 123. – Vgl. auch das Schreiben des Berliner Aquariumsleiters Oskar Heinroth vom 19. 1. 1926 an Adolf Morsbach (Kultusministerium), der dringend Seetiere aus Rovigno benötigte. Ebda., Nr. 1243, Bl. 188.



Abb. 4: Friedrich Glum (1891–1974), Generalsekretär bzw. -direktor der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1920 bis 1937.

helm-Gesellschaft im August, eine Eingabe zwecks Rückgabe zu machen; andere Informanten wiederum warnten sie vor einem solchen Schritt, ehe die sich hinschleppenden Schiedsgerichtsprozesse beendet seien.⁵² Ernst Rabel (1874–1955) vom Münchener Universitätsinstitut für Rechtsvergleichung antwortete Friedrich Glum (1891–1974)⁵³ von der

ther ebenfalls gewandt hatte, vermutete: „Vielleicht hängt diese Gründung mit Bestrebungen der Italienischen Regierung zusammen, deutsche Gelehrte nach Rovigno zu ziehen, um dadurch indirekt eine Anerkennung der Beschlagnahme zu erreichen. Wir werden besonders von Herrn Dr. Bauer in Bonn, dem man auch einen Sitz im Comitato Talasografico angeboten hat, bestürmt, ihn nach Rovigno zu lassen. Hierzu besteht aber zur Zeit keine Veranlassung, da die K.W.G. erst die Entscheidung der bei den deutsch-italienischen Schiedsgerichten schwebenden Prozesse abwarten möchte. Nach deutscher Auffassung besteht die Beschlagnahme privaten Eigentums zu Unrecht, da der Vertrag von Versailles auf diesem Gebiete nicht angewendet werden kann. Dringt Deutschland mit seiner These durch, so würden sämtliche Beschlagnahmen und Liquidationen rückgängig gemacht werden müssen. Infolgedessen vermeiden wir zur Zeit jede Stellungnahme in der Rovigneser Angelegenheit.“⁵¹ Die deutsche Botschaft in Rom riet der Kaiser-Wil-

51 Schreiben Harnacks vom 27. 5. 1925 an Schottländer. Ebda., Nr. 1242, Bl. 79.

52 Schreiben Glums vom 29. 10. 1925 an die Deutsche Botschaft in Rom. Ebda., Nr. 1242, Bl. 112.

53 Glum war seit 1920 Generalsekretär der KWG. Die Stelle wurde 1922 in die eines Geschäftsführenden Mitglieds des Verwaltungsausschusses und 1927 in die eines Generaldirektors umgewandelt, die Glum bis 1937 inne hatte.– Zu Glum vgl. Bernhard vom Brocke: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der Weimarer Republik. In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Stuttgart 1990, S. 197–355, insbes. S. 251–266, sowie Rüdiger Hachtmann: Wissenschaftsmanagement

Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft auf seine Frage nach dem Stand des deutsch-italienischen Schiedsgerichtsverfahrens über den im ehemaligen Österreich-Ungarn befindlichen deutschen Besitz Ende Oktober: „Die Angelegenheit des deutschen Eigentums in den neuen Provinzen ist gerade in den letzten Wochen in ein neues Stadium getreten. Ich komme eben von den komplizierten Verhandlungen aus Rom zurück. Die italienische Regierung erklärt, dass sie um keinen Preis und auch wenn das Schiedsgericht sie zur Rückstellung verurteilt, das deutsche Eigentum herausgeben wird. Dagegen will sie es zum vollen Werte in bar bezahlen [...] Diese Verhandlungen haben sich bis jetzt hauptsächlich auf das Südtiroler Gebiet bezogen, wo der nationale Kampf besonders zugespitzt ist.“ In dem Triester Gebiet sei die Meinung verbreitet, „dass dort im Gegensatz zu Südtirol die italienische Regierung die Güter in Natur herausgeben wird.“⁵⁴ Die deutsche Botschaft in Rom riet nun, vor Abschluss der Verhandlungen keine neuen Schritte zu unternehmen. Daraufhin wandte sich Glum an einen für Südtirol zuständigen Rechtsanwalt in Meran, der ihm Anfang 1926 mitteilte, dass die italienische Regierung begonnen habe, „die reichsdeutschen Besitzungen in der Venezia Giulia in natura freizugeben, allerdings gegen Bezahlung einer Ablösung [...] von ca. 30 % des Wertes“. Er sah für die Rückgabe der Station in Rovigno gute Chancen und riet, über den deutschen Botschafter einen neuen Antrag auf „entschädigungslose Naturalrückstellung“ an die italienische Regierung zu richten, der nach Möglichkeit durch die Fürsprache italienischer Gelehrter unterstützt werden sollte.⁵⁵ Doch der deutsche Gesandtschaftsrat hielt auch diesen Schritt für verfrüht und riet Glum, im Oktober nach Rom zu kommen, was dieser auch tat.

Nun – im Herbst 1926 – schien endlich Bewegung in die Angelegenheit zu kommen. In einem ersten Bericht schrieb Glum recht optimistisch an Harnack:⁵⁶ „[...] Ich habe jetzt sowohl den Botschafter, wie den Botschaftsrat und den Rechtsreferenten der Botschaft, der inzwischen gewechselt hat sowie auch den deutschen Staatsvertreter bei dem gemischten deutsch-italienischen Schiedsgericht hierzu gesprochen. Das Ergebnis ist, dass der Botschafter bereit ist, persönlich einen Schritt wegen der Rückgabe von Rovigno zu unternehmen, den er nicht für aussichtslos hält, vorausgesetzt, dass nicht doch noch bei

im „Dritten Reich“. Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. 2 Bde. Göttingen 2007, insbes. Bd. 1, S. 130–140 (= Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, 15).

54 Schreiben Rabels vom 31. 10. 1925. MPGA, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 1242, Bl. 118 f. Rabel wurde 1926 Gründungsdirektor des Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.

55 Schreiben B. von Zallingers vom 18. 1. 1926. Ebda., Nr. 1243, Bl. 137 f.

56 Schreiben Glums vom 21. 10. 1926 an Harnack. Ebda., Nr. 1243, Bl. 171. – Vgl. dazu ebda., Bl. 207: Glum am 13. 1. 1927 an R. Dohrn.

der italienischen Marine der unglückselige ‚Albatros‘ von Herrn Dr. Schottländer herumpunkt.⁵⁷ Der Botschafter hält es für richtig, auf eine internationale Verwaltung von Rovigno, ähnlich wie sie bei dem Florentiner Institut durchgeführt worden ist, hinzuweisen, um das Misstrauen der Italiener zu beseitigen. Das würde ja auch in der Linie der von uns geplanten internationalen Kooperationspolitik liegen. Natürlich muss Besitz und Leitung zweifellos deutsch sein. Vielleicht ließe sich an der Finanzierung die Rockefeller Foundation beteiligen. Der Botschafter empfiehlt vorher einzelne Italiener privat an der Wiederaufnahme der deutschen Verwaltung in Rovigno zu interessieren, damit die Forderung wohl möglich schon von italienischer Seite gestellt ist, wenn der Botschafter eingreift. Mit welchen Persönlichkeiten man Fühlung nehmen muss, kann ich zur Zeit noch nicht sagen, ich glaube, dass es richtig ist, sich danach sowohl bei Krumbach wie aber auch in Wien zu erkundigen. Unabhängig von dieser Aktion ist jetzt der richtige Zeitpunkt, die Entschädigungsaktion aufzunehmen, die auf jeden Fall aussichtsreich ist, sich aber nur auf eine Geldsumme bezieht. Der Vergleich wegen des südtiroler Eigentums wird in diesen Tagen abgeschlossen werden. In Istrien sind eine Reihe günstiger Einzelvergleiche zustande gekommen. Wir haben also – und zwar dank der Tätigkeit des Schiedsgerichts trotz des versäumten Rekurses – keine ungünstige Position. Ich werde deswegen noch mit einem italienischen Anwalt verhandeln müssen [...]“

Als Ergebnis seiner Romreise teilte Glum dem preußischen Kultusministerium mit, dass der deutsche Botschafter im Anschluss an die von ihm, Glum, zwecks Barentschädigung eingeleiteten Vergleichsverhandlungen einen offiziellen Schritt bei der italienischen Regierung mit dem Ziel einer Rückgabe der Station unternehmen wolle. Zuvor wolle die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bei italienischen Wissenschaftlern sondieren, wie von deren Seite „ein Ausbau der Station in der Richtung einer internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit von deutschen, italienischen und sonstigen ausländischen Gelehrten unter deutscher Verwaltung aufgenommen werden würde“. ⁵⁸ Diese erneut geäußerte Idee einer internationalen Zusammenarbeit präziserte Glum noch am selben Tag in einem Schreiben an den deutschen Botschafter dahingehend, dass die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft versuchen wolle, mit Hilfe amerikanischer Unterstützung die Station wieder aufzubauen, und

57 Damit war aber nicht das Forschungsschiff der Station ‚Albatros‘ gemeint, sondern das ebenfalls nie zum Einsatz gelangte Forschungs-U-Boot der Station, das die Werft in Fiume zwar gar nicht verlassen, aber der italienischen Marine Anlass zum Verdacht der Marinespionage gegeben hatte. MPGA, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 1291, Bl. 141, und Nr. 1292, Bl. 167a.

58 Schreiben vom 22. 12. 1926. Ebda., Nr. 1243, Bl. 178.

in das Kuratorium auch ausländische Wissenschaftler berufen werde.⁵⁹ In diesem Zusammenhang erwähnte er das in Berlin-Dahlem geplante „Institut für ausländische Gäste“, das bald darauf als Harnack-Haus gebaut und bekannt wurde. Damit hoffte die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft u. a., die seit dem berüchtigten, im Oktober 1914 von 93 deutschen Gelehrten unterzeichneten Aufruf „An die Kulturwelt“ bestehende Ächtung deutscher Wissenschaftler durch die internationale Wissenschaftlergemeinschaft und die seither bestehende Isolierung ihrer Gelehrten zu beenden. Wenig später unterrichtete Glum auch Reinhard Dohrn in Neapel als vermeintlichen Kenner der italienischen Verhältnisse über seine Überlegungen und fragte ihn, ob die italienische Regierung es vielleicht vorziehen würde, die Station in natura zurückzugeben, anstatt eine Entschädigung in Höhe von 80% des mit 250.000 Goldmark bezifferten Wertes der Station zu zahlen, die er in den Vergleichsverhandlungen zu erzielen hoffte. Denn inzwischen kursierten neue Gerüchte, dass das Comitato Talassografico die mittlerweile recht heruntergekommene Station aufgeben wollte. Nicht ohne zu betonen, dass Rovigno niemals mit der Station in Neapel konkurrieren könne, bat Glum Dohrn um Rat hinsichtlich des weiteren Vorgehens und fragte ihn, welche italienischen Gelehrten er zur Unterstützung des Vorhabens vorschläge. Er selbst dachte an den Generalsekretär des Comitato Talassografico, Giovanni Magrini, und den derzeitigen Leiter der Station, Massimo Sella.⁶⁰ Dohrn antwortete zurückhaltend, da er zum einen keinen Zugang zu den wichtigen Kreisen in Rom hätte, zum anderen weil er befürchtete, dass „übel wollende Elemente Rovigno zu Neapel in Konkurrenz setzen“ und gegeneinander ausspielen wollten. Aber auch er sah in Magrini den maßgeblichen Mann, von dem die Entscheidung abhinge.⁶¹

Zu ihrer großen Enttäuschung erfuhr die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft Anfang Mai 1927 durch den deutschen Botschafter von einer Verbalnote des italienischen Außenministeriums, nach der der Marineminister nicht bereit sei, die Station in Rovigno zurückzugeben; sie sei jetzt vollständig in Ordnung gebracht und hätte sich zum wichtigsten Zentrum der adriatischen Meeresforschung entwickelt. Da aber die Verständigung und Zusammenarbeit italienischer und deutscher Gelehrter erwünscht sei, möge die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft prüfen, ob sie in der, in Kürze in ein Konsortium umgewandelten Station Arbeitsplätze – ähnlich Neapel – für deutsche Staatsangehörige mieten wolle. Der Botschafter riet, auf das Angebot einzugehen und auf eine kostenlose Mitarbeit und die

59 Ebda., Nr. 1243, Bl. 179–182.

60 Schreiben vom 13. 1. 1927. Ebda., Nr. 1243, Bl. 207 f.

61 Schreiben vom 9. 2. 1927. Ebda., Nr. 1243, Bl. 216–218.

Beteiligung an der Verwaltung des Instituts hinzuwirken.⁶² Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nutzte diese Chance. Präsident Harnack teilte dem Auswärtigen Amt mit, dass sie zwar das Angebot dankbar anerkenne, es für die deutschen Gelehrten aber nicht ausreichend sei: „Im Interesse der internationalen Wissenschaft liegt es, dass die Forschungsrichtungen der deutschen Wissenschaft an dem Institute zum Ausdruck kommen, wie die der italienischen. Nur wenn die Italienische Regierung sich bereit finden würde, das alleinige Eigentum an der Zoologischen Station in ein gemeinsames zu gleichen Teilen zu überführen und zugleich die Kaiser Wilhelm Gesellschaft als vollständig gleichberechtigten Partner an der Verwaltung anzuerkennen, könnte die Kaiser Wilhelm Gesellschaft auf Rückgabe oder Entschädigung verzichten. Sie würde dann vorschlagen, dass das Eigentum auf einen Verein überschrieben würde, dessen Verwaltung die Kaiser Wilhelm Gesellschaft gleichberechtigt mit einer italienischen wissenschaftlichen Gesellschaft führen würde, in ähnlicher Weise wie die in Österreich befindliche Biologische Station in Lunz von der Akademie der Wissenschaften in Wien und der Kaiser Wilhelm Gesellschaft verwaltet wird [...] Sollte sich eine Einigung nicht erzielen lassen, wird die Kaiser Wilhelm Gesellschaft auf die Rückgabe der Station verzichten müssen und die eingeleiteten Vergleichsverhandlungen auf Zahlung einer Entschädigung auf Grund des deutsch-italienischen Eigentumsabkommens bis zum Ende betreiben. Sie würde dann versuchen, eine neue Station an einer anderen Stelle am Mittelmeer (Jugoslawien oder Spanien) einzurichten.“⁶³ Das war hoch gepokert, wohl in der Annahme, dass Italien keine Entschädigung zahlen wollte. Fünf Monate später, Ende Oktober 1927, ging das italienische Außenministerium tatsächlich auf diese Bedingungen ein. Es betonte, dass die zuständigen italienischen Behörden ihre uneingeschränkte Annahme skeptisch sähen, jedoch eine „wirksame Zusammenarbeit der beiden Länder in der Verwaltung des Instituts“ ermöglichen wollten. Das Ministerium bat um die Benennung eines deutschen Bevollmächtigten, der, vorbehaltlich der Zustimmung beider Regierungen, gemeinsam mit einem italienischen Bevollmächtigten einen Vertragsentwurf ausarbeiten sollte.⁶⁴ Harnack benannte seine rechte Hand, Friedrich Glum – inzwischen zum Generaldirektor avanciert –, der sich in den bisherigen Verhandlungen mit diplomatischem Geschick bestens bewährt hatte und als Jurist für diese Aufgabe prädestiniert war. Glum wurde für Anfang Januar 1928 nach Rom bestellt, um die Gespräche aufzunehmen.

62 Schreiben der Deutschen Botschaft Rom vom 29. 4. 1927 mit Anlagen. Ebda., Nr. 1244, Bl. 252–254 und 260 f.

63 Schreiben vom 28. 5. 1927. Ebda., Nr. 1244, Bl. 274 f.

64 Schreiben vom 20. 10. 1927 an die Deutsche Botschaft Rom. Ebda., Nr. 1244, ohne Blattzählung.

Unterwegs sollte er auf Harnacks Wunsch auch mit dem deutschen Konsul in Zagreb und mit jugoslawischen Wissenschaftlern in Kontakt treten, um die Möglichkeiten einer Beteiligung an der Station in Split zu sondieren – wohl für den Fall, dass die Verhandlungen mit Italien ergebnislos verliefen.⁶⁵

Innerhalb weniger Tage arbeitete Glum gemeinsam mit dem von Italien beauftragten Professor Giovanni Magrini, Generalsekretär des Consiglio Nazionale de Ricerche und des Comitato Talassografico, einen Vertragsentwurf für ein „Deutsch-Italienisches Institut für Meeresbiologie“ aus. Er sah auf Wunsch der Italiener einen italienischen Präsidenten für den Verwaltungsrat sowie einen italienischen und einen deutschen Direktor vor. Die Station sollte in das Eigentum des Konsortiums, also des neuen Instituts übergehen, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft dafür auf ihre Entschädigungsansprüche verzichten, solange das Konsortium bestand. Den Unterhalt sollten das Comitato Talassografico und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu gleichen Teilen bestreiten.⁶⁶ Noch im Februar wurde der Vertrag vom Senat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gebilligt. Von italienischer Seite hörte man vorerst nichts mehr. Im Sommer erfuhr Reinhard Dohrn von Massimo Sella, dem Direktor der Rovigneser Station, dass dieser an einem baldigen Vertragsabschluss interessiert sei, dass aber das Marineministerium Anstoß an der vorgesehenen Doppeldirektion nähme.⁶⁷ Bei einem weiteren Besuch Glums in Rom im Januar 1929 konnte Magrini ihm jedoch berichten, dass der Entwurf von den fünf zuständigen italienischen Ressorts inzwischen mit kleinen formalen Änderungen akzeptiert worden sei. Unter der Voraussetzung, dass beide Regierungen zustimmten, hofften nun beide, im Herbst 1929 in Rovigno beginnen zu können.⁶⁸

65 Schreiben Harnacks vom 10. 12. an das Auswärtige Amt. Ebda., Nr. 1244, ohne Blattzählung. – Vgl. auch den Vorschlag des Reichstagsabgeordneten Prälat Georg Schreiber vom 25. 6. 1927. Ebda., Bl. 276. Wiederholt waren Überlegungen an die KWG herangetragen worden, als Ersatz für Rovigno eine Station in Jugoslawien, Spanien oder Griechenland zu errichten oder sich an vorhandenen zu beteiligen.

66 Schreiben Glums vom 9. 1. 1928 an Harnack. Ebda., Nr. 1244, ohne Blattzählung. Im Nachhinein hat Glum in seiner Autobiographie den Sinn der Errichtung von deutschen Instituten im Ausland angezweifelt und stattdessen binationale Arbeitsgemeinschaften befürwortet: „Ich glaube auch heute noch, dass deutsche Gelehrte durch ihre Leistungen in solchen internationalen Instituten besser zur Geltung und mehr zum Fortschritt der Wissenschaft, die doch nun einmal international ist, beitragen könnten, als im Wege eines nationalen Wettbewerbs, der meines Erachtens in der westlichen Welt ebenso überholt ist wie der politische Nationalismus.“ Glum (wie Anm. 2), S. 359.

67 Schreiben Dohrns vom 20. 6. 1928 an Glum. MPGA, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 1245, Bl. 20 f.

68 Schreiben Glums vom 11. 1. 1929 an Harnack und Aufzeichnung über die Besprechungen vom 5. 2. 1929. Ebda., Nr. 1245, Bl. 43 und 48.

Diese Erwartung erfüllte sich nicht. Alle Noten wurden ja über die Botschaften an die Regierungen weitergeleitet und so dauerte es meist einige Wochen, bis die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und wahrscheinlich auch das Comitato Talassografico informiert waren. Das italienische Außenministerium wünschte noch einige Vertragsänderungen. Glum ließ den italienischen Text vorsichtshalber noch einmal vom Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht der KWG in Berlin übersetzen, da die übersandte Übersetzung teilweise ungenau war.⁶⁹ Die Angelegenheit zog sich weiter hin. Im Dezember schrieb Schottländer deprimiert an die Generalverwaltung: „An dem Zustandekommen des Vertragsabschlusses mit Rovigno beginne ich doch jetzt recht ernstlich zu zweifeln. Ich kann mir nicht denken, dass die Italiener einen Vertrag, den sie wirklich ernsthaft abschließen wollen, so sehr auf die lange Bank schieben. Mein Eindruck wird immer stärker, dass hier die Sache auf ein totes Gleis geschoben werden und im Sande verlaufen soll. Das tut mir furchtbar leid, aber man ist ja in den letzten Jahren so an Enttäuschungen gewöhnt, dass man sich nichts mehr daraus macht.“⁷⁰ Doch inzwischen war Magrini endlich zur Vertragsunterzeichnung ermächtigt worden, die schließlich am 25. Februar 1930 in Berlin stattfand, zwei Jahre nach dem ersten Vertragsentwurf.⁷¹ Aber damit war es noch nicht getan. Beide Seiten mussten zunächst ein Bestätigungsabkommen unterzeichnen, was erst im Oktober 1930 geschah. Für dessen Inkrafttreten musste das italienische Parlament außerdem ein entsprechendes Gesetz ratifizieren, was am 9. April 1931 erfolgte. Endlich, am 17. April 1931, wurden die Ratifikationsurkunden ausgetauscht und das Abkommen trat in Kraft, das auf Wunsch Italiens auch beim Völkerbund in Genf eingetragen wurde.⁷²

Die Gründungssitzung und feierliche Eröffnung des „Deutsch-Italienischen Instituts für Meeresbiologie zu Rovigno d’Istria“ fand im Institut am 21. April 1931 statt, dem

69 Schreiben Glums vom 17. 5. 1929 an das Auswärtige Amt. Ebda., Nr. 1245, Bl. 71, deutsche Vertragsübersetzung vgl. Bl. 80–84, 87 f. und 91–94.

70 Schreiben vom 21. 12. 1929 an M. Lucas v. Cranach (Generalverwaltung der KWG). Ebda., Nr. 1245, Bl. 108.

71 Ebda., Nr. 1245, ohne Blattzählung.

72 Schreiben des deutschen Botschaftsrats Smend vom 11. 10. 1930 an Glum: Er und Außenminister Grandi hätten heute das Bestätigungsabkommen unterzeichnet. Ebda., Nr. 1246, Bl. 183. – Das am 9. 4. 1931 verabschiedete italienische Gesetz für das Inkrafttreten des Bestätigungsabkommens wird in der Gazzetta Ufficiale Nr. 90 vom 20. 4. 1931 veröffentlicht, das „Deutsch-italienische Abkommen über das Institut für Meeresbiologie in Rovigno“ im Deutschen Reichsanzeiger 16. 5. 1931. Danach fand der Austausch der Ratifikationsurkunden am 17. 4. 1931 in Rom statt, womit das Abkommen in Kraft trat. Ebda., Nr. 1246, Bl. 196, und Nr. 1247, Bl. 271 f. – Eintragung beim Völkerbund am 23. 5. 1931 unter Nr. 2713. Ebda., Nr. 1247, Bl. 295.



Abb. 5: Eröffnung des Deutsch-Italienischen Instituts für Meeresbiologie zu Rovigno d'Istria am 21. April 1931 durch die Mitglieder des Verwaltungsrats und geladene Gäste (1. Reihe von links: N.N., N.N., der Generaldirektor der KWG Friedrich Glum, der italienische Vizepräsident Giovanni Magrini, der Physiologe und Anatom Gustavo Brunelli, der Zoologe Alessandro Ghigi, der deutsche Botschafter Carl von Schubert, Admiral Slagek-Fabbri, Frau Vercelli, Edvige Sella, der Präsident Großadmiral Paolo Thaon di Revel, der Präfekt von Istrien Leone Leone, Frau Steuer, der deutsche Vizepräsident Paul Schottländer. 2. Reihe links hinter Magrini: Direktor Massimo Sella, zwischen Ghigi und v. Schubert: Direktor Adolf Steuer).

Geburtstag Roms.⁷³ Die Station war damit nach fast 13 Jahren voller Hoffnungen, Enttäuschungen und zäher Verhandlungen wieder in den Kreis der Kaiser-Wilhelm-Institute zurückgekehrt, wenn auch nicht in das alleinige Eigentum der Gesellschaft. Präsident Harnack konnte das nicht mehr erleben; er war im Jahr zuvor verstorben. Sein Nachfolger, der Physiker Max Planck (1858–1947), war an der Teilnahme an der Eröffnungsfeier verhindert.

Bei der Eröffnung waren neben wenigen Gästen und dem deutschen Botschafter Carl Th.C. v. Schubert (1882–1947)⁷⁴ die Mitglieder des Verwaltungsrats anwesend. Dessen Präsident war der italienische Großadmiral Paolo Thaon di Revel (1859–1948), ein Großneffe des Königs, zum italienischen Vizepräsidenten wurde Giovanni Magrini ernannt. Jede Seite hatte vier Mitglieder in das Gremium berufen, zu denen die beiden sogen. Delegierten des Instituts, die Direktoren, gehörten, außerdem hatten Vertreter beider Regierungen einen Sitz inne. Deutscher Vizepräsident und Schatzmeister „seiner“ Station war wieder Paul Schottländer und auch Max Hartmann vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Biologie, dem die Meeresforschung besonders am Herzen lag, gehörte dem Gremium an.⁷⁵

Italienischer Direktor wurde der Zoologe Massimo Sella (1886–1959), ein Großindustrieller, der das Institut seit 1923 geleitet hatte; deutscher Direktor wurde der bereits 60-jährige Zoologe Adolf Steuer (1871–1960), der die Station von Aufhalten vor dem ersten Weltkrieg gut kannte und fließend Italienisch sprach. Natürlich hätte der frühere Leiter Thilo Krumbach diese Position gerne wieder übernommen, doch er kam für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nicht mehr in Betracht. Man verübelte ihm seine politische Betätigung für Schlesien nach Kriegsende und hielt seine stark deutschnationale Haltung auf diesem Posten für bedenklich. Auch stand zu befürchten, dass es Schwierigkeiten bei der gemeinsamen Leitung geben würde, zumal die Institutsverwaltung dem italienischen Direktor oblag. Harnack hatte seine ablehnende Haltung Krumbach gegenüber u. a. mit der diplomatischen Gepflogenheit begründet, nach Spannungen nicht dieselbe Person auf

73 Einweihung: Einladungen, Berichte und Ansprachen. Ebda., Nr. 1246, Bl. 230 (Planck); Nr. 1247, insbes. Bl. 238 f., 254–267.

74 v. Schubert war 1930 als Staatssekretär im Auswärtigen Amt abgelöst und als Botschafter nach Rom abgeschoben worden. – Vgl. Wolfgang Benz und Hermann Graml (Hg.): Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik. München 1988, S. 302 f.

75 Protokoll der 1. Verwaltungsratssitzung am 21. 4. 1931. MPGA, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 1247, Bl. 267; Nr. 1286, Bl. 1.

den alten Posten zu schicken – zum Trost wurde er 1933 zum Auswärtigen Wissenschaftlichen Mitglied des Instituts ernannt.⁷⁶

Mit königlich-italienischem Dekret erhielt das Institut im August noch die Eigenschaft einer *Ente morale*, einer juristischen Person. Die Eigentumsübertragung vom italienischen Staat auf das Konsortium, d. h. das Institut, wurde nach längerer Wertermittlung erst im Mai 1935 vollzogen.⁷⁷

76 Ebda., Nr. 1307, Schreiben vom 7. 3. 1930 und 59. Senatsprotokoll KWG vom 28. 6. 1933, S. 13 f., TOP 5d.

77 Ebda., Nr. 1248, Bl. 48 f., und Nr. 1250, Bl. 80; III. Abt., Rep. 47 Nachlass Max Hartmann, Nr. 1387, Bl. 10.

Ekkehard H ö x t e r m a n n :

Die Entdeckung der zellfreien Gärung: 1871 oder 1896

Eine Frage des Glaubens?*

1. Das erstaunliche Comeback eines alten Prioritätsstreits

Auf den ersten Blick erscheint ein Beitrag über die zellfreie Gärung wie ein enges Thema für Spezialisten, doch geht es im Folgenden um Generelles und Prinzipielles, das ich allerdings an einem speziellen Gegenstand festmachen möchte.

In der wissenschaftshistorischen Literatur bestand lange Zeit Einvernehmen darüber, dass der deutsche Chemiker Eduard Buchner (1860–1917) erstmals über „Alkoholische Gärung ohne Hefezellen“ berichtet hatte.¹ Seit rund 15 Jahren wird dem aber entgegen gehalten, dass die russische „Ärztin“ Mar’ja M. Manaseina (1841/43–1903) bereits 25 Jahre früher überzeugend Gärwirkungen ohne lebende Zellen experimentell nachgewiesen habe.² Die wiederholt und beharrlich vorgetragenen Einwände führten zu einer weltweiten Verunsicherung, die Buchners Entdeckung – immerhin 1907 mit dem Nobelpreis für Chemie gewürdigt – relativiert und zu einer Glaubensfrage macht. In den Printmedien wie im Internet ist Buchners Leistung seitdem untrennbar mit einem „Ja, aber“ verbunden. Dabei geht es längst nicht mehr allein um Gärungen mit und ohne Zellen; das Thema eignet sich nämlich vorzüglich als Vehikel zum Transport ganz anderer Anliegen im Disput um Deutsche und Russen, um Profis und Dilettanten und, besonders engagiert ausgetragen, um Männer und Frauen in der Wissenschaft – nur, so die Kritik des Biochemiehistorikers, die wenigsten der daran Beteiligten haben eine Ahnung vom Gegenstand! Wir haben es

* Überarbeitete Fassung des auf dem 71. Dahlemer Archivgespräch am 10. März 2008 gehaltenen Vortrags. – Ich danke Frau Dr. Larisa Shumeyko, Marburg an der Lahn, für eine Reihe von Hinweisen und die freundliche Überlassung einer persönlichen Mitteilung des Medizinhistorikers Dr. Andrej V. Šabunin vom Militär-Medizinischen Museum in St. Petersburg zur Biographie Mar’ja M. Manaseinas.

1 Eduard Buchner: Alkoholische Gärung ohne Hefezellen (vorläufige Mittheilung) [1896]. In: Berichte der Deutschen Chemischen Gesellschaft 30 (1897), S. 117–124.

2 Marie Manassein: Beiträge zur Kenntniß der Hefe und zur Lehre von der alkoholischen Gärung [1871]. In: Julius Wiesner (Hg.): Mikroskopische Untersuchungen. Stuttgart 1872, S. 116–128.

bei der Rezeption dieser Entdeckungsgeschichte regelrecht mit einem Lehrstück um Sinn und Unsinn von Wissenschaftsgeschichte zu tun, also mit etwas ganz Grundsätzlichem!

Die Wissenschaftsgeschichtsschreibung ist voll von Prioritätsstreitigkeiten, und es wäre mir in diesem Fall auch egal, handelte es sich um eine Nebensächlichkei. Aber ausgerechnet der Nachweis einer zellfreien Gärung steht nicht zur Disposition, barg er doch das Programm einer neuen Wissenschaftsdisziplin, der Biochemie. Als solchen kann man ihn nicht einfach auf einer Zeitskala ein Vierteljahrhundert hin und her schieben. Dann wäre auch die Geschichte anders verlaufen!

2. Die Alkoholgärung – eine chemische oder eine physiologische Erscheinung?

Es war lange Zeit unklar, ob die alkoholische Gärung ein rein chemischer oder ein physiologischer Vorgang ist. Die stöchiometrisch restlose Vergärung von Zucker zu Alkohol und Kohlendioxid galt zunächst als überzeugender Beleg einer klassischen chemischen Stoffspaltung, bis Mitte der 1830er Jahre mehrere Autoren eine Abhängigkeit vom Leben eines „Zuckerpilzes“ (latinisiert: *Saccharomyces*) nahe legten.³

Die wesentlichen Gärungstheorien des 19. Jahrhunderts⁴

- | | |
|------|--|
| 1810 | Joseph Louis Gay-Lussac (1778–1850)
Alkohol und „Kohlensäure“ (Kohlendioxid) sind die alleinigen Gärungsprodukte. |
| 1818 | Christian Erxleben (1765–1831)
Die Gärung ist ein vermutlich vegetationsabhängiger chemischer Prozess.
<i>Vegetative Gärungstheorie</i> |
| 1834 | Friedrich Traugott Kützing (1807–1893)
Die alkoholische Gärung ist eine Lebensäußerung der Hefe. |
| 1835 | Charles Cagniard de la Tour (1777–1859)
Die Gärung hängt von der Gegenwart und Vegetation der Hefe ab, die sich durch Sprossung oder Sporenbildung fortpflanzt. |

³ Die Namen der maßgeblichen Chemiker und Physiologen und ihre Gärungstheorien werden in Tabelle 1 zusammengefasst.

⁴ Vgl. Ekkehard Höxtermann: Der Stoffwechsel, die Chemie des Lebens. Zur Geschichte der Biochemie. In: Ders. und Hartmut H. Hilger (Hg.): Lebenswissen. Eine Einführung in die Geschichte der Biologie. Rangsdorf 2007, S. 142–177 (hier auch der Nachweis aller Quellen).

- 1836 Theodor Schwann (1810–1882)
Die Bier- und Weingärung gehen mit der Entwicklung eines „Zuckerpilzes“ einher. Werden der Traubensaft und die zugeführte Luft erhitzt, so bleibt die Gärung aus.
Experimentelle Begründung der vegetativen Gärungstheorie
- 1836 Jöns Jacob Berzelius (1779–1848)
Die Wirkung der Hefe auf den Zucker beruht auf ihrer katalytischen Kraft.
- 1839 Justus Liebig (1803–1873)
Die Alkoholgärung ist Ausdruck eines pathologischen Zerfalls toter Hefezellen, dessen Schwingungen sich auf den Zucker übertragen und ihn spalten.
Chemisch-mechanistische Gärungstheorie
- 1857 Louis Pasteur (1822–1895)
Die Gärung ist eine Lebenserscheinung und untrennbar an das Leben der Hefezellen gebunden.
Vitalistische Gärungstheorie
- 1858 Moritz Traube (1826–1894)
Die Alkoholgärung ist ein „vital-chemischer“ Prozess. Die Hefe enthält vermutlich ein Gärungsferment, das den Zucker spaltet.
Fermenttheorie der Gärung
- 1876 Wilhelm Kühne (1837–1900)
„Ungeformte Fermente“ wie Pepsin, Trypsin u.a. reine Substanzen werden als „Enzyme“ (griech. en: in, zyme: Sauerteig) von „geformten Fermenten“ wie Hefe u.a. Mikroorganismen unterschieden.
- 1896 Eduard Buchner (1860–1917)
Gärungen laufen auch in zellfreiem Hefepresssaft ab. Träger der Gärwirkung ist die „Zymase“, ein Eiweiß.
Experimentelle Bestätigung der Ferment[Enzym]-theorie der Gärung

Das barg die Gefahr vitalistischer Erklärungen, so dass Justus Liebig (1803–1873) 1839 der Hefe eine katalytische, ja pathologische Rolle zuschrieb. Die Schwingungen toter, zerfallender Hefezellen übertragen sich auf den Zucker und spalteten diesen.⁵ Der Berliner Chemiker Friedrich Wilhelm Lüdersdorff (1801–1886) versuchte 1846 die Frage nach der Natur der Hefewirkung experimentell zu klären, indem er die mikroskopisch sichtbaren

5 Justus Liebig: Ueber die Erscheinungen der Gärung, Fäulniß und Verwesung und ihre Ursachen. In: Annalen der Pharmacie 30 (1839), S. 250–287.

Hefekörper auf einer mattgeschliffenen Glasplatte zerrieb.⁶ Da der so entstandene Hefebrei keine Gärungen auslöste, schloss er auf die entscheidende Rolle eines „lebendigen Kontaktes“ der „organisierten“ Hefe. Der Liebig-Schüler Carl Schmidt (1822–1894) in Dorpat wiederholte den Versuch und führte dagegen den Verlust des Gärvermögens auf eine Störung der Bewegungsübertragung durch die Zersetzung des Zellinhalts unter dem Einfluss des Luftsauerstoffs zurück.⁷ Diese mechanistische Ansicht Liebig's wurde schließlich von Louis Pasteur (1822–1895) überwunden, der 1857 nachwies, dass Gärungen in der Tat eine Lebenserscheinung sind⁸ – ein Fazit, das freilich wieder Raum für lebenseigene Kräfte ließ. Gärungen setzten demnach intakte, lebende Zellen voraus. Zur besseren Unterscheidung dieser „geformten“ von den „ungeformten“ Fermenten wie Pepsin oder Trypsin bezeichnete der Heidelberger Physiologe Wilhelm Kühne (1837–1900) dann auch letztere als „Enzyme“⁹.

Die vitalistische Gärungstheorie Pasteurs korrespondierte mit der vorherrschenden Stoffwechseltheorie des 19. Jahrhunderts, der Protoplasmatheorie. Deren prominentester Wortführer Thomas Henry Huxley (1825–1895), der scharfzüngige Adjutant Charles Darwins (1809–1882), hatte 1868 das Protoplasma als „Fundament allen Lebens“ und nicht weiter auflösbare „Einheit von Kraft, Stoff und Form“ beschrieben.¹⁰

Die Vorstellung des Protoplasmas als eines elementaren, ganzheitlichen Trägers des Lebens wurde ganz entscheidend durch den Londoner Chemiker Thomas Graham (1805–1869) gestützt, der 1861 organische Stoffe als „Kolloide“ gekennzeichnet hatte. Im Gegensatz zu den Kristallen der anorganischen Natur, die löslich und transportabel seien, gehörten die „plastischen Elemente“ der Tier- und Pflanzenkörper einer speziellen kolloidalen Klasse gelatineähnlicher Stoffe an, die weder kristallisieren noch Membranen durchdringen könnten. Stellten Kristalle einen statischen Zustand der Materie dar, so wä-

6 Friedrich Wilhelm Lüdersdorff: Ueber die Natur der Hefe. In: Annalen der Physik und Chemie 143 (1846), S. 408–411.

7 Carl Schmidt: Gährungsversuche. In: Annalen der Chemie und Pharmacie 61 (1847), S. 168–174 (hier S. 171–173).

8 Louis Pasteur: Mémoire sur la fermentation alcoolique. In: Comptes Rendus de l'Académie des Sciences (Paris) 45 (1857), S. 1032–1036.

9 Wilhelm Kühne: Ueber das Verhalten verschiedener organisirter und sog. ungeformter Fermente (Sitzung am 4. Februar 1876). In: Verhandlungen des naturhistorisch-medicinischen Vereins zu Heidelberg N.F. 1 (1877), S. 190–193 (hier S. 190).

10 Thomas Henry Huxley: On the physical basis of life [1868]. In: Fortnightly Review N.S. 5 (1869) 26, S. 129–145 (hier S. 129 f.).

ren Kolloide dynamische, „energetische“ Strukturen, deren wesentliche Eigenschaft ihr Adsorptionsvermögen sei.¹¹

Physiologische Stoffwechselreaktionen liefen dementsprechend an den Grenzflächen halbflüssiger, eiweißartiger Kolloide des Zellplasmas ab, dessen Komplexität und Vitalität eine Vereinzelung und Analyse von Teilvorgängen *in vitro* unmöglich machten.

3. Die Entdeckung der zellfreien Gärung und die Entstehung der Biochemie



Die Protoplasmatheorie des Stoffwechsels fiel noch kurz vor der Jahrhundertwende durch eine Reihe neuer Entdeckungen, darunter der zellfreien Gärung als der wichtigsten. Im Geiste Pasteurs geschult, war es nicht die Absicht ihres Entdeckers, dessen Gärungstheorie zu Fall zu bringen. Es handelte sich um einen Zufallstreffer. Der damals in Tübingen lehrende Chemiker Eduard Buchner interessierte sich vielmehr für mögliche immunologische Eigenschaften des Hefezellplasmas. Sein Bruder, der Mediziner und Bakteriologe Hans Buchner (1850–1902), stand damals dem Institut für Hygiene in München vor und untersuchte die Abwehrkräfte des Blutes. Die von ihm 1892 beschriebenen bakte-

Abb. 1: Eduard Buchner.

Aus: Armin Hermann u.a.: Deutsche Nobelpreisträger. München 1968, S. 121.

¹¹ Thomas Graham: Liquid diffusion applied to analysis. In: Philosophical Transactions of the Royal Society (London) 151 (1861), S. 183–224.

Eduard Buchner – Lebensstationen¹²

20. Mai 1860 Als zweiter Sohn des Professors für gerichtliche Medizin und Geburtshilfe Ernst Buchner (1812–1872) und der Friederica Martin (1823–1908) in München geboren
- Sommer 1877 Abitur am Königlichen Realgymnasium München, anschl. Einjährig-Freiwilliger in einem bayerischen Feldartillerie-Regiment
- 1878–1883 Studium der Naturwissenschaften an der Universität München und bis 1881 zugleich Hospitant an der TH München, insbes. bei dem Chemiker Emil Erlenmeyer (1825–1909)
- Mai 1879–
Dez. 1883 Laborant und Techniker in der Konservenfabrik von Walter Nägeli (1851–1919) in München, ab 1883 in Mombach bei Mainz
- Jan. 1884 Wiederaufnahme des Studiums der Naturwissenschaften an der Universität München, insbes. der Chemie bei Adolf von Baeyer (1835–1917) und der Botanik bei Carl von Nägeli (1817–1891); 1884 Bekanntschaft mit Theodor Curtius (1857–1928) in München; 1887–1889 Lamont-Stipendiat der Universität München
- 1888 Arbeiten zur Dissertation bei Curtius in Erlangen
14. Nov. 1888 Dr. phil. Universität München, mit der Dissertation „Eine neue Synthese von Derivaten des Trimethylens“
- 1891 Habilitation mit der Schrift „Synthesen von Pyrazol-, Pyrazolin- und Trimethylenderivaten mittels Diazoessigäther“, Privatdozent für Chemie an der Universität München, Errichtung eines gärungsschemischen Labors
- 1893 Assistent am Chemischen Laboratorium von Curtius in Kiel, 1894 Privatdozent für Chemie, 1895 Verleihung des „Prädikats“ Professor
- 1896 Außerordentlicher Professor für analytische und pharmazeutische Chemie in Tübingen
- 1898 Etatmäßiger Professor für Chemie an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin, ab 1900 außerdem Privatdozent für Chemie an der Universität Berlin
19. Aug. 1900 Eheschließung mit Lotte Stahl (1876–1963), einer Tochter des Tübinger Professors der Mathematik Hermann Stahl (1843–1909); vier Kinder: Friederike [Friedel] (1901–1983), Luise (1903–1904), Hans (1905–1981) und Rudolf Buchner (1908–1985)
- 1907 Nobelpreis für Chemie für die Entdeckung der zellfreien Gärung
- 1909 Ordentlicher Professor für Chemie an der Universität Breslau
- 1911 Ordentlicher Professor für Chemie an der Universität Würzburg

12 Vgl. Friedrich Klemm: Buchner, Eduard, Chemiker. In: Neue Deutsche Biographie 2 (1955), S. 705. – Rolf Ukwow: Nobelpreisträger Eduard Buchner (1860–1917). Ein Leben für die Chemie der Gärungen und – fast vergessen – für die organische Chemie. Dissertation, Fakultät I (Geisteswissenschaften), TU Berlin 2004, 248 + 108 S.

- | | |
|---------------|--|
| Aug. 1914 | Freiwillige Meldung zum Fronteinsatz als Führer einer Munitionskolonne, 1915 Beförderung zum Major, März 1916 Entlassung aus dem aktiven Militärdienst, Juni 1917 Erneute Meldung zum Fronteinsatz |
| 13. Aug. 1917 | Buchner erliegt im Feldlazarett von Focșani (Rumänien) einer schweren Verwundung vom 11. August und wird auf dem örtlichen Soldatenfriedhof beigesetzt. |

rientötenden „Alexine“ des Blutserums,¹³ die heute dem Komplementsystem zugerechnet werden, warfen die Frage auf, ob möglicherweise nicht auch ein „Hefeserum“ antiseptisch wirken könnte, wenn es nur gelänge, die Zellen von ihrer Hülle zu befreien, ohne das Plasma zu koagulieren. In dieser Absicht zerrieb Eduard Buchner 1896 kommerzielle Bierhefe mit Quarzsand und Kieselgur und presste den Teig im gut ausgerüsteten Labor des Bruders in München hydraulisch aus. Der so erhaltene klare, gelbe Zellsaft zersetzt sich jedoch rasch und sollte deshalb mit Rohrzucker konserviert werden. Wider Erwarten setzte in dem zuckerhaltigen Presssaft schon nach 15 Minuten eine lebhaft Blasenbildung ein, die Tage lang anhält. Buchner war sich sofort der Bewandnis und der Tragweite bewusst. In seiner Anfang 1897 in den Berichten der Deutschen Chemischen Gesellschaft veröffentlichten vorläufigen Mitteilung sah er es als erwiesen an, dass die alkoholische Gärung auch im Reagenzglas, ohne Hefezellen, abläuft. Als Träger der Gärwirkung fungiere ein gelöster Eiweißkörper, den er „Zymase“ nannte.¹⁴

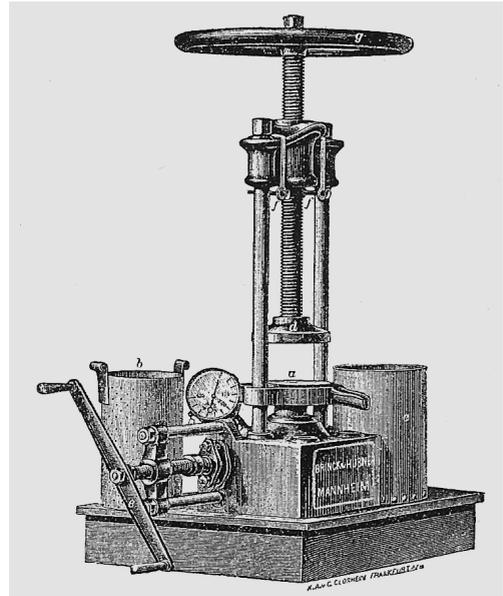


Abb. 2: Hydraulische Handpresse, wie sie Buchner zur Gewinnung von Hefepresssaft verwendete. Aus: Buchner, Buchner und Hahn (wie Anm. 46), S. 63.

13 Hans Buchner: Ueber die nähere Natur der Serumalexine [1892]. In: Sitzungsberichte der Gesellschaft für Morphologie und Physiologie in München 8 (1893), S. 82–85.

14 Buchner (wie Anm. 1), S. 119. – Vgl. Lothar Jaenicke: Hundert Jahre zellfreie Enzymologie. Eduard Buchner und die Zymase. In: Biospektrum 3 (1997) 4, S. 48 f. – Alfred Neubauer: Die Entdeckung der zellfreien Gärung. In: Chemie in unserer Zeit 34 (2000), S. 126–133.

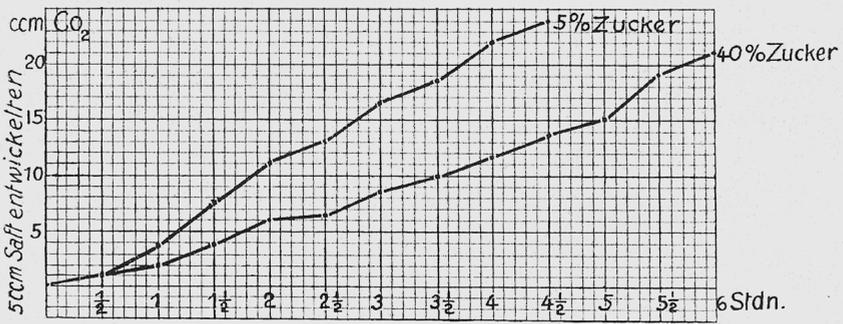
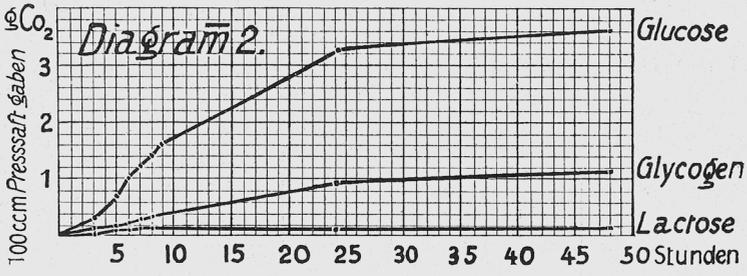
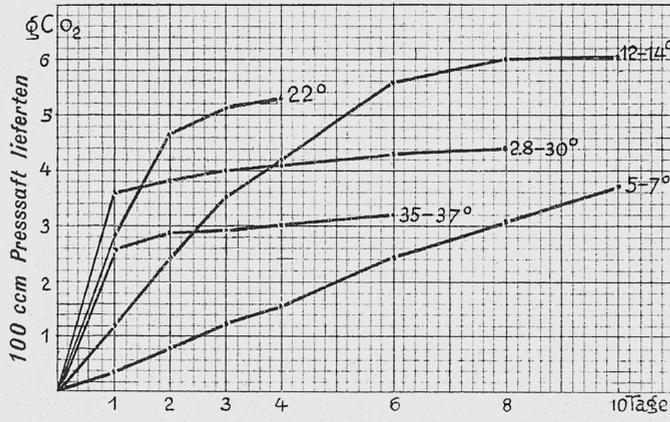


Abb. 3: Die Gärkraft von Hefepresssaft in Abhängigkeit von Temperatur (oben), Zuckerart (Mitte) und Zuckergehalt (unten). Aus: Buchner, Buchner und Hahn (wie Anm. 46), S. 106, 149 und 158.

Buchners Entdeckung stieß zunächst erwartungsgemäß auf breite Ablehnung. So hielt etwa der Londoner Botaniker Joseph Reynolds Green (1848–1914) Buchner entgegen, dass „... die englischen Hefen jedenfalls kein Gährung erregendes Enzym [enthalten]“.¹⁵ In Anbetracht der faktischen Beweislage bedurfte es aber nur weniger Jahre, bis sich die Enzymtheorie der Gärung durchgesetzt hatte. Die scheinbar unvereinbaren Positionen Liebig's und Pasteur's erwiesen sich damit – wie so oft – als zwei Seiten einer Medaille: Die Zuckerspaltung bei der Gärung war zwar kein einfacher Zerfall, aber eine klassische Abfolge chemischer Reaktionsschritte und nicht an die Gegenwart lebender Hefezellen gebunden; letztere waren es aber, die die notwendigen Katalysatoren lieferten. Kühnes Unterscheidung von Fermenten und Enzymen wurde damit wieder hinfällig.

Die Enzymtheorie des Stoffwechsels wurde zu einem neuen Dogma der Zellphysiologie, das allen bekannten biologischen Stoffumsätzen, von den Gärungen über die Zellatmung bis zu den Chemo- und Photosynthesen, enzymkatalysierte Reaktionsfolgen zugrunde legte. (1) Die Aufklärung der einzelnen Stoffwechselschritte, (2) die Isolierung der Enzyme und das Studium ihrer (3) physiko-chemischen Eigenschaften und (4) biologischen Funktionen eröffneten vollkommen neue Perspektiven chemischer Analysen in der Biologie und wurden zum Gegenstand der Biochemie. Der Paradigmenwechsel der Stoffwechselphysiologie von der Protoplasmatheorie zur Enzymtheorie führte zur Konstituierung der Biochemie. In nur zehn Jahren entstanden die ersten ausdrücklich biochemischen Zeitschriften, Hand- und Lehrbücher, Fachgesellschaften, Einrichtungen und Lehrstühle.¹⁶ Hierbei handelt es sich exakt um die Merkmale, wie sie Martin Guntau und Hubert Laitko für die Etablierung einer neuen Wissenschaftsdisziplin herausgearbeitet haben.¹⁷

15 Zit. in: Eduard Buchner und Rudolf Rapp: Alkoholische Gärung ohne Hefezellen [5. Mitteilung]. In: Berichte der Deutschen Chemischen Gesellschaft 31 (1898), S. 1084–1090 (hier S. 1084).

16 Höxtermann (wie Anm. 4), S. 164 f.

17 Martin Guntau und Hubert Laitko: Entstehung und Wesen wissenschaftlicher Disziplinen. In: Dies. (Hg.): Der Ursprung der modernen Wissenschaften. Studien zur Entstehung wissenschaftlicher Disziplinen. Berlin 1987, S. 17–89.

4. Mar'ja M. Manaseina und ihre Gärungsarbeiten

Wo bleibt hier der Platz für Mar'ja Michajlovna Manaseina¹⁸? Buchner sah mit seiner Entdeckung eine Grundidee des Liebig-Schülers Moritz Traube (1826–1894) bestätigt, der bereits 1858 vermutet hatte, dass die Hefezellen eine eiweißartige chemische Verbindung enthielten, die den Zucker spalte.¹⁹ So visionär diese Anschauung auch war, sie blieb spekulativ und marginal.



Es fehlte freilich nicht an Versuchen, wenngleich erfolglosen, die vitalistische Gärungstheorie Pasteurs zu entkräften. Dazu zählen die Arbeiten der Russin aus St. Petersburg, die 1870 mit ihrem Mann, dem Mediziner Vjačeslav Avksent'evič Manasein (1841–1901), eine Bildungsreise nach Westeuropa antrat und bei dem Botaniker Julius Wiesner (1838–1916) am Polytechnischen Institut in Wien über die Hefegärung arbeitete. Ihre „Beiträge zur Kenntniß der Hefe und zur Lehre von der alkoholischen Gärung“ erschienen – nach einer ersten russischen Veröffentlichung²⁰ – 1872 in Wiesners Mikroskopischen Untersuchungen.²¹ Erklärtes Ziel

Abb. 4: Mar'ja M. Manaseina in den 1860er Jahren. Aus: G.I. Arsen'ev: V. A. Manassein (Žizn' i dejatel'nost'), 1841–1901. Moskva 1951, S. 32.

18 In der buchstabengetreuen deutschen Bibliothekstransliteration des russischen Namens *Марья Михайловна Манасейна*. In der aussprachenahen Transkription wird zumeist die eingedeutschte Fassung *Maria M. Manasseina* verwendet. Daneben finden sich in der Literatur auch andere Varianten wie *Marie von Manassein* oder in französischer Schreibweise *Marie de Manacéine*.

19 Moritz Traube: *Theorie der Fermentwirkungen*. Berlin 1858.

20 Mar'ja Michajlovna Manaseina: *K učeniju ob alkohol'nom broženii [Zur Lehre über die alkoholische Gärung]*. In: *Voenno-medicinskij žurnal* (1871), čast' 3, kniga 8, S. 155–175. – Eine titelgleiche vorläufige Mitteilung erschien auch im: *Medicinskij vestnik* (1871), No. 8, S. 57–59.

21 Manassein (wie Anm. 2).

Mar'ja Michajlovna Manaseina (geb. Korkunova, verw. Ponjatovskaja) – Lebensstationen²²

1841/43 ²³	Als Tochter des Historikers, Archäologen und späteren ordentlichen Mitglieds der Russischen Akademie der Wissenschaften Michail Andreevič Korkunov (1806–1858) in St. Petersburg geboren
1860/61	Eine der ersten Gasthörerinnen der Medizin an der St. Petersburger Universität, Mitglied „radikaler“ Kreise
Um 1860	Eheschließung mit dem Studenten Ponjatovskij, der 1861 verhaftet wurde und in der Verbannung starb ²⁴
1865	Zweite Eheschließung mit dem Mediziner Vjačeslav Avksent'evič Manasein (1841–1901), der ab 1866 an der Mediko-Chirurgischen Akademie (1881 Umbenennung in Militär-Medizinische Akademie) in St. Petersburg lehrte, 1877–1891 als Prof. für Spezielle Pathologie und Therapie
1870	Manaseina tritt mit einer ersten Schrift über frühkindliche Erziehung hervor.
1870–1872	Auslandsaufenthalt der Eheleute: Oktober 1870 bis April 1871 bei Julius Wiesner (1838–1916) im Laboratorium für Mikroskopie und technische Warenkunde am Polytechnischen Institut in Wien; 1871/72 physiologisch-chemische Arbeiten von V.A. Manasein bei Felix Hoppe-Seyler (1825–1895) in Tübingen
1872	Einführung vierjährige Kurse für „gelehrte Geburtshelferinnen“ an der Mediko-Chirurgischen Akademie St. Petersburg, 1876–1882 fünfjährige „Ärztliche Kurse für Frauen“ (1887 Einstellung). Manaseina habe zu den ersten Absolventinnen dieser medizinischen Frauenkurse gehört und den Titel eines „Doktors der Medizin“ erworben. ²⁵ Hierfür gibt es bisher keine Belege; auch die akademische Graduierung, erstmals im russischen „Brockhaus“

- 22 Ingrid Kästner: „Leider haben mich Familienverhältnisse abgehalten ...“. *Leben und Werk der Ärztin Maria Michajlovna Manasseina*. In: Christoph Meinel und Monika Renneberg (Hg.): *Geschlechterverhältnisse in Medizin, Naturwissenschaft und Technik*. Bassum/Stuttgart 1996, S. 62–68. – Andrej Viktorovič Šabunin, St. Petersburg, persönliche Mitteilung an Dr. Larisa Shumeyko, Marburg/Lahn, 12. 9. 1999. – Vladimir M. Kovalzon: *Some notes on the biography of Maria Manasseina*. In: *Journal of the History of the Neurosciences* 18 (2009), S. 312–319.
- 23 1841 lt. *Istoričeskie kladbišča Peterburga*. *Spravočnik-putevoditel'*, Sankt-Peterburg 1993, S. 393; 1843 lt. Kovalzon (wie Anm. 22), S. 312.
- 24 In einem biobibliographischen Lexikon russischer Revolutionäre findet sich lediglich der Hinweis auf einen Studenten der Moskauer Universität, Ivan Vasil'evič Ponjatovskij aus Nižnij Novgorod, der 1861 in Moskau verhaftet wurde. – <http://slovari.yandex.ru/dict/revoluc/article/re2/re2-1167.htm>. – Ich danke Frau Dr. Larisa Shumeyko, Marburg/Lahn, für diesen Hinweis.
- 25 Kästner (wie Anm. 22), S. 63.

	von 1896 erwähnt, ²⁶ ist fraglich. – Manaseina scheint vielmehr nach 1872 im physiologischen Labor eines befreundeten Kollegen ihres Mannes, des Grusiniers Fürst Ivan Romanovič Tarchanov (auch Ivan Ramazovič Tarchnišvili, 1846–1908), 1877–1895 Prof. für Physiologie an der Mediko-Chirurgischen bzw. Militär-Medizinischen Akademie, gearbeitet zu haben.
Seit 1874	Verfasserin einer regelmäßigen, umfangreichen, internationalen „Zeitschriften-Umschau“ im „Militärmedizinischen Journal“ und gelegentlicher „Ärztlicher Nachrichten“, zudem zahlreiche Buchübersetzungen und öffentliche Vorträge, z.B. im beliebten St. Petersburger „Soljanyj gorodok“ („Salzstädtchen“)
1879	Die Eheleute trennen sich, ohne Scheidung; Manaseina lebt eine Zeit lang mit Tarchanov zusammen, der sehr wahrscheinlich Manaseinas experimentelle Arbeiten über den Schlaf anregte.
Nach 1880	Autorin größerer wissenschaftlicher und populärer Schriften, insbes. über sinnesphysiologische, psychologische, pädagogische und kulturkritische Themen. Besondere Resonanz fanden ihre Bücher „Geistige Überbürdung in der modernen Kultur“ (1886, 1890 in franz., 1905 in dt. Übers.) und „Der Schlaf als ein Drittel des Menschenlebens, oder Physiologie, Pathologie, Hygiene und Psychologie des Schlafes“ (1892, 1896 in franz., 1897 in engl. Übers.). Manaseina bezog zuletzt in Würdigung ihrer schriftstellerischen Tätigkeit eine Pension des Zaren.
1894 bzw. 1900	Teilnahme am XI. Int. Med. Kongress in Rom bzw. am IV. Int. Kongress für Psychologie in Paris
17. März 1903	Manaseina stirbt in St. Petersburg, Beisetzung auf dem dortigen Novodevičij-Friedhof

der Experimente war es, Pasteur zu *widerlegen* und Liebig zu *belegen*. In Wiederholung der Lüdersdorffschen Versuche probierte Manaseina einerseits, die Hefezellen im Mörser mit „gepulvertem Bergkristall“ (Quarzsand) mechanisch aufzuschließen. Es war aber unmöglich, damit alle Hefezellen zu zerstören.²⁷ Als alternatives „Tötungsmittel“ bot sich andererseits eine Erhitzung an, deren Einfluss auf die Vitalität der Hefezellen erst kurz zuvor der Gießener Botaniker Hermann Hoffmann (1819–1891) und Wiesner selbst eingehend untersucht hatten.²⁸ Daher erhitzte sie Hefestücke, teils auf über 300 °C, wobei die Zellen

26 Fridrich Arnol'd Brokgauz [Friedrich Arnold Brockhaus], Il'ja Abramovič Efron (izdateli): Ènciklopedičeskij slovar' (S.-Peterburg) 18 (1896), S. 523.

27 Manassein (wie Anm. 2), S. 126.

28 Hermann Hoffmann: Zur Naturgeschichte der Hefe. In: Botanische Untersuchungen aus dem physiologischen Laboratorium der landwirtschaftlichen Lehranstalt in Berlin 1 (1867), S. 341–368. – Julius Wiesner:

mehr oder weniger verkohlten; andere Proben wurden bis zu 45 Minuten lang gekocht, um die Hefezellen abzutöten. In abgekochte Gärflüssigkeit überführt, bildeten die verschiedenen Versuchsansätze – selbst gänzlich verkohlte Rückstände – Alkohol, allerdings stets erst nach wenigstens 48 Stunden.²⁹ Im Bodensatz der Eprouvetten waren aber auch Bakterien, Pilzsporen, Stäbchen, Körnchen und Myzelien „in Menge“ vorhanden.³⁰ Obwohl Manaseina einräumte, dass diese Gebilde durchaus gärfähig sein könnten und sich in einigen Fällen sogar vermehrten, sah sie in dem Alkohol einzig ein Produkt der Hefewirkung und erklärte seine verzögerte Bildung mit den gestörten osmotischen Verhältnissen in der toten Hefemasse, die ein Vordringen des Zuckers zu den innerzellulären Fermenten erschwerten.³¹ Die Folgerung, „daß lebende Hefezellen zur alkoholischen Gärung nicht nothwendig seien“,³² erscheint aus heutiger Sicht wenig überzeugend und konnte gewiss auch die Parteilänger Pasteurs nicht bekehren, wenn sie auch unter den Wiener Pflanzenphysiologen um Wiesner weiterhin diskutiert wurde.³³

Eingedenk der unspezifischen, denaturierenden Wirkung langanhaltender Hitze auf das Zellplasma, der improvisierten Versuchsbedingungen und der Verunreinigung mit Fremdkeimen, aber auch unklarer Messbilanzen, blieben berechtigte Zweifel. Die Absicht, ein Resümee der Arbeit in Liebigs Annalen der Chemie und Pharmacie unterzubringen,³⁴ konnte nicht verwirklicht werden. Doch erfuhr Liebig möglicherweise davon, habe er die Autorin doch eingeladen, die Untersuchungen in seinem Labor fortzuführen, was aber „Familienverhältnisse“ nicht zugelassen hätten.³⁵ Nachfolgende Versuche, etwa durch Felix Hoppe-Seyler (1825–1895), mit zellfreiem Hefekochsaft Zucker zu Alkohol zu vergären,

Untersuchungen über den Einfluß, welchen Zufuhr und Entziehung von Wasser auf die Lebensthätigkeit der Hefezellen äussern. In: Sitzungsberichte der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften, Mathematisch-Naturwissenschaftliche Classe (Wien) 59, 2. Abt. (1869), S. 495–519 (hier S. 499 f.).

29 Manassein (wie Anm. 2), S. 124.

30 Manassein (wie Anm. 2), z.B. S. 121 f., 124 f. und 127.

31 Manassein (wie Anm. 2), S. 128.

32 Ebda.

33 Emil Schumacher: Beiträge zur Morphologie und Biologie der Hefe. In: Sitzungsberichte der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Classe der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften (Wien) 70, 1. Abt. (1874), S. 157–188 (hier S. 171).

34 Manaseina an Emil Erlenmeyer, 21. 3. 1871. Zit. bei Ukrow (wie Anm. 12), S. 135.

35 Marie von Manassein: Zur Frage von der alkoholischen Gärung ohne lebende Hefezellen. In: Berichte der Deutschen Chemischen Gesellschaft 30 (1897), S. 3061 f. (hier S. 3061).

schlugen fehl³⁶ – und Manaseina ging inzwischen ganz anderen Fragen nach. Sie hatte sich unter dem Einfluss des Physiologen Ivan Romanovič Tarchanov (1846–1908) unter anderem der experimentellen Schlafforschung zugewandt.³⁷

Erst die Mitteilung von Buchner 1897 veranlasste Manaseina zu zwei Erwidern, mit denen sie die Priorität für den zellfreien Gärungsnachweis einforderte.³⁸ Ihr „experimentum crucis“ sei das Kochen der Hefe gewesen; zudem stelle Buchners mechanischer Zellaufschluss mit Quarzsand nur eine Modifikation der von Lüdersdorff und ihr verwendeten Methode dar.³⁹ Wenn man das Auspressen des Hefebreies auch als einen „glücklichen Einfall“ betrachten möge, so habe der Chemiker doch versäumt, seinen Presssaft unter dem Mikroskop und in Kulturversuchen auf „hindurchgeschlüpfte Hefezellen“ hin zu überprüfen, sei das lang anhaltende Gärvermögen des Presssaftes doch nur durch die Vermehrung erhalten gebliebener Zellen zu erklären.⁴⁰ Als Wesen jeder Gärung betrachtete Manaseina eine Bewegung, die das Ferment im Substrat anstoße, wie überhaupt alle Lebensprozesse Ausdruck wasserabhängiger Molekularbewegungen seien.⁴¹ Wie mechanisch dieses Lebensverständnis war, zeigt sich in ihren Vorstellungen, dass die Erschütterungen eines heftigen Gewitterdonners zu einer verstärkten Zuckerspaltung bei der Hefegärung führten oder es kranken und alten Tier- und Pflanzenkörpern grundsätzlich an der notwendigen, die Molekülbewegungen fördernden Wassermenge in den Zellen mangle.⁴²

Buchner setzte sich 1898 umgehend – und nicht erst 1903, wie von Ingrid Kästner behauptet,⁴³ – mit den Versuchen Manaseinas auseinander. Ihre für die damalige Zeit ver-

36 Vgl. Lothar Jaenicke: Hundert Jahre Nobelpreis an Eduard Buchner, den Begründer der Biochemie im Reagenzglas, damit der experimentell-molekulare Biowissenschaften. In: *Angewandte Chemie* 119 (2007), S. 6900–6905 (hier S. 6902).

37 Mar'ja M. Manaseina: *Son kak tret' žizni čeloveka, ili fiziologija, patologija, gigiena i psihologija sna* [Der Schlaf als ein Drittel des Menschenlebens, oder Physiologie, Pathologie, Hygiene und Psychologie des Schlafes]. Moskva 1892. „This book was the sleep encyclopedia of its time ...“ [Vladimir M. Kovalzon: A portrait of Maria Manasseina, pioneer sleep scientist. In: *Sleep Research Society Bulletin* 15 (2009) 2, S. 27 f. (hier S. 27)]. Darin wies sie unter anderem an Hundewelpen nach, dass vollständiger Schlafentzug schneller zum Tod führt als Nahrungsentzug. Manaseina gilt heute als Mitbegründerin der modernen Somnologie [Kovalzon (wie Anm. 22)].

38 Manassein (wie Anm. 35); dies.: Zur Frage von der alkoholischen Gärung ohne lebende Hefezellen und über die Gärung im Allgemeinen. In: *Le Physiologiste Russe* 1 (1898/99), S. 88–94.

39 Manassein: Gärung im Allgemeinen (wie Anm. 38), S. 89 f.

40 Ebda., S. 90 f.

41 Ebda., S. 93.

42 Ebda., S. 93 f.

43 Kästner (wie Anm. 22), S. 65.

dienstliche Arbeit bezeuge, dass die Verfasserin *subjektiv* von der Existenz eines Gärungsenzyms überzeugt war – wie vor ihr auch schon Traube und andere –, dies aber *objektiv* nicht beweisen konnte, was beim Stand der Kenntnisse und Methoden ihrer Zeit wohl auch kaum gelungen wäre.⁴⁴ Im weiteren analysierte er sachlich mögliche Fehlerquellen. So habe ein nur zehninütiges Abkochen der Gärflüssigkeit nicht ausgereicht, diese steril zu machen, zumal man die von Manaseina selbst beschriebenen Mikrokokken in den Gärmedien damals noch für unbedenklich hielt; zudem seien die Gärungsenzyme bei dem langen Erhitzen der Hefezellen bis zur Verkohlung nachweislich vernichtet und beim Kochen zumindest geschädigt worden.⁴⁵ In seiner Monographie über „Die Zymasegärung“ (1903) fasste Buchner noch einmal zusammen, dass die Methoden Manaseinas mit Blick auf die in jener Zeit noch spärlichen Kenntnisse über die Bakterien so unsicher waren, dass man ihre Versuche nicht als Beweis für die Enzymtheorie hinnehmen konnte, noch weniger heute.⁴⁶ Diese Einschätzung Buchners fand allgemeine Zustimmung.



Abb. 5: Mar'ja M. Manaseina, Altersporträt. Aus: Vinokurov und Čagovec (wie Anm. 48), S. 559.

44 Eduard Buchner und Rudolf Rapp: Alkoholische Gärung ohne Hefezellen. In: Berichte der Deutschen Chemischen Gesellschaft 31 (1898), S. 209–217 (hier S. 212).

45 Ebd., S. 212 f.

46 Eduard Buchner, Hans Buchner und Martin Hahn: Die Zymasegärung. Untersuchungen über den Inhalt der Hefezellen und die biologische Seite des Gärungsproblems. München/Berlin 1903, S. 18. – Vgl. James E. Strick: Sparks of life. Darwinism and the Victorian debates over spontaneous generation. Cambridge/MA/London 2002, S. 173–175.

5. Manaseina und die „vaterländische“ Wissenschaft – ihre erste Wiederentdeckung

Damit hätte es sein Bewenden haben können, wenn diese Geschichte sich nicht als Projektionsfläche für ganz andere Lesarten geeignet hätte. Immerhin herrschte 50 Jahre Einvernehmen und Ruhe – bis 1950 eine *nationalistische* und *ideologische* Karte gespielt wurde. Die Sowjetunion war aus dem Zweiten Weltkrieg als neue Weltmacht hervorgegangen. Ihre politischen Führer hielten sich auch in Wissenschaft und Technik für überlegen und besannen sich überdies großer Leistungen der „vaterländischen“ russischen Naturwissenschaften zur Rechtfertigung ihrer Hegemonieansprüche. Das war selbst und gerade der Sowjetunion politisch verbundenen westeuropäischen Kommunisten zuwider. So beklagte der österreichische Physikochemiker Engelbert Broda (1910–1983) im Jahre 1957 einen „[...] Problemkreis, den ich als den des russischen Nationalismus in der Wissenschaft bezeichnen möchte, also die einige Jahre hindurch im Schwange gewesenen oft krampfhaften Versuche, möglichst alle großen Entdeckungen und Erfindungen für Rußland bzw. die Sowjetunion zu reklamieren. [...] diese engherzige und der historischen Wahrheit oft kraß zuwiderlaufende Politik [hat uns] international unter den Intellektuellen und weit darüber hinaus schweren Schaden zugefügt.“⁴⁷

In diesem Kontext erinnerten 1950 die Kiewer Biochemiker S. I. Vinokurov und Rostislav V. Čagovec in einem fünfseitigen Artikel in der Moskauer Biochimija unter der Rubrik „Aus der Geschichte der vaterländischen Biochemie“ explizit an „Mar’ja Manasseina [sic!] und ihre Rolle bei der Entdeckung der zellfreien Gärung“.⁴⁸ Sie habe die idealistischen Ansichten Pasteurs experimentell widerlegt und damit die zutiefst philosophische Liebig/Pasteur-Kontroverse radikal für den Materialismus entschieden.⁴⁹ Die deutsche fach- und populärwissenschaftliche Presse habe diesbezüglich jedoch den Deutschen Buchner gewürdigt und Manaseina ignoriert. Selbst einige russische Wissenschaftler hätten alles daran gesetzt, die Verdienste ihrer Landsmännin zugunsten der „deutschen Wissenschaft“ zu schmälern.⁵⁰ Doch Manaseina gebühre in dieser Frage ein Ehrenplatz in der Geschichte der

47 Engelbert Broda in einem Brief an den Berliner Korrespondenten der „Volksstimme“ Alexander Rabinowitsch, 21. 3. 1957. Zit. in Engelbert Broda: Wissenschaft und Gesellschaft, hrsg. von der Zentralbibliothek für Physik in Wien. Wien 1993, S. 36 f.

48 S.I. Vinokurov und Rostislav V. Čagovec: Mar’ja Manasseina i eë rol’ v otkrytii beskletočnogo broženija [Mar’ja Manasseina und ihre Rolle bei der Entdeckung der zellfreien Gärung]. In: Biochimija 15 (1950), S. 558–562.

49 Ebda., S. 558 und 560.

50 Ebda., S. 561.

Biochemie. – Dabei verschwiegen die Autoren tunlichst, dass deren „ehrenvolle Entdeckung“ nicht in Russland, sondern in Österreich gemacht wurde.

Bei allem nationalistischen Pathos zielte der Artikel aber hauptsächlich, wie schon die Terminologie verrät, auf eine inländische Wirkung ab. Dafür spricht auch sein Fazit, habe Manaseina doch gezeigt, wie mit der „dialektischen Methodologie des Materialismus“ biochemische Fragen gelöst werden – ein Weg, den auch der Begründer der „vaterländischen“ Biochemie, Akademiemitglied Aleksej Nikolaevič Bach (1857–1946), und seine Schüler – Aleksandr Ivanovič Oparin (1894–1980), Norajr Martirosovič Sisakjan (1907–1966), Boris Anisimovič Rubin (1900–1978) und andere – beim Studium der Fermente gingen. Erst „diese große theoretische Errungenschaft der sowjetischen Fermentologie“ hätte es möglich gemacht, die sozialistische Nahrungsmittelindustrie hervorzubringen.⁵¹

Manaseina galt schon einigen ihrer Zeitgenossen als „extreme Materialistin“⁵² und kam den Verfassern und Hintermännern ihrer „Wiederentdeckung“ 1950 gerade zupass, um sich des Verdachts einer „idealistischen, antimarxistischen“ Forschung enthoben zu sehen. Es ging um nicht mehr und nicht weniger als die Rettung der sowjetischen Biochemie. Ol'ga Borisovna Lepešinskaja (1871–1963) hatte just 1950 den Stalinpreis für ihr Buch „Die Entstehung der Zellen aus lebender Materie“⁵³ erhalten, das die Andersartigkeit chemischer Prozesse in belebten und unbelebten Systemen und die Existenz „lebender Moleküle“, die sich durch ihre Fähigkeit zum Stoffwechsel auszeichneten, unterstellte.⁵⁴ Damit war den Fermenten eine Schlüsselrolle bei der Demontage der „metaphysischen“ Zellenlehre zugeordnet, die – nach der Vertreibung des „reaktionären Morganismus-Weismannismus“ aus dem Bereich der Genetik – ein letztes Refugium seiner Anhänger sei. Diese würden sich insbesondere auf die „mechanistischen Dogmen“ Rudolf Virchows (1821–1902) berufen, dass „die Zelle das letzte lebensfähige morphologische Element“ und der „Organismus die Summe seiner Zellen“ sei,⁵⁵ was nicht minder fortschrittsfeind-

51 Ebda., S. 561 f.

52 So der Schriftsteller Nikolaj Semënovič Leskov (1831–1895) in einem Brief an Lev Nikolaevič Tolstoj (1828–1910), 19. 9. 1894. In: Nikolaj S. Leskov: *Sobranie sočinenija* [Gesammelte Werke], 11 Bde. Moskva 1956–1958 (hier Bd. 11 (1958), S. 595). – Vgl. Kovalzon (wie Anm. 22), S. 314.

53 Ol'ga Borisovna Lepešinskaja: *Proischoždenie kletok iz živogo veščestva i rol' živogo veščestva v organizme*. Moskva 1945, 2. Aufl. Moskva 1950. – **Olga B. Lepeschinskaja: Die Entstehung von Zellen aus lebender Materie** und die Rolle der lebenden Materie im Organismus. Ins Deutsche übertragen von Gerhard Müller. Berlin 1952 (= Sowjetwissenschaft, Beiheft 32).

54 Lepeschinskaja: *Die Entstehung von Zellen* (wie Anm. 53), S. 95 und 106.

55 Ebda., S. 92.

lich sei als die „idealistischen“ und „vitalistischen Phantasien“ eines Pasteur und seiner „Gesinnungsgenossen“, die die Möglichkeit einer spontanen Zeugung von „lebender Materie“ leugneten.⁵⁶

Trofim Denisovič Lyssenko (Lisenko, 1898–1976) sah denn auch in der „lebenden Materie“ eine Erklärung für sein Konzept einer direkten Artumwandlung und erhob ihre Anerkennung zum Gradmesser eines wahrhaftigen „materialistisch-dialektischen“ Entwicklungsdenkens.⁵⁷ Die in dem Manaseina-Artikel von 1950 als Gewährsmänner einer im Geiste des dialektischen Materialismus begründeten und betriebenen Biochemie des Moskauer Bach-Instituts genannten Oparin, Sisakjan und Rubin waren nicht zufällig der Partei Lyssenkos zuzurechnen.⁵⁸ Die „sowjetische biochemische Schule“ zeichne sich, so Sisakjan auf der berüchtigten Allunionskonferenz der Lenin-Akademie der Landwirtschaftswissenschaften im August 1948, dadurch aus, dass in ihren Arbeiten „die Fermente erstmalig ein gewaltiges Werkzeug zur Erforschung des Stoffwechsels“ wurden;⁵⁹ und wie Rubin auf eben dieser Tagung ergänzte, sei die Abhängigkeit der Fermentaktivität von Umwelteinflüssen „der Schlüssel zum Verständnis [...] der Anpassungsreaktionen der Pflanzen an die Umweltverhältnisse“.⁶⁰

Es sei dahin gestellt, inwieweit diese Ergebenheitsbekundungen der Biochemiker Lippenbekenntnis oder Überzeugung waren. Ihr Fach war jedenfalls in Bedrängnis und wurde nicht nur von den Anhängern Lyssenkos *ideologisch* bearwöhnt, sondern auch *politisch* verdächtigt. Die weltberühmte jüdische Biochemikerin Lina Stern (1878–1968) war gerade 1949 verhaftet und eines antisowjetischen zionistischen Komplotts bezichtigt worden,⁶¹ wie die Biochemie überhaupt in dem Ruf stand, eine jüdische Wissenschaft zu sein. Da war die Präsentation einer passablen Russin als Wegbereiterin, die noch dazu

56 Ebda., S. 28.

57 Trofim D. Lyssenko: Vorwort. In: Lepschinskaja: Die Entstehung von Zellen (wie Anm. 53), S. 7. – Vgl. Larisa Shumeiko: Der „lebende Stoff“ und die Umwandlung der Arten. Die „neue“ Zellentheorie von Ol'ga Borisovna Lepschinskaja (1871–1963). In: Verhandlungen zur Geschichte und Theorie der Biologie 6 (2001), S. 213–228.

58 Vgl. Shores A. Medwedjew: Der Fall Lyssenko. Eine Wissenschaft kapituliert. München 1974 (hier S. 192 und 276).

59 Trofim D. Lyssenko: Die Situation in der biologischen Wissenschaft. Stenographischer Bericht von der Tagung der W.I. Lenin-Akademie der Landwirtschafts-Wissenschaften der Sowjetunion vom 31. Juli bis 7. August 1948. Berlin 1948 (= Sowjetwissenschaft, Beiheft 2), 2. Aufl. Berlin 1951 (hier S. 88).

60 Ebda., S. 268.

61 Alexander Borschtschagowski: Orden für einen Mord. Die Judenverfolgung unter Stalin. Berlin 2000, S. 93.

deutsche Prioritätsansprüche abwehrte, hilfreich. Manaseina diente 1950 wohl vor allem als Aufhänger, um die Biochemie – nach der Zerschlagung der klassischen Genetik – in die Nähe Lyssenkos zu rücken und als eine originär russische Wissenschaft mit fundamentaler volkswirtschaftlicher Bedeutung auszuweisen, auf dass sie in einer bedrohlichen Lage ihre Existenzberechtigung behaupten konnte.

6. Manaseina und der unbekannte Osten – ihre zweite Wiederentdeckung

Diese Kämpfe waren ausgetragen und vergessen und im Einzelfall im Ausland auch nicht bekannt, als 1992 der Londoner Biochemiker John Lagnado auf das Manaseina-Relikt der Lyssenko-Ära stieß und im *Biochemist* verwundert fragte, „Was the First Biochemist a Woman?“⁶² Seine Neugier hatte nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ gewiss ihre Berechtigung. Viele außerordentliche Leistungen östlicher Wissenschaftler waren im Westen unbekannt oder unbeachtet geblieben; es gab – wenigstens bei den Unvoreingenommenen – viel Nachholbedarf. Wie der Botaniker Dieter Mollenhauer (* 1937), der an der Freien Universität Berlin studiert hatte, aus eigenem Erleben konstatierte, hatte der „Kalte Krieg“ eine Tendenz befördert, „immer weniger auf die Wissenschaft in der Sowjetunion und ihren sogenannten ‚Satellitenstaaten‘ zu achten.“⁶³ Dazu hätten auch die anfänglichen, lächerlichen Versuche russischer Kulturoffiziere beigetragen, alle möglichen Entdeckungen und Erfindungen der russischen Wissenschaft zuzuschreiben. „Letztlich wurden alle Verdienste und Leistungen aus der Sowjetunion und auch dem alten Russland angezweifelt und diskreditiert.“⁶⁴ Zu den im Westen weitgehend unbekannt gebliebenen eigenständigen Konzepten russischer Wissenschaftler gehörte etwa die Phytozoönologie⁶⁵ des Moskauer Geobotanikers Tichon Aleksandrovič Rabotnov (1904–2000), ein „Hauptwerk der osteuropäischen Vegetationsökologie“, das auf Betreiben der österreichischen Pflanzenökologen

62 John Lagnado: Was the first biochemist a woman? In: *The Biochemist* 14 (1992) 5, S. 21 f.

63 Dieter Mollenhauer: Zur Merežkovskij-Rezeption nach 1945. Vom „Unwert“ zum Wert der Endosymbiosetheorie. In: Armin Geus und Ekkehard Höxtermann (Hg.): *Evolution durch Kooperation und Integration. Zur Entstehung der Endosymbiosetheorie in der Zellbiologie. Faksimiles, Kommentare und Essays.* Marburg 2007, S. 637–672 (hier S. 640) (= *Acta Biohistorica*, 11).

64 Ebda., S. 641.

65 Tichon A. Rabotnov: *Fitocenologija.* Moskva 1978. – Die Phytozoönologie befasst sich mit der Struktur und Veränderlichkeit der Pflanzengemeinschaften (Phytozönosen).

Walter Larcher (* 1929) und Erich Hübl (* 1930) 1995 endlich auch in einer deutschen Ausgabe erschien.⁶⁶

Auch Lagnado wählte sich auf der Spur einer verkannten russischen Pionierarbeit, als er auf den Beitrag von Vinokurov und Čagovec in der *Biochimija* stieß und die Wiener Abhandlung Manaseinas im British Museum aufspürte. Er folgte ebenso bereitwillig der „vaterländischen“ Würdigung des Jahres 1950, wie er bedenkenlos die Versuchsansätze und -ergebnisse von 1870/71 referierte und ihre Auslegung akzeptierte. Die Russin habe in einer Reihe gut kontrollierter Experimente die Bildung von Alkohol und Kohlendioxid in Abwesenheit lebender Zellen demonstriert⁶⁷ und – „unfortunately for her, and perhaps also for biochemistry“⁶⁸ – eine Einladung Liebigs in sein Labor nach Gießen⁶⁹ aus familiären Gründen ablehnen müssen. Buchner habe dann ihre Ansprüche „herablassend“ und – so sein Eindruck – „unfair“ abgewiesen und nicht einmal ihre Versuche zitiert, obwohl er vorgab, sie zu kennen. Hier sind bereits all jene Kritikpunkte angelegt, die hinfert immer wieder vorgebracht werden sollten. Zweifellos sei Buchners Arbeit viel „eleganter und überzeugender“ als die seiner „Vorgänger“ gewesen, was auch schon Manaseina anerkannt hätte, aber dennoch habe sie die widersprüchliche zeitgenössische Literatur treffend analysiert und darauf – in Ablehnung Pasteurs – ihre Experimente mit den besten damals verfügbaren Techniken gegründet. Sie habe das richtige Gespür gehabt und es allein deshalb verdient, wenigstens als Mitbegründerin der Biochemie wieder zu Ehren zu kommen.⁷⁰ Derweil plane er eine detailliertere Arbeit über die Manaseina und erbat weitere Informationen.⁷¹

7. Die „Story“ und ihre Potenzen in der Außenseiter- und Geschlechterforschung

Lagnado lieferte mit seiner „historischen Exkursion“, wie er seinen Artikel selbst nannte,⁷² die Munition für Gefechte jenseits der Biochemie. Die „Story“, auch das eine Bezeichnung

66 Tikhon A. Rabotnov: *Phytozoölogie. Struktur und Dynamik natürlicher Ökosysteme*. Stuttgart 1995 (hier S. 6).

67 Lagnado (wie Anm. 62), S. 21 f.

68 Ebda., S. 22.

69 Liebig wirkte 1872 schon seit 20 Jahren in München. Die falsche Ortsangabe scheint mir als Marker für die Rezeption des Artikels von Lagnado geeignet, wiederholt sie sich doch fortan in einigen Arbeiten über Manaseina.

70 Lagnado (wie Anm. 62), S. 22.

71 Zu dieser größeren Arbeit über Manaseina ist es m.W. nie gekommen.

72 Lagnado (wie Anm. 62), S. 22.

des Engländers,⁷³ wurde von der Leipziger Medizinhistorikerin Ingrid Kästner für aktuelle wissenschaftshistorische Diskurse, und zwar die Außenseiter- und die Geschlechterforschung, entdeckt.⁷⁴ Der Titel ihrer ersten Mitteilung 1996 ließ keinen Zweifel: „Kein Nobelpreis für Maria Manasseina“!⁷⁵ Als Frau und Russin – „ein doppelter Fluch“ in einer damals von Männern und Deutschen beherrschten wissenschaftlichen Welt⁷⁶ – sei sie Außenseiterin geblieben, der die Scientific Community bis heute „die gebührende Anerkennung“ versage.⁷⁷ Ihre zweite Arbeit „Leider haben mich Familienverhältnisse abgehalten [...]“ (1996) unterstellte, dass die Geschichte der Gärungschemie vermutlich anders verlaufen wäre, wenn familiäre Rücksichten Manaseina nicht daran gehindert hätten, bei Liebig zu arbeiten, der neben ihr als einziger die wahre Bedeutung ihrer Experimente erkannt hätte.⁷⁸ Buchner dagegen hätte nachträglich versucht, „diese als belanglos abzutun“.⁷⁹ Für die wissenschaftliche Welt außerhalb Rußlands habe „schon zu Lebzeiten auf ihr das Unglück [gelastet], eine Frau und eine Russin zu sein.“⁸⁰ Es sei an der Zeit, ihr Gerechtigkeit widerfahren zu lassen,⁸¹ denn, so das Manaseina-Zitat im Titel der dritten Arbeit ihrer Leipziger Biographin: „Allein das Wichtigste der ganzen Frage [...] wurde von mir bereits vor mehr als einem Vierteljahrhundert gefunden“.⁸² Hier wurde der Fall eingeordnet in eine Erörterung der Anfänge des medizinischen Frauenstudiums in Russland.

Bei aller Bedeutung und Berechtigung der Dilettantismus- und Genderforschung in der aktuellen Wissenschaftshistoriographie, die Gärungsarbeiten der Manaseina sind denkbar ungeeignet, die selbstgefällige Missachtung von Außenseitern und die systematische

73 Ebda., S. 22.

74 Kästner erwähnt an keiner Stelle, wie sie auf Manaseina aufmerksam wurde. Da auch sie Liebig 1872 in Gießen wählte, könnte es einen Zusammenhang mit Lagnado geben. – Vgl. Ingrid Kästner: Kein Nobelpreis für Maria Manasseina. Ein Beitrag zur Geschichte der Biochemie. In: Elisabeth Strauß (Hg.): Dilettanten und Wissenschaft. Zur Geschichte und Aktualität eines wechselvollen Verhältnisses. Amsterdam/Atlanta 1996, S. 123–134 (hier S. 133) (= Philosophie & Repräsentation, 4).

75 Ebda.

76 Ebda., S. 134.

77 Ebda., S. 123.

78 Kästner (wie Anm. 22), S. 64 und 66.

79 Ebda., S. 65.

80 Ebda., S. 66.

81 Ebda.

82 Ingrid Kästner: „Allein das Wichtigste der ganzen Frage ... wurde von mir bereits vor mehr als einem Vierteljahrhundert gefunden“ (Maria Michailovna Manasseina, 1898). In: Mitteilungen der Österreichischen Gesellschaft für Wissenschaftsgeschichte 18 (1998), S. 1–14.

Diskriminierung von Frauen in der Wissenschaft zu belegen. Ingrid Kästner hat dem wichtigen Grundanliegen mit der leichten Angreifbarkeit ihres Exempels einen Bärendienst erwiesen. Es ist unfassbar, mit welchem Selbstverständnis die vermeintliche Priorität der Russin behauptet wird und sich in der Wortwahl niederschlägt. Es gibt nur noch Tatsachen und Indikative! Manaseina *hat* die zellfreie Gärung experimentell bewiesen,⁸³ und Buchner *ist* nur der „Zweit-Entdecker“⁸⁴, der dafür sogar noch den Nobelpreis einheimste! Doch fragt man nach den Belegen dieser Behauptungen, so sucht man vergebens nach einer kritischen Analyse der Experimente und nach überzeugenden Beweisen. Einzig die Replik Manaseinas auf Buchners Entdeckung wird wieder und wieder zitiert.

Im Vertrauen auf die Berechtigung und die „Akribie“ Kästners⁸⁵ gründet die Bremer Sozialwissenschaftlerin Heike Wiesner in ihrem Buch „Die Inszenierung der Geschlechter in den Naturwissenschaften“ (2002) darauf eine Analyse der Behandlung von Prioritätsansprüchen durch Frauen. Dabei verwechselt sie aber eine Mitteilung mit einem Kommentar und legte Buchner Formulierungen von Manaseina in den Mund, was zu skurrilen Schlüssen führt.⁸⁶ Auch die verschiedenen Ansätze der Russin, die Hefezellen aufzuschließen bzw. zu töten, wurden durcheinander gebracht und phantasievoll Buchner angelastet.⁸⁷ Im Ergebnis ihrer eigenen Missverständnisse versteigt sich Wiesner zu der Bemerkung, Buchner habe sich „entgegen seinem Wissen [...] *seine* Priorität auf *ihre* Entdeckung“ gesichert.⁸⁸

83 Kästner (wie Anm. 74), S. 123.

84 Ebda., S. 125.

85 Heike Wiesner: *Die Inszenierung der Geschlechter in den Naturwissenschaften. Wissenschafts- und Genderforschung im Dialog*. Frankfurt a.M./New York 2002, S. 91.

86 Manaseina erwähnte in ihrer Veröffentlichung „einen kräftigen Mann“, der für sie bis zu 15 Stunden lang Trockenhefe zermörsert habe [Manassein (wie Anm. 2), S. 126]. In Unkenntnis der Originalarbeit meinte Wiesner nun, Buchner habe mit der expliziten Hervorhebung der Beteiligung eines „kräftigen Mannes“ in seiner Entgegnung 1903 den Eindruck erwecken wollen, „dass Manaseinas Anwesenheit beim Experiment eher sekundär war“. Erweise man üblicherweise dem Versuchsleiter die Reverenz, würden bei einer Frau „die unsichtbaren helfenden Hände in den Mittelpunkt gestellt“ [Wiesner (wie Anm. 85), S. 90].

87 Hier leistete Kästner freilich Vorschub, als sie die Ergebnisse des Zermörserns und Zerkochens der Hefezellen gleichsetzte [Kästner (wie Anm. 82), S. 13]. Buchners lapidare Feststellung, dass Manaseina eine erfolglose Versuchsanordnung zugunsten einer anderen verlassen habe [Buchner/Buchner und Hahn (wie Anm. 46), S. 17], wurde so missverstanden, dass dieser ihr unterstellt habe, generell ihre Versuche, auch die vermeintlich erfolgreichen, abgebrochen zu haben [Wiesner (wie Anm. 85), S. 91]. Der eigene Irrtum wird als ein Winkelzug Buchners ausgelegt. Dieser hätte gewusst, dass nicht „inhaltliche Umstände“ (d.h. ein experimentelles Scheitern), sondern „äußere Umstände“ (d.h. die Familienverhältnisse) den Weiterverfolg ihrer Gärungsarbeiten verhindert hätten [Wiesner (wie Anm. 85), S. 91].

88 Wiesner (wie Anm. 85), S. 91 (Hervorhebungen im Original).

Aber wenn ihr schon als Frau und Russin „die gebührende Anerkennung“ versagt bleibe, so habe ihre Intervention doch immerhin dazu geführt, „dass ihre Forschungen, die einem anderen den Nobelpreis einbrachten,“ wenigstens als Fußnote Erwähnung fänden.⁸⁹ Wiesner zieht aus diesem seltenen Einzelfall einer realen Prioritätseinforderung durch eine Frau einen allgemeinen Schluss und stellt dem üblichen „zornigen“ Gebaren der Männer eine auffallend „höfliche“ Form der Richtigstellung bei einer Frau entgegen.⁹⁰ „Der unsichtbare Faktor *gender* hinterlässt seine Spuren.“⁹¹

Es bleibt festzustellen, dass die fortschreitende Rezeption des Prioritätsanspruches Manaseinas bei der Entdeckung der zellfreien Gärung – wie bei der „Stillen Post“ – zu einer zunehmenden Verfälschung der primären Ereignisse und Mitteilungen und zu einer erstaunlichen Verstärkung subjektiver Deutungen führt. Je weiter weg sich die Berichte von den originären Quellen bewegen, um so selektiver und absoluter werden die Aussagen. So nimmt es nicht wunder, dass es in einer Rezension des Buches von Wiesner kategorisch heißt: „So hatte etwa die russische Ärztin Maria Manasseina 1872 die zellfreie Gärung experimentell bewiesen, den Nobelpreis für diese Entdeckung erhielt 35 Jahre später allerdings Eduard Buchner, der Manasseinas Versuche wider besseres Wissen als gescheitert dargestellt und sich somit die ‚Priorität auf ihre Entdeckung‘ gesichert hatte.“⁹²

8. „Die ich rief die Geister ...“ – vergebliche Klarstellungen

Lagnados „Story“ wurde auch unter Biochemikern diskutiert. Einem Moment der Verwunderung folgte eine entschiedene Ablehnung. In der Biochemiehistoriographie gab es bis dahin keinen Zweifel an der Leistung und Lauterkeit des Nobelpreisträgers Buchner bei der Entdeckung der zellfreien Gärung.⁹³ Die Arbeiten Manaseinas waren bekannt und

89 Ebda., S. 91.

90 Ebda., S. 90.

91 Ebda., S. 91.

92 Rolf Löchel: Hurra, es ist ein Junge! Frauen und Geschlechterinszenierungen in den Naturwissenschaften. Rezension vom Oktober 2002. In: http://www.literaturkritik.de/public/rezension.php?rez_id=5377. – Ich danke Frau Dr. Larisa Shumeyko, Marburg/Lahn, für diesen Hinweis.

93 Joseph S. Fruton: *Molecules and life. Historical essays on the interplay of chemistry and biology.* New York/London/Sydney/Toronto 1972, S. 85 f. – Marcel Florin: *A history of biochemistry. Part III: History of the identification of the sources of free energy in organisms.* Amsterdam/Oxford/New York 1975, S. 27–29 (= *Comprehensive Biochemistry*, 31). – Mikuláš Teich, with Dorothy M. Needham: *A documentary history of biochemistry, 1770–1940.* Leicester/London 1992, S. 45–47. – Aleksej Nikolaevič Šamin: *Istorija biološke*

wurden mit anderen vergeblichen Versuchen der 1870er Jahre, aktive Gärungsfermente aus Hefe zu isolieren, referiert.⁹⁴ Einen berechtigten Prioritätsanspruch Manaseinas sahen auch russische Autoren nicht, die, wie der Moskauer Biochemiehistoriker Aleksej N. Šamin († 2002), die Ansicht einer Hitzezerstörung der Gärungsenzyme und mikrobiellen Verunreinigung der Proben teilten.⁹⁵

1997 jährte sich die Veröffentlichung von Buchners Entdeckung zum einhundersten Mal. Die Verfasser der Jubiläumsschriften kamen nicht umhin, zu dem neu entfachten Prioritätsstreit Stellung zu beziehen. Franz Kohl aus Freiburg verwies auf eine mögliche, aber archivalisch nicht abschließend geklärte „Vorläuferschaft“ Manaseinas.⁹⁶ Auch Peter Bohley und Kai-Uwe Fröhlich aus Tübingen sowie Herbert C. Friedmann aus Chicago erwähnten, ohne jede Wertung, den Prioritätsanspruch Manaseinas und die Entgegnung Buchners.⁹⁷ Ihr Herausgeber, der in Marseilles tätige englische Biochemiker Athel Cornish-Bowden, wurde kurz darauf von Lagnado eingeladen, die neue Rubrik „Past times“ des Journals *The Biochemist* zu eröffnen und sich über die Ursprünge der Enzymologie zu äußern. Hatte er bis dahin die Kanadierin Maud Menten (1879–1960) als erste Biochemikerin betrachtet, stellte er nun, unter Verweis auf Lagnado (1992), anheim, dass dieses Prädikat durchaus Mar'ja Manaseina zustehen könnte.⁹⁸ Auf der Suche nach Belegen korrespondierte Cornish-Bowden auch mit dem Kölner Biochemiker Lothar Jaenicke,⁹⁹ der kurzentschlossen Manaseinas Experimente nach ihren Protokollen im Labor nachstellte

chimii. Formirovanie biochimii [Geschichte der biologischen Chemie. Entstehung der Biochemie]. Moskva 1993, S. 190–192. – Jaenicke (wie Anm. 14); Neubauer (wie Anm. 14).

94 Robert Kohler: The background to Eduard Buchner's discovery of cell-free fermentation. In: *Journal of the History of Biology* 4 (1971), S. 35–61 (hier S. 39). – Fruton (wie Anm. 93), S. 62.

95 Vera Nikolaevna Gutina: Očerki po istorii fiziologii mikroorganizmov [Studien zur Geschichte der Physiologie der Mikroorganismen]. Moskva 1988, S. 84. – Šamin (wie Anm. 93), S. 190.

96 Franz Kohl: Eduard Buchner (1860–1917). Die Entdeckung der zellfreien Hefegärung. In: *Biologie in unserer Zeit* 27 (1997), S. 204 f. (hier S. 205). – Ders.: Ein Meilenstein der Biochemie und Enzymforschung. Vor 100 Jahren wies der deutsche Physiologe und Chemiker Eduard Buchner die „zellfreie Gärung“ in Hefe-Extrakten nach. In: *Deutsche Medizinische Wochenschrift* 123 (1998), S. 814–817.

97 Peter Bohley und Kai-Uwe Fröhlich: A prize-winning discovery of 1896. Buchner provides evidence of cell-free fermentation. In: Athel Cornish-Bowden (Hg.): *New beer in an old bottle. Eduard Buchner and the growth of biochemical knowledge*. València 1997, S. 51–60 (hier S. 56 f.). – Herbert C. Friedmann: From Friedrich Wöhler's urine to Eduard Buchner's alcohol. In: Athel Cornish-Bowden (Ed.): *New beer in an old bottle. Eduard Buchner and the growth of biochemical knowledge*. València 1997, S. 67–122 (hier S. 83).

98 Athel Cornish-Bowden: The origins of enzymology. In: *The Biochemist* 19 (1999) 2, S. 36–38 (hier S. 37).

99 Lothar Jaenicke, Köln, in einem Brief an den Autor, 15. 7. 2001.

und 2002 zu dem Schluss gelangte, daß „ihre Beweise [...] keinen guten Stand haben“.¹⁰⁰ Buchner habe in der Sache recht: „Die Versuche sind mangels ausreichender Kontrollen und Kautelen nicht aussagekräftig. Und selbst, wenn man berücksichtigt, mit wie viel Fleiss und Engagement, aber auch welchem proto-bakteriologischen Unkenntnisstand [...] und unter wie improvisierten Bedingungen sie ausgeführt wurden, kann man darauf keine Originalität hinsichtlich der Pasteur/Liebig-Kontroverse oder gar eine Priorität als Pionierin der Enzymologie aufbauen.“¹⁰¹ „Grosso modo: Hoherhitze Hefe ist nicht nur tot, sondern auch nicht gärfähig!“¹⁰² Versuche, Hefe durch Hitze aufzuschließen und mit zellfreiem Hefekochsaft Zucker zu vergären, können nicht gelingen.¹⁰³

Diese Überzeugung teilen der Engländer James A. Barnett, einer der erfahrensten Hefeforscher der Gegenwart, und der deutsche Organiker Frieder W. Lichtenthaler, die Manaseinas Versuche ausführlich analysierten und ihre Ansprüche unmissverständlich abwiesen. Es sei offensichtlich, dass die glykolytischen Enzyme unter den gewählten Versuchsbedingungen inaktiviert und die Proben mit Fremdkeimen verunreinigt waren.¹⁰⁴ Sie ließen nicht einmal Lagnados Feststellung, dass die Frau sich der grundlegenden Bedeutung ihrer Arbeit vollauf bewusst gewesen sei, gelten.

Das klare Votum der Biochemiker kommt freilich zu spät und bleibt, aus dem Munde von Männern, wohl auch verdächtig. Im Internet steht mittlerweile weltweit – vornehmlich auf den Webseiten US-amerikanischer sozialwissenschaftlicher Colleges – festgeschrieben, dass die Russin Mar'ja Manaseina bereits eine Generation vor Buchner die zellfreie Gärung entdeckte.¹⁰⁵ In der feministischen Wissenschaftskritik wird dies als Faktum behandelt.¹⁰⁶ Auch die an der Geschichte ihres Faches interessierten Schlafforscher lassen

100 Ders.: Wer begründete die *in-vitro*-Enzymologie? In: Chemie in unserer Zeit 36 (2002), S. 64 f. (hier S. 65).

101 Ebda., S. 65.

102 Lothar Jaenicke, Köln, in einem Brief an den Autor, 28. 8. 2001.

103 Ders.: Hundert Jahre (wie Anm. 36), S. 6902.

104 James A. Barnett und Frieder W. Lichtenthaler: A history of research on yeasts 3: Emil Fischer, Eduard Buchner and their contemporaries, 1880–1900. In: Yeast 18 (2001), S. 363–388 (hier S. 380 f.).

105 Zum Beispiel David Gregory Brandner, College of Humanities and Social Sciences, North Carolina State University Raleigh, NC: The women behind the men – <http://www2.chass.ncsu.edu/wyer/dgbrandn.html> [10. 3. 2008]. – Annette M. Parrott, College of Education, Georgia State University Atlanta, GA: Science, science education and technology timeline – http://scied.gsu.edu/Hassard/parrott_timeline.html [10. 3. 2008].

106 Heinz-Jürgen Voß: Feministische Wissenschaftskritik am Beispiel der Naturwissenschaft Biologie. In: Ulrike Freikamp/Matthias Lanza/Janne Mende/Stefan Müller/Peter Ullrich/Heinz-Jürgen Voß (Hg.): Kritik mit Methode? Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik. Berlin 2008, S. 233–252 (hier S. 237) (= Rosa-Luxemburg-Stiftung Texte, 42).

keinen Zweifel, dass Manaseina nicht nur die experimentelle Somnologie, sondern auch die physiologische Chemie (Biochemie) mitbegründete, doch in letzterem Falle triumpierte die „Ungerechtigkeit“!¹⁰⁷ Im Vertrauen auf ihre deutschen Quellen wiederholte selbst die Moskauer Chemiehistorikerin Elena A. Zaitseva, dass ihre Landsmännin „mit methodischer Perfektion“ Buchner antizipierte.¹⁰⁸ Diese vermeintliche Tatsache zog mittlerweile auch schon in populäre Darstellungen – etwa eine Enzyklopädie Chemie für Kinder¹⁰⁹ – ein. Und wie Heike Wiesner richtig voraussah, kommt man fürderhin auch da, wo Buchner noch was gilt, nicht umhin, wenigstens in einer Fußnote oder Apposition auf die Prioritätsansprüche der russischen „Ärztin“ hinzuweisen.¹¹⁰

9. Ein Fazit

Ist die Wissenschaftsgeschichte nun eine Glaubenssache? Natürlich nicht! Ich stellte eingangs fest, dass die Rezeption dieses Fallbeispiels ein Lehrstück sei über die Grenzen der Wissenschaftshistoriographie. Werden sie – vorsätzlich oder unbedacht – überschritten, laufen wir Gefahr, nichts als „eleganten Unsinn“¹¹¹ zu produzieren und den ohnehin angeschlagenen Ruf der Wissenschaftsgeschichte weiter zu ruinieren. Meine Rekonstruktion des Irrweges der Manaseina-Rezeption zeigt die Fehlerquellen: (1) Missachtete Kontexte,

-
- 107 Kovalzon: A portrait (wie Anm. 37), S. 27. – Paul Huetz: Marie de Manacéine. Madame Sommeil. In: *Le Courier de Russie*, 27. 11. 2009 – <http://lecourrierderussie.ws02.atalan.net/fr/pda/?artId=5081> [26. 3. 2010].
- 108 Elena A. Zaitseva: Justus Liebig and the development of physiological chemistry in Russia in the XIXth century. In: Brigitte Hoppe (Ed.): *Controversies and disputes in the life sciences in the 19th and 20th centuries*. Augsburg 2006, S. 81–95 (hier S. 94) (= *Algorismus*, 56).
- 109 *Ėnciklopedija dlja detej*. Chimija. – <http://www.encyclopedia4you.ru/page.php?id=136> [26. 3. 2010]. – Ich danke Frau Dr. Larisa Shumeyko, Marburg/Lahn, für diesen Hinweis.
- 110 [ne]: Eduard Buchner. In: *Unizeit*, Nachrichten und Berichte aus der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Nr. 33 vom 10. 12. 2005, S. 5. – Vadim Sergeevič Vorob'ev und O. V. Vorob'eva: Dokazatel'stvo beskletočnogo broženija. Triumf estestvoznaniija XIX veka. K 100-letiju prisuždenija Nobelevskoj premii Eduardu Buchneru i 110-letiju ego otkrytija [Der Nachweis der zellfreien Gärung. Ein Triumph der Naturwissenschaft des 19. Jahrhunderts. Zum 100. Jahrestag der Verleihung des Nobelpreises an Eduard Buchner und zum 110. Jahrestag ihrer Entdeckung]. In: *Vestnik biotehnologii i fiziko-chimičeskoj biologii imeni Ju. A. Ovcinnikova* 3 (2007), S. 55–62 (hier S. 60).
- 111 Alan Sokal und Jean Bricmont: *Eleganter Unsinn. Wie die Denker der Postmoderne die Wissenschaften mißbrauchen*. München 1999.

(2) unzureichende Quellennähe und -kritik, (3) ungerechtfertigte Grenzüberschreitungen und (4) inkompetente Diskussionsforen.

Lagnado und Kästner behandelten ein „Funktionspapier“ der Lyssenko-Ära als Tatsache und missachteten den zeitgeschichtlichen Kontext; sie warfen den Stein, der im englischen bzw. deutsch-russischen Sprachraum bis heute Wellen schlägt. Der Gegenstand, ein innerwissenschaftlicher Prioritätsstreit um die Beweiskraft von Methoden bzw. um kognitive Fragen, kann nur von Fachleuten bewertet werden. Anstatt deren Urteil einzuholen und abzuwarten, wurde der disziplinäre Kontext verlassen und die „Story“ für konjunkturelle Diskurse willkürlich ausgeschlachtet. Die selektiven, subjektiven Folgerungen wurden hier – ohne jedes erkennbare Interesse an den Originalarbeiten und mit einer erschreckenden Oberflächlichkeit – als Faktum *an sich* betrachtet und im Rang einer Primärquelle für ganze andere Fragestellungen instrumentalisiert. Die vorgebliche Priorität Manaseinas bei der Entdeckung der zellfreien Gärung ist eine Konstruktion – zunächst zur Legitimation nationalistischer und lyssenkoistischer, schließlich feministischer Positionen. Die gewählten Diskussionsforen, darunter immerhin auch die „Langnamengesellschaft“¹¹², erwiesen sich als unfähig, korrigierend einzugreifen – auch das eine bedenkliche Feststellung. Man ist im konkreten Fall, eingedenk der von Günter de Bruyn (* 1926) persiflierten Märkischen Forschungen¹¹³, geneigt, von „Sächsischen Forschungen“ zu sprechen. Auch das dieser „Wiederentdeckung“ zugrunde liegende Geschichtsverständnis ist fragwürdig. Als ob man die Gärungsarbeiten Manaseinas ihres historischen Zusammenhangs entledigen und auf einer Zeitachse verschieben könnte. Von Antizipation und Perfektion kann keine Rede sein, auch nicht von Originalität. Ihr Konzept war das Liebigsche und ihre Experimente waren angreifbar. Die Argumente entsprachen weitgehend denen Liebigs, wie er sie just 1870 gegen Pasteur vorgebracht hatte.¹¹⁴ Noch 1898 verteidigte Manaseina in ihrer Kritik der Buchnerschen Arbeit Liebigs Vorstellung, dass es sich bei der Gärung „nur“ um eine „Bewegung“ handle.¹¹⁵

*

112 Ingrid Kästner stellte ihre Manaseina-Forschungen auf der 78. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Geschichte der Medizin, Naturwissenschaft und Technik 1995 in Bonn zur Diskussion.

113 Günter de Bruyn: Märkische Forschungen. Halle/Saale 1978.

114 Justus von Liebig: Ueber Gährung, über Quelle der Muskelkraft und Ernährung. Leipzig/Heidelberg 1870, S. 6.

115 Manassein: Gährung im Allgemeinen (wie Anm. 38), S. 94.

Meine Ausführungen mögen schließlich auch als ein Plädoyer für mehr Quellenkritik und Nähe zum Gegenstand verstanden werden, für mehr Verantwortung und Zurückhaltung – im Bewusstsein dessen, dass heute die Wissenschaften, um ein Gleichnis von Erwin Chargaff (1905–2002) zu bemühen, immer mehr einer „Börsenspekulation“¹¹⁶ ähneln. Anders gesagt: Eine Biochemiegeschichte ohne Biochemiker, eine Fachgeschichte ohne Fachleute ist undenkbar! Ihr Gegenstand sind und bleiben die Primärquellen, nicht zuletzt in den Archiven – also besuchen Sie Frau Dr. Marion Kazemi im Archiv der Max-Planck-Gesellschaft!

116 Erwin Chargaff: Das Feuer des Heraklit. Skizzen aus einem Leben vor der Natur. Frankfurt/Main 1989, S. 187 (= Sammlung Luchterhand, 844).

Karl-Heinz Bernhardt:

Heinrich Wilhelm Dove (1803–1879) und seine Stellung in der Geschichte der Berliner Meteorologie*

1. Einleitung

Anstoß zur Beschäftigung mit Heinrich Wilhelm Dove (6. 10. 1803–4. 4. 1879) bot nicht nur die 200. Wiederkehr seines Geburtstages am 6. Oktober 2003.¹ Bedeutsamer ist, daß Dove, seit 1829 außerordentlicher und seit der Jahreswende 1844/45 ordentlicher Professor der Physik an der Berliner Universität, der er in den Jahren 1858/59 und 1871/72 als Rektor vorstand, ein halbes Jahrhundert dem Lehrkörper dieser Universität angehörte, drei Jahrzehnte (1849–1879) an der Spitze des Preußischen Meteorologischen Instituts stand und Anfang des Jahres 1837 – noch nicht 34-jährig und vor seinen älteren Physikerkollegen Johann Christian



Abb. 1: Heinrich Wilhelm Dove, Rektor der Friedrich-Wilhelms-Universität 1858/59 und 1871/1872. Aus: Die Rektoren der Humboldt-Universität zu Berlin. Halle/Saale 1966, S. 77.

* Überarbeitete Fassung des auf dem 68. Dahlemer Archivgespräch am 22. Oktober 2007 gehaltenen Vortrags.

1 Karl-Heinz Bernhardt: Heinrich Wilhelm Dove's position in the history of meteorology of the 19th century. In: From Beaufort to Bjerknes and Beyond: Critical Perspectives on the History of Meteorology. Preprints of the International Commission on History of Meteorology, Polling, Germany, 5–9 July 2004. CD-ROM und: http://www.meteohistory.org/2004polling_preprints/

Poggendorff (1796–1877) und Heinrich Gustav Magnus (1802–1870) – in die Preußische Akademie der Wissenschaften gewählt wurde, in der er während seiner 42-jährigen Mitgliedschaft beispielsweise im Jahre 1870 noch Zuwahlvorschläge für Hermann Helmholtz (1821–1894) und Gustav Robert Kirchhoff (1824–1887) mitunterzeichnete.²

Wenn auch sein Berufsgebiet die Physik und nicht die Meteorologie war, hat Dove länger als irgendein anderer unter den Berliner Hochschullehrern, Akademiemitgliedern und Institutsdirektoren für diese damals noch junge Wissenschaftsdisziplin gewirkt. In der Jahrzehnte später verfaßten Schilderung eines Arztes erinnert Doves Meteorologievorlesung, die von 6 bis 7 Uhr abends stattfand, in ihrer Ausstrahlung an Humboldts „Kosmos“-Vorlesungen, wenn es heißt: „Doves Publikum über Meteorologie war die besuchteste von allen damaligen Vorlesungen der Berliner Universität. Alle Stände waren in demselben vertreten, die Thür stand offen und noch weit in den Gang hinein standen die Leute, in der Hoffnung, einige Worte von dem Redner zu erhaschen. Er war der wissenschaftliche Begründer der Meteorologie. Schon damals kündigte er uns an, daß die Etablierung von systematisch angelegten Wetterwarten erforderlich sei; daß die für die Beobachtungen wichtigen Punkte telegraphisch miteinander in Verbindung stehen müßten, so daß die Gelehrten im Süden und Norden, Osten und Westen der Welt sich jeden Augenblick beim Auftreten einer Naturerscheinung miteinander verständigen könnten.“³ Insofern entsprach Doves Lehrtätigkeit dem in seiner Rektoratsantrittsrede vom 15. Oktober 1858 gezeichneten Bild der Berliner Universität, wenn er ausführte: „Eine andre wesentliche Seite der hier zusammenwirkenden allgemeinen Bedingungen ist das Abstreifen der starren Absonderung, welche früher die Studirenden von anderen Ständen schied. Die Berechtigung Vorlesungen zu hören beschränkt sich bei uns nicht auf die wirklich Immatrikulierten, sie ist ausgedehnt auf viele, andern höhern Bildungsanstalten Angehörige.“⁴ An dem Festakt zum fünfzigjährigen Doktorjubiläum Doves am 4. März 1876, auf dem Helmholtz und Mommsen Reden hielten, nahmen über 300 Personen, unter ihnen Weierstraß, Droysen, v. Treitschke, Virchow, Siemens, Neumayer, Bruhns, Schweinfurth, Nachtigal, v. Moltke und Vertreter des kaiserlichen Hauses teil.⁵ Als bisher einziger Repräsentant

2 Christa Kirsten und Hans-Günther Körber (Bearb.): *Physiker über Physiker. Wahlvorschläge zur Aufnahme von Physikern in die Berliner Akademie 1870–1929.* Berlin 1975, S. 63–65 und 77–79.

3 Otto Braus: *Akademische Erinnerungen eines alten Arztes an Berliner klinische Größen.* Leipzig 1901, S. 30.

4 Rektoratsreden von Heinrich Wilhelm Dove. Berlin 1859, S. 5.

5 Paul Schlaak: *300 Jahre Wetterforschung in Berlin. Ihre Geschichte in Persönlichkeitsbildern.* In: Heinz Fortak (Hg.): *100 Jahre Deutsche Meteorologische Gesellschaft in Berlin 1884–1984.* Berlin 1984, S. 86–124 (hier S. 95). – Die Glückwunschartikel der Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Doves Doktorjubiläum ist im

der Wissenschaftsdisziplin Meteorologie in Berlin wurde Dove mit einem Straßen- und Brückennamen geehrt: Die Dovestraße („Heinrich Wilhelm Dove Physiker u. Meteorologe“) in Verlängerung der Helmholtzstraße überspannt mit der Dovebrücke in Berlin-Charlottenburg die Spree. An der Nordostküste Grönlands trägt eine Bucht den Namen „Dove Bugt“ (76°30′ N, 20° W).⁶ Doves Ehrengrab befindet sich auf dem Friedhof St. Nikolai-St. Marien, Prenzlauer Allee 1 (Ecke Mollstraße). Die Inschrift auf dem Grabstein ist zur Zeit nur schwer lesbar, durchaus im Gegensatz zu der Inschrift auf einer Grabplatte, die Heinrich Dove (1853–1931), einem der Söhne Heinrich Wilhelm Doves gewidmet ist.⁷ Die Tabelle 1 enthält einige Lebensdaten Doves; wegen ausführlicherer biographischer Angaben wird auf die Literatur verwiesen.⁸

Tabelle 1: Lebensdaten von Heinrich Wilhelm Dove

1803	am 6. 10. als Sohn einer Kaufmannsfamilie in Liegnitz geboren
1821	Abitur an der Ritterakademie Liegnitz (academia equestris)
1821–24	Studium in Breslau (1822 relegiert, danach Gnadenerweis des Königs)

Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Bestand PAW (1812–1945) II-III-26, Bl. 90 f., zu finden.

- 6 Die Richard-Aßmann-Straße in Berlin-Friedrichshagen erinnert nicht an den gleichnamigen Gründungsdirektor des seinerzeitigen (1905) Aeronautischen Observatoriums Lindenberg – seit 2005 Richard-Aßmann-Observatorium –, Initiator der Berliner wissenschaftlichen Luftfahrten und Mitentdecker der Stratosphäre, sondern an einen Politiker (16. 12. 1875–21. 06. 1933) dieses Namens, der dem faschistischen Terror zum Opfer fiel.
- 7 Nach Richard Scherhag: Dove, Heinrich Wilhelm. In: Neue Deutsche Biographie, Bd. 4. Berlin 1959, ND 1971, S. 92 f., war der genannte Heinrich Dove Syndikus der Handelskammer Berlin sowie 1903–1919 Mitglied des Reichstages und seit 1912 dessen Vizepräsident.
- 8 Z.B. Alfred Dove: Dove, Heinrich Wilhelm. In: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 48. Leipzig 1904, ND 1971, S. 51–70. Digitale Volltext-Ausgabe in: Wikisource. – Hans Neumann: Heinrich Wilhelm Dove – eine Naturforscher-Biographie. Liegnitz 1925. – Hans-Günther Körber: Dove. In: Hans-Ludwig Wußing, Hans Dietrich, Walter Purkert und Dietrich Tutze (Hg.): Fachlexikon abc Forscher und Erfinder. Frankfurt a.M. 1992, S. 161 f. – Ders.: Die Geschichte des Preußischen Meteorologischen Instituts in Berlin. Offenbach a.M. 1997, S. 14–18 (= Geschichte der Meteorologie in Deutschland, 3). – Thomas Posch: Wer war Heinrich Wilhelm Dove? In: Thomas Posch und Gilles Marmasse (Hg.): Die Natur in den Begriff übersetzen. Zu Hegels Kritik des naturwissenschaftlichen Allgemeinen. Frankfurt a.M. u.a. 2005, S. 181–192. – Karol Bal, Gilles Marmasse, Thomas Siegfried Posch und Klaus Vieweg (Hg.): Georg Friedrich Wilhelm Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Natur. Berlin 1825/26, nachgeschrieben von Heinrich Wilhelm Dove. Hamburg 2007, Einleitung, S. VIII–XXV. – Vgl. auch Scherhag: Dove (wie Anm. 7).

1826	Promotion in Berlin („De barometri mutationibus“)
1826	Habilitation in Königsberg („De distributione caloris per tellurem“) für Physik
1828	a.o. Professor für Physik in Königsberg
1829	a.o. Professor für Physik an der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin, Lehrer für Mathematik und Physik an höheren Lehranstalten
1837	Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften
1845	o. Professor für Physik, Rektor der Friedrich-Wilhelms-Universität 1858/59, 1871/72
1849	Wissenschaftlicher Beirat am Preußischen Meteorologischen Institut
1853	Verleihung der Copley-Medaille der Royal Society
1860	Verleihung des Ordens Pour le mérite der Friedensklasse
1863	Teilnahme an der Naturforscherversammlung in Genf
1867	Vizekanzler des Ordens Pour le mérite
1879	am 4. 4. in Berlin verstorben

2. „Von der Parteien Gunst und Haß verwirt / Schwankt sein Charakterbild in der Geschichte“ (Friedrich Schiller, Wallensteins Lager, Prolog)

Was die Beschäftigung mit dem Lebenswerk Doves über den speziellen meteorologie- und regionalhistorischen Aspekt hinaus wissenschaftsgeschichtlich anziehend macht, ist die für einen Naturwissenschaftler ungewöhnlich kontroverse Bewertung des Protagonisten durch seine Zeitgenossen und durch Fachvertreter der nachfolgenden Generationen bis in die Gegenwart.

Alexander v. Humboldt (1769–1859) hatte am 27. Dezember 1848 geschrieben: „Sie sind, mein theurer Dove, der Gründer der neueren Meteorologie als Wissenschaft, wie Leo[pold] von Buch der Gründer der neueren Geognosie ist. Einzelne Menschen haben den Fortschritten der Meteorologie in einzelnen Theilen genützt, aber Sie haben mit so viel Geist als beharrlicher Thätigkeit das Einzelne wie das Grosse und Allgemeine erfasst.“⁹

⁹ Autograph, Schloß Tegel, unveröffentlicht.



Abb. 2: Straßenschild Dovestraße, Berlin-Charlottenburg.

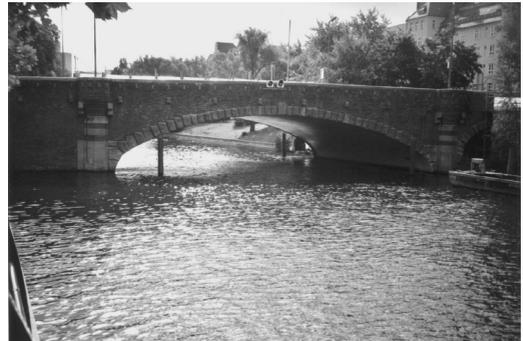


Abb. 3: Dovebrücke zwischen Cauerstraße und Dovestraße, Berlin-Charlottenburg.

Als Dove drei Jahrzehnte später verstorben war, hieß es am Ende eines redaktionellen Nachrufes der „Nature“: „When we consider the condition in which Dove found man’s knowledge of weather and the large accessions and developments it received from his hand, the breadth of his views on all matters connected with the science and the well directed patience, rising into high genius, with which his meteorological researches were pursued, there can be only one opinion, that these give Dove claims, which no other meteorologist can compete with, to be styled ‚the Father of Meteorology‘.“¹⁰ Diese Formulierung wurde

¹⁰ Nature vom 10. 4. 1879, S. 529 f.



Abb. 4: Ehrengrab H.W. Doves auf dem Friedhof St. Nikolai – St. Marien, Prenzlauer Allee 1, Ecke Mollstraße, Berlin-Prenzlauer Berg.

(mit einigen Schreibfehlern) in den Nachruf der damals von Julius Hann (1839–1921) redigierten Zeitschrift der österreichischen Gesellschaft für Meteorologie übernommen, in dem auch – ganz im Sinne der im ersten Abschnitt zitierten Erinnerungen – Doves Lehrtalent und die fesselnde Gabe seines Vortrages vor einer großen Zuhörerschaft, als Hauptverdienst aber „für alle Zeiten seine mühevollen und umfassenden meteorologischen Untersuchungen“ hervorgehoben werden.¹¹ Im gleichen Heft der Zeitschrift wird in einer redaktionellen Rezension dem Herausgeber einer Publikation von Klimadaten für die Beigabe „eines Bildnisses des ruhmvollen Veteranen der Meteorologen, des Professors Heinrich Wilhelm Dove“ ausdrücklich gedankt.¹² Und noch im Jahre 1886 hieß es im Wahlvorschlag von Hermann v. Helmholtz, Gustav Kirchhoff, Werner Siemens (1816–1892) und Emil Du Bois-Reymond (1818–1896) für Wilhelm von Bezold (1837–1907) zum Ordentlichen Mitglied der Preussischen Akademie der Wissenschaften: „Der Verlust von Dove ist um so empfindlicher, als die Akademie in ihm den einzigen Vertreter der Meteorologie verloren hat, dieser jungen Wissenschaft, die wesentlich durch Dove begründet, in neuerer Zeit einen so ungeahnten Aufschwung genommen und schnell wachsende Bedeutung gewonnen hat.“¹³

Aber schon ein Jahr vorher hatte der bereits erwähnte Hann zwar Doves frühe Erklärung der Temperaturänderung einer auf- und absteigenden Luftmasse (1852) zitiert, dann aber geschrieben: „Der Dove vor der Mitte der fünfziger Jahre war eben ein ganz

11 Zeitschrift der österreichischen Gesellschaft für Meteorologie 14 (1879), S. 193.

12 Ebda., S. 322.

13 Kirsten und Körber: Physiker über Physiker (wie Anm. 2), S. 105 f.

anderer, als der spätere, noch lange nicht so beengt durch seine eigenen Theorien. Dass Dove's ganz unphysikalische Theorien lange Zeit hindurch den Fortschritt der Meteorologie aufgehalten haben, dürfte kaum bestritten werden können.¹⁴ 1921 erklärte Wladimir Köppen (1846–1940) in einer Replik gegen den Ansatz, in Dove einen nicht hinreichend beachteten Vorläufer der Polarfrontmeteorologie zu sehen¹⁵: „Doves Methode war eine sehr gefährliche, deren Unwissenschaftlichkeit später scharf hervortrat [...] Dove suchte nämlich durch eine schöne Sprache und Anführung einzelner Fälle mit großen Zahlentabellen zu überzeugen, ohne weder einen strengeren mathematisch-physikalischen Beweis, noch eine statistische Untersuchung der für und gegen seine Behauptung sprechenden Fälle zu versuchen.“¹⁶ 1933 schließlich schrieb Carl Kassner (1864–1950) in einer im Auftrage des Vorstandes der Deutschen Meteorologischen Gesellschaft zur Feier ihres fünfzigjährigen Bestehens verfaßten Geschichtsdarstellung über die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts gar: „[...] in unserer Wissenschaft aber wollte der damals Größte, Dove, nichts vom Fortschritt wissen und bekämpfte all die neuen Forschungsergebnisse von Jelinek, Hann, Mohn, Vettin, Prestel u.a., um nur einige Namen zu nennen. [...] Erst nach seinem Tode 1879 wich im Deutschen Reich dieser Alpdruck, der im Auslande kaum gespürt wurde, da dort allein schon durch das jahrelang geübte Zeichnen und Studieren der Wetterkarte tiefere Einblicke in die Wettervorgänge gewonnen worden waren, wie es Köppen [...] so anschaulich geschildert hat.“¹⁷

Zur gleichen Zeit hat Sergej P. Chromow (1904–1977), Verfasser eines weitverbreiteten, auf der Grundlage der Polarfronttheorie verfaßten Lehrbuches der synoptischen Meteorologie,¹⁸ die Rolle Doves wesentlich ausgewogener und positiver beurteilt,¹⁹ ähnlich wie in den fünfziger Jahren auch Ludwig Weickmann (1882–1961), Tor Bergeron (1891–1977) und Richard Scherhag (1907–1970) als Protagonisten der „norwegischen Schule“,

14 Julius Hann: Einige Bemerkungen zur Entwicklungs-Geschichte der Ansichten über den Ursprung des Föhn. In: Meteorologische Zeitschrift 2 (1885), S. 393–399 (hier S. 395 f.).

15 Otto Myrbach: Die Polarfront und Dove. In: Meteorologische Zeitschrift 38 (1921), S. 129–134.

16 Wladimir Köppen: H.W. Dove und wir. In: Ebd., S. 289–292 (hier S. 291).

17 Carl Kassner: Geschichte der Deutschen Meteorologischen Gesellschaft 1883–1933 zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens. Berlin 1933, S. 1.

18 Sergej Petrovich Chromow: Einführung in die synoptische Wetteranalyse. Wien 1940, 1942. Die erste russischsprachige Auflage war bereits 1934 in Moskau erschienen.

19 Ders.: „Dynamische Klimatologie“ und Dove. In: Das Wetter 48 (1931), S. 312–314. – Ders.: Das meteorologische System des Admiral Fitz Roy. In: Das Wetter 50 (1933), S. 123–125 und 148–152.

d.h. der Polarfronttheorie und der Luftmassenlehre.²⁰ Dagegen hat Konrad Balzer (* 1936) in einem Rückblick auf 150 Jahre wissenschaftlicher Wettervorhersage neuerdings – auch unter Berufung auf Aussagen von Zeitgenossen – wiederum die hemmende Wirkung der Doveschen Vorstellungen auf die Entwicklung der Wettervorhersage im damaligen Preußen hervorgehoben.²¹

So bleibt also Dove als Person der Wissenschaftsgeschichte im weiten Meinungsfeld zwischen dem Vater der modernen Meteorologie und dem Albtraum zumindest der deutschen Meteorologen angesiedelt. Im weiteren soll daher versucht werden, zur Aufklärung dieser extrem widersprüchlichen Einschätzungen die Aktivitäten Doves auf verschiedenen Arbeitsgebieten zu umreißen, seine praktischen und theoretischen Ansätze vor dem Hintergrund der Entwicklung der Meteorologie zu seinen Lebzeiten zu analysieren und auch die Stellung seiner Bewunderer wie seiner Kritiker in diesem Prozeß fundamentaler Wandlungen der Meteorologie im 19. Jahrhundert zu charakterisieren. Als wesentliche Marksteine dieser Entwicklung seien hier nur stichworthaft die Einrichtung meteorologischer Stationsnetze und die klimatologische Bearbeitung ihrer Meßdaten, die Herausbildung einer Physik der Atmosphäre (barisches Windgesetz, Föhntheorie), die Institutionalisierung (staatliche und private Institute, Lehrstühle, meteorologische Gesellschaften) und nachfolgende Internationalisierung der Meteorologie (Datenaustausch, internationale Beobachtungsprogramme) und – *last not least* – die Anfänge einer wissenschaftlich begründeten Wettervorhersage auf der Grundlage der skizzierten Errungenschaften zuzüglich technischer Innovationen (Telegraphie) genannt. Kurze Ausführungen zu einigen dieser Aspekte haben wir in anderem Zusammenhang unter Hinweis auf weitere Literatur gemacht.²²

20 Ludwig Weickmann: Zum 150. Geburtstag von Heinrich Wilhelm Dove. In: Meteorologische Abhandlungen des Instituts für Meteorologie und Geophysik der FU Berlin, Bd. 2. Berlin 1954, S. 9–19. – Tor Bergeron: Methods in scientific weather analysis and forecasting. In: The atmosphere and the sea in motion. The Rossby Memorial Volume. New York 1959, S. 440–474 (hier S. 443 f.). – Ferner Scherhag (wie Anm. 7).

21 Konrad Balzer: 150 Jahre wissenschaftlich begründbare Wettervorhersage. In: Deutsche Meteorologische Gesellschaft, Mitteilungen DMG 01/2007, S. 22–25.

22 Karl-Heinz Bernhardt: Zur Erforschung der Atmosphäre mit dem Freiballon – die Berliner wissenschaftlichen Luftfahrten. In: Dahlemer Archivgespräche 6 (2000), S. 52–82. – Ders.: Die Berliner wissenschaftlichen Luftfahrten und der Beginn der internationalen Zusammenarbeit zur Erforschung der freien Atmosphäre. In: Dahlemer Archivgespräche 10 (2004), S. 105–123.

3. Physik und Meteorologie in Doves Lebenswerk

Doves Interesse für meteorologische Probleme dürfte schon in der Zeit seines Studiums (vgl. Tabelle 1) geweckt worden sein, wenn dieses auch in Breslau zunächst vor allem Philosophie, Geschichte und Klassische Philologie umfaßte und erst in Berlin bei Paul Erman (1764–1851) vorrangig der Physik galt. In Breslau lehrte als Professor der Mathematik zu jener Zeit Heinrich Wilhelm Brandes (1777–1834), ab 1826 Professor der Physik in Leipzig und als Verfasser gewichtiger Beiträge zur Witterungskunde²³ sowie Initiator der synoptischen Darstellung mittels Wetterkarten (vgl. unten, Abschnitt 5) für die Geschichte der Meteorologie bedeutsam.²⁴

Zeugen bereits Dissertation und Habilitationsschrift (1826) für Doves frühzeitige Beschäftigung mit der Meteorologie, so hat er nach eigenem Bekunden in der kurzen Königsberger Zeit bereits ab September 1826 auch eigene Luftdruck- und Windbeobachtungen angestellt, die ihm erste Hinweise auf das später formulierte „Drehungsgesetz“ – ein Kernstück seines meteorologischen Theoriegebäudes – lieferten.²⁵ Aus Königsberg erhielt auch Johann Wolfgang v. Goethe (1749–1832) Luftdruckdaten: „Diese Beobachtungen vom Dr. Dove, der seit zwei Jahren an der dortigen Universität Vorlesungen über physikalische Gegenstände hält, sind mit besseren Instrumenten angestellt als selbst Bessel besitzt“, heißt es in einem Begleitschreiben vom 14. Februar 1828.²⁶

An der Berliner Universität vertrat Dove in der Lehre gemeinsam mit Gustav Magnus (1802–1870) die Experimentalphysik, zumindest anfänglich unter schwierigen Arbeitsbedingungen.²⁷ Auf dem Feld der Physik verfaßte Dove ca. 110 Beiträge vorrangig auf den

23 Heinrich Wilhelm Brandes: Beiträge zur Witterungskunde. Leipzig 1820.

24 Christian Hänsel und Michael Börngen: Sächsisch-thüringische frühe Beiträge zur Wetter- und Klimakunde. Berlin 1994, S. 12–15 (= Sitzungsberichte der Sächsischen Akademie der Wissenschaften Leipzig, Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse 125, 3). – Dies.: Von Heinrich Wilhelm Brandes bis Vilhelm Bjerknes – entwicklungsbestimmende Leipziger Beiträge zur Wetter- und Klimakunde. In: Günter Haase und Ernst Eichler (Hg.): Wege und Fortschritte der Wissenschaft. Berlin 1996, S. 395–417 (hier S. 396–400).

25 Vgl. z.B. Heinrich Wilhelm Dove: Das Gesetz der Stürme, 4. Aufl. Berlin 1873, S. 81.

26 Goethe. Die Schriften zur Naturwissenschaft. Vollständige mit Erläuterungen versehene Ausgabe im Auftrage der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina, Zweite Abteilung: Ergänzungen und Erläuterungen, Bd. 2, bearb. von Gisela Nickel. Weimar 2005, S. 565.

27 Joachim Auth und Heinz Kossack: Zur Lage der Physik an der Berliner Universität vor der Errichtung des Instituts am Reichstagsufer. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität, Mathematisch-Naturwissenschaftliche Reihe 32 (1982), S. 557–567. – Horst Kant: Gustav Magnus und seine Berliner Physiker-Schule. In: Dieter Hoffmann (Hg.): Gustav Magnus und sein Haus. Stuttgart 1995, S. 33–54.

Gebieten der Akustik, der Optik, der Elektrizitätslehre und des Magnetismus.²⁸ Anfangs gemeinsam mit Ludwig Moser (1805–1880), 1832 außerordentlicher und ab 1839 ordentlicher Professor der Physik in Königsberg, gab er ein achtbändiges Repertorium der Physik²⁹ heraus, wobei er den ersten Abschnitt in Band 1 (1837) über „Allgemeine Physik“ selbst verfaßte und die Bände 3 (1839) und 4 (1841) teilweise bzw. weitgehend der Meteorologie – meteorologische Beobachtungen, Temperaturverhältnisse an der Erdoberfläche, Luftbewegungen, Niederschläge, Luftdruck, Wärme und Strahlung u.a. – gewidmet sind, Dove aber auch noch den Abschnitt zur Wärmelehre im vierten Band bearbeitete.

Während in dem oben (zu Anfang von Abschnitt 2) zitierten Nachruf der „Nature“ von 234 Publikationen Doves im Katalog der Royal Society die Rede ist,³⁰ zählt Gustav Hellmann (1854–1939) allein auf dem Gebiet der Meteorologie und des Erdmagnetismus 208 Veröffentlichungen Doves (Mehrfachauflagen nicht separat gezählt).³¹ Tabelle 2 zeigt eine Aufschlüsselung von 155 Arbeiten Doves, die zwischen 1837 und 1876 in den Schriften der Preußischen Akademie der Wissenschaften veröffentlicht worden sind, nach Fachgebieten.³² Demnach entfallen etwas mehr als die Hälfte dieser Publikationen Doves in den Berliner Akademieschriften auf die Meteorologie, davon nahezu drei Viertel auf das Gebiet der Klimatologie und nur ein Siebtel auf die Dynamik der Atmosphäre, die gleichwohl in der Biographik wie auch in den kontroversen Diskussionen um das Lebenswerk des Autors häufig im Mittelpunkt steht.

4. Dove als Klimatologe

Humboldt hatte mit seiner Abhandlung über die isothermen Linien (1817) und die (aus Meßdaten erschlossene!) Verteilung der Temperatur an der Erdoberfläche,³³ die er an seinem Lebensabend als die „ausgezeichnetste“ seiner Arbeiten beurteilte, nach eigenem Be-

28 Körper: Die Geschichte (wie Anm. 8), S. 16.

29 Heinrich Wilhelm Dove und Ludwig Moser (Hg.): Repertorium der Physik, 8 Bde. Berlin 1837–1849.

30 Nature (wie Anm. 10), S. 530.

31 Gustav Hellmann: Repertorium der deutschen Meteorologie. Leipzig 1883, S. 93–103.

32 Adolf Harnack: Geschichte der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Bd. 3. Berlin 1900, S. 55–61.

33 Alexander v. Humboldt: De lignes isothermes et de la distribution de la chaleur sur le globe. In: Mémoires de physique et de chimie de la Societé d'Arcueil 3 (1817), S. 462–602. – Ders.: Von den isothermen Linien und der Vertheilung der Wärme auf dem Erdkörper. In: Kleinere Schriften von Alexander von Humboldt, Bd. 1. Stuttgart/Tübingen 1853, S. 206–314 und 447–457.

Tabelle 2: Gegenstände von 155 Veröffentlichungen Doves in den Schriften der Preußischen Akademie der Wissenschaften (1837–1876)

Gegenstand	Anzahl der Publikationen	prozentualer Anteil
Physik insgesamt	71	45,8 %
– Elektromagnetismus	16	
– Sinnesphysiologie	18	
– Optik	28	
– Akustik	4	
– Sonstiges	5	
Meteorologie insgesamt	84	54,2 %
Klimatologie	61	
– Regionale Klimatologie	21	
– Tages- und Jahresgänge	12	
– Zeitreihen	7	
– Witterungsereignisse	21	
Dynamik	12	
– Theorie der Stürme	4	
– Luftströme, Drehungsgesetz	8	
Verschiedenes	11	
– Instrumente	3	
– Sonstiges	8	

kunden die moderne vergleichende Klimatologie begründet.³⁴ Dove folgte zu Beginn seiner wissenschaftlichen Laufbahn diesem Humboldtschen Vorbild des Studiums der „Verteilung der Wärme auf dem Erdkörper“, wie schon der Titel seiner Habilitationsschrift (vgl. Tabelle 1) und danach der von Wilhelm Mahlmann (1812–1848), Protegé Humboldts, erster Direktor des 1847 gegründeten Preußischen Meteorologischen Instituts und Doves Vorgänger in dieser Position, verfaßte umfangreiche Beitrag für den vierten Band des „Repertoriums der Physik“ (1841) ausweist.³⁵ Hatte sich Humboldt für seine Kartendar-

34 Karl-Heinz Bernhardt: Alexander von Humboldts Beitrag zur Entwicklung und Institutionalisierung von Meteorologie und Klimatologie im 19. Jahrhundert. In: *Algorismus* 41 (2003), S. 195–221 (hier S. 202–207).

35 Wilhelm Mahlmann: Verteilung der Wärme auf der Oberfläche der Erde. In: *Repertorium der Physik* (wie Anm. 29), Bd. IV, 1841, S. 1–174 und Tafel IV am Ende des Bandes nach S. 374.

stellung der Jahresmitteltemperaturen für einen Teil der Nordhalbkugel auf ausgewählte Beobachtungsdaten von 58 Orten beschränken müssen, so sind in Mahlmanns Isothermenkarte im Repertorium neben den Jahresmittelisothermen für das Gebiet von 82° N bis 55° S und 170° westlich bis 180° östlich des Pariser Meridians zusätzlich für über 180 Orte Angaben über mittlere Winter- und Sommertemperaturen (Dezember bis Februar bzw. Juni bis August) zu finden, für viele Stationen auch noch Mitteltemperaturen des jeweils kältesten und wärmsten Monats des Jahres. Die beigelegten Tabellen umfassen nach Mahlmanns eigenen Angaben 700 bis 800 Orte und geben auch über Stationshöhen und Länge der für die Mittelwertbildung verwendeten Beobachtungsreihen Auskunft.

Dove selbst führte im Jahre 1848 erstmals Monatsisothermen – Linien gleicher Monatsmitteltemperaturen – ein,³⁶ womit der Humboldtsche Ansatz nicht nur in quantitativer Hinsicht weiter ausgebaut, sondern durch die Beschreibung des mittleren Jahresganges der Lufttemperatur im Sinne einer Erfassung einer Dynamik des Klimas qualitativ weiterentwickelt wurde. Mit seinen im gleichen Jahr veröffentlichten Tafeln der Mitteltemperaturen von nunmehr 900 Stationen schritt Dove auf diesem Weg weiter voran,³⁷ indem er für 16 Stationen bereits zehntägige, für 26 Stationen fünftägige Mittelwerte und für 14 Stationen sogar Tagesmitteltemperaturen im Jahresgang wiedergab, die – wohl erstmals in der Geschichte der Meteorologie – einen Einblick in den mittleren jährlichen Temperatur- bzw. Witterungsverlauf mit seinen ein Jahrhundert später lebhaft diskutierten „Singularitäten“ (Witterungsregelfällen)³⁸ ermöglichten. Die Auflösung des mittleren Jahresganges in Dekaden-, Pentaden- und Tagesmittelwerte war jedenfalls eine methodisch bedeutsame Errungenschaft, wenn auch die verwendeten Beobachtungsreihen unterschiedlich lang waren – für Wien und London beispielsweise 20, für Berlin immerhin (allerdings mit Lücken) sogar 110 Jahre – und heutigen Homogenitätsanforderungen natürlich nicht genügen würden.

Im Zusammenhang mit den untersuchten „jährlichen periodischen Veränderungen“ der Temperatur an der Erdoberfläche betrachtete Dove unter anderem die Kälterückfälle

36 Heinrich Wilhelm Dove: Über Linien gleicher Monatswärme. In: Abhandlungen der Preussischen Akademie der Wissenschaften Berlin, Physikalische Abhandlungen 1848. Berlin 1850, S. 197–228. – Humboldt selbst hatte neben den Jahresisothermen noch die von ihm als Isotheren und Isochimenen bezeichneten Linien gleicher mittlerer Sommer- bzw. Wintertemperaturen eingeführt. – Vgl. Alexander v. Humboldt: Kosmos. Entwurf einer physischen Weltbeschreibung, Bd. 1. Stuttgart/Tübingen 1845, S. 340.

37 Heinrich Wilhelm Dove: Temperaturtafeln nebst Bemerkungen über die Verbreitung der Wärme auf der Oberfläche der Erde und ihre jährlichen periodischen Veränderungen. Berlin 1848.

38 Vgl. z.B. Hermann Flohn: Witterung und Klima in Mitteleuropa, 2. Aufl. Stuttgart 1954, S. 22–28 und 94–124.

(„Eisheilige“) im Monat Mai,³⁹ die er entgegen den abstrusen Vorstellungen z.B. Adolf Ermans (1806–1877, seit 1832 außerordentlicher Professor der Physik an der Berliner Universität) über eine kosmische Ursache – Schwächung der Sonnenstrahlung durch einen Meteoritenschwarm! – als auf Mitteleuropa beschränkt beschrieb. An Hand von Beobachtungsmaterial erkannte er das „Fortrücken der Abkühlung“ mit nördlichen bis östlichen Winden, also eine wandernde Kaltluftmasse als Ursache der Kälterückfälle, die er mit ähnlichen Erscheinungen einer „nördlichen Ausgleichsströmung“ im Verlauf des mitteleuropäischen Sommers („Schafskälte“ im Juni) verglich, die er für die markante Abflachung der Jahrestemperaturkurve in dieser Region verantwortlich machte, ein Phänomen, das im 20. Jahrhundert zu der heftig umstrittenen Begriffsbildung des „europäischen Sommermonsuns“ Anlaß gegeben hat.

Zum genaueren Studium der Abweichungen der Monats- und anderer Isothermen vom zonalen Verlauf führte Dove die von ihm so genannten „Isanomalien“ als Linien gleicher Temperaturdifferenzen gegenüber dem jeweiligen Breitenkreismittel ein⁴⁰ und ergänzte eine erste Kartendarstellung der Monatsisothermen aus dem Jahre 1849 alsbald durch Karten dieser neu definierten Isolinien.⁴¹ Bei der weiteren (qualitativen) Diskussion der Ursachen für die im Jahresgang wechselnde Temperaturverteilung an der Erdoberfläche und ihre markante Abweichung gegenüber einer allein von der geographischen Breite abhängigen Verteilung betonte er neben der Gliederung der Festlandsoberfläche besonders die Rolle der Luft- und Meeresströmungen einschließlich des Umsatzes latenter Wärme bei atmosphärischen Vertikalbewegungen und des Meereistransportes, erkannte also – in heutiger Terminologie – die allgemeine atmosphärisch-ozeanische Zirkulation als entscheidend für die Klimagenese im Zusammenspiel von lage- und zirkulationsbedingten Klimafaktoren.⁴²

39 Heinrich Wilhelm Dove: Ueber die Rückfälle der Kälte im Mai. In: Abhandlungen der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse. Berlin 1856, S. 121–192. – Ders.: Über die kalten Tage im diesjährigen Mai. In: Monatsberichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Berlin 1859, S. 426–431.

40 Ders.: Über thermische Anomalien (Linien gleicher thermischer Abweichung). In: Monatsberichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Berlin 1851, S. 619–626.

41 Ders.: Monatsisothermen. Berlin 1849. – Ders.: Die Verbreitung der Wärme auf der Oberfläche der Erde. Erläutert durch Isothermen, thermische Isanomalien und Temperaturkurven. Berlin 1852.

42 Ders.: Über die mittlere Abnahme der Wärme mit zunehmender geographischer Breite und die Ursachen der Verschiedenheit dieser Abnahme unter verschiedenen Meridianen. In: Monatsberichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Berlin 1852, S. 196–205. – Ders.: Über das Zurücktretten localer Einflüsse gegen die von den allgemeineren Bewegungen des Luftkreises abhängigen Wärmeänderungen. In: Ebda. Berlin 1872, S. 777–788. In der letztgenannten Arbeit verweist der Autor ausdrücklich auf den Einfluß wachsender Städte auf langjährige Meßreihen zur Bestimmung der „Säcularvariationen“, d.h. langzeitiger Klimaschwankungen!

Isanomalien in heutiger Terminologie – Linien gleicher Temperaturabweichung von zeitlichen (nicht räumlichen) Mittelwerten – verwendete Dove unter der Bezeichnung „(thermische) Isometralen“⁴³ zur Darstellung der von ihm ebenfalls untersuchten „nicht-periodischen Veränderungen der Verbreitung der Wärme auf der Erdoberfläche“⁴⁴, d.h. der interannuellen Schwankungen der großräumigen Temperaturverteilung. Dabei stellte er eine aus Temperaturmessungen erschlossene Witterungsgeschichte der Jahre 1729 bis 1855 vor, die er um die Jahre 1856 bis 1868 erweiterte und dabei z.B. auch Strengwinter in Mitteleuropa, wie 1739/40, 1770/71, 1775/76, 1788/89, 1822/23 und ebenso 1829/30 hervorhob wie das exzellente Weinjahr 1811 oder den „Mißwachs“ des Sommers 1816 (heute werden die Witterungsanomalien von 1816 – dem „Jahr ohne Sommer“ – auf die Eruption des Vulkans Tambora im Jahre 1815 zurückgeführt).

Auch die „Zurückführung der Temperaturcurve des Jahres auf die ihr zu Grunde liegenden Bedingungen“⁴⁵ speziell für den nordamerikanischen und den eurasischen Kontinent gründet Dove wiederum auf das Studium der Strömungsverhältnisse im Verein mit der Verteilung von Land und Meer sowie großer Süßwasserreservoirs und Eisflächen. Hinsichtlich der interannuellen Schwankungen betont er, „dass erhebliche Abweichungen, welche in verschiedenen Jahren von der regelmässigen Zu- und Abnahme der Temperatur hervortreten, durch allgemeiner wirkende Ursachen hervorgerufen werden, welche durch längere Zeiträume fortwirkend sie zu einem Maximum steigern, von dem sie wiederum allmählich zu normalen Werthen zurückkehren“⁴⁶, wobei er wiederum kosmische Ursachen ausdrücklich ablehnt. Die Betrachtung der Abweichungen einzelner Jahresgänge vom vieljährigen mittleren Jahresgang – eben die von Dove so bezeichneten „nicht periodischen Veränderungen“ – und die Suche nach Analogien zwischen einzelnen Jahren muten ausgesprochen modern an und entsprechen Humboldts dynamischer Betrachtungsweise des Klimas sicher besser als spätere einseitige Auffassungen des Klimas als mittlerer Zustand der Atmosphäre und durchschnittlicher Verlauf der Witterung.

43 Ders.: Ueber die Gestalt der Isometralen in Nordamerika. In: Ebda. Berlin 1864, S. 646–658. – Ders.: Die Monats- und Jahres-Isothermen in der Polar-Projektion, nebst Darstellung ungewöhnlicher Winter durch thermische Isometralen. Berlin 1864.

44 Ders.: Nicht periodische Veränderungen der Verbreitung der Wärme auf der Erdoberfläche. Berlin 1869. – auch in: Klimatologische Beiträge. Zweiter Theil. Berlin 1869, S. 133–314.

45 Ders.: Über die Zurückführung der Temperaturcurve des Jahres auf die ihr zu Grunde liegenden Bedingungen. In: Monatsberichte der Preussischen Akademie der Wissenschaften. Berlin 1870, S. 365–379; 1873, S. 626–632. – Vgl. auch Zeitschrift der österreichischen Gesellschaft für Meteorologie 6 (1871), S. 1–6.

46 Zeitschrift der österreichischen Gesellschaft für Meteorologie 6 (1871), S. 3.

In Doves eindringlichen Schilderungen der Witterungsgeschichte einschließlich markanter aktueller Witterungsereignisse⁴⁷ wird deren regionale Ausprägung wiederum als Folge der atmosphärischen Strömungsverhältnisse – in heutiger Bezeichnung also als Ergebnis von Zirkulationsanomalien – betrachtet,⁴⁸ und neben der Diskussion der Meßdaten werden Berichte von Zeitzeugen zitiert und die Auswirkungen der Witterungsanomalien auf die Volkswirtschaft und das Alltagsleben verdeutlicht; so war „in dem heißen Sommer von 1822 [...] in Berlin kein Gefrorenes zu haben, da der vorhergehende Winter so mild war, daß kein Eis hatte gesammelt werden können“.⁴⁹ Ausführlich werden die Auswirkungen des Witterungsgeschehens auf Pflanzenwachstum und Landwirtschaft behandelt und dabei auch – wiederum in heutiger Terminologie – phänologische Daten herangezogen, wie beispielsweise für Blühbeginn, Laubentfaltung und -fall, Traubenreife und Weinqualität im Vergleich der Jahre 1816 und 1822 sowie für das Jahr 1834.⁵⁰ Mit diesen Bezügen und ebenso mit der Berücksichtigung eines ganzen Komplexes meteorologischer Elemente wie Temperatur, Luftdruck, Niederschlag und Wind bei der Untersuchung von Tages- und Jahrgängen folgte Dove der Humboldtschen Auffassung des Klimas als einer Gesamtheit atmosphärischer „Veränderungen“ mit Einfluß auf die Welt der Organismen.⁵¹

Bei der Erörterung des Zusammenhanges zwischen Temperaturregime und Vegetationsentwicklung ging Dove besonders auf die Rolle der Temperatur des Erdbodens ein,⁵² wobei er auch das Verhalten der Temperatur in unterschiedlichen Böden untersuchte.⁵³ Humboldt erwähnte im „Kosmos“ ausdrücklich die Bearbeitung einer langen Meßreihe

47 Als Beispiele seien genannt Heinrich Wilhelm Dove: Über die ungewöhnliche Kälte des verflossenen Novembers im nordöstlichen Deutschland. In: Monatsberichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Berlin 1858, S. 675–677. – Ders.: Über die Temperaturvertheilung im Winter im Winter 1869/70. In: Ebda. Berlin 1870, S. 209–236. – Ders.: Über lang anhaltende Winterkälte, insbesondere die im Winter 1870/71. In: Ebda. Berlin 1871, S. 263–292. – Weitere Arbeiten zu dieser Thematik sind in den Zusammenstellungen von Hellmann (wie Anm. 31) sowie in J.C. Poggendorffs Biographisch-Literarischem Handwörterbuch der exacten Wissenschaften, I. Abt. Leipzig 1898, S. 375 f., zu finden.

48 Z.B. Heinrich Wilhelm Dove: Über das mittlere Fortschreiten ungewöhnlicher Wärmeerscheinungen über die Erdoberfläche. In: Monatsberichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Berlin 1874, S. 118–127.

49 Dove: Nicht periodische Veränderungen (wie Anm. 44), S. 154–155.

50 Ebda., S. 160 f.

51 Bernhardt: Alexander von Humboldts Beitrag (wie Anm. 34), S. 207–209.

52 Heinrich Wilhelm Dove: Über den Zusammenhang der Wärmeveränderungen der Atmosphäre mit der Entwicklung der Pflanzen. In: Abhandlungen der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Berlin 1846, S. 275–404.

53 Ders.: Über die Bewegungen der Wärme in Erdschichten von verschiedener geognostischer Beschaffenheit. In: Ebda., S. 137–152.

von Erdboden- und Lufttemperatur durch Dove,⁵⁴ der an anderer Stelle den Tagesgang der Luft- im Kontext mit dem der Erdbodentemperatur beschrieb.⁵⁵

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß Dove auf der Grundlage umfangreichen, wenn auch heutigen Qualitätsanforderungen sicher nicht genügenden weltweiten Datenmaterials Klimatologie als beschreibende und vergleichende Naturwissenschaft im Sinne Humboldts betrieben, in quantitativer Hinsicht ausgebaut, zu detaillierteren Aussagen geführt, um neue Parameter und Darstellungsweisen bereichert sowie mit – allerdings überwiegend nur qualitativen – Erklärungen in Richtung auf eine physikalische Grundlegung weiterentwickelt hat. Außer der Atmosphäre selbst in einer betont dynamischen, an Strömungssystemen und – in heutiger Terminologie – an Luftmassen orientierten Betrachtungsweise hat Dove mit dem Ozean und der Biosphäre wesentliche weitere Komponenten des heute so genannten klimatischen Systems, wie es in qualitativer Weise erstmals von Humboldt umrissen wurde,⁵⁶ in seine Klimastudien einbezogen.

5. Doves Anschauungen zur Dynamik der Atmosphäre

Doves Auffassungen von der Dynamik der Atmosphäre, zu umreißen mit den Begriffen „Drehungsgesetz des Windes“ und „Polar- und Äquatorialstrom“, sowie seine vermeintlich durchgängig ablehnende Haltung zur thermodynamischen Föhntheorie, zum barischen Windgesetz und zur synoptischen Arbeitsweise insgesamt sind bis heute Gegenstand unterschiedlicher Bewertungen und machen den hauptsächlichen Inhalt der im zweiten Abschnitt skizzierten Kontroverse aus.

Was Doves Verhältnis zur Wetterkarte als dem wichtigsten Requisit synoptischer Meteorologie anlangt, so hat allerdings bereits Scultetus⁵⁷ im Jahre 1943 auf eine synoptische Darstellung zweier Sturmweatherlagen (24. Dezember 1821 und 2. Februar 1823) mit Windpfeilen und Strömungsrichtungen durch Dove aus dem Jahre 1828 verwiesen,⁵⁸

54 Humboldt: Kosmos (wie Anm. 36), S. 350, Anm. 396.

55 Heinrich Wilhelm Dove: Über die täglichen Veränderungen der Temperatur der Atmosphäre. In: Abhandlungen der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Berlin 1846, S. 81–136 und 269–272; Teil 2: Ebda., Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse 1856, S. 77–120.

56 Bernhardt: Alexander von Humboldts Beitrag (wie Anm. 34), S. 210–212.

57 Hans Robert Scultetus: Die erste Wetterkarte. In: Meteorologische Zeitschrift 60 (1943), S. 356–359. – Ders.: Dove und Loomis als Wegbereiter der Synoptik. In: Ebda., S. 419–422.

58 Heinrich Wilhelm Dove: Über mittlere Luftströme. In: Poggendorffs Annalen der Physik und Chemie 13 (1828), S. 583 ff. – Ders.: Über barometrische Minima. In: Ebda., S. 596 ff.

folgerichtig Dove und den Amerikaner Elias Loomis (1811–1889) als „Wegbereiter der Synopsis“ gewürdigt und nebenbei eine schon im Jahre 1841 von Loomis veröffentlichte Wetterkarte zutage gefördert, die älteren Datums ist als die vom gleichen Autor erst 1846 publizierte, bereits mit Isobaren und Isothermen versehene Wiedergabe einer Sturmwetterlage vom 16. Februar 1842 über der Westküste der USA und Kanadas, die Hellmann⁵⁹ und auch noch Kutzbach⁶⁰ als erste synoptische Kartendarstellung im modernen Sinne reproduziert haben.

Wir zeigen hier (Abb. 5) eine von Dove 1841 im „Repertorium“ (Bd. IV) publizierte schematische Darstellung der bereits erwähnten Wetterlage vom 24. Dezember 1821 über Europa,⁶¹ die durch die ersten Wetterkarten überhaupt bekannt geworden ist, die in der Dissertation von Brandes⁶² enthalten und in neuerer Zeit z.B. von Körber⁶³ sowie von Hänsel und Börngen⁶⁴ wiedergegeben worden sind. Doves Zeichnung mit idealisiert in Gestalt konzentrischer Kreise gezeichneten Stromlinien um ein sich verlagerndes Tiefdruckgebiet erinnert stark an die Darstellung eines Sturmes vom 15. Dezember 1839 über der Ostküste der USA als zirkularen Wirbel durch William C. Redfield (1789–1857) aus dem Jahre 1843⁶⁵ und ähnelt einer Wetterkarte im heutigen Sinne sehr viel mehr als die Brandeschen Karten, die nur Eintragungen von Luftdruckwerten ohne Isolinien für ein größeres Territorium Europas mit Gradnetz, aber ohne Ländergrenzen oder Küstenlinien enthalten.

Einig mit Redfield und William Reid (1791–1858) war sich Dove zu jener Zeit in der „von mir aufgestellten Ansicht, dass alle Stürme Wirbelwinde sind und dass die Drehung in diesem Wirbel auf der südlichen Halbkugel entgegengesetzt ist der auf der nördlichen

59 Gustav Hellmann: Meteorologische Karten. Berlin 1897, Tafel III (= Neudrucke von Schriften und Karten über Meteorologie und Erdmagnetismus, 8).

60 Gisela Kutzbach: The Thermal Theory of Cyclones. A History of Meteorological Thought in the Nineteenth Century. Lancaster/Pennsylvania 1979, S. 31 f. – Vgl. auch eine der Karten von Dove aus dem Jahre 1828 auf S. 14.

61 Repertorium der Physik (wie Anm. 29), Bd. IV, 1841, Fig. V zu S. 194.

62 Heinrich Wilhelm Brandes: De Repentinis Variationibus in Pressione Atmosphaerae Observatis. Leipzig 1826.

63 Hans-Günther Körber: Vom Wetteraberglauben zur Wetterforschung. Leipzig 1987, S. 193.

64 Hänsel und Börngen: Sächsisch-thüringische frühe Beiträge (wie Anm. 24), S. 23. – Von Heinrich Wilhelm Brandes bis Vilhelm Bjerknes – entwicklungsbestimmende Leipziger Beiträge zur Wetter- und Klimakunde. In: Günter Haase und Ernst Eichler (Hg.): Wege und Fortschritte der Wissenschaft. Berlin 1996, S. 395–417 (hier S. 398 f.).

65 William C. Redfield: Observations on the storm of December 15, 1839. In: Trans. Amer. Phil. Soc. 8 (1843), S. 77 ff. Eine Kartendarstellung Redfields ist bei Kutzbach: The Thermal Theory (wie Anm. 60), S. 17, reproduziert.

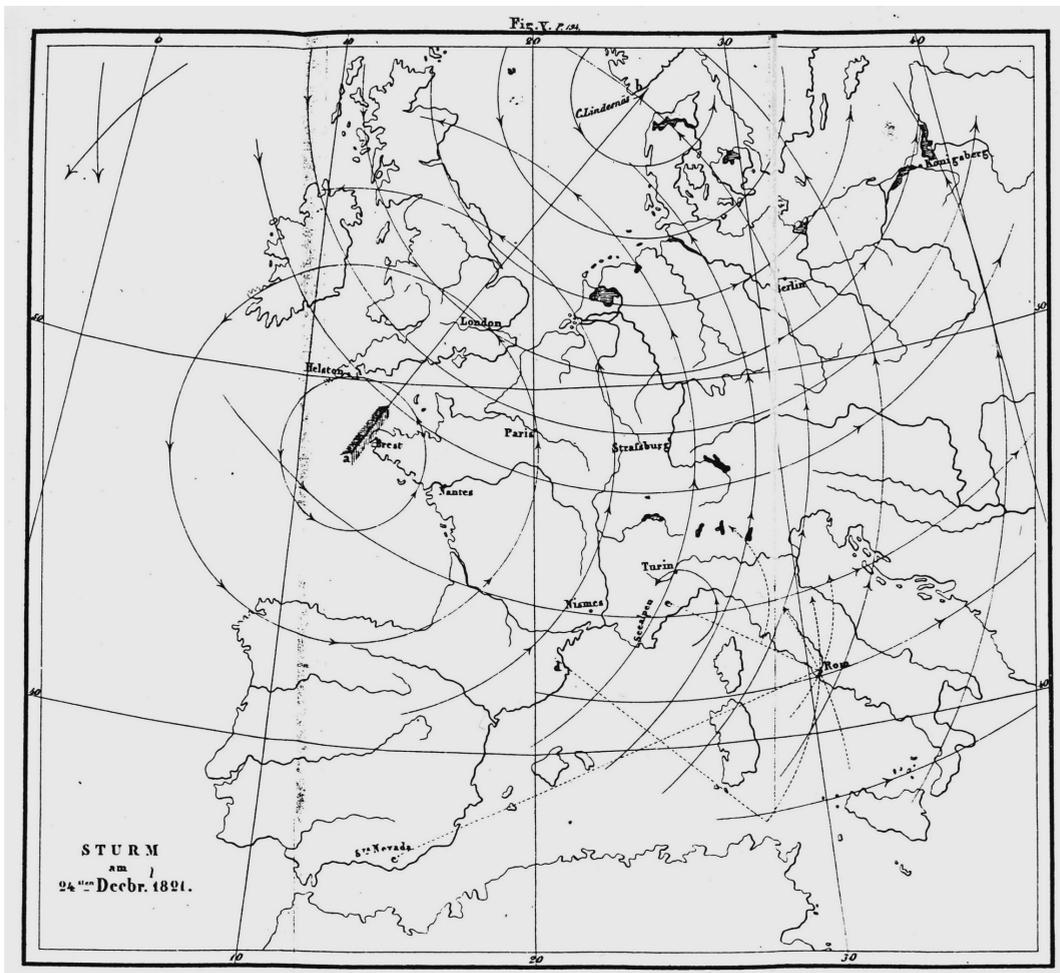


Abb. 5: Graphische Darstellung („Wetterkarte“) der Wetterlage vom 24. Dezember 1821. Aus dem Repertorium der Physik (wie Anm. 29), IV, 1841.

[...]“,⁶⁶ wie er 1841 im „Repertorium“ schrieb, nachdem er bereits zu Beginn seiner Untersuchungen über Luftströme und barometrische Minima im Jahre 1828 unter Berufung auf die Erfahrung der Seeleute Stürme grundsätzlich zu Wirbelwinden erklärt hatte.⁶⁷ Die genannten Autoren wandten sich damit gegen die beispielsweise von Brandes und Theodor Reye (1838–1919) vertretene Auffassung eines zentripetalen Einströmens der Luft in das Zentrum tiefen Luftdruckes, wie es ohne Berücksichtigung der ablenkenden Kraft der Erdrotation (Corioliskraft) zu erwarten wäre.⁶⁸

Noch in seiner Königsberger Zeit hat Dove die beiden grundsätzlich möglichen Herangehensweisen an meteorologische Untersuchungen charakterisiert, nämlich „daß man einmal die Zeit konstant setzt und den Ort veränderlich, dann umgekehrt verfährt.“⁶⁹ Bedauerlicherweise hat Dove die erstgenannte, synoptische Methode alsbald zugunsten der lokalen Betrachtungsweise verlassen, wie auch aus aufeinanderfolgenden Auflagen seines Hauptwerkes⁷⁰ deutlich wird.⁷¹ Allerdings war er, der 1828 schon die „isobarometrischen“ Linien gekannt und sie „eher elliptisch“ denn kreisförmig befunden hatte,⁷² offenbar auch in seinen späten Jahren kein so erbitterter Gegner der synoptischen Methode, wie manche seiner Kontrahenten glauben machen wollten, schließt doch die vierte und letzte Auflage des „Gesetzes der Stürme“ (1873) mit einer europaweiten Kartendarstellung des Sturmes vom 20. Januar 1863, die neben Pfeilen für Windrichtung und Gewitterzüge auch Isobaren enthält. Auf einer weiteren „Sturmtafel“ hat Dove in diesem Werk neben seiner oben beschriebenen Kartendarstellung der Weihnachtswetterlage des Jahres 1821 noch von ihm bereits in vorangegangenen Publikationen wiedergegebene Karten von Reid und Redfield zusammengestellt, die insbesondere das Zugbahnverhalten tropischer Wirbelstürme im Bereich der Karibik (Hurrikane) sowie der Philippinen (Taifune) und des Golfs von Bengalen (Zyklone) beschreiben, und in diesem Zusammenhang die Arbeiten der genannten Autoren ausführlich gewürdigt.⁷³

66 Repertorium der Physik, Bd. IV, 1841, S. 197.

67 Dove: Über barometrische Minima (wie Anm. 58), S. 597.

68 Zu Einzelheiten vgl. Kutzbach: The Thermal Theory (wie Anm. 60), Chapter 1, S. 2.

69 Dove: Über mittlere Luftströme (wie Anm. 58), S. 583 ff.

70 Ders.: Das Gesetz der Stürme. Berlin 1857, 1861, 1866 und 1873. – Vgl. auch Dove: Klimatologische Beiträge, Erster Theil. Berlin 1857, S. 184–296.

71 Scultetus: Die erste Wetterkarte (wie Anm. 57), S. 420.

72 Dove: Über barometrische Minima (wie Anm. 58), S. 602.

73 Dove: Das Gesetz der Stürme (wie Anm. 70), 1873, S. 153–160.

Daß Dove desungeachtet der lokalen Methode den Vorzug vor der synoptischen gegeben hat, ist zumindest für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts aus der damaligen Datenlage verständlich. Synoptische Darstellungen der vorangehend angeführten Art konnten nach oft mühsamer, zumeist länderübergreifender Sammlung von Beobachtungsmaterial ja nur nachträglich, manchmal erst Jahre nach den zu beschreibenden Ereignissen erstellt werden. Beobachtungen an einem Ort lieferten dagegen fortlaufend ständig verfügbare Angaben über unterschiedliche meteorologische Elemente und forderten geradezu zu einer Aufdeckung ihrer wechselseitigen Beziehungen heraus. In diesem Zusammenhang meinte Dove nicht zu unrecht, „dass die sogenannten unregelmässigen Veränderungen der Instrumente, wenigstens in unseren Breiten, von der Windesrichtung abhängen“,⁷⁴ und schrieb an anderer Stelle, daß Leopold v. Buch (1774–1853) „die Climatologie der mittlern Breiten gegründet hat, indem er die Windfahne als dasjenige Instrument hervorhob, um welches dort alle übrigen zu gruppiren seien“.⁷⁵

Im Anschluß an die von Buch konstruierten barometrischen Windrosen,⁷⁶ die die Abhängigkeit des mittleren Luftdruckes von der Windrichtung an einer Beobachtungsstation zum Ausdruck brachten, stellte Dove in einem Band meteorologischer Untersuchungen (1837) analog dazu auch thermische, hygrische und andere Windrosen zusammen.⁷⁷ Einleitend dazu hatte er bemerkt: „Da nun die sogenannten unregelmässigen Veränderungen nichts anders sind als der Uebergang der barometrischen, thermischen und hygrometrischen Werthe der Winde in einander, so ist klar, dass die Gesetze jener nur erkannt werden können, wenn man die mittleren Veränderungen der Windesrichtung mit der mittleren Vertheilung des Druckes, der Temperatur und der Feuchtigkeit in der Windrose verbindet. Indem ich diese Untersuchung für Paris durchführte fand ich die Bestätigung eines durch directe von mir in Königsberg angestellte Beobachtungen bereits erhaltenen Resultates, dass nämlich die Windrose in zwei Hälften zerfällt, welche in allen Erscheinungen reine Gegensätze bilden, indem dem Steigen eines Instrumentes auf der einen Seite ein Fallen desselben Instrumentes auf der andern entspricht [...]“, woran sich die Vorstellung anschließt, „die Gesammtheit der Witterungs-Erscheinungen unsrer Breiten auf den Kampf zweier Luftströme zurückzuführen, welche, wenn sie einseitig als NO. und SW. vorwalten,

74 Repertorium der Physik (wie Anm. 29), Bd. III, S. 272.

75 Ebda., Bd. II, S. 272.

76 Leopold v. Buch: Über barometrische Wind-Rosen. In: Abhandlungen der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Physikalische Abhandlungen. Berlin 1818–1819, S. 103–110.

77 Heinrich Wilhelm Dove: Meteorologische Untersuchungen. Berlin 1837, S. 99–120.

die Witterungsextreme bedingen, in gehörigem Maaße aber in einander übergehend, den Wechsel hervorrufen, welcher das Bezeichnende unsrer climatischen Verhältnisse ist.⁷⁸

Dove nannte die von den Polargebieten beider Halbkugeln äquatorwärts gerichtete und in die Passate mündende Luftströmung den „Polarstrom“, die darüber als Antipassat polwärts fließende, in den mittleren Breiten von Fall zu Fall absteigende und mit dem Polarstrom in „Konflikt“ geratende Strömung den „Äquatorialstrom“. Entsprechend den von George Hadley (1685–1758) zur Erklärung der Passate angestellten Überlegungen (Hadleysches Prinzip)⁷⁹ ging Dove davon aus, daß infolge der mit zunehmender geographischer Breite abnehmenden Rotationsgeschwindigkeit der Erdoberfläche ein äquatorwärts fließender Polarstrom relativ zu einem Beobachter an der Erdoberfläche mit sukzessive zunehmender östlicher, der polwärts gerichtete Äquatorialstrom mit sukzessive zunehmender westlicher Komponente der Windrichtung weht, indem diese Ablenkung von der ursprünglich meridionalen Strömungsrichtung entlang der Trajektorien (Luftbahnen) ständig anwächst.

Das Hadleysche Prinzip nutzte Dove auch zur Begründung seines von ihm mit großer Hartnäckigkeit verfochtenen „Drehungsgesetz“ des Windes.⁸⁰ Die von Dove erstmals an Hand Königsberger Beobachtungen aus dem Jahre 1826 bemerkte⁸¹ und nachfolgend von vielen Zeitgenossen bestätigte überwiegende Drehung der Windrichtung mit der Zeit im Uhrzeigersinn auf der Nord-, im Gegenuhrzeigersinn auf der Südhalbkugel – aus späterer Sicht eine triviale Folge des barischen Windgesetzes für einen Beobachtungsort auf der rechten (Nordhalbkugel) bzw. der linken Seite (Südhalbkugel) der Zugbahn von Tiefdruckgebieten, d.h. für das gesamte Gebiet der Westwindzone äquatorwärts der mittleren Zyklonenbahnen – wurde von ihm in den Rang einer allgemeinen Gesetzmäßigkeit erhoben: Ein Wind aus nördlicher Richtung („Polarstrom“) auf der Nordhalbkugel werde, da er Luftmassen aus immer polnäheren Regionen mit immer geringerer Rotationsgeschwindigkeit heraufführe, zunehmend in östliche Richtung drehen; ein ihn verdrängender „Äquatorialstrom“ zu einer Winddrehung auf südliche Richtung führen, danach aber, da

78 Ebd., S. IV.

79 George Hadley: Concerning the cause of the general trade-winds. In: Phil. Trans. Roy. Soc. London 39 (1735), S. 58–62. – auch in Gustav Hellmann: Neudrucke von Schriften und Karten über Meteorologie und Erdmagnetismus, Nr. 6, 1896, nach 16 S. Anmerkungen, ohne Seitenzahl.

80 Heinrich Wilhelm Dove: Über den Einfluss der Drehung der Erde auf die Strömungen ihrer Atmosphäre. In: Poggendorffs Annalen der Physik und Chemie 36 (1835), S. 321.

81 Ders.: Einige meteorologische Untersuchungen über den Wind. In: Ebd. 11 (1827), S. 345 ff. – Vgl. auch Ders.: Das Gesetz der Stürme (wie Anm. 70), 1873, S. 81.

Luft aus zunehmend äquatornahen Breiten befördernd, in westliche Richtung drehen, wonach ein ihn wiederum verdrängender Polarstrom eine weitere Winddrehung auf Nord herbeiführen könne usw. So erweist sich die Begründung eines allgemeinen Drehungsgesetzes durch Dove als merkwürdige Kombination aus lokaler Beobachtungsmethode und – im heutigen Sinne – Lagrangescher Betrachtungsweise der globalen Strömungssysteme auf dem Niveau einer beobachtenden und messenden, aber nur qualitativ beschreibenden Naturwissenschaft.

Humboldt hat im „Kosmos“ Doves Paradigmen der atmosphärischen Dynamik – Windrosen, Drehungsgesetz der Winde, Kampf von Polar- und Äquatorialstrom – prägnant zusammengefaßt und von Doves „bewundernswürdigem Scharfsinn“ gesprochen, aber auch zur „Vergleichung von Beobachtungsorten, die so viele hundert Meilen voneinander entfernt liegen“ aufgefordert, um „im eigentlichsten Sinne“ zu lernen, „woher der Wind komme“.⁸²

Dove selbst hat im Band IV des „Repertoriums“ (1841) seine Vorstellungen zur atmosphärischen Dynamik in mehreren Skizzen schematisch dargestellt,⁸³ die er auch in spätere Abhandlungen, einschließlich der letzten Auflage seines Hauptwerkes (1873),⁸⁴ im wesentlichen unverändert übernommen hat, wenn auch um weiteres Beobachtungsmaterial und umfangreiche Literaturzitate von antiken Autoren bis zu Doves Zeitgenossen bereichert, wobei besonders auf die Schilderung der Veränderung der Windrichtung im Verein mit dem Verhalten von Luftdruck, Temperatur und Windrichtung durch Wilhelm August Lampadius (1772–1842) im Jahre 1806 zu verweisen ist, wie es für einen Beobachter auf der Südseite einer Zyklonenbahn in Mitteleuropa charakteristisch ist.⁸⁵

Im unteren Teil der Abb. 6 sind thermische (unten) und barometrische Windrosen (darüber) nach Dove für Nord- (links) und Südhalbkugel (rechts) wiedergegeben. Für einen Beobachter auf der rechten Seite der Zugbahn eines auf der Nordhalbkugel im Gegenurzeigersinn umströmten zyklonalen Wirbels (Abb. 6, oben rechts) würde der Luftdruck in der Tat bei von Südost auf Südwest drehendem Wind fallen, um sodann mit Winddrehung auf Nordwest wieder zu steigen. Dove allerdings verzichtete auf diese naheliegende Interpretation der barometrischen Windrose samt Begründung seines Drehungsgesetzes,

82 Humboldt: Kosmos (wie Anm. 36), S. 338 f. Humboldt führt die Konstruktion von Windrosen z.B. durch Buch und Dove „zum Theil“ auf einen Vorschlag J.H. Lamberts (1728–1777) zurück.

83 Repertorium der Physik (wie Anm. 29), Bd. IV, 1841, Fig. I–IV, VI–VII, nach S. 374.

84 Dove: Das Gesetz der Stürme (wie Anm. 70), 1873.

85 Christian Hänsel: Die Atmosphärologie des Wilhelm August Lampadius. In: Meteorologische Zeitschrift 6 (1997), S. 308–312 (hier S. 310). – Vgl. auch Dove: Das Gesetz der Stürme (wie Anm. 70), 1873, S. 80.

für die er, wie oben ausgeführt, stattdessen das Hadleysche Prinzip bemühte. In diesem Sinne (Abb. 6, Mitte) würden nach Dove zwei Luftpartikel a und b bei einer Verlagerung in höhere geographische Breiten ohne Berücksichtigung der Erdrotation in den Punkten c und d, infolge der Erdrotation aber in g und h ankommen. Ist diese grob qualitative Betrachtung noch nachvollziehbar, so gilt dies nicht mehr für die weitere Annahme, „unbewegte Luft“ im Raum d-b-h würde eine Verlagerung von b nach f anstatt nach h und damit eine Verwirbelung, wie in der Abbildung angedeutet, zur Folge haben.⁸⁶

Dove hat in späteren Jahren seine ursprüngliche Meinung, alle Stürme seien Wirbel, revidiert und später die „in stetiger Richtung fortschreitenden ‚Gales‘ von den Wirbelstürmen ‚Hurricanes‘ [...]“ unterschieden, die im Bereich der Karibik („Westindia-Hurricanes“) in bekannter Weise aus südost-nordwestlicher in südwest-nordöstliche Bewegungsrichtung überwechseln und dann einen der vier Grundformen der Stürme der gemäßigten Zone abgeben. Drei weitere Grundformen erklärte er mit dem herabkommenden „oberen Äquatorialstroms“ bzw. dessen Zusammentreffen mit dem aus unterschiedlichen Richtungen einbrechenden kalten Polarstrom.⁸⁷

Gravierend war Doves Beharren auf seinen frühen Vorstellungen über den Zusammenhang zwischen Luftdruck und Wind. Im Anschluß an die Diskussion der oben erwähnten barometrischen, thermischen und anderen Windrosen auf Grund langjähriger Statistiken mehrerer mitteleuropäischer Stationen und gestützt auf eigene, sehr sorgfältige lokale Beobachtungen des Witterungsverlaufs, die sogar den Wolkenzug in verschiedenen Höhen einschlossen und aus heutiger Sicht den Durchzug von Tiefdruckgebieten am Beobachtungsort musterhaft beschreiben, hatte Dove das gesamte Witterungsgeschehen auf die Eigenschaften des Polar- und Äquatorialstroms und deren wechselseitiges Verdrängen zurückgeführt und insbesondere gemeint: „Das Charakteristische dieser Ströme wird sich aber immer auf ihre Temperatur-Verhältnisse zurückführen lassen und auf die verschiedene Art, auf welche die Erde bei ihrem Fortschreiten auf sie wirkt. In Beziehung auf den Druck wird sogleich klar, dass wegen der grösseren spezifischen Dichtigkeit der kälteren Luft des nördlichen Stroms das Barometer, wenn er vorwaltet, höher stehen wird, hingegen desto tiefer, je grösser die Intensität des südlichen Stroms, d.h. je grösser der Breitenunterschied der Orte ist, von welchen die Luft kommt, und zu welchen sie gelangt.“⁸⁸ Oder, kurz ge-

86 Vgl. auch Dove: Das Gesetz der Stürme (wie Anm. 70), 1873, S. 162 f.

87 Heinrich Wilhelm Dove: Über den Sturm vom 6. und 7. Dezember 1868. In: Monatsberichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Berlin 1868, S. 632–636 (hier S. 632 f.).

88 Dove: Meteorologische Untersuchungen (wie Anm. 77), S. 175 ff. (hier S. 187 f.).

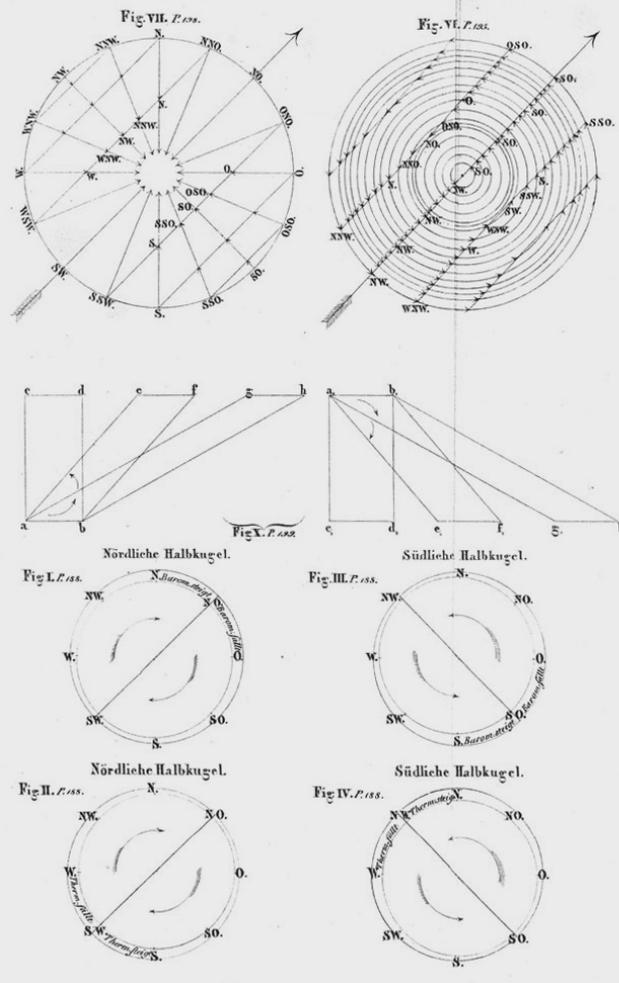


Abb. 6: Skizzen Doves (von oben nach unten: Zentripetales Einströmen in ein barometrisches Minimum (links) bzw. Umströmen im Gegenuhrzeigersinn (rechts); Bewegung meridional verschobener Luftpartikel (Hadleysches Prinzip) auf der Nord- (links) und Südhalbkugel (rechts); barometrische und thermische Windrosen auf der Nord- (links) und Südhalbkugel (rechts). Aus dem Repertorium der Physik (wie Anm. 29), IV, 1841.

sagt: „Ein barometrisches Minimum ist eine Erscheinung des Südstroms, ein barometrisches Maximum des Nordstromes.“⁸⁹

Diese rein hydrostatische Betrachtungsweise, aus dem Wissensstand des Jahres 1837 noch verständlich, führte Dove zu der bis in die letzten Lebensjahre vertretenen Auffassung, „ein Äquatorialstrom [...] erniedrigt in seinem ganzen Verlauf das Barometer und zwar in seiner Mitte am stärksten.“⁹⁰ Eine solche Behauptung konnte nach der Formulierung des barischen Windgesetzes um 1860 – auf empirischem Wege 1857, 1860 durch Christoph H.D. Buys-Ballot (1817–1890), theoretisch begründet um 1860 von William Ferrel (1817–1891) –⁹¹ natürlich nur entschiedene Ablehnung auslösen. Desungeachtet kann Dove nicht vorgeworfen werden, diese Entwicklung ignoriert oder gar „bekämpft“ zu haben: So erklärte er im Vorfeld zu der eben zitierten Formulierung ausdrücklich, daß „im Centrum eines Cyclon das Barometer am tiefsten fällt [...], sich bei diesen Stürmen die Luft senkrecht auf die Richtung der Verbindungslinie der Stelle des höhern und niedrigsten Druckes“ bewege und „diese von Buys Ballot gegebene Regel [...] auch wichtig für die Orte, welche senkrecht auf die Richtung einer stetigen Gale liegen“ sei, „nicht aber anwendbar auf die, welche in der Richtung des fortschreitenden barometrischen Minimums in der Mitte des Stroms liegen.“⁹²

Wenn auch Buys-Ballot selbst vom barischen Windgesetz meinte, „Die Regel hat mir [sic] die Gunst meines hohen Gönners Dove gekostet,“⁹³ so zeugen die obigen Zitate aus einer Akademiemitteilung Doves aus dem Jahre 1868 vielmehr von dessen freilich aussichtslosem Bestreben, fundamentale neue Erkenntnisse zur atmosphärischen Dynamik nur als gültig für spezielle Fälle zu betrachten und in sein eigenes, unhaltbar gewordenes System zu integrieren. In ähnlicher Weise hat er im „Gesetz der Stürme“ Ferrels Ableitung der (heute so genannten) Corioliskraft in einer Fußnote zur Kenntnis genommen, aber fälschlich gemeint, diese „Verallgemeinerung des Principis der Hadleyschen Theorie“, das bekanntlich eine ablenkende Kraft der Erdrotation nur für Bewegungen in meridionaler

89 Ebd., S. 277.

90 Dove: Über den Sturm (wie Anm. 87), S. 635. – Vgl. auch Ders.: Das Gesetz der Stürme (wie Anm. 25), S. 323.

91 Vgl. etwa Ueber die Priorität des Buys-Ballot'schen Gesetzes. In: Zeitschrift der österreichischen Gesellschaft für Meteorologie 20 (1885), S. 94–97 und 187. – H.E. Landsberg: Why indeed Coriolis? In: *Bull. Amer. Meteorol. Soc.* 47 (1966), S. 887–889. – Frederik Nebeker: Calculating the Weather. San Diego etc. 1995 (hier S. 27 f.) sowie Kutzbach: The Thermal Theory (wie Anm. 60), S. 37 f. mit weiteren Literaturziten.

92 Dove: Über den Sturm (wie Anm. 87), S. 634 f.

93 Ueber die Priorität (wie Anm. 91), S. 96.

Richtung erklärt, führe „bei allen hier betrachteten Erscheinungen zu denselben Schlussfolgen, wie das Hadleysche Princip.“⁹⁴

Ein zweiter Meilenstein auf dem Weg der Meteorologie zu einer Physik der Atmosphäre in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nach der Formulierung und physikalischen Interpretation des barischen Windgesetzes war das thermodynamische Föhnprinzip, wie es im Anschluß an wenig beachtete Äußerungen von Theodor Reye aus den sechziger Jahren und von Helmholtz im Jahre 1865 mit der Erklärung der Wärme und Trockenheit der Föhnströmung 1866, 1867 durch Julius Hann ausgesprochen wurde.⁹⁵ Dove hat auch diese Entdeckung nicht grundsätzlich in Frage gestellt, zumal er selbst bereits in einer klimatologischen Studie aus dem Jahre 1852⁹⁶ die Temperaturänderung in vertikal bewegter Luft unter Hinweis auf die Rolle des Wasserdampfes phänomenologisch beschrieben hatte, wie Hann selbst ausdrücklich einräumte.⁹⁷

Zur Erklärung des Föhns jedoch stellte Dove nicht die thermodynamischen Prozesse bei einer Gebirgsüberströmung in den Mittelpunkt, sondern sah im Alpenföhn einen absteigenden Äquatorialstrom, dessen Ursprung er gemäß dem Hadleyschen Prinzip in westwärts gelegene tropische Regionen verlegte, wie er schon in der bereits zitierten Akademiemitteilung aus dem Jahre 1852 Westindien zur „Wiege unserer südlichen Winde“ und Europa unter Verweis auf die freigesetzte Kondensationswärme zum „Condensator für das caraibische Meer“ erklärt hatte.⁹⁸ Von diesem Standpunkt aus wandte sich Dove gegen zeitgenössische Schweizer Naturforscher, die im Föhnsturm das „wilde Kind der Wüste Sahara“ zu erblicken glaubten, und insbesondere gegen die Auffassung des Geologen Arnold Escher von der Linth (1807–1872), wonach eine frühere Meeresbedeckung der Sahara zum Ausbleiben des Alpenföhns als „Schneefresser“ und auf diese Weise zum Eintreten der Eiszeit geführt habe.⁹⁹ Gleichzeitig verstrickte er sich in schwer nachvollziehbare, von beiden Seiten zeitweise erbittert geführte Auseinandersetzungen – z.B. auf der Versamm-

94 Dove: Das Gesetz der Stürme (wie Anm. 70), 1873, S. 8.

95 Julius Hann: Zur Frage über den Ursprung des Föhn. In: Zeitschrift der österreichischen Gesellschaft für Meteorologie 1 (1866), S. 257–263. – Ders.: Der Föhn in den österreichischen Alpen. In: Ebda. 2 (1867), S. 433–445. – ferner Ders.: Einige Bemerkungen (wie Anm. 14), S. 393–399. – Zur Geschichte der Föhntheorie vgl. auch Kutzbach: The Thermal Theory (wie Anm. 60), S. 59–62.

96 Heinrich Wilhelm Dove: Die Verbreitung der Wärme auf der Oberfläche der Erde. Berlin 1852, S. 3 f.

97 Hann: Einige Bemerkungen (wie Anm. 14), S. 395 f.

98 Dove: Über die mittlere Abnahme der Wärme (wie Anm. 42), S. 199 f.

99 Heinrich Wilhelm Dove: Über Eiszeit, Föhn und Scirocco. Berlin 1867. – Ders.: Der Schweizer Föhn. Berlin 1868.

lung Schweizer Naturforscher 1864 in Zürich – über den Charakter des Föhns als warm-feuchten (entsprechend seiner postulierten Wiege in der Karibik) oder als warm-trockenen Wind, wobei die Kontrahenten anscheinend nicht klar zwischen den Wettererscheinungen bei Südföhn auf der Luv- und Leeseite der Alpen unterschieden.

Bemerkenswerterweise blieb aber auch einer der schärfsten Kontrahenten Doves, Heinrich Wild (1833–1902), in seiner Rektoratsrede zur Stiftungsfeier der Hochschule in Bern bei aller Kritik an Dove den Vorstellungen vom Föhn als einem herabsteigenden Äquatorialstrom verhaftet, dessen Wärme und Trockenheit er im Sinne der thermodynamischen Föhntheorie Hanns erklärte, und deutete selbst den Nordföhn der Alpen als einen von Skandinavien und der Nordsee her umgelenkten Äquatorialstrom. Unter Rückgriff auf eine „Theorie“ Doves, wonach die westindischen Hurrikane, die im weiteren als Wirbelstürme die gemäßigten Breiten erreichen, durch das „Einfallen der von der Sahara aufgestiegenen und in der Höhe nach Westen hin abfließenden Luft in den obern Passat erzeugt werden“, hielt er sogar einen Einfluß der Sahara auf die Wirbelstürme Europas und den mit ihnen verbundenen Föhn noch immer für „denkbar“!¹⁰⁰ Und auch Hann stand in seiner ersten Arbeit über den Ursprung des Föhns im Jahre 1866¹⁰¹ nach eigenem Bekennen „noch fast ganz unter der Herrschaft Dove’scher Theorien.“¹⁰² Dove selbst hat in seiner Schrift über den Schweizer Föhn¹⁰³ und schließlich in der letzten Auflage seines Hauptwerkes von 1873 zutreffend klargestellt, daß die auf der Alpensüdseite feuchten Föhnströmungen „ihre Trockenheit erst bei dem Uebergang über die Alpen erhalten“, und ausdrücklich auf Hanns Arbeiten über den Föhn verwiesen.¹⁰⁴

Dennoch bleibt resümierend festzuhalten, daß Dove auf dem Gebiet der atmosphärischen Dynamik an frühe, erfolgversprechende Ansätze einer synoptischen Darstellungs- und Betrachtungsweise sowie an Anfänge einer wenn auch nur qualitativen thermodynamischen Sichtweise später nicht mehr bzw. nur verspätet und inkonsequent angeknüpft hat. Stattdessen suchte er bis zuletzt die von seinen Zeitgenossen aufgedeckten Gesetze der atmosphärischen Dynamik in sein Paradigmenschema einzupassen, dem er im Einzelfall den Vorrang einräumte, wie sein Festhalten an der oben wiedergegebenen Vorstellung eines barometrischen Minimums in der Mitte des Südstroms zeigt. Als „bahnbrechend in

100 Heinrich Wild: Föhn und Eiszeit. Mit Nachtrag: Der Schweizer Föhn. Entgegnung auf Dove’s gleichnamige Schrift. Bern 1868, insbes. S. 32–35.

101 Hann: Zur Frage (wie Anm. 95).

102 Hann: Einige Bemerkungen (wie Anm. 14), S. 397.

103 Dove: Der Schweizer Föhn (wie Anm. 99).

104 Dove: Das Gesetz der Stürme (wie Anm. 25), S. 198 f.

der dynamischen Meteorologie durch Aufstellung des Winddrehungsgesetzes“, wie Scherhag meinte,¹⁰⁵ kann Dove schwerlich gelten, handelt es sich doch bei dem von ihm lebenslang mit Vehemenz verfochtenen Drehungsgesetz lediglich um eine aus Beobachtungen ableitbare Regel für das Verhalten der Windrichtung äquatorseitig der Zyklonenbahnen in mittleren Breiten, deren Zusammenhang mit dem barischen Windgesetz als einem Grundpfeiler der dynamischen Meteorologie Dove offensichtlich nicht erkannt hat.

6. Dove als Wissenschaftsorganisator

Hierzu ist an erster Stelle seine bereits einleitend erwähnte, über drei Jahrzehnte währende Tätigkeit am Preußischen Meteorologischen Institut zu nennen, das auf Initiative Alexander v. Humboldts durch königliche Kabinettsorder vom 17. Oktober 1847 gegründet worden war und an dem nach dem Tod seines ersten Leiters, Wilhelm Mahlmann, auf einer Dienstreise am 9. Dezember 1848 H. W. Dove zum 7. April 1849 die Stelle eines „wissenschaftlichen Beirathes bei dem mit dem statistischen Bureau verbundenen meteorologischen Institute“ im Nebenamt übertragen wurde (Dove war seit 1845 ordentlicher Professor für Physik an der Friedrich-Wilhelms-Universität).¹⁰⁶ Das Preußische Statistische Büro seinerseits, dem das Meteorologische Institut als selbständige Abteilung bis zum 1. April 1886 angehörte, war im Jahre 1805 ins Leben gerufen worden und befand sich in Berlin, Lindenstraße 32.¹⁰⁷

Einzelheiten hinsichtlich der Entwicklung des Instituts unter Doves Leitung, besonders auch zu Meßinstrumenten und Beobachtungsprogrammen, können den zitierten zusammenfassenden Darstellungen der Institutsgeschichte von Gustav Hellmann und

105 Scherhag: Dove (wie Anm. 7), S. 92.

106 Gustav Hellmann: Geschichte des Königlich Preussischen Meteorologischen Instituts von seiner Gründung im Jahre 1847 bis zu seiner Reorganisation im Jahre 1885. In: Ergebnisse der meteorologischen Beobachtungen im Jahre 1885, hrsg. von dem Königlich Preussischen Meteorologischen Institut, S. XX–LXIX. – Vgl. auch Karl-Heinz Bernhardt: Alexander von Humboldts Auffassung vom Klima und sein Beitrag zur Einrichtung von meteorologischen Stationsnetzen. In: Zeitschrift für Meteorologie 34 (1984), S. 213–217. – Ders.: Alexander von Humboldts Auffassung vom Klima und seine Rolle bei der Gründung des Preussischen Meteorologischen Instituts. In: Alexander-von-Humboldt-Ehrung in der DDR, 3. und 4. Mai 1984 in Berlin. Berlin 1986, S. 83–91.

107 Hellmann: Geschichte (wie Anm. 106). – Hans-Günther Körber: Die Geschichte des Meteorologischen Observatoriums Potsdam. Offenbach a.M. 1993, S. 9–11 (= Geschichte der Meteorologie in Deutschland, 2). – Körber: Die Geschichte (wie Anm. 8), S. 9–18.

Hans-Günther Körber (1920–2008) entnommen werden.¹⁰⁸ Die Verdienste Doves in dieser Dienststellung fanden gebührende Würdigung, wenn auch hier mit wachsendem zeitlichem Abstand zunehmend kritische Töne angeschlagen wurden. So hatte Wilhelm von Bezold (1837–1907), seit 1885 Professor für Meteorologie an der Berliner Universität (auf dem ersten derartigen Lehrstuhl in Deutschland) und Direktor des reorganisierten Preußischen Meteorologischen Instituts,¹⁰⁹ in seiner Antrittsrede als neugewähltes Akademiemitglied im Jahre 1886 noch bemerkt, das Institut habe „unter der genialen Führung eines Dove die herrlichsten Früchte gezeitigt [...]“, was Arthur Auwers (1838–1915) in seiner Erwiderung zu Recht in bezug auf den „Ausbau der physikalischen Meteorologie“ einschränkte, „den wir nach einem vielverheißenden Anfange durch Doves ältere meteorologische Untersuchungen ein Menschenalter hindurch fast ganz den ausländischen Fachkollegen überlassen haben“¹¹⁰.

Bezold selbst würdigte auf der Festveranstaltung zum fünfzigjährigen Jubiläum des Instituts elf Jahre später wiederum Dove, „der es, wie kein zweiter verstanden hat, auf dem von Humboldt betretenen Wege weiter zu wandeln und der die von Humboldt zuerst so erfolgreich angewendete Methode der Charakterisirung der klimatischen Verhältnisse durch Mittelwerthe zu hoher Vollkommenheit brachte, und dem Institut durch den Glanz seines Namens grosses Ansehen verlieh“, freilich um im nächsten Absatz einschränkend fortzufahren: „Seine Verdienste waren jedoch im wesentlichen persönlicher Natur, während sich die Thätigkeit des Instituts in engen Grenzen bewegte.“¹¹¹ Wie Bezold dazu weiter ausführte, blieb zu Doves Lebzeiten die Zahl der Stationen gering und „das Beobachtungsprogramm beschränkt, und bei Bearbeitung der einlaufenden Tabellen begnügte man sich der Hauptsache nach mit der Bildung von Summen und Mittelwerthen [...] da dem Leiter des Instituts anfangs gar keine wissenschaftlichen Hilfskräfte zur Verfügung standen und auch später das ganze Personal desselben bis zu der Reorganisation im Jahre 1885 nur aus dem Direktor und einem Assistenten bestanden hat.“¹¹² Der erwähnte Assistent war Richard Doergens (1839–1901), später Professor für Geodäsie an der Technischen Hochschule zu Berlin, der im Jahre 1866 in das bis dahin als Einmanninstitut (!) geführte

108 Hellmann: *Geschichte* (wie Anm. 106); Körber: *Die Geschichte* (wie Anm. 8).

109 Körber: *Die Geschichte* (wie Anm. 8), S. 20–27.

110 Kirsten und Körber: *Physiker über Physiker* (wie Anm. 2), Teil 2: *Antrittsreden, Erwiderungen bei der Aufnahme von Physikern in die Berliner Akademie. Gedächtnisreden*. Berlin 1979, S. 138–142.

111 Wilhelm v. Bezold: *Die Feier des fünfzigjährigen Bestehens des Königlichen Meteorologischen Instituts am 16. Oktober 1897*. Berlin 1898, S. 12.

112 Ebda.

Preußische Meteorologische Institut eintrat. An seine Stelle trat im Jahre 1874 der Gymnasialprofessor Johann Albert Arndt (1811–1882), der ab 1876 auch die bis 1871 von Dove alljährlich ausgeübte Inspektion der Beobachtungsstationen und nach Doves Tod die interimistische Leitung des Instituts wahrnahm, in der ihm wiederum von 1882 bis 1885 Gustav Hellmann nachfolgte.¹¹³

Hellmann, nach dem Ableben Bezolds im Jahre 1907 dessen Nachfolger als ordentlicher Professor für Meteorologie, als Direktor des Preußischen Meteorologischen Instituts und 1912 auch als Akademiemitglied, kannte also aus eigener Anschauung den Rückstand des Preußischen Meteorologischen Instituts vor seiner Reorganisation gegenüber dem internationalen Stand der Meteorologie, für den er rückschauend neben Doves Abneigung gegen zeitgemäße Neuerungen, z.B. auf dem Gebiet der Maßeinheiten, vor allem das Fehlen „an Geldmitteln und an Arbeitskräften, um das Institut leistungsfähiger zu machen“, verantwortlich machte.¹¹⁴

Unter diesen Umständen kann andererseits der persönliche Einsatz Doves als Institutsdirektor im Nebenamt bei der eigenhändigen Bearbeitung und der Veröffentlichung der Beobachtungsdaten – parallel zu seiner Lehrtätigkeit als ordentlicher Professor für Physik, seinen Aktivitäten als Akademiemitglied und der unverminderten Fülle an Publikationen! – nur uneingeschränkte Bewunderung hervorrufen. Bei der regelmäßigen Inspektion des Stationsnetzes bis 1871 „oft von Memel bis Trier oder Sigmaringen, trug er das Normalbarometer auf dem Rücken den Brocken hinauf und hielt es im rüttelnden Postwagen Masurens oder der Eifel behutsam in den Händen.“¹¹⁵

Abb. 7 zeigt eine Aufstellung der im Tätigkeitsbereich des Preußischen Meteorologischen Instituts tätigen Meßstationen¹¹⁶ im Jahre 1885; die Anzahl der Stationen II. und III. Ordnung war von vierzig zur Zeit der Amtsübernahme durch Dove auf ca. neunzig und nach dem Übergang der Stationen in Schleswig-Holstein in den Verantwortungsbe- reich des Instituts im Gefolge der Kriege von 1864 und 1866 auf ca. 120 zu Doves Lebens- ende angewachsen.¹¹⁷ Desungeachtet wies Preußen im Vergleich zu anderen Ländern nur eine geringe Stationsdichte auf, die beispielsweise Mitte der sechziger Jahre etwa zehnmal kleiner war als in Sachsen oder der Schweiz.¹¹⁸

113 Körber: Die Geschichte (wie Anm. 8), S. 17 f.

114 Hellmann: Geschichte (wie Anm. 106), S. XXVII.

115 A. Dove: Dove (wie Anm. 8), S. 65.

116 Hellmann: Geschichte (wie Anm. 106), S. XLV.

117 Ebda., nach S. LXIX.

118 Hans-Günther Körber: Beiträge von Berliner Physikern zur Entwicklung der Physik der Atmosphäre. In:

Vertheilung der Stationen nach Provinzen und Staaten.

Staaten, Provinzen	Anzahl der Stationen				Anzahl der Beobachtungsjahre ¹⁾	Es entfällt	
	II. Ordnung	III. Ordnung	Regenstation	Ueberhaupt		1 Station auf qkm	auf 1 Station Beobachtungszeit (in Jahren)
Provinz Ostpreussen	9	2	2	13	198	2845	15,2
» Westpreussen	7	4	4	15	152	1700	10,1
» Brandenburg	6	2	16	24	267	1662	11,1
» Pommern	7	2	1	10	195	3011	19,5
» Posen	3	—	7	10	89	2896	8,9
» Schlesien	24	11	16	51	435	790	8,5
» Sachsen	18	1	1	20	314	1263	15,7
» Schleswig-Holstein	17	—	1	18	252	1047	14,0
» Hannover	10	—	5	15	258	2565	17,2
» Westfalen	7	4	3	14	178	1371	12,7
» Hessen-Nassau	10	2	8	20	180	784	9,0
» Rheinland	13	3	5	21	265	1285	12,6
Hohenzollernsche Lande	2	2	1	5	58	229	11,6
Königreich Preussen	133	33	70	236	2841	1476	12,0
Königreich Bayern	2	—	—	2	20	— ²⁾	10,0
» Sachsen	5	—	—	5	36	—	7,2
Grossherzogthum Baden	1	—	—	1	4	—	4,0
» Hessen	2	1	—	3	28	—	9,3
» Mecklenburg-Schwerin	5	1	3	9	167	1478	18,6
» Sachsen-Weimar-Eisenach	5	—	—	5	21	719	4,2
» Mecklenburg-Strelitz	5	—	—	5	76	586	15,2
» Oldenburg	6	—	3	9	169	714	18,8
Herzogthum Braunschweig	1	—	—	1	12	—	12,0
» Sachsen-Meiningen	1	—	—	1	8	—	8,0
» Sachsen-Koburg-Gotha	2	1	—	3	10	—	3,3
» Anhalt	2	3	—	5	26	—	5,2
Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt	2	9	—	11	42	85	3,8
» Schwarzburg-Sondershausen	3	1	4	8	79	108	9,9
» Lippe	1	—	3	4	16	305	4,0
Freie Hansastadt Lübeck	1	—	—	1	16	298	16,0
» » Bremen	3	—	—	3	23	85	7,7
» » Hamburg	2	—	—	2	6	205	3,0
Reichsland Elsass-Lothringen	2	—	—	2	17	—	5,0
Grossbritannien (Helgoland)	1	—	—	1	13	—	13,0
Ausserpreussische Staaten	52	16	13	81	782	—	9,6
Zusammen	185	49	83	317	3623	—	11,4

¹⁾ Auf ganze Jahre abgerundet.

²⁾ Wurde nur für diejenigen nichtpreussischen Staaten berechnet, aus denen alles meteorologische Beobachtungsmaterial beim meteorologischen Institute einlief.

Abb. 7: Übersicht über die 1885 im Tätigkeitsbereich des Preussischen Meteorologischen Instituts befindlichen meteorologischen Beobachtungsstationen. Nach Hellmann: Geschichte (wie Anm. 106), S. XLV.

Ungeachtet der beschämend unzureichenden Ausstattung seines eigenen Instituts trug Dove als anfänglicher Leiter einer im April 1873 auf Veranlassung des Reichskanzleramtes eingesetzten Kommission zur Reorganisation des Sturmwarnungswesens an der deutschen Küste aktiv zur Umwandlung der privaten Norddeutschen Seewarte (gegründet 1868) in die später weltberühmte Deutsche Seewarte bei, die am 1. Januar 1875 ihre Tätigkeit als Reichsanstalt aufnahm und ab 1. Januar 1876 als Reichsinstitut unter der Leitung Georg Neumayers (1826–1909) stand.¹¹⁹ Dove war auch Mitglied einer im Jahr 1875 ins Leben gerufenen Reichskommission „zur Prüfung der Frage der Aussendung einer deutschen Nordpolarexpedition.“¹²⁰

Außerhalb des Deutschen Reiches hatte sich Dove schon im Jahre 1863 auf der Schweizerischen Naturforscherversammlung vergeblich um die Schaffung eines einheitlichen meteorologischen Beobachtungsnetzes bemüht. Dem von Carl Bruhns (1830–1881), Leipzig, Carl Jelinek (1822–1876), Wien, und Heinrich Wild (1833–1903), St. Petersburg, vom 14. bis 16. August 1872 nach Leipzig einberufenen Vorbereitungstreffen für den ersten Internationalen Meteorologenkongreß,¹²¹ der im darauffolgenden Jahr in Wien tagte und als Beginn der weltweiten Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Meteorologie bzw. als Gründungsveranstaltung der Internationalen Meteorologischen Organisation (IMO), der heutigen WMO gilt,¹²² blieb Dove aus gesundheitlichen Gründen fern, legte aber seine

Akademie der Wissenschaften der DDR, Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaften, Kolloquien, 24 (1981), S. 176–195 (hier S. 180). – Vgl. auch James R. Fleming: Meteorological Observation Systems before 1870 in England, France, Germany, Russia and the USA: A Review and Comparison. In: WMO-Bull. 46 (1997), S. 249–258.

119 Wilhelm Jakob van Bebbler: Handbuch der ausübenden Witterungskunde. I. Theil: Geschichte der Wetterprognose, Stuttgart 1885, S. 348–350. – Michael Börngen: Carl Christian Bruhns' Förderung der Meteorologie. In: Christian Hänsel (Hg.): Carl Christian Bruhns. ein bedeutender Naturwissenschaftler in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Stuttgart/Leipzig 2006, S. 61–91 (hier S. 71 f.) (= Abhandlungen der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse 64, 2). – Wilfried Schröder und Karl-Heinrich Wiederkehr: Georg von Neumayer (1826–1909) und die internationale Entwicklung der Geophysik. In: Beiträge zur Geschichte der Geophysik und Kosmischen Physik X, No. 1, Potsdam 2009, S. 10 f.

120 Börngen: Carl Christian Bruhns (wie Anm. 119), hier S. 37 und 72 f.

121 Vgl. die Jubiläumsveranstaltung im Jahre 1972 in: Abhandlungen des Meteorologischen Dienstes der DDR, Nr. 110, Bd. XIV (1973).

122 Hendrik Gerrit Cannegieter: The history of the International Meteorological Organisation. In: Annalen der Meteorologie N.F. 1 (1963), S. 1–280. – Zu den Meteorologenkongressen in Wien 1873 und Rom 1879 vgl. auch Börngen: Carl Christian Bruhns (wie Anm. 119), S. 73–81.

Auffassungen in schriftlicher Form dar.¹²³ Er verstarb in Berlin zehn Tage vor Eröffnung des nächsten Internationalen Meteorologenkongresses, der vom 14. bis 22. April 1879 in Rom tagte.

7. Fazit und Ausblick

Die oben, am Ende des zweiten Abschnittes hervorgehobene Wandlung der Meteorologie zu Doves Lebzeiten von einer vornehmlich induktiv betriebenen, messenden und beschreibenden zu einer messenden und auf der Grundlage vor allem der theoretischen Physik rechnenden Naturwissenschaft widerspiegelt sich deutlich in der zeitgenössischen Lehrbuchliteratur. So schrieb Ludwig Friedrich Kämtz (1801–1868), Professor der Physik in Halle, später in Dorpat und ab 1865 Direktor des Physikalischen Hauptobservatoriums St. Petersburg,¹²⁴ im Vorwort zum ersten Band seines dreibändigen Lehrbuchs der Meteorologie (1831, 1832, 1836) im Anschluß an die Erwähnung der Doveschen Arbeiten über die Verteilung der Wärme an der Erdoberfläche und die barometrischen Windrosen u.a.: „Ausgezeichnete Geometer haben sich seit langer Zeit bemüht, die Gesetze vieler Erscheinungen auf analytischem Wege zu entwickeln [...] Ich habe auf diese Arbeiten wenig Rücksicht genommen. So überraschend zum Theil die darin vorgetragenen Resultate sind, so elegant häufig das Verfahren ist, durch welches die Endausdrücke gefunden wurden, so scheinen mir diese Arbeiten doch wichtiger für den Mathematiker, als für den Physiker. [...] Mir schien es wichtiger, die Resultate der Beobachtungen mitzuthemen. [...] Fast ein jeder Abschnitt wird es meiner Meinung nach zeigen, daß ich keine Mühe gescheut habe, Beobachtungen zu vergleichen und daraus die wichtigsten Resultate herzuleiten [...]“.¹²⁵

Sechs Jahre nach Doves Tod erschien aus der Feder von Adolf Sprung (1848–1909), zu der Zeit Assistent an der Deutschen Seewarte, das erste Lehrbuch der dynamischen Meteorologie, in dem es einleitend heißt: „Die *Meteorologie* im *weiteren Sinne* ist die Lehre von den Zuständen und Vorgängen in der Atmosphäre. Ein besonderer Zweig der Meteorologie ist die *Klimatologie*, welche die meteorologischen Erscheinungen vorwiegend vom geographisch-statistischen Standpunkte behandelt, während die *Meteorologie im engeren Sinne* die atmosphärischen Vorgänge als solche untersucht und dieselben auf physikalisch-

123 Körber: Die Geschichte (wie Anm. 8), S. 17 f.

124 Nachruf in: Zeitschrift der österreichischen Gesellschaft für Meteorologie 3 (1868), S. 177–186.

125 Ludwig Friedrich Kämtz: Lehrbuch der Meteorologie, Bd. 1. Leipzig 1831, S. X f.

mechanische Gesetze zurückzuführen sich bemüht.¹²⁶ Von einer physikalischen Klimatologie im Sinne einer quantitativen, auf physikalische Gesetze exakt begründeten Theorie des in qualitativer Hinsicht bereits von Humboldt umrissenen Klimasystems¹²⁷ konnte also auch 1885 noch keine Rede sein.¹²⁸

Die im Abschnitt 4 ausführlicher behandelten Arbeiten Doves auf dem Feld der Klimatologie – seinem hauptsächlichen Arbeitsgebiet in der Meteorologie – schöpften die Möglichkeiten seiner Zeit voll aus, waren inhaltlich und methodisch in mehrfacher Hinsicht wegweisend und finden auch unter modernen Gesichtspunkten heute wieder Beachtung. So heben Luterbacher et al. in einem historischen Abriss zur Geschichte der Erforschung der Nordatlantischen Oszillation (NAO), einer für Witterungsablauf und -anomalien im europäisch-atlantischen Raum bedeutsamen internen Schwankung der atmosphärischen Zirkulation, das Wirken Doves und besonders einige seiner Arbeiten über nichtperiodische Temperaturänderungen ausdrücklich hervor.¹²⁹ Seine Betonung der Rolle von Zirkulationsschwankungen für beobachtete Witterungsanomalien und Klimaänderungen ist angesichts heutiger Debatten über den Klimawandel ungeahnt aktuell!¹³⁰

An der beginnenden Entwicklung der Meteorologie zu einer deduktiv begründeten Physik der Atmosphäre und zu einer synoptischen Arbeitsweise dagegen hat der (Experimental-)Physiker Dove ungeachtet hoffnungsvoller Ansätze in seinen frühen Arbeiten nicht erkennbar mitgewirkt, wenn auch der pauschale Vorwurf einer Ablehnung des bari-schen Windgesetzes oder des Hannschen Föhnprinzips in dieser Form nicht aufrechtzuerhalten ist, wie im Abschnitt 5 im einzelnen ausgeführt wurde.

Wissenschaftshistorisch bedeutsam erscheinen die von Fritscher diskutierten Beziehungen zwischen zwei der Doveschen Paradigmen der atmosphärischen Dynamik – dem Drehungsgesetz des Windes und dem Kampf von Polar- und Äquatorialstrom – mit der zeitgenössischen Naturphilosophie Hegels und Schellings.¹³¹ Für den Einfluß Hegels auf

126 Adolf Sprung: Lehrbuch der Meteorologie. Hamburg 1885, S. 1.

127 Vgl. Bernhardt: Alexander von Humboldts Beitrag (wie Anm. 34), S. 210–212.

128 Eine moderne Darstellung bietet beispielsweise Peter Hupfer (Hg.) et al.: Das Klimasystem der Erde. Berlin 1991.

129 Jürg Luterbacher, Heinz Wanner und Stefan Brönnimann: Historische Entwicklung der NAO-Forschung. In: *promet* 34 (2008), S. 79–88.

130 Vgl. z.B. Karl-Heinz Bernhardt: Dialektik des Klimas. In: *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften* zu Berlin 102 (2009), S. 123–157 (hier S. 145 f.). – Ders.: Thesen zur Klimadebatte. In: *Beilage zur Berliner Wetterkarte* 53/09, SO 26/09, 13. 8. 2009.

131 Bernhard Fritscher: The Dialectic of the Atmosphere: Heinrich Wilhelm Dove in Context. In: *Algorismus* 52 (2005), S. 91–102.

Dove sprechen u.a. die Mitgliedschaft des letzteren in der von Hegel 1826 gegründeten Societät für wissenschaftliche Kritik und seine Mitwirkung im Herausgebergremium der Jahrbücher für wissenschaftliche Kritik in den Jahren 1837 bis 1844.¹³² Doves erste Formulierung des Drehungsgesetzes bezieht sich auf Beobachtungen in Königsberg,¹³³ angestellt im September/Oktober 1826 nach seiner Rückkehr aus Berlin, wo er im Wintersemester 1825/26 Hegels Vorlesung „Philosophie der Natur“ gehört und mitgeschrieben hatte.¹³⁴

Obgleich die im wesentlichen phänomenologisch-beschreibenden Vorstellungen Doves über die Entstehung der Stürme aus dem „Konflikt“ von Polar- und Äquatorialstrom einen großen Einfluß auf die zeitgenössische Meteorologie einschließlich von Vorläufern der Polarfronttheorie, wie William R. Blausius (1818–1889),¹³⁵ oder Pionieren einer wissenschaftlich fundierten Wettervorhersage, wie dem tragisch gescheiterten Robert Fitzroy (1805–1865) ausübten,¹³⁶ erforderte die Weiterentwicklung der atmosphärischen Dynamik und der Wetterprognose an Hand der synoptischen Karten natürlich die quantitative Erfassung der Beziehungen zwischen Luftdruck- und Windfeld. Das bereits genannte barische Windgesetz, in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts von Buys-Ballot empirisch aufgefunden und von Ferrel theoretisch begründet,¹³⁷ bildete eine der Grundlagen der für mehrere Jahrzehnte vorherrschenden „Isobarenmeteorologie“, deren Paradigma beispielsweise Henrik Mohn (1835–1916), seit 1866 Direktor des Norwegischen Meteorologischen Instituts und Professor für Meteorologie an der Universität Oslo, in seinem bekannten Lehrbuch (Erstauflage 1874) wie folgt umriß: „Nach dem, was wir bisher betrachtet, beruht die jedesmalige Witterung wesentlich auf der Vertheilung des Luftdruckes, von welchem in erster Linie der Wind und in zweiter dann auch fast alle übrigen meteorologischen Elemente abhängig sind. Aber die Bestimmung der Veränderungen des Luftdruckes ist [...] eine Aufgabe, welche die Wissenschaft bis jetzt noch nicht gelöst hat, und die Vorherbestimmung des Wetters bleibt deshalb immer noch zum grössten Theil ein erfahrungs-

132 Ebda., S. 93 und 100.

133 Dove: Das Gesetz der Stürme (wie Anm. 70), 1873, S. 81.

134 Bal, Marmasse, Posch und Vieweg: Hegel (wie Anm. 8). – A. Dove: Dove (wie Anm. 8), S. 55, hatte bereits berichtet, daß sein Vater in den Jahren 1824–1825 „vier Hauptkollegien“ Hegels mitgeschrieben habe.

135 Heinrich von Ficker: Das meteorologische System von Blausius. In: Die Naturwissenschaften 16 (1938), S. 645–652.

136 Vgl. Chromow: Das meteorologische System (wie Anm. 19) sowie Kutzbach: The Thermal Theory (wie Anm. 60), S. 66 und 233 f. – Zur Biographie auch P. Hughes: Fitz Roy the Forecaster: Prophet without honor. In: Weatherwise 41 (1988), S. 200–204.

137 Vgl. Anm. 91.

mässiges Gutachten, das sich nicht minder auf den praktischen Blick als auf Kenntniss der Gesetze für die Bewegungen der Atmosphäre stützt.“¹³⁸

Zeitgenossen Doves, die dem neuen Paradigma zu folgen genötigt, aber „von Doves Lehren ausgegangen“ waren, „mußten sich erst von ihnen befreien, als sie sahen, daß auf diesem Wege nicht weiterzukommen war und daß auf dem Felde des [...] barischen Windgesetzes und der synoptischen Meteorologie zurzeit weit eher Fortschritte in Aussicht standen“, wie der bereits im Abschnitt 2 zitierte Wladimir Köppen bezogen auf seinen Übergang vom Physikalischen Hauptobservatorium St. Petersburg zur Deutschen Seewarte Hamburg (1875) rückschauend bemerkte.¹³⁹ Konvertiten sind nicht selten die schärfsten (und manchmal auch unsachliche) Kritiker der aufgegebenen Lehren! „Keimt ein Glaube neu, wird oft Lieb und Treu wie ein böses Unkraut ausgerauft“¹⁴⁰ gilt in übertragenem Sinne gelegentlich auch in der Wissenschaftsgeschichte. Und als eine besondere Ironie der Geschichte in unserem Falle gingen die entschiedensten Kritiker des späten Dove wie Köppen und auch Wilhelm Jakob van Bebbler (1841–1909), Verfasser eines zweibändigen Handbuchs der ausübenden Witterungskunde, der allerdings Doves Arbeiten zur Klimatologie sachkundig würdigt,¹⁴¹ aus der Deutschen Seewarte hervor, also jener Einrichtung, der die „Dovekommission“ ins Leben verholfen hatte (vgl. Abschnitt 6)!

Zu Recht haben andererseits auch Vertreter der von Vilhelm Bjerknes (1862–1951) und Mitarbeitern in der Zeit um und nach dem Ersten Weltkrieg inaugurierten Polarfronttheorie und Luftmassenlehre, wie die in Abschnitt 2 zitierten Autoren Bergeron, Chromow, Scherhag und Weickmann auf Doves Vorstellungen eines Polar- und Äquatorialstroms verwiesen. In der Tat sind diese – Negation der Negation! – in der Fronten- und Luftmassenmeteorologie des 20. Jahrhunderts „aufgehoben“ in dreifachem Sinne: als nur phänomenologische Beschreibung überwunden, ihrem Sinn nach aufbewahrt und auf das Niveau physikalisch-mathematischer Beschreibung emporgehoben.¹⁴²

138 Henrik Mohn: Grundzüge der Meteorologie, 3. Aufl. Berlin 1883, S. 341.

139 Köppen: H.W. Dove (wie Anm. 16), S. 289.

140 Johann Wolfgang Goethe: Die Braut von Korinth.

141 van Bebbler: Handbuch der ausübenden Witterungskunde (wie Anm. 119), S. 276–283.

142 Ein analoger Zyklus der Negation der Negation hat sich, beginnend in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in der Vorausberechnung atmosphärischer Zustände durch näherungsweise Integration der thermo-hydrodynamischen Grundgleichungen (numerische Wettervorhersage) wiederholt: die ersten mathematischen Modelle als Negation der bislang hauptsächlich auf Erfahrung und Empirie gegründeten synoptischen Vorhersageverfahren waren Modelle zur Vorausberechnung allein des (frontenlosen) Luftdruck-(Isobaren- bzw. Isohypsen)feldes, heutige Modelle als Grundlage der täglichen Wetterprognose simulieren wiederum Fron-

Für das Zurückbleiben der Wettervorhersage in Preußen kann indes nicht allein Doves Autorität und sein gestörtes Verhältnis zu den Fortschritten der zeitgenössischen synoptischen Meteorologie verantwortlich gemacht werden. Vier Jahre nach Doves Tod erklärte Otto v. Bismarck (1815–1898) in seiner Eigenschaft als preußischer Ministerpräsident in einem Votum vom 8. März 1883: „Meines ergebensten Dafürhalten wird es sich für die Königliche Staatsregierung nicht empfehlen, ein Netz von offiziellen Witterungs-Haupt- und Nebenstationen einzurichten. Ein solcher Apparat würde bei einem großen Theil der ländlichen Bevölkerung den Glauben an irgend ein Maß von amtlicher Zuverlässigkeit der von den Stationen ausgehenden Mittheilungen bezüglich der bevorstehenden Witterung erwecken, während in Wirklichkeit dieses Maß geringer als jede Schätzung sein würde, da die Witterungsvorgänge, auf die es in der Landwirthschaft ankommt, nur zu häufig auf derselben Quadratmeile die stärksten Gegensätze entwickeln. Je größer der Werth ist, den die Landwirthschaft auf die Kenntniss von der Witterung des nächsten Tages legt [...], umso schwerer wird für die Staatsbehörde die Verantwortlichkeit für die Enttäuschungen zu tragen sein, welche das gläubige Vertrauen des Einzelnen erleiden würde, der natürlich den Urheber der local nicht eingetroffenen Vorhersagung für den daraus entstandenen Schaden verantwortlich macht. Bei der bisherigen Entwicklung der meteorologischen Wissenschaft wird dieser Fall häufig eintreten und der Regierung als Vermittlerin von irrthümlichen Witterungsansagen in kurzer Zeit Spott und Verstimmungen in einem Grade zuziehen, welcher unerwünschte politische Rückwirkungen haben würde. Dieser Nachtheil würde durch keine Anerkennung der in der Einrichtung liegenden fürsorglichen Absicht der Staatsregierung aufgewogen werden. Es ist nicht nützlich, das Feld für böswillige Kritik und für feindliche Bearbeitung der Bevölkerung gegen die Regierung zu vergrößern [...]“¹⁴³ Es mutet in diesem Zusammenhang zumindest seltsam an, wenn Kassner im gleichen Satz mit der bereits zitierten generellen Abwertung Doves („Albdruck“) den Reichskanzler mit den Worten lobpreist: „[...] im Staate führte die *fortschrittliche* Richtung der Größte im Staatsleben: Bismarck“!¹⁴⁴

Wie dem auch sei – während die ersten regelmäßig täglich erscheinenden Wetterkarten ab 1863 von der Pariser Sternwarte herausgegeben wurden, worin ihr 1876 die Deutsche

tensysteme und mit ihnen verbundene Wettererscheinungen, wie sie schon die empirischen synoptischen Methoden vorherzusagen bestrebt waren.

143 Abschrift aus Oswald Kopatz: Die Anfänge der Deutschen Meteorologischen Gesellschaft. Vorgeschichte, Gründung, Konsolidierung. Dissertation, Berlin 1990, unveröffentlicht, Bd. 2, S. 43 f. – Vgl. auch Körber: Die Geschichte (wie Anm. 8), S. 64.

144 Kassner: Geschichte (wie. Anm. 17).

Seewarte (einschließlich einer kurzgefaßten täglichen Prognose) folgte, deren Berichte beispielsweise in Sachsen schon ab 1878 von einem „Meteorologischen Bureau für Wetterprognosen“ im Rahmen des in der Leipziger Universitätssternwarte untergebrachten „Meteorologischen Instituts“ für tägliche Vorhersagen („Mutmaßungen“) genutzt wurden,¹⁴⁵ begann in Berlin erst im Jahr 1884 das private „Berliner Wetterbureau“ mit dem Vertrieb von Wetterkarten und Prognosen. Die von Emil Leß (1855–1935)¹⁴⁶, zu der Zeit Privatdozent an der Landwirtschaftlichen Hochschule, gegründete und im Handelsregister verzeichnete Firma (mit Sitz zunächst in der Französischen Straße 9) erhielt erst seit dem Jahre 1907 Unterstützung seitens des Preußischen Meteorologischen Instituts, an das sie 1923 angegliedert wurde.¹⁴⁷ Auch der schon mehrfach erwähnte W. v. Bezold, Nachfolger Doves als Akademiemitglied und Direktor des reorganisierten und nunmehr dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten unterstellten Preußischen Meteorologischen Instituts von 1885 bis 1907 sowie erster Professor für Meteorologie in Deutschland, hielt sich in Berlin von der Praxis synoptischer Meteorologie und Wettervorhersage fern, obgleich er doch als Professor der Physik in München Leiter der 1879 gegründeten Bayerischen Meteorologischen Zentralstation gewesen war, die ein Stationsnetz unterhielt und ab 1881 auch Wetterkarten auf der Grundlage von Materialien der Deutschen Seewarte veröffentlichte.¹⁴⁸ Bezold setzte sich besonders die Entwicklung der Meteorologie zu einer Physik der Atmosphäre zum Ziel, zu der er selbst bedeutsame Beiträge leistete, hatte nach dem Zeugnis Max Plancks (1858–1947) selbst nie aufgehört, „sich im Grunde doch noch als Physiker zu fühlen“, jedoch „die Forderung einer streng physikalischen Ableitung der Wettervorhersage als eine unbillige Zumutung ausdrücklich abgelehnt.“¹⁴⁹

Hellmann endlich, seinerseits Nachfolger Bezolds in Akademie, Institut (1907–1922) und auf dem Lehrstuhl für Meteorologie, zeichnete sich durch große Vielseitigkeit aus – so war er auf den Feldern der Klimatologie, des Instrumentenbaus (Hellmannscher Regenschirm) und nicht zuletzt der Geschichte der Meteorologie tätig –, doch brachte er als ein-

145 Börngen: Carl Christian Bruhns (wie Anm. 119), S. 81–85.

146 Nach den Angaben von Johannes Aasen: Gesamtverzeichnis des Lehrkörpers der Universität Berlin, Bd. 1. Berlin 1955, hier S. 116, war E. Less seit 1899 Privatdozent, ab 1921 außerordentlicher Professor für Meteorologie an der Berliner Universität, wo ihm 1933 die Lehrbefugnis entzogen wurde.

147 Schlaak: 300 Jahre Wetterforschung (wie Anm. 5), S. 99–104. – Körber: Die Geschichte (wie Anm. 8), S. 29–32.

148 Klaus Wege: Die Entwicklung der meteorologischen Dienste in Deutschland. Offenbach a.M. 2002, S. 54–56 (= Geschichte der Meteorologie in Deutschland, 5).

149 Max Planck in seinen Akademieansprachen. Berlin 1948, S. 11 und 113.

zigem Gebiet der Wettervorhersage „nur historisches Interesse entgegen“, da sie ihm wohl „wie seinem Vorgänger im Amte zu unexakt erschien und ihm Gedankengänge nahelegte, die man auch aus der Haltung Bismarcks kennt, wonach staatliche Unternehmen sich nicht blamieren dürfen“, wie es in einem Nachruf heißt.¹⁵⁰ Erst mit der Berufung Heinrich v. Fickers (1881–1957) zum Ordinarius (1922) und seiner Ernennung zum Direktor des Preußischen Meteorologischen Instituts (1923) wurde am Institut eine Abteilung Wetterdienst gebildet, die fortan Wetterkarten und -prognosen herausgab.

Zu weiteren Einzelheiten der Geschichte der Berliner Meteorologie nach dem Ableben Doves und der umfassenden Reorganisation des Instituts,¹⁵¹ insbesondere zum Zusammenwirken von Akademie, Universität(en) und Preußischem Meteorologischem Institut (bis 1934) bzw. staatlichen Wetterdiensten bei der Weiterentwicklung von meteorologischer Forschung, Lehre und Praxis sei auf Übersichtsdarstellungen mit umfangreichen weiteren Literaturangaben verwiesen, z.B. auf die schon mehrfach zitierten Publikationen von Körber¹⁵² und Schlaak¹⁵³ sowie Passagen aus Arbeiten von Oswald Kopatz¹⁵⁴, Heinz Fortak¹⁵⁵ und Klaus Wege¹⁵⁶ sowie von Bernhardt und Friedrich Kortüm (1912–1993) speziell für die Humboldt-Universität.¹⁵⁷ Abschließend sei abseits meteorologischer Fragestellungen ein Vorgang angeführt, der einen Blick auf die Persönlichkeit Doves (und einiger seiner Berliner akademischen Zeitgenossen) als eines klassisch-humanistisch hochgebildeten Gelehrten eröffnet: Als im Sommer des Jahres 1844 der Rabbiner Dr. phil. Salomon Rosenheim die Preußische Staatsbürgerschaft und eine feste Anstellung zu erlangen suchte, wandte er sich mit der Bitte um Unterstützung an Angehörige des Lehrkörpers der Berliner Universität, von denen er binnen weniger Wochen dreißig positive Atteste erhielt. Darunter wa-

150 August Schmauß: Gustav Hellmann. Ein Nachruf. In: *Meteorologische Zeitschrift* 56 (1939), S. 93 f. (hier S. 94).

151 Karl-Heinz Tiemann: Zur Reorganisation des Preußischen Meteorologischen Instituts (1876–1892). In: *Zeitschrift für Meteorologie* 38 (1988), S. 369–373.

152 Körber: *Die Geschichte* (wie Anm. 8).

153 Schlaak: *300 Jahre Wetterforschung* (wie Anm. 5).

154 Kopatz: *Die Anfänge* (wie Anm. 143), S. 93–102, mit zahlreichen Archivdokumenten.

155 Heinz Fortak: *Von der Gründung des Preußischen Meteorologischen Instituts bis zur Gegenwart: Eine Geschichte der Meteorologie in Deutschland*. In: *Annalen der Meteorologie* 36 (1998), S. 183–202.

156 Wege: *Die Entwicklung* (wie Anm. 148), S. 38–45, 102–109, 125–169 und 246–248.

157 Karl-Heinz Bernhardt und Friedrich Kortüm: *Zur Entwicklung der Meteorologie an den Hochschuleinrichtungen der Deutschen Demokratischen Republik*. In: *Zeitschrift für Meteorologie* 29 (1979), S. 269–278. – Karl-Heinz Bernhardt: *Vom Neubeginn der Berliner Meteorologie bis zum Jahre 1949*. In: *Beiträge zur Geschichte der Humboldt-Universität* 23 (1989), S. 52–58.

ren Voten von Adolf Erman, Johann Christian Poggendorff, Christian Gottfried Ehrenberg (1795–1876) und eben von Heinrich Wilhelm Dove, der schrieb: „Das Studium der Naturwissenschaften wird von so verschiedenen Völkerindividuen getrieben, daß es ein Physiker für sich von Selbst verstehend hält, daß jedem, wes Glaubens, Standes, Volkes er auch sei, verstattet seyn muß, im Buche der Natur zu lesen und andre daraus zu unterrichten.“¹⁵⁸

Nahezu ein Jahrhundert später, im Jahre 1938, allerdings schrieb ein Professor für Geophysik der gleichen Berliner Universität an deren Rektor: „Das Meteorologische Kolloquium der Universität wird fast regelmäßig auch von einem Meteorologen, der außerhalb der Universität steht, besucht, von dem feststeht, daß er Jude ist. [...] Dieser besondere Fall gibt mir Veranlassung, Eure Magnifizienz zu bitten, durch einen Erlaß feststellen zu lassen, daß der Besuch von wissenschaftlichen Kolloquien der Universität von Gästen nur dann als zulässig anzusehen ist, wenn es vollständig feststeht, daß der Gast in seiner Abstammung den Nürnberger Gesetzen entspricht [...]“.¹⁵⁹

158 Nach Hans-Rudolf Wiedemann: Professoren der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin beurteilen den Antrag eines Rabbiners – eine Momentaufnahme im deutsch-jüdischen Verhältnis 100 Jahre vor Hitler. In: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Reihe Geistes- und Sozialwissenschaften* 41 (1992)4, S. 109 f.

159 Nach Gerhard Oberkofler und Eduard Rabofsky: Österreichische Meteorologenschule kritisch betrachtet. In: *Wissenschaftliche Welt* 1986, 4, S. 19–23 (hier S. 20). – Vgl. Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin, Akte 33 Personalakte Prof. Dr. Albert Josef Maria Defant, Extraakte Bl. 35.

Sybille Gerstengarbe:

Die Genetikerin Paula Hertwig (1889–1983) in zwei Diktaturen*

Paula Hertwig¹ wurde 1889 in Berlin als zweites Kind des Entwicklungsbiologen Oscar Hertwig (1849–1922) und seiner Frau Marie geb. Gesenius (1859–1944) geboren. Mit ihrem anderthalb Jahre älteren Bruder Günther (1888–1970) war sie ihr Leben lang sehr eng verbunden. Er studierte Medizin und wurde Anatom.



Abb. 1: Paula Hertwig als junges Mädchen.²

* Überarbeitete Fassung des auf dem 72. Dahlemer Archivgespräch am 9. Juni 2008 gehaltenen Vortrags.

- 1 Die Forschungen zu Paula Hertwig wurden vom Stifterverband gefördert. Es liegen bisher folgende Veröffentlichungen vor: Sybille Gerstengarbe: „[...] kenntnisreich, überlegt, kritisch gut veranlagt und von guter Darstellungsgabe“ – die Genetikerin Paula Hertwig. In: *Biospektrum* 9 (2003)4, S. 378–380. – Dies.: Biographien von Paula und Günther Hertwig. In: Dieter Hoffmann, Hubert Laitko und Staffan Müller-Wille unter Mitarbeit von Ilse Jahn (Hg.): *Lexikon der bedeutenden Naturwissenschaftler in drei Bänden*, Bd. 2. Heidelberg 2004, S. 201 f. und 198. – Dies.: *The geneticist Paula Hertwig (1889–1983) – a female scientist under various regimes*. In: Soňa Štrbáňová, Ida Stamhuis and Katerina Mojsejová (ed.): *Women scholars and institutions. Proceedings of the international conference (Prague 2003)*. Prag 2004, S. 295–319 (= *Studies in history of sciences and humanities*, 13). – Dies.: Die akademischen Karrieren der Geschwister Paula und Günther Hertwig. In: Susan Splinter, Sybille Gerstengarbe, Horst Remane und Benno Parthier (Hg.): *Physica et historia. Festschrift für Andreas Kleinert zum 65. Geburtstag*. Halle/Stuttgart 2005, S. 307–325 (= *Acta Historica Leopoldina*, 45). – Dies.: *Tätig, aber keine Täterin – die Genetikerin Paula Hertwig im „Dritten Reich“*. In: Viola Schubert-Lehnhardt und Sylvia Korch (Hg.): *Frauen als Täterinnen und Mittäterinnen im Nationalsozialismus. Gestaltungsspielräume und Handlungsmöglichkeiten*. Halle 2006, S. 75–97. – Sybille Gerstengarbe: *Wie die Mäuseburg entstand. Zum 25. Todestag von Paula Hertwig*. Halle 2008, S. 29 (= *Scientia halensis*, 4). Dies.: *Paula Hertwig – Genetikerin im 20. Jahrhundert. Eine Spurensuche*. Stuttgart 2012 (= *Acta historica Leopoldina*, 58).
- 2 Ich danke Gesine Stoll für die Überlassung des Fotos.

Paula Hertwig bestand 1908 ihre Reifeprüfung und gehörte zu den ersten Studentinnen, die nach der Öffnung der Berliner Universität für Frauen im Wintersemester 1908/09 offiziell ihr Studium begannen. Sie studierte Zoologie, Botanik und Chemie an der Friedrich-Wilhelms-Universität und wurde 1916, mitten im Ersten Weltkrieg, promoviert und 1919 als erste Frau an der Berliner Universität für das Fach Zoologie habilitiert. Von 1921 bis 1946 war sie Assistentin bzw. Oberassistentin am Institut für Vererbungsforschung unter dem Direktorat von Erwin Baur (1875–1933) bzw. Hans Kappert (1890–1976). 1927 wurde sie zur nichtbeamteten außerordentlichen Professorin ernannt, mit dem Auftrag, an der Medizinischen Fakultät Vorlesungen über Vererbungslehre zu halten.

1946 wurde sie gemeinsam mit ihrem Bruder Günther nach Halle berufen. Es wurde für sie ein neues Institut aufgebaut, das Biologische Institut an der Medizinischen Fakultät. Von 1948 bis 1950 war sie Dekanin der Medizinischen Fakultät. Nach ihrer Emeritierung 1957 lehrte und forschte sie noch weiter bis zu ihrem 70. Geburtstag 1959. 1972, zwei Jahre nach dem Tod ihres Bruders, verließ sie Halle und ging zu Verwandten nach Villingen im Schwarzwald. Hier starb sie 1983.

1. Politisches Engagement in der Berliner Zeit

Als die Nationalsozialisten an die Macht kamen, war Paula Hertwig gerade Abgeordnete der Deutschen Staatspartei im Preußischen Landtag in Berlin. Die Deutsche Staatspartei war 1930 aus der Deutschen Demokratischen Partei hervorgegangen, die 1918 von Friedrich Naumann (1860–1919), Max Weber (1864–1920) und Walther Rathenau (1867–1922) als Sammelpartei für Links- und Nationalliberale gegründet worden war.³ Die Partei war zur Wahl am 5. März 1933 eine Listenverbindung mit der SPD eingegangen. Die drei Abgeordneten der Deutschen Staatspartei, Paula Hertwig, Otto Nuschke (1883–1957) und Walther Schreiber (1884–1958), wurden am 27. Juni 1933 aus dem Landtag ausgeschlossen. Sie reagierten mit einem Brief an den Präsidenten des Landtages und an den preußischen Ministerpräsidenten und Innenminister Hermann Göring (1893–1946):

„Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf Ihre Anordnung hin sind uns heute unsere Ausweiskarten als Mitglieder des Preussischen Landtages und unsere Freifahrkarten vom Büro des Landtages abverlangt worden.

³ Christian Zentner und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985, passim.

Ebenso wurden wir aufgefordert, die Schlüssel der von uns im Landtagsgebäude benutzten Räume und Schränke zurückzugeben und das Landtagsgebäude nicht mehr zu betreten.

Diese Massnahme wurde begründet mit dem Hinweis auf das Verbot der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands⁴ und der Behauptung, dass das von dem Herrn Reichsinnenminister angeordnete Betätigungsverbot für diese Partei sich auch auf die Abgeordneten der Deutschen Staatspartei bezöge, weil sie auf Grund von Wahlvorschlägen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewählt worden seien.“⁵

Die drei Abgeordneten erhoben Einspruch und begründeten dies damit, dass sie in keiner engeren Beziehung zur Sozialdemokratischen Partei ständen. Der Einspruch nützte ihnen nichts, denn postwendend schrieb der Präsident des Preußischen Landtags am 30. Juni 1933, dass seine „Anordnung, die Fahrkarten und Ausweise der Mitglieder der Staatspartei im Preußischen Landtag zurückzufordern und die Zahlungen einzustellen, aufrechterhalten bleiben muß.“⁶ Als Erstunterzeichnerin erhielt Paula Hertwig aber noch eine Begründung aus Görings Ministerium: „Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass Sie auf Grund des Landeswahlvorschlags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewählt worden sind. Auf Grund welcher interner Vereinbarungen zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Staatspartei Ihre Aufnahme in den sozialdemokratischen Wahlvorschlag erfolgt ist, ist dabei ohne Bedeutung. Die Anwendung meines Erlasses auf Sie ist damit zu Recht erfolgt.“⁷

Die SPD war am 22. Juni 1933 verboten worden. Die Deutsche Staatspartei löste sich am 29. Juni 1933 selbst auf.⁸ Im Juni und Juli lösten sich alle weiteren Parteien selbst auf oder wurden verboten. Es gab nun nur noch eine Partei, die NSDAP. Paula Hertwig bekam das Diktatorische des neuen Systems sofort zu spüren und auch die Angst vor dem Terror, der hier schon mit aller Härte die Abgeordneten der SPD traf. Paula Hertwig beschränkte ihre politischen Aktivitäten in der NS-Zeit auf das, was sie selbst als das Mindestmaß betrachtete, um weiter arbeiten und besonders auch, um weiter lehren zu können. Sie wurde Mitglied der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt und des Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbundes.

4 Die SPD wurde am 22. 6. 1933 verboten.

5 Bundesarchiv Koblenz, R 45 III Deutsche Demokratische Partei – Deutsche Staatspartei, Nr. 61, Bl. 3 f.

6 Ebda., Bl. 8.

7 Ebda., Bl. 16.

8 Ebda., Bl. 7.

2. Die Genetikerin und Hochschullehrerin

Paula Hertwig hat sich ihr Leben lang mit den naturwissenschaftlichen Grundlagen der Vererbung beschäftigt. Ihr wichtigstes Arbeitsgebiet war die Wirkung von Radium und Röntgenstrahlen auf das genetische Material, das heißt, die Auslösung von Mutationen durch Strahlen. Sie erforschte dies am tierischen Modellobjekt, überwiegend an Mäusen, mit Blick auf die Situation beim Menschen. Ziel war es, Strahlenschäden, besonders der Keimbahnzellen, zu vermeiden.



Abb. 2: Die Forscherin Paula Hertwig in ihrer Berliner Zeit.⁹

Paula Hertwig war Gründungsmitglied der 1921 von den drei Genetikern Erwin Baur, Carl Correns (1864–1933) und Richard Goldschmidt (1878–1958) in Berlin gegründeten Deutschen Gesellschaft für Vererbungswissenschaft und hielt schon bei der ersten Tagung einen Vortrag. Sie lernte bei den jährlichen Tagungen viele Genetikerkollegen und -kolleginnen persönlich kennen. Auf der 9. Jahresversammlung in München 1931 wurde sie als Nachfolgerin von Hans Nachtsheim (1890–1979) zur Schriftführerin gewählt. Ihre Aufgabe war es, die Vortragsanmeldungen für die Tagungen zu sammeln und die Tagungsbände der Gesellschaft herauszugeben. Sie hatte in der Zeit mit den Vorsitzenden Ernst Rüdin (1874–1952), Richard Goldschmidt (1878–1958), Otto Renner (1883–1960), Eugen Fischer (1874–1964) und Max Hartmann (1876–1962) zu tun.

Es sollen nur zwei der Vorsitzenden etwas näher charakterisiert werden. Der jüdische Genetiker Richard Goldschmidt (Vorsitzender der Gesellschaft 1928/29 und 1931–1933), der schon 1906, im Alter von 28 Jahren, in die Leopoldina gewählt wurde, war bis 1935 einer der Direktoren.

⁹ Ich danke Frau Dr. Christiane Groeben, Neapel, für die Überlassung des Fotos.

ren am Kaiser-Wilhelm-Institut für Biologie in Berlin. Er emigrierte in die USA und war ab 1936 in Berkeley tätig. Dort starb er 1958, ohne noch einmal in Deutschland gewesen zu sein. Im September 1952 schrieb er an den Leopoldina-Präsidenten Otto Schlüter (1872–1959):

„Sehr geehrter Herr Präsident:

Ich bin stolz darauf schon als junger Mann in die Leopoldina aufgenommen worden zu sein und ich hoffe bis zu meinem Lebensende Mitglied zu bleiben. Um Mißverständnisse zu vermeiden möchte ich aber zufügen, daß ich meine Mitgliedschaft als erloschen betrachte an dem Tag an dem die Leopoldina eine sykophantische Adresse an Stalin schickt oder sich für Lysenkos geisteskranke Hanswurstiaden erklären sollte.“¹⁰

Eugen Fischer war von 1935 bis 1937 Vorsitzender der Gesellschaft für Vererbungswissenschaft. Er gehörte mit Fritz Lenz (1887–1976), Alfred Ploetz (1860–1940), Ernst Rüdin und Otmar von Verschuer (1896–1969) zu den Rassenhygienikern. In einem Lebenslauf, den er im Oktober 1936 für die Leopoldina schrieb, gab Fischer an: „Im Neuen Reich stellte sich das [Eugen Fischers] Institut rückhaltlos den Aufgaben der Unterbauung der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik und der Durchführung ihrer Gesetze zur Verfügung. Ich wurde Richter im Erbgesundheitsobergericht und Gutachter für rassenbiologische Fragen für die Reichsstelle für Sippenforschung (Reichsinnenministerium). In zahlreichen Lehrgängen und Vorträgen übernahm ich mit meinen Mitarbeitern die Schulung der Preussischen Amtsärzte, in Einzelvorträgen die der SS-Ärzte, der Hörer der Staatsmedizinischen Akademie und anderes mehr.“¹¹

Er schrieb dies also in der Zeit, in der er Vorsitzender der Gesellschaft war und Paula Hertwig mit ihm zu tun hatte. Obwohl die deutschen Rassenhygieniker schon eine eigene Gesellschaft hatten, die 1905 von Alfred Ploetz in Berlin gegründete Gesellschaft für Rassenhygiene, waren viele auch Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Vererbungswissenschaft. Es gibt einen klaren, substantiellen Unterschied zwischen beiden Gesellschaften: Die Deutsche Gesellschaft für Vererbungswissenschaft war eine naturwissenschaftlich geprägte Gesellschaft, und das spiegelt sich auch in ihren Schriften wider. Aber der nationalsozialistische Geist drang auch in diese Gesellschaft und ihre Schriften ein. Es ist allerdings bemerkenswert, dass die Gesellschaft für Vererbungswissenschaft weder eine nationalsozia-

10 Archiv der Leopoldina, Matrikelmappe Richard Goldschmidt.

11 Ebda., Matrikelmappe Eugen Fischer.

listische Satzung¹² bekam noch ihre jüdischen Mitglieder aus dem Mitgliederbestand ausschloss. Die Satzung von 1938 enthält keinerlei nationalsozialistische Tendenzen!

Die jüdischen Wissenschaftler wurden 1933 bis 1937 aus den Universitäten entlassen, ihnen wurde spätestens 1938 die Mitgliedschaft in den deutschen wissenschaftlichen Akademien genommen.¹³ Auch wissenschaftliche Gesellschaften schlossen ihre jüdischen Mitglieder aus, die Physikalische Gesellschaft z.B. tat dies 1938. Im Mitgliederverzeichnis der Deutschen Gesellschaft für Vererbungswissenschaft mit Stand vom 1. April 1939 sind jedoch jüdische Mitglieder aufgeführt, mit ihrer neuen Adresse in der Emigration. So finden wir Richard Goldschmidt mit Adresse in Berkeley, Gerta von Ubisch (1882–1965) mit Adresse in Brasilien, Friedrich Wassermann (1884–1964) mit seiner Chicagoer Adresse und Richard Weissenberg (1882–1974) mit seiner Adresse in Bristol.¹⁴ Auch die jüdische Studentin Paula Hertwigs, Katharina Schäffer (* 1902), ist aufgeführt mit ihrer Adresse in Zürich. Dies ist etwas ganz Besonderes und geht bestimmt auch auf die Schriftführerin Paula Hertwig zurück. Unter den 1939 aufgelisteten 400 Mitgliedern sind mindestens sieben emigrierte jüdische Mitglieder. Paula Hertwig hielt den Kontakt aufrecht und kannte die neuen Adressen der Emigranten.

Ab 1927 hatte Paula Hertwig einen Lehrauftrag für Vererbungslehre an der Medizinischen Fakultät in Berlin. In dieser Zeit betreute sie zahlreiche Doktorarbeiten mit tierexperimentellen und genetischen Themen. Drei jüdischen Studentinnen ermöglichte sie, die Promotion nach 1933 abzuschließen.¹⁵ Allen drei Wissenschaftlerinnen gelang es zu emigrieren.

1939 wurde bei einer Neuordnung des medizinischen Studiums die Vorlesung „Vererbungs- und Rassenlehre“ als dreistündige Pflichtvorlesung eingesetzt. Dies betraf nun Paula Hertwig unmittelbar. Wie sie sich aus der Affäre zog, zeigt ein Brief, den sie im Juni 1939 an den Dekan der Medizinischen Fakultät Richard Siebeck (1883–1965) schrieb:

12 1938 formulierte sie eine neue Satzung: Deutsche Gesellschaft für Vererbungswissenschaft, Bd. 13. Berlin 1939, S. 352 f.

13 Sybille Gerstengarbe: „Evangelisch als Jude geboren“ – Dokumente eines deutschen Schicksals. In: Jahrbuch 1992 Leopoldina (R. 3) 38 (1993), S. 317–344. – Dies.: Die erste Entlassungswelle von Hochschullehrern deutscher Hochschulen aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. 4. 1933. In: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 17 (1994), S. 17–39. – Dies.: Die Leopoldina und ihre jüdischen Mitglieder im Dritten Reich. In: Jahrbuch 1993 Leopoldina (R. 3) 39 (1994), S. 363–410.

14 Deutsche Gesellschaft für Vererbungswissenschaft, Bd. 13. Berlin 1939, Mitgliederverzeichnis, S. 353–362.

15 Ab 1937 war es Juden deutscher Staatsangehörigkeit verboten zu promovieren. – Vgl. Eckart Krause, Ludwig Huber und Holger Fischer (Hg.): Hochschulalltag im „Dritten Reich“. Die Hamburger Universität 1933–1945. Berlin/Hamburg 1991, S. 137.

„Darf ich um Benachrichtigung bitten, ob schon eine Entscheidung über die Vererbungs- und Rassenlehre als Pflichtkolleg für das Wintersemester gefallen ist, d.h., ob die Vorlesung überhaupt gehalten werden soll, und wenn ja, ob meine Vorlesung, die ich gemeinsam mit Prof. B.K. Schultz (Rassenlehre) halten würde, als Pflichtkolleg anerkannt wird.“¹⁶ Sie hatte sich einen „Rassenforscher“ gesucht, der diesen Part übernehmen sollte und auch wollte.

Siebeck antwortete:

„Sehr geehrte Frau Kollegin.

Die Pflichtvorlesung über Vererbungs- und Rassenlehre ist in der Fakultätssitzung besprochen worden. Wenn Ihre Vorlesung über Vererbungslehre ergänzt wird durch Prof. Schultz, der über Rassenlehre sprechen wird, so wird Ihre Vorlesung als Pflichtkolleg anerkannt werden.“¹⁷

Bruno Kurt Schultz (* 1901) war ein überzeugter „Rassenforscher“, seit dem 1. Februar 1932 Mitglied der NSDAP und SS-Standartenführer. 1938 wurde er an die Universität Berlin berufen und zum Direktor des biologischen Instituts an der Reichsakademie für Leibesübungen ernannt.¹⁸ Die gemeinsame Vorlesung wurde von 1939 bis zum Wintersemester 1941/42 mit dem Titel: „Vererbungs- und Rassenlehre“ angezeigt, unter den Namen Paula Hertwig und Bruno K. Schultz. Am 3. September 1940 schrieb Paula Hertwig an Dekan Lothar Kreuz (1888–1969): „Ich erhielt die Nachricht, dass Professor B.K. Schultz auch in diesem Trimester im Heeresdienst steht, und dass mit seiner Beurlaubung kaum zu rechnen ist. Da Herr Professor Schultz auch keinen Vertreter weiss, kann ich meine Vorlesung über Vererbungslehre nicht durch die Rassenlehre ergänzen. – Ich bitte daher um die Erlaubnis, die Vorlesung in diesem Triemester ausfallen zu lassen. Ich werde statt der Vorlesung ein 1 oder 2 stündiges Seminar zur Vererbungslehre anzeigen.“¹⁹ Im Juli 1942 wurde Bruno Schultz als Direktor des Instituts für Rassenbiologie an die Naturwissenschaftliche Fakultät der Deutschen Karls-Universität in Prag berufen.²⁰ Er war Chef des Rassenamtes im SS-Rasse- und Siedlungshauptamt Prag.²¹

16 Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin, Personalakte UK-Pers. H 269, Bd. 3: Akten der Medizinischen Fakultät betr. Paula Hertwig, Bl. 20.

17 Ebda., Bl. 19.

18 Ebda., Personalakte 288 Prof. Dr. B.K. Schultz, Bl. 1.

19 Ebda. (wie Anm. 16), Bl. 35.

20 Ebda. (wie Anm. 18), Bl. 41.

21 Archiv für Rassen- und Gesellschafts-Biologie einschliesslich Rassen- und Gesellschafts-Hygiene 36 (1942)2, S. 162, unter der Rubrik „Notizen“.

Die Vorlesung wurde in den folgenden Jahren nur noch als Vorlesung zur Vererbungslehre unter Paula Hertwigs Namen angekündigt. Ab 1942 bis zum Herbst 1943 schrieb diese dem jeweiligen Dekan folgenden Sachverhalt: „Da sich an der Unmöglichkeit, die Vorlesung über Vererbungslehre durch einen Kollegen bezüglich der Rassenkunde ergänzen zu lassen, nichts geändert hat, setze ich Ihr Einverständnis voraus, dass ich, wie in den 4 letzten Semestern auch in dem kommenden Wintersemester, dreistündig Vererbungs- und Rassenlehre lese.“²²

Der Direktor des Berliner Instituts für Rassenhygiene Fritz Lenz schrieb im Mai 1943 an den Dekan der Medizinischen Fakultät: „Die für das 2. Semester vorgesehene Vorlesung ‚Vererbungslehre und Rassenkunde‘ ist im Vorlesungsverzeichnis des Sommersemesters [...] von Prof. Seidel gemeinsam mit Prof. Abel angekündigt. Frau Prof. Hertwig dagegen hat [...] eine dreistündige Vorlesung ‚Vererbungslehre für Mediziner und Biologen‘ angekündigt. Nach ihrer Mitteilung vom 19. 4. liest sie in diesem Rahmen auch über Rassenlehre. Die Frage ist also wohl, ob die Vorlesung, die Frau Hertwig [...] angekündigt hat und die in der Bezeichnung nicht ganz dem Studienplan entspricht, für die Meldung zum Vorexamen anerkannt werden kann. Persönlich habe ich keine Bedenken dagegen. Frau Hertwig versteht zwar von menschlicher Rassenkunde sicher weniger als Herr Abel; andererseits ist sie aber Spezialistin auf dem Gebiet der Vererbungslehre, während Herr Seidel allgemeiner Zoologe ist.“²³ Es wird deutlich, dass Paula Hertwig in diesen Jahren immer behauptete, auch die „Rassenlehre“ in ihrer Vorlesung zu behandeln.

Bemerkenswert ist, dass Paula Hertwig bis in die vierziger Jahre hinein in ihren Publikationen jüdische Kollegen zitierte, so Richard Goldschmidt²⁴ und Curt Stern (1902–1981), die beide emigriert waren.²⁵ Dies war nicht selbstverständlich.

22 Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin (wie Anm. 16), Bl. 41.

23 Ebda., Bl. 40.

24 Z.B. in Paula Hertwig: *Erbanlage und Umwelt*. In: *Unterrichtsblätter für Mathematik und Naturwissenschaften* 40 (1934), S. 227–236.

25 Paula Hertwig: *Allgemeine Erblehre II. Teil: Geschlechtsbestimmung und Entwicklungsphysiologie*. In: *Fortschritte der Erbpathologie und Rassenhygiene*, III/2 (1939), S. 103–126 und III/3 (1939), S. 127–150. Hierin zitiert sie Goldschmidts Arbeiten aus *Cytologia Japan* 1937, *Genetics* 1935, *Quart. Rev. Biol. Amer.* 1937, *Genetics* 1938, *Genetica* (Nd.) 1938 (S. 147), und sie zitiert Curt Stern: eine Arbeit von 1929 und eine von 1938 in *Amer. Naturalist*. Sie hat also in der NS-Zeit die Publikationen der emigrierten Genetiker, solange ihr die ausländischen Zeitschriften zur Verfügung standen, gelesen und zitiert.

3. Der Konflikt mit den nationalsozialistischen Machthabern 1939/40

Wie alle Professoren musste Paula Hertwig beantragen, nach der Reichs-Habilitationsordnung vom 17. Februar 1939 Professor neuer Ordnung zu werden. Entscheidend war das Gutachten des Dozentenführers Werner Holtz, das negativ ausfiel: „Ich habe keine Veranlassung, mich für die Übernahme von Frau Prof. Paula Hertwig als außerplanmäßiger Professor einzusetzen. H. zeigt nicht den geringsten politischen Einsatz und wurde noch im Jahre 1933 als Kandidatin für die Staatspartei aufgestellt.“²⁶ Obwohl sich der Dekan Richard Siebeck für sie einsetzte, befürwortete Rektor Hoppe den Antrag Paula Hertwigs nicht.

Als sie erfuhr, dass ihr die Lehrbefugnis entzogen werden solle, setzte sie alle Hebel in Bewegung, um dies zu verhindern. Sie schrieb an den Rektor und an Maximilian de Crinis (1889–1945) im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, erhob Einspruch und bat um ein Gespräch. Dies sind die Kernsätze ihres Briefes an de Crinis: „Ihre mir am Dienstag, dem 23. Januar 1940, gemachte Mitteilung, dass laut Verfügung des Reichsministeriums meine Lehrbefugnis erloschen sei, kann ich nicht ohne Einspruch hinnehmen, da sie für mich von den schwerwiegendsten Folgen begleitet ist. [...] Ich bin lediglich Assistentin am Institut für Vererbungs- und Züchtungsforschung der Landwirtschaftlichen Fakultät mit zweijähriger Kündbarkeit. [...] Mit dieser gewiss sehr bescheidenen Basis einer akademischen Stellung, die nicht nur bescheiden, sondern wegen drohender oder auch zeitweise erfolgter Einziehung der ausserplanmäßigen Stelle stets unsicher war, habe ich mich abgefunden, weil ich meinen Hauptberuf in der Dozentur erblickte. Dieser Beruf des Hochschullehrers ist mir stets sehr viel wert gewesen, weil ich die Ehre der Berliner Universität anzugehören aus Tradition und aus persönlicher Verbundenheit sehr hoch gewertet habe, und weil ich mit Lust und Liebe und wohl auch mit Erfolg jungen Menschen den Weg zur wissenschaftlichen Arbeit zeigen durfte. Wenn mir jetzt die Dozentur entzogen wird, gehöre ich in die Kategorie der ‚überalterten Assistenten‘ und muss durchaus damit rechnen, dass mir nach Ablauf von 1 ½ Jahren auch noch die Assistentenstelle und dadurch die Möglichkeit weiterer Forschungsarbeit entzogen wird. Damit ist auch eine Gefährdung meiner wirtschaftlichen Existenz verbunden, denn sehr viel andere Möglichkeiten werden mir dann mit 52 Jahren nicht mehr offen stehen. [...] Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Professor, erstens veranlassen zu wollen, dass mir die Gründe genannt

26 Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin, Personalakte UK-Pers. H 269, Paula Hertwig, Bd. 2, Bl. 11 (Brief von Holtz an den Rektor der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin vom 31. 7. 1939).

werden, die zur Aberkennung der Lehrbefugnis geführt haben, damit ich mich verteidigen kann, zweitens mir eine Aussprache mit derjenigen Stelle vermitteln zu wollen, die die endgültige Entscheidung hat.“²⁷

Entscheidend für den Erhalt der Lehrbefugnis Paula Hertwigs war die Fürsprache von Bruno K. Schultz. Er verhandelte persönlich im Ministerium und schrieb am 5. März 1940 an den Dekan der Medizinischen Fakultät Lothar Kreuz: „Wie ich schon bei meinem Besuche zum Ausdruck gebracht habe, würde ich es als einen großen Verlust ansehen, wenn Frau Professor Paula Hertwig, die mit mir gemeinsam die Vorlesung über Vererbungs- und Rassenlehre für Vorkliniker in diesem Trimester gehalten hat, in Zukunft die Lehrbefugnis entzogen würde. Die Erfahrungen des laufenden Trimesters haben mein Urteil vorläufig [sic] bestätigt, so daß ich auf die Mitwirkung von Frau Professor Hertwig an dieser Vorlesung nur sehr ungern verzichten würde. Die einzige Möglichkeit, diese Schwierigkeit zu überbrücken schiene mir, daß Sie, sehr verehrter Herr Dekan, an das Ministerium den Antrag stellen, Frau Professor Hertwig einen besoldeten Lehrauftrag zu erteilen. Nach der Auskunft, die ich auf dem Ministerium erhalten habe, hätte ein solcher Antrag sichere Aussicht auf Erfolg.“²⁸

Dieser Brief war wohl entscheidend. Wenig später schrieb Dekan Kreuz an Rektor Hoppe und dieser informierte den Minister: „[...] Dem Ministerium ist das Politische, was gegen Frau Hertwig spricht, bekannt. Wenn der Dekan der Medizinischen Fakultät, der ebenfalls unterrichtet ist, trotzdem [...] darum bittet, Frau Prof. Dr. Hertwig wenigstens einen Lehrauftrag zu erteilen, so ist das nicht unbegründet. Auch mir ist nach meinen Erkundigungen gewiss geworden, dass die Lehrtätigkeit der Frau Hertwig nicht ohne Schaden des Lehrbetriebes aufhören würde. Ich stelle daher meine früheren Bedenken zurück und bitte, indem ich mich in diesem Punkte der Zustimmung des Dozentenführers sicher weiss, Frau Prof. Hertwig einen Lehrauftrag zu erteilen, freilich keinen besoldeten, der doch eine Auszeichnung sein würde. [...]“ So erhielt Paula ihren Lehrauftrag, mit Unterstützung eines Rassenforschers.

27 Ebda., Bl. 19–21.

28 Ebda., Bd. 3 (wie Anm. 16), Bl. 31.

4. Was kann man aus Paula Hertwigs Schriften über ihre Meinung zur Rassenhygiene erfahren?

Sie hat sich mehrmals zum „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ geäußert. Dieses Gesetz vom 14. Juli 1933 trat am 1. Januar 1934 in Kraft. Sein erster Paragraph lautete:

„(1) Wer erbkrank ist, kann durch chirurgischen Eingriff unfruchtbar gemacht (sterilisiert) werden, wenn nach den Erfahrungen der ärztlichen Wissenschaft mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, daß seine Nachkommen an schweren körperlichen oder geistigen Erbschäden leiden werden.

(2) Erbkrank im Sinne dieses Gesetzes ist, wer an einer der folgenden Krankheiten leidet: angeborenem Schwachsinn, Schizophrenie, zirkulärem (manisch-depressivem) Irresein, erblicher Fallsucht, erblichem Veitstanz (Huntingtonsche Chorea), erblicher Blindheit, erblicher Taubheit, schwerer erblicher körperlicher Mißbildung.

(3) Ferner kann unfruchtbar gemacht werden, wer an schwerem Alkoholismus leidet.“²⁹

Paula Hertwig kannte das Leid, das von einer schweren Erkrankung ausgelöst werden kann, aus eigenem Erleben. Die Frau ihres Bruders, Lida geb. Hondru (1902–1964), erkrankte bald nach der Hochzeit an schwerer Schizophrenie, einer Krankheit, die auch in diesem Gesetz aufgeführt ist.

Am 31. August 1933 hielt Paula Hertwig einen Vortrag bei der Deutschen Heilpädagogischen Gesellschaft in Berlin. Dieser Vortrag wurde publiziert.³⁰ Paula Hertwig begann mit folgenden Worten: „Was früher Sorge und leidvolles Schicksal einzelner Personen oder Familien war, das Behaftetsein mit erblichen Krankheiten oder minderwertigen Anlagen, beginnt heute Sorge, Schicksal und Kampf eines ganzen Volkes zu werden.“ Dann schreibt sie: „Nachdem jetzt in Deutschland, wie zuvor schon in anderen Staaten, ein Gesetz über die eugenische Sterilisation erlassen wurde, seitdem die Gewährung von Ehestandsdarlehen von eugenischen Bedingungen abhängig gemacht wird, hat sich wohl jeder verantwortungsbewußte Deutsche die Frage vorgelegt, wie groß denn eigentlich die erbliche Belastung unseres Volkes ist, ob wir ein Ansteigen dieser Ziffer feststellen können, und ob wir die Ursachen für die vorhandenen erblichen Belastungen kennen.“ Und sie geht aus

29 Reichsgesetzblatt Teil I, 1933, Nr. 86 vom 25. 7. 1933, S. 529–531.

30 Paula Hertwig: Was weiß die Vererbungslehre über die Entstehung neuer Erbanlagen und Arten? In: Die medizinische Welt 7 (1933), S. 1400–1403. Es ist die Publikation eines Vortrages, den sie am 31. August 1933 bei der Deutschen Heilpädagogischen Gesellschaft in Berlin gehalten hat.

der Sicht der Biologin auf die Ursachen erblicher Störungen ein. Sie schließt ihren Artikel mit einer Begründung für die Wichtigkeit der Mutationsforschung: „Zur Vorsicht in eugenerischer Hinsicht mahnt unser Wissen von der keimschädigenden und mutationsauslösenden Wirkung der kurzweiligen Strahlen, und auch die Möglichkeit der Erbschädigungen durch chemische Stoffe ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Hier haben wir ein großes künftiges Arbeitsgebiet für den Biologen und Genetiker, und wir hoffen, daß auch unsere Arbeit dazu beitragen wird, dem deutschen Volk sein höchstes Gut, sein gesundes Erbgut, zu erhalten.“

Dass man die Menschen vor mutagenen Einflüssen bewahren möchte, ist ein Grundsatz, der auch heute gilt, und die Erkenntnisse über Mutagene standen damals noch ganz am Anfang. In ihrer Arbeit „Der Alkohol in seiner Wirkung auf die Fortpflanzungszellen“³¹ schrieb sie 1935: „Es fehlt nun nicht an Versuchen, die an großem Tiermaterial und mit großem Fleiß durchgeführt wurden, und die diese Frage beantworten wollen. Überblickt man aber die Gesamtheit der Versuche, so gewinnt man sofort den Eindruck daß keine einheitliche Auffassung bisher gewonnen werden konnte. –Diese Feststellung steht im Gegensatz zu den Ergebnissen der Strahlengenetik. Denn die mutationsauslösende Wirkung der Radium- und Röntgenstrahlen ist unzweifelhaft erwiesen, [...]“ und „Ich beschließe meine Ausführungen mit der Feststellung, daß aufopferungsvolle wissenschaftliche Arbeit noch nicht zu einer endgültigen Klärung der Frage, ob Alkohol auch als Keimgift zu fürchten ist, geführt hat.“

Das schrieb sie, obwohl das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses den Pausus enthielt: „Ferner kann unfruchtbar gemacht werden, wer an schwerem Alkoholismus leidet“³², dem sie damit jegliche wissenschaftliche Begründung entzog.³³ Sie stellte das Gesetz als solches nicht in Frage, verlangte aber eine gründliche wissenschaftliche Forschung als Voraussetzung und wies darauf hin, dass diese bisher nicht gegeben war.

31 Paula Hertwig: Der Alkohol in seiner Wirkung auf die Fortpflanzungszellen. In: Jahreskurse für ärztliche Fortbildung, Januar 1935, S. 50–59.

32 Reichsgesetzblatt Teil I, 1933, Nr. 86 vom 25. Juli 1933, S. 529.

33 Dies soll nicht heißen, dass das Gesetz ansonsten auf wissenschaftlicher Grundlage steht, aber das Gesetz heißt „zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ und sie wies hier nach, dass es überhaupt nicht belegt war, dass Alkohol einen Einfluss auf das Erbmaterial hat.

5. Eine außergewöhnliche Ehrung: Paula Hertwig – die einzige Inhaberin des Dr. Theobald Christ-Preises

Paula Hertwig wurde als Wissenschaftlerin hoch geehrt, die meisten Ehrungen erhielt sie aber erst in ihrer halleschen Zeit. 1944 wurde sie mit dem Dr. Theobald Christ-Preis ausgezeichnet. Diesen Preis hat sie später immer wieder angeführt, und sie war offensichtlich stolz darauf. Sie ist die einzige Trägerin dieses Preises.

Im Juli 1944 erhielt Paula Hertwig einen Brief von August de Bary (1874–1954), dem Vorsitzenden der Stiftungsadministration der Dr. Senckenbergischen Stiftung in Frankfurt am Main, mit der Nachricht: „Die 1763 gegründete Dr. J.C. Senckenbergische Stiftung hat aus einem ihr für diese Zwecke 1866 übergebenen Fonds, alle vier Jahre einen – zum Andenken an den Gründer des ersten Kinderkrankenhauses in Frankfurt a.M. benannten – Dr. Theobald Christ-Preis zu vergeben. Nach den Bestimmungen ist der Preis im Betrage von Rm. 550.- für die beste Arbeit zu gewähren, welche während des Verlaufs der letzten vier Jahre über Entwicklungsgeschichte oder Kinderkrankheiten erschienen ist. Das Preisgericht, [...] hat einstimmig diesen Preis Ihnen für Ihre Arbeiten zuerkannt, durch welche erstmalig in Deutschland eine fruchtbare Verbindung der Erbbiologie bzw. Erbpathologie mit der Entwicklungsgeschichte geschaffen wurde, und damit für die Entwicklungsgeschichte eine wesentliche Verbreiterung ihrer Basis erfolgt.“³⁴

De Barys Brief suggeriert, dass der Preis schon immer so hieß, er trug aber ursprünglich einen anderen Namen, den des jüdischen Kinderarztes Salomon Stiebel (1792–1868), der ihn 1865 gestiftet hatte. Der Preis wurde unter dem Namen „Stiebelpreis“ letztmalig 1936 verliehen. Durch Beschluss der Stiftungsadministration vom Februar 1940 wurde festgelegt, im Namen des Preises den jüdischen Stifter wegzulassen und den Preis folgendermaßen zu nennen: „Preis für wissenschaftliche Forschung aus dem Jahre 1866“. Unter diesem Namen erhielt ihn, einmalig, Bernhard de Rudder (1894–1962). Dieser schlug dann vor, den Preis doch wieder nach einer Person zu benennen, und zwar nach Theobald Christ (1777–1841), der das erste Kinderkrankenhaus in Frankfurt begründet hatte. De Bary nahm diesen Vorschlag auf und begründete die Namensänderung des Preises nun im Dezember 1943 in einem Schreiben an die Mitglieder des Preisgerichts folgendermaßen: „Der von Dr. Stiebel s.Z. gestiftete Preis ist für die beste Leistung auf dem Gebiete der Kinderheilkunde und der Entwicklungsgeschichte gedacht. Dr. Stiebel war ein Freund und Berater von Dr. Theobald Christ, der letztwillig das Kinderkrankenhaus gestiftet hat, an

34 Institut für Stadtgeschichte Frankfurt Main, Archiv der Dr. Senckenbergischen Stiftung, V 48/142, Bl. 25 f.

welchem Dr. Stiebel der erste Chefarzt war. Das Kinderkrankenhaus ist das erste selbständige Krankenhaus für Kinder in Frankfurt und hat vor wenigen Monaten die 100Jahrfeier seiner Grundsteinlegung begangen. Es besteht somit zwischen dem Preise und seinem Stifter und dem Gründer des ersten Kinderkrankenhauses in Frankfurt ein so enger geistiger Zusammenhang, dass es mir wohl berechtigt erscheint mit der Umbenennung des Preises in ‚Dr. Theobald Christ-Preis‘, das Andenken eines verdienten Frankfurter Arztes zu ehren. Ich erbitte Ihre Zustimmung zu diesem Vorschlag. Heil Hitler!“³⁵

Auf die Mitteilung de Barys antwortete Paula Hertwig am 3. August 1944, dass sie sich freue, „dass es sich um einen Preis für Entwicklungsgeschichte handelt, denn ich fühle mich auf diesem Gebiet als Trägerin der väterlichen Tradition.“³⁶

Am 22. Juni 1945, unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges, schrieb Paula Hertwig in einem Lebenslauf: „Über meine politische Einstellung ist folgendes zu sagen: [Im] Februar 1933 wurde ich als Abgeordnete der demokratischen Staatspartei in den letzten preussischen Landtag gewählt. Meine damalige politische Tätigkeit wurde bestimmt durch das Bestreben, den Gefahren, die der Nationalsozialismus über Deutschland zu bringen drohte, entgegen zu treten. Im Juli 1933 wurden die Vertreter der Staatspartei zusammen mit den Sozialdemokraten, mit denen wir durch ein Wahlabkommen verbunden gewesen waren, aus dem Landtag ausgeschlossen, wogegen wir vergeblich Protest einlegten. Damit war meine legale politische Tätigkeit abgeschlossen, meine innere Einstellung zu Hitler und der Partei blieb in der Folge unverändert. Ich lehnte ab: die Rassengesetze, die Erziehung der Jugend, die Vorbereitungen auf den Krieg, die absolute Gewalt einer unkontrollierbaren Regierung, die gewissenlose Propaganda. Meinen 2 jüdischen Doktorantinnen, Frl. Schäffer und Frl. Unger, ermöglichte ich, das Studium fortzusetzen, 1934/35 noch zu promovieren und verschaffte ihnen die Möglichkeit im Ausland (Italien, Schweiz) wissenschaftlich weiter zu arbeiten.“³⁷

35 Ebd., Bl. 36, de Bary am 31. 12. 1943, handschriftlich an die: „Herren von Melzler [oder Metzler], von Bethundun, Justizrat Günther, von Grunelius, Dr. Günther, Dr. Röckler“.

36 Ebd., Bl. 20, Paula Hertwig (auf Institutskopfbogen „Institut für Vererbungs- und Züchtungsforschung der Universität Berlin. Direktor Kappert“).

37 Archiv der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (UAH), PA Akte Nr. 24797, Teil 2 Paula Hertwig.

6. Die Nachkriegs- und DDR-Zeit

Am 1. Mai 1946 wurden Paula und Günther Hertwig an die Medizinische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg berufen.³⁸ Zu diesem Zeitpunkt war Günther Hertwig 58 und Paula Hertwig 56 Jahre alt. Für Paula Hertwig wurde ein neues Institut gegründet, das erste Biologische Institut an einer medizinischen Fakultät.



Abb. 3–4: Paula Hertwig³⁹ und Elisabeth Schiemann⁴⁰.

Einen Monat nach ihrer Ankunft in Halle schrieb Paula Hertwig an ihre Berliner Freundin Elisabeth Schiemann (1881–1972) in einem langen Brief: „[...] ich kann mich nicht beklagen, es wird schon etwas dazu getan, dass mein altes Gemäuer gebrauchsfertig wird. Aber, das geht sehr langsam vor sich, da nur 1 Maurer arbeitet, zu Zeit auf die Installateure gelauert wird, die Maler noch in unerreichbarer Ferne schweben. Der Mäusestall hat aber immerhin seit 3 Tagen seine Regale und ich 1 Telefon. Also das wird mal werden, Möbel und Öfen werden auch kommen. Aber das alles ist ja nur das Gerippe. Wie ich zu

38 Ebd.

39 Ich danke Frau Prof. Ingeborg Weiß für die Überlassung des Fotos.

40 Archiv der Leopoldina.

Instrumenten und Chemikalien kommen soll, zu Büchern, das ist genau so ein Problem wie in Berlin – und wird es auch für Stubbe [Hans Stubbe 1902–1989] und wahrscheinlich auch für Sie werden. Man muss sich dabei nur immer sagen, dass man es auch nicht in Berlin gehabt hätte, und sich keine Mühe verdrissen lassen. Mit Personal bin ich versorgt, Mäusemeister, techn. Assistentin, angehenden Studenten als Famulus, alles sehr angenehme Leute. [...] In ein gemachtes Bett kann man sich keineswegs legen, Optimismus muss man für den Anfang haben. – Und nun zum Privaten. Unsere Wohnungsfrage ist noch immer ungelöst. [...] Sehr schl [sic, schlecht] empfinden wir die Ernährungslage. Die Karten sind doch viel schlechter, nur das Fett ist gleich und wir bekamen bisher immer Butter. Aber das Brot ist kümmerlich und auch die Nahrungsmittel, wir kommen nicht aus. [!] Und ich habe leider wieder an Stubbe einen Bettelbrief schreiben müssen, aber ich weiss nicht, wie es sonst machen. Dadurch, dass wir von unsern Berliner Vorräten gelebt haben, haben wir bis jetzt nur 1 Pfund minus gemacht. Nun habe ich Ihnen ungefähr die Lebensbedingungen geschildert. Wenn Sie mich nun noch fragen, ob ich schon grosse Sehnsucht nach Berlin habe, so muss ich [sic] freilich sagen, dass ich dazu trotz aller Schwierigkeiten noch nicht gekommen bin, denn es ist zu viel des Neuen, was, wenn es auch nicht immer angenehm ist, doch anregt und zu viel Arbeit um zum Überlegen zu kommen. Die grosse Vorlesung macht mir trotz aller Mühe doch Spass, und ich könnte mir denken dass ich auf diesem Gebiet, auch im Verhältnis zu den Studenten gut weiter komme.“⁴¹

7. Paula Hertwig als Hochschullehrerin, Dekanin und Prodekanin der Medizinischen Fakultät

Paula Hertwig hielt ihre Vorlesung über Allgemeine Biologie und Vererbungslehre. Die Vorlesung war sehr logisch und klar aufgebaut, präzise und verständlich, ohne eine Spur von Lyssenkoismus.

In der haleschen Zeit wurden zehn Studenten bei ihr promoviert. Alle von ihr vergebenen Promotionsthemen betrafen die von ihr isolierten genetisch veränderten Mäusestämme, die sie aus Berlin mitgebracht hatte. Es waren tierexperimentelle Arbeiten, immer mit Blick auf die Situation beim Menschen.

41 Staatsbibliothek zu Berlin Preussischer Kulturbesitz, Handschriftenabteilung, Nachlass 212 Elisabeth Schiemann, Karton 2, in blauer Akte mit Briefwechsel (Brief vom 26. 6. 1946).

Sowohl als Hochschullehrerin als auch als Dekanin hat Paula Hertwig den Umbau der Martin-Luther-Universität und den neuerlichen Einzug der Politik in die Hochschulen miterlebt. Die Protokolle der Fakultätssitzungen der Medizinischen Fakultät zeigen, wie sich Professoren, Mitarbeiter und Studenten gegen die neuen Zwänge zur Wehr setzten. Die Professoren fühlten sich in ihrem Kreis vollständig sicher und protokollierten ihre Meinungen ungeschützt.

Als die gesellschaftswissenschaftlichen Vorlesungen, der obligatorische Russischunterricht und der Pflichtsport den Studenten viel Zeit nahmen, setzte sich Paula Hertwig sehr engagiert dafür ein, dass das Fachstudium darunter nicht leiden musste, d.h. sie votierte für eine Verlängerung des vorklinischen Studiums, intensiv und in den Akten an vielen Stellen nachweisbar. Paula Hertwig war die erste Dekanin an der halleischen Universität, von August 1948 bis August 1950, anschließend war sie für drei Jahre Prodekanin. Worum ging es in diesen beiden Jahren ihrer Amtszeit als Dekanin? Es ging um die personellen und materiellen Voraussetzungen für

das Funktionieren der Kliniken und Institute, um die Zulassung von Studenten, um die Gestaltung des Studiums in Anbetracht der neuen fachfremden Pflichtveranstaltungen, um Verhaftungen von Studenten und Mitarbeitern. Es ging um den Gesundheitszustand der Studenten, viele waren geschwächt, viele waren an Tuberkulose erkrankt. Ferner ging es um Alters-, Witwen- und Waisenrenten, um die Schwierigkeiten, wissenschaftliche Literatur zu beschaffen,⁴³ um die Qualifizierung der Mitarbeiter, um die Habilitationen und um die Besetzung vakanter Lehrstühle. Paula Hertwig war als Dekanin mehrmals damit konfrontiert, dass Lehrstuhlinhaber Halle in Richtung Westen verließen.



Abb. 5: Paula Hertwig in der Biologievorlesung.⁴²

⁴² Ich verdanke dieses Foto dem leider kürzlich verstorbenen Medizinhistoriker Dr. Hans-Theodor Koch.

⁴³ Ebd., Rep. 29 Med. Fak., Nr. 304 (10. 2. 1949).

Was sich im Laufe der Zeit innerhalb der Fakultät immer stärker herausbildete, war eine Solidarität in der gemeinsamen Opposition gegenüber den Eingriffen der Regierung. Bei jedem neuen Vorstoß der Regierung wehrte sich die Medizinische Fakultät vehement. Und sie setzte sich für verhaftete Studenten ein. Während der Dekanatszeit Paula Hertwigs gab es über siebenzig Verhaftungen von Studenten und Mitarbeitern der Martin-Luther-Universität, dies wurde in den Fakultätssitzungen besprochen und protokolliert. Paula Hertwig diskutierte in den Senatssitzungen, schrieb Briefe, fragte nach dem Verbleib der Verhafteten und schrieb an die Eltern. In einem Fall ist bekannt, dass sie sich bei einer Tagungsreise in die Bundesrepublik mit einem der damals Verhafteten traf, der nach seiner Entlassung aus der Haft in Workuta, nördlich des Polarkreises, in den Westen gegangen war.⁴⁴

Am 7. August 1950 schrieb Dekanin Hertwig an Walter Ulbricht. Der Brief zeigt, mit welcher Strategie sie mit ihm umging, und er beleuchtet die Situation an der Medizinischen Fakultät und die Lage der Medizinstudenten im Jahr 1950:

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, mit grossem Interesse hat die Medizinische Fakultät der Universität Halle Ihre Ausführungen über den 5Jahresplan auf dem 3. Parteitag der SED verfolgt, insbesondere Ihre Worte über die Hauptaufgaben auf dem Gebiet der Kultur und des Gesundheitswesens.

Wir begrüßen Ihre Vorschläge für die Jahre 1951–55 die staatlichen Mittel für das Gesundheitswesen auf mehr als 150 % der Ausgaben von 1950 zu erhöhen [...]

Die von Ihnen gewünschte starke Erhöhung der Studentenzahl um ein weiteres Tausend ist uns ein erfreuliches Zeichen des Aufstiegs unseres Landes und innerhalb der Landes unserer Universitäten. Denn der Ausbau des Gesundheitswesens ist die Grundlage für gesunde Arbeitsverhältnisse und gern werden die Medizinischen Fakultäten ihr möglich-



Abb. 6: Die Dekanin Paula Hertwig.⁴⁵

44 Vgl. Sybille Gerstengarbe und Horst Hennig: Opposition, Widerstand und Verfolgung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1945–1961. Eine Dokumentation. Leipzig 2010.

45 UAH.

stes tun, um den gestellten Anforderungen nachzukommen. Wir verhehlen uns freilich nicht, dass die Anforderungen sehr schwere sind und nur mit weitgehender staatlicher Unterstützung erfüllt werden können. Denn an den Universitäten darf noch weniger wie in der Industrie die Quantität auf Kosten der Qualität gesteigert werden. – In unserer Fakultät in Halle z.B. sind die Hör- und Übungssäle, die Forschungsmittel und nicht zuletzt das Lehrpersonal eingestellt auf eine Studentenzahl, die knapp der Hälfte der bereits jetzt Studierenden entspricht. Unter Ausnutzung aller Möglichkeiten und unter Zurückstellung mancher gewiss auch vordringlichen Forschungsarbeiten ermöglichen wir es der jetzigen Zahl der Studierenden (ca. 120 pro Jahr) eine vollwertige Ausbildung zu geben. Eine Mehraufnahme von Studierenden dürfte, wenn nicht andere Vorbedingungen geschaffen werden, an unserer Universität Halle nicht zu verantworten sein.

Sie sprechen ferner von einer Überprüfung der Studienprogramme, die bereits im Gange ist und an der wir – soweit wir aufgefordert wurden – mitgewirkt haben. Sie sprechen auch davon, die Studienzeit intensiver zu gestalten und den Urlaub zu verkürzen. Gestatten Sie uns zu diesem Punkt einige Worte:

Schon jetzt ist die vorlesungsfreie Zeit von jährlich 20 Wochen weitgehend in die Ausbildung der Mediziner einbezogen. [Sie beschreibt ausführlich den vollen Stundenplan der Studenten.] Es bleiben den Vorklinikern daher nur noch wenige Wochen zur Erholung und zur Festigung des Arbeitsstoffes durch Selbststudium. Für viele Studierende besteht ausserdem noch die Notwendigkeit, für das Studium in der vorlesungsfreien Zeit Geld zu verdienen oder auch der Wunsch, mit der werktätigen Jugend zusammenzuarbeiten und Einblick in die Arbeitsweise der grossen volkseigenen Betriebe zu erhalten. [Man sieht die kleinen Verbeugungen, die sie zwischendurch vor Ulbricht macht, dann geht es weiter mit ihrer Kritik:]

Ist nun schon die reine Erholungszeit für die vorklinischen Studenten sehr eingeschränkt, stärker eingeschränkt als es für den Gesundheitszustand unserer studierenden Jugend gut ist, so steht es noch ungünstiger mit der Freizeit für die Kliniker. – [Sie stellt die Einzelheiten dar und schreibt:] Der Student muss auch Zeit haben, um die Probleme und Aufgaben seines Standes und Berufes selbständig zu durchdenken.

Soviel von der Beschäftigung der Studierenden während der sog. Semesterferien, Aber auch für die Professoren, die wissenschaftlichen Assistenten und das übrige an den Kliniken und Instituten beschäftigte Personal erscheint uns eine Verlängerung der Vorlesungszeit nicht möglich. [Sie begründet dies ausführlich und schließt mit dem Satz:]

Aus diesen Ausführungen geht hervor, dass die Verhältnisse an den Medizinischen Fakultäten anders liegen als etwa an den geisteswissenschaftlichen Fakultäten der Universi-

tät, und wir bitten diese Tatsache bei der künftigen Neuordnung des Medizinstudiums, an deren Verbesserung wir jederzeit bereit sind mitzuarbeiten, berücksichtigen zu wollen.

Mit bester Empfehlung
Dekan Paula Hertwig⁴⁶

Mutig trat sie als Prodekanin im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953 auf. Der Historiker Leo Stern (1901–1982) betrieb zunächst als Prorektor und dann als Rektor mit großer Konsequenz die politische Umgestaltung der Martin-Luther-Universität. Einen Tag nach dem 17. Juni 1953 verlangte er als Prorektor in Vertretung des Rektors Rudolf Agricola (1900–1985) eine Ergebnisadresse des Senates. Dabei setzte er die Dekane unter einen gewaltigen Druck. Dies blieb nicht ohne Widerspruch. Im Protokoll der Fakultätssitzung der Medizinischen Fakultät vom 22. Juni 1953 lesen wir: „Auf Antrag von Frau Prof. Hertwig in ihrer Eigenschaft als Prodekan beschließt die Fakultät einstimmig, ein Schreiben folgenden Inhaltes dem Rektor der Martin Luther-Universität zuzuleiten: ‚Aus gegebener Veranlassung beschließt die Fakultät, daß der Dekan oder sein Vertreter bei politischen Entscheidungen, die ihm von Wichtigkeit zu sein scheinen, gebunden ist, vorher die Meinung der Fakultät einzuholen.‘“⁴⁷ Damit war der Dekan abgesichert, wenn er eine Unterschrift verweigerte. Dieses akzeptierte Stern nicht. Am 3. Juli 1953 gab es eine hochbrisante Besprechung Sterns mit den Dekanen, bei der Paula Hertwig als Prodekanin anwesend war. Hier sind einige Passagen der Aktennotiz von Paula Hertwig – die Sitzung dauerte drei Stunden:

„Prorektor Stern referierte über die Nachwirkungen der Senatserklärung vom 18. Juni d.J. Sie hätte eine sehr verschiedenartige Reaktion bei den Fakultäten und einzelnen Professoren ausgelöst.

Im ganzen hätte sich das Bild an der Universität geklärt, der 17. Juni hätte die politische Stellung der einzelnen Professoren eindeutig geklärt. Besonders zu behandeln wären 1.) das Zurückziehen der Unterschrift durch den Dekan der theol. Fakultät, Lehmann [Arno Lehmann (1901–1984)], 2.) das Schreiben des Dekans der Med. Fakultät vom 24. 6. 1953. [...]

Prof. Lehmann stellt abschließend sein Amt als Dekan u. Prof. zur Verfügung, sagt, er habe die Möglichkeit seiner Entfernung aus Dekanat, ja Professur sehr klar ins Auge gefaßt – er habe trotzdem so handeln müssen.

46 UAH, Rep. 29, Nr. 295, Bd. 4.

47 Ebda, Nr. 304.

Prorektor Stern weist die letzten Worte von Dekan Lehmann zurück, von Amt-zur-Verfügung-stellen [sic] wäre nicht die Rede. – Er hielt die EntschlieÙung vom 18. Juni nach wie vor für bedeutsam und nimmt an, daß Halle bald darauf stolz sein wird, sie abgegeben zu haben.

[...] Prodekan Hertwig gab etwa folgende Erklärung ab:

Es sei richtig, daß die Fakultät die Resolution des Senates vom 18. 6. nicht gebilligt hätte und daher die zur Diskussion stehende EntschlieÙung einstimmig angenommen hätte. Wir könnten nicht ohne weiteres einer Regierung, die viele schwere Fehler, die sie in anerkennenswerter Weise zugegeben hat, gemacht hat, unser Vertrauen aussprechen. – [...] Die Ereignisse des 17. Juni seien nicht einfach abzutun, da das deutsche Volk wieder [handschr. eingefügt: blutige] Opfer zu beklagen hätte.“⁴⁸

Am 14. Juli 1953 sandte Paula Hertwig einen Brief an das Staatssekretariat, den sie gemeinsam mit drei Kollegen formuliert hatte. Es ist ein Brief, der unter dem Schock des 17. Juni geschrieben wurde, der aber trotzdem voller Hoffnung für die Zukunft ist. Er spiegelt Paula Hertwigs Persönlichkeit, klarsichtig, analytisch und voller Hoffnungen:

„Die Medizinische Fakultät der Martin Luther-Universität hat in ihrer Sitzung vom 8. Juli 1953 Kenntnis genommen von dem Bericht des Herrn Prorektors Stern über die Rektorenkonferenz Ende Juni 1953, in der über den neuen Kurs der Universitäten beraten wurde. – Die Aufforderung, unsere Kritik und Wünsche zu äußern, verpflichtet die Fakultät, zu Fragen, die in den letzten Jahren schon oft Gegenstand eindringlichster und z.T. vergeblicher Aussprachen und Eingaben waren, erneut Stellung zu nehmen.

I. Das Verhältnis von Staatssekretariat und Universität muß auf eine gesündere Basis gestellt werden. [...] Diese kann u.E. am besten erreicht werden, wenn, im Hochschulsekretariat Leiter und Sachbearbeiter mit einem hohen Maß von Fachkenntnis und Einfühlungsvermögen in die Gegebenheiten der einzelnen Universitäten, die Fakultäten beraten und anleiten, den Fakultäten und den anderen Selbstverwaltungsorganen der Universität ein höheres Maß von Selbstbestimmungsrecht als bisher zugebilligt wird.

Die Berufungen wieder normalisiert werden. [...]

Das Staatssekretariat sollte bemüht sein, das Vertrauen [...] wieder herzustellen. Dazu gehört die Ausarbeitung eines Disziplinarverfahrens und vor allen Dingen, daß alle Fälle von Verhaftungen und Maßregelungen aus politischen Gründen seit der Wiedereröffnung der Universität nach den neuen Grundsätzen revidiert werden und daß nach Möglichkeit eine Amnestie ausgesprochen wird.

48 Ebda.

II. Das Studium mit seiner augenblicklichen körperlichen und geistigen Überbelastung ist unserer Ansicht nach schädlich für die Gesundheit und Entwicklung unserer Studenten. Wir erwarten daher eine Reform der Semesterverteilung, die den Bedürfnissen der einzelnen Fakultäten besser angepaßt ist und, im Falle der Medizinischen Fakultät, in erster Linie eine Verlängerung des vorklinischen Studiums. – Ferner erhoffen wir eine Milderung des übermäßigen Zwanges im Studienbetrieb sowie der von vielen Studenten unangenehm empfundenen Bevormundung innerhalb der Studiengruppen durch Mitstudierende.⁴⁹

Die Medizinische Fakultät verlieh Paula Hertwig zu ihrem 60. Geburtstag am 11. Oktober 1949 die Würde und Rechte eines Doktors der Medizin ehrenhalber auch „in dankbarer Würdigung der großen Verdienste, welche sie sich in schwerer Zeit um Bestand und Ausbau der Fakultät als deren Dekan erworben hat“.⁵⁰ 1953 wurde sie zum Mitglied der Leopoldina gewählt, 1955 zum Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften. 1956 erhielt sie den Nationalpreis III. Klasse, 1956 den Vaterländischen Verdienstorden (Bronze), 1959 die Auszeichnung „Hervorragender Wissenschaftler des Volkes“, 1972 die Ehrendoktorwürde der Medizinischen Fakultät der Heidelberger Universität und 1979 die Ehrenmitgliedschaft der Humangenetischen Gesellschaft der DDR.

8. Wie wurde Paula Hertwig mit dem Lysenkoismus konfrontiert?

Der ukrainische Agronom Trofim D. Lysenko (1898–1976) behauptete, die Vererbung erworbener Eigenschaften nachweisen zu können. Dies passte zur Theorie des Kommunismus, dass durch Erziehung ein neuer Mensch entstehen würde. Diese Doktrin, die dazu führte, dass sowjetische Genetiker wie Nikolaj I. Vavilov (1887–1943) und Ivan I. Schmalhausen (1884–1963) im eigenen Land verfolgt wurden,⁵¹ wurde nach dem Zweiten Weltkrieg auch in den neuen Einflussbereich der Sowjetunion exportiert. Der Lysenkoismus behinderte die Entwicklung der Genetik im Ostblock, aber er konnte sie nicht verhindern. Im Ostteil Deutschlands gab es nur wenige wirkliche Verfechter dieser Richtung. Zu ihnen gehörte der erste Assistent Paula Hertwigs am Biologischen Institut in Halle Gerhard

49 Ebd., Nr. 571, Dekanat der Med.-Fak.: Dekanat Prof. Winkler. – Staatssekretariat Berlin, 1951–1956.

50 Ebd., Personalakte Nr. 24797 Paula Hertwig.

51 Vgl. Ekkehard Höxtermann: „Klassenbiologen“ und „Formalgenetiker“. Zur Rezeption Lysenkos unter den Biologen in der DDR. In: Wieland Berg, Sybille Gerstengarbe, Andreas Kleinert und Benno Parthier (Hg.): Vorträge und Abhandlungen zur Wissenschaftsgeschichte 1999/2000. Heidelberg 2000, S. 273–300 (= Acta Historica Leopoldina, 36).

Müller (* 1913). Ob Paula Hertwig vor seiner Einstellung im Oktober 1948 gewusst hat, dass er ein Anhänger des Lyssenkoismus war, ist nicht nachweisbar. Er blieb nur kurz bei ihr und wechselte nach der Promotion 1951 an das Zoologische Institut.

Dass Paula Hertwig selbst in ihren Vorlesungen nicht die Theorien Lyssenkos vertreten hat, haben alle befragten Mediziner bestätigt, die bei ihr Vorlesung gehört haben. Und es lässt sich nachweisen anhand der Protokolle der Doktorprüfungen, in denen Paula Hertwig sorgfältig und ausführlich ihre Fragen notiert hat. Wie sie zu Gerhard Müller stand, wird aus einem Brief klar, den sie 1958 an Stubbe schrieb: „i. Sept. gebe ich die Direktion [des Institutes] ab. Da d. Nachfolger Herr X ist, muss ich alles so vorbereiten, dass ich endgültig den Arbeitsplatz aufgeben kann, da ich mich unter Gerh. Müller od. desgl. für das Altenteil im Institut nicht begeistern würde.“⁵²

Auch der staatlichen Seite war ihre Einstellung zum Lyssenkoismus bekannt. Als sie 1949, in ihrer Zeit als Dekanin, vom Demokratischen Frauenbund Deutschlands für den Nationalpreis vorgeschlagen wurde, schrieb der Vertreter der Landesregierung Otto Halle (* 1903) an die Verantwortlichen in Berlin: „Mit Rücksicht auf die bis heute einseitige Festlegung von Frau Prof. Hertwig auf die Mendelsche Richtung in der Vererbungslehre, empfehlen wir, den Antrag des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands zurückzustellen.“⁵³

Zur Leopoldina-Jahresversammlung 1959 wurden in Erinnerung an das 1859 erschienene Buch von Darwin „Die Entstehung der Arten“ Darwin-Plaketten für bedeutende Forschungsbeiträge auf diesem Gebiet verliehen. Dies war ein Zeichen für die Freiheit der Wissenschaft und gegen den Lyssenkoismus. Paula Hertwig war Vorsitzende der Kommission, die die Verleihung der Darwin-Plaketten vorbereitete.⁵⁴

Im Dezember 1974 erinnerte sich Paula Hertwig in einem Brief an eine Mitarbeiterin ihres Bruders: „Herr Luther, resp. seine Besuche bei mir im Institut waren der Schrecken meiner Dekanatszeit. Um so mehr genoss ich die Stunde, wo ich ihm den Sturz von Lyssenko melden konnte.“⁵⁵ Ernst Luther war Oberassistent für Dialektischen und Historischen Materialismus an der Medizinischen Fakultät.

52 Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Nachlass Hans Stubbe, Nr. 495: Hertwig, Paula, Bd. 1.

53 UAH, PA 24797, Teil 2 Paula Hertwig: Otto Halle an Herrn Dr. Glücksmann, Büro des Förderungsausschusses der Deutschen Wirtschaftskommission, Berlin (30. Juni 1949).

54 Vgl. auch Michael Kaasch, Joachim Kaasch und Uwe Hossfeld: „Für besondere Verdienste um Evolutionsforschung und Genetik“. Die Darwin-Plakette der Leopoldina 1959. In: Wieland Berg, Sybille Gerstengarbe, Andreas Kleinert und Benno Parthier (Hg.): Vorträge und Abhandlungen zur Wissenschaftsgeschichte 2001/2002. Halle/Stuttgart 2006, S. 333–427 (= Acta historica Leopoldina, 46).

55 Paula Hertwig an Frau Ingeborg Weiss (15. 12. 1974).

9. Die Genetik – ein gemeinsames Anliegen von Paula Hertwig und Hans Stubbe



Abb. 7–8: Die Forscherin Paula Hertwig⁵⁶ und Hans Stubbe⁵⁷.

Gemeinsam mit Hans Stubbe versuchte Paula Hertwig, die Entwicklung der Genetik in der DDR zu fördern. Die beiden kannten sich seit 1927 aus ihrer Berliner Zeit. Hans Stubbe war nun Direktor des Gaterslebener Institutes für Genetik und Kulturpflanzenforschung, wurde 1947 Dekan der neu gegründeten Landwirtschaftlichen Fakultät in Halle und erster Präsident der ebenfalls neu gegründeten Akademie der Landwirtschaftswissenschaften. Er war in der DDR einer der konsequentesten Gegner Lyssenkos. Er hatte persönlich in der Sowjetunion mit Lyssenko gesprochen und er beauftragte seine Mitarbeiter, u.a. Helmut Böhme (* 1929), die strittigen Versuche Lyssenkos in Gatersleben zu wiederholen, um den Gegenbeweis zu erbringen.⁵⁸

⁵⁶ UAH.

⁵⁷ Archiv der Leopoldina.

⁵⁸ Vgl. Helmut Böhme: Genetik in der Klammer von Politik und Ideologie. Persönliche Erinnerungen. In: Wieland Berg, Sybille Gerstengarbe, Andreas Kleinert und Benno Parthier (Hg.): Vorträge und Abhandlungen zur Wissenschaftsgeschichte 1999/2000. Heidelberg 2000, S. 111–132 (= Acta historica Leopoldina, 36).



Abb. 9: Paula Hertwig mit Helmut Böhme bei einer Tagung in Gatersleben.⁵⁹

Am 12. Januar 1953 schrieb Hans Stubbe an Paula Hertwig: „Gewisse Anzeichen sprechen dafür, daß wir in eine neue Phase des Kampfes um die Genetik eintreten. Es sollen auf allen Gebieten, so auch auf dem der Genetik, wissenschaftliche Streitgespräche entfesselt werden. Ich bin über diese ganze Entwicklung traurig und der ewigen Wiederholung der für uns eindeutigen Erkenntnisse allmählich überdrüssig. Wo immer ich Gelegenheit haben werde möchte ich betonen, daß ich in solchen Streitgesprächen nur das Wort ergreifen werde wenn zwei Voraussetzungen erfüllt sind: 1.) die, daß der Andersdenkende nicht von vornherein für einen Dummkopf und Reaktionär gehalten wird und 2.) daß die Methodik des Kampfes von der anderen Seite nicht darin besteht, den Genetikern fortgesetzt Behauptungen und Ansichten zu unterstellen, die sie entweder überhaupt nicht gehabt haben oder jedenfalls schon längst überwunden haben. So lange wir in diesem Staat

⁵⁹ Ich danke Herrn Prof. Helmut Böhme für die Überlassung dieses Fotos.

leben wird es darauf ankommen, um unsere Wissenschaft zu kämpfen. Die Zuspitzung dieses Kampfes erfordert jetzt die Geschlossenheit aller Beteiligten.“⁶⁰

Zwei Tage später (am 14. Januar 1953) informierte Hans Stubbe Paula Hertwig: „Für die Sondersitzung der Deutschen Akademie der Wissenschaften am 22. und 23. 1. sind außer den Akademiemitgliedern wohl auch sehr viele Hochschullehrer eingeladen worden, darunter auch Sie. Das Generalthema lautet: Wissenschaft und Aufbau des Sozialismus. Eine Tagesordnung ist mir bisher nicht bekannt. Was im einzelnen zur Sprache kommen wird weiß ich nicht. Ich wünsche nur möglichst viele würden offen aussprechen was ihre Arbeit hemmt, da nun die gesamte Regierung an dieser Sitzung teilnehmen wird halte ich es für notwendig, bei dieser Gelegenheit einmal alle schwierigen Probleme aufzureißen z.B. daß auch Grundlagenforschung betrieben werden muß und daß nicht immer Kritik geübt wird von Menschen, die nichts verstehen.“ Paula Hertwig antwortete sofort: „Ich sehe die Lage genau so wie Sie an, und ich bin ebensowenig bereit, gegen meine Überzeugung zu reden oder zu schreiben.“

Am 30. Mai 1953 berichtete Stubbe: „In der vorigen Woche hatte ich, anlässlich der Generalversammlung der Max-Planck-Gesellschaft in Berlin-Dahlem Gelegenheit, mit Herrn Melchers zu sprechen. Er überreichte mir bei dieser Gelegenheit ein Exemplar des Gründungsprotokolls der „Gesellschaft für Genetik“. Vielleicht haben wir gelegentlich Zeit, darüber einmal zu diskutieren?“

Am 21. Oktober 1959 informierte Stubbe Paula Hertwig: „Ich schlage mich augenblicklich mit den DDR-Behörden wegen der Deutschen Gesellschaft für Genetik herum und werde morgen eine Besprechung mit dem Landwirtschaftsminister und mit dem Präsidenten der DAdW Professor Hartke [Werner Hartke, 1907–1993] haben. Die Situation ist so gut wie hoffnungslos, man will anscheinend keine gesamtdeutsche Gesellschaft mehr. Wir können aber für die 20 Genetiker der DDR keine eigene Gesellschaft gründen.“ Paula Hertwigs Kommentar dazu war (am 30. Oktober 1959):

„Ich hoffe ja doch noch, daß Sie mit Ihrem Einfluss einen positiven Erfolg haben werden und wäre Ihnen für eine Mitteilung sehr dankbar. Sollten Sie aber kein Glück gehabt haben, so wäre doch noch zu überlegen, ob man nicht noch auf einem anderen Wege den Versuch macht, unseren Behörden die Sache klarzumachen.“

60 Der Briefwechsel zwischen Paula Hertwig und Hans Stubbe, aus dem hier zitiert wird, befindet sich im Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Nachlass Hans Stubbe, Nr. 495: Hertwig, Paula, Bd. 1.

In der letzten Akademiesitzung in Leipzig sprach Prof. Frings [Theodor Frings 1886–1968, Präsident der Sächsischen Akademie der Wissenschaften] von seinen Unterredungen mit Grotewohl [Otto Grotewohl, 1894–1964] und dem ZK. Er war relativ beruhigt hinsichtlich der Zukunft der Wissenschaft in der DDR durch die Versicherungen, die ihm dort gegeben worden waren. [...] aber die Frage der deutschen Gesellschaften ist ja eine ganz grundlegende Frage, und es wäre doch wohl zu überlegen, ob man nicht Frings ebenfalls für diesen und ähnlich gelagerte Fälle interessiert.

Was mich betrifft, so beabsichtige ich eigentlich auf alle Fälle, zu der Gründungsversammlung am 24. zu fahren, denn schliesslich existiert ja noch kein Verbot, einer westdeutschen Gesellschaft beizutreten, und es besteht ja keine Frage darüber, daß, wenn eine gesamtdeutsche Gesellschaft nicht zustandekommt, eine westdeutsche + Berliner Gesellschaft gegründet werden wird. Daß dies nicht wünschenswert wäre, darüber bin ich in vollem Umfang mit Ihnen der gleichen Meinung, aber sich dann auch noch von der westdeutschen Gesellschaft ausschalten zu lassen, erscheint mir noch weniger tragbar.“ Einen Tag später (am 31. Oktober 1959) informierte Stubbe Paula Hertwig:

„Soeben komme ich aus Berlin zurück [...] Ich bin wieder einmal restlos deprimiert über die Kurzsichtigkeit unserer Politiker und sonstiger Instanzen. Die Angelegenheit mit der Deutschen Genetischen Gesellschaft ist also restlos schief gegangen.

Ich hatte am Donnerstag Nachmittag eine Besprechung mit dem Minister für Land- und Forstwirtschaft Reichelt [Hans Reichelt, * 1925] und dem Präsidenten der Deutschen Akademie der Wissenschaften Professor Hartke. Minister Reichelt war deshalb von mir unterrichtet worden, weil ja der größte Teil der angewandten Genetiker der DDR in den Instituten der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften tätig sind und die Akademie dem Landwirtschaftsminister zugeordnet ist. Herrn Hartke hatte ich unterrichtet als Präsident der Akademie, der mein Institut zugehört.

Das Ergebnis dieser Besprechung ist folgendes: Ein Beitritt zur Deutschen Gesellschaft für Genetik ist nicht statthaft. [...]

Es gelang mir in dieser Besprechung nicht, meine Gesprächspartner davon zu überzeugen, daß das Verbot, der Deutschen Genetischen Gesellschaft beizutreten, als ein weiterer Prozeß der Spaltung in Westdeutschland empfunden werden würde. Man sah allerdings ein, daß wir mit etwa 20 Genetikern in der DDR keine eigene Genetische Gesellschaft gründen könnten, wie dies die Physiker und Chemiker getan haben. [...]. Damit wären die Genetiker der DDR aus den offiziellen internationalen Beziehungen ausgeschieden.

Gestern Abend hatte ich mit Frau Schieman, Herrn Nachtsheim und Herrn Lüers eine Besprechung in Dahlem, die praktisch all das bestätigte was ich vermutet hatte. Der

Termin für die Gründungsversammlung ist auf Januar verschoben worden. Bei der gegenwärtigen Lage haben wir, meine ich, keine Veranlassung, an dieser Versammlung teilzunehmen, die an irgend einem zentral gelegenen Ort in Westdeutschland stattfinden wird.“

Am 7. Februar 1961 schrieb Stubbe in einem Eilbrief: „Die Entwicklung der Genetik ist leider bei uns äußerst zähflüssig [...] In Westdeutschland dagegen entsteht ein Genetischer Lehrstuhl nach dem anderen. Ich bin bereits für Frankfurt, Mainz, München und neuerdings auch für Bonn um Vorschläge für die Besetzung der Lehrstühle gebeten worden.“ Paula Hertwigs Kommentar dazu (am 24. Februar 1961) war: „Ich hörte diese Woche in Berlin, wieviele humangenetische und sonstige Vererbungslehrstühle in der Bundesrepublik vorgesehen sind, meiner Ansicht nach weit mehr, als mit tüchtigen Leuten besetzt werden kann.“

Am 14. Februar 1972 schrieb Stubbe an Paula Hertwig:

„Liebe Frau Hertwig!

Gestern bin ich aus der Sowjetunion zurückgekehrt, wo ich an der 2. Konferenz der Vavilov-Gesellschaft für Genetik und Züchtung teilnahm und anschließend für 5 Tage nach Novosibirsk flog. Nun finde ich hier ihren Brief vom 30. 1. mit der überraschenden Mitteilung, daß Sie uns mit Ihrer Cousine zusammen verlassen wollen, um sich im Schwarzwald anzusiedeln. Wir alle bedauern sicherlich sehr, daß wir Sie damit als Seniorin unserer Wissenschaft verlieren, haben aber andererseits großes Verständnis dafür, daß die familiären Verhältnisse gar keine andere Lösung zulassen. [...] Ich bin in den letzten Jahren meist etwas depressiver Stimmung weil ich nicht mehr einsehen kann, daß die seit einiger Zeit üblichen Reformen in Universitäten und Akademien wirklich bedeutende Fortschritte bringen. Alles was auf diesem Gebiet geschieht scheint mir von Menschen eingerichtet zu werden, die vom Wesen der Wissenschaft nicht allzu viel verstehen.“

Auf die Todesanzeige von Paula Hertwig reagierte Stubbe am 16. Mai 1983 mit einem Kondolenzbrief an die Cousine Paula Hertwigs Elfriede von Stuckrad geb. Szwillus (1904–1986):

„Mit großer Trauer habe ich die Nachricht vom Tode der von mir sehr verehrten Paula Hertwig erhalten. Ich spreche Ihnen und Ihren Angehörigen meine herzliche Teilnahme zu diesem großen Verlust aus.

Ich habe als junger Doktorand bei Erwin Baur in Berlin-Dahlem Paula Hertwig 1927 kennengelernt und seit dieser Zeit immer in freundschaftlicher Verbindung zu ihr gestan-

den. In der ersten Nachkriegszeit trafen wir uns in Halle wieder, beide die Genetik in der naturwissenschaftlichen und medizinischen Fakultät vertretend. [...]

Paula Hertwig gehörte zu den Genetikerinnen der bedeutenden deutschen Generation, die nach dem ersten Weltkrieg die Entwicklung der Genetik in der Welt maßgebend beeinflusste. Sie hat die große Gelehrtentradition der Familie Hertwig würdig fortgesetzt.“

10. Politisches Engagement



*Abb. 10: Paula Hertwig.*⁶¹

Paula Hertwig hatte sich seit ihrer Jugend für die Rechte der Frauen engagiert, speziell im Deutschen Akademikerinnenbund, in dem sie seit seiner Gründung 1926 aktiv war. In der NS-Zeit hatte sie sich politisch zurückgehalten, aber nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatte sie das Bedürfnis, sich wieder einzumischen. Bereits 1946 wurde sie Mitglied des FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) und des Kulturbundes. 1947 war sie Gründungsmitglied des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD). Sie war die 1. Landesvorsitzende des DFD in Sachsen-Anhalt von Mai 1947 bis zum April 1948 und Mitglied des Bundesvorstandes. 1948 trat sie der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft bei, war Vorsitzende des Friedenskomitees der Universität Halle und nahm im Dezember 1947 am deutschen „Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden“ teil.

Am ersten Tag der Gründungsveranstaltung des DFD im Berliner Admiralspalast, am 7. März 1947, hielt Paula Hertwig vor 2.000 Zuhörern, wohl überwiegend Frauen, ein Grundsatzreferat mit dem Titel: „Ziele und Aufgaben des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands“. Zunächst knüpfte sie an die Traditionen der Frauenbewegung vor 1933 an und sagte: „Dem hohen Ziel entsprechend, hoffen wir, dass alle Frauen, ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit, konfessionelle Schranken, soziale oder

⁶¹ Ich danke Frau Martha Maslag für die Überlassung des Fotos.

berufliche Unterschiede unserem Rufe folgen werden. Wir rufen die Arbeiterin und die Hausfrau, die Bäuerin und die Akademikerin, wir rufen die Jugend und das ehrwürdige Alter, alle wollen wir in unsern Reihen sehen und so eine Organisation auf breitester demokratischer Grundlage schaffen, wie sie bisher in Deutschland nicht bestanden hat. – Denn die alte von hohem Idealismus getragene Frauenbewegung, die 1933 dem Faschismus erlag, war anders organisiert. Der Zusammenschluss der Frauen war teils beruflicher Art gewesen wie der allg. deutsche Lehrerinnenverband, der Akademikerinnenverband, der Hausfrauenverein – um nur einige der grossen Berufsorganisationen zu nennen, – teils politischer Art, wie die Verbände der sozialistischen Frauen. Zwar wurde eine Dachorganisation angestrebt und sie stand kurz vor ihrer Vollendung, als 1933 der Faden der Entwicklung jäh abgeschnitten wurde. – Die grosse deutsche Not hat Unterschiede aufgehoben, hat Schranken beseitigt.“⁶²

Als Hauptziele nannte sie Frieden und die deutsche Einheit. Sie sagte: „Ich stelle nun die Frage, was in uns Frauen den Wunsch nach einer einheitlichen Frauenorganisation erweckt hat. Die Antwort lautet: Das Bewusstsein von deutscher Schuld und von deutscher Not und von einer Verpflichtung zur Wiedergutmachung. Die deutsche Schuld – wir können und wir wollen sie nicht leugnen und wollen als Frauen unser Teil dazu beitragen, sie zu löschen. Darum soll unser Bund auch sein ein ‚Friedensbund deutscher Frauen‘.“

Sie versuchte mit ihrer Rede, die Frauen aufzurütteln, sich zu engagieren, um gemeinsam die Not zu überwinden: „Die materielle und geistige Not, die uns deutsche Frauen belastet und lähmt, bedingt, dass noch viele, viel zu viele abseits stehen, nur die Kraft aufbringen, das eigene und enge und mühselige Dasein zu führen, und noch nicht den Weg gefunden haben, zum Wirken für ein Ziel, das über den Bedürfnissen des Alltags liegt. Die deutschen Frauen sind, das können wir leider nicht leugnen, in weiten Schichten noch unpolitische Frauen. Und doch ist es dies, ein Arbeiten über die eigenen Bedürfnisse hinaus, was das Leben erst lebenswert macht.“

Dies war ihre eigene Lebensmaxime: ein Arbeiten über die eigenen Bedürfnisse hinaus. Sie sagte dann etwas, was für sie selbstverständlich war, was sich aber nicht bewahrheitete: „Wir sind keine Partei und auch kein Anhängsel einer Partei, die unser Urteil und Denken vergewaltigen oder ‚weltanschaulich‘ schulen will, wie es in der Nazizeit hiess. Im

62 Bundesarchiv Berlin, DY34 Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, Nr. 21651: Gründungsversammlung des DFD vom 7. bis 9. März 1947 in Berlin, unfoliiert. Es ist die Abschrift eines Stenogrammes, die vervielfältigt wurde. Ich gehe davon aus, dass die Unterstreichungen das hervorheben, was auch Paula Hertwig betont hat. Der Text in der Akte hat 12 Seiten.

Gegenteil, unser Bund will aufklären und zu freier Meinungsäußerung erziehen.“ Die freie Meinungsäußerung wurde im Ostteil Deutschlands immer schwieriger und wurde schließlich nur noch in geschützten Räumen, der Familie, dem Freundeskreis, der Kirche geübt. Die SED hatte von Anfang an großen Einfluss auf den DFD, in der ersten Zeit schmückte sie sich aber noch mit parteilosen Gallionsfiguren wie Paula Hertwig.

Nun wies sie auf etwas hin, was heute wenig bedacht wird und entscheidend für das Schicksal vieler Frauen war: „Wir Frauen sind heute bei weitem der grösste Teil des deutschen Volkes – ein Satz, der in seiner nackten Tatsächlichkeit allein schon unser grosses Unglück beleuchtet, ein Satz aber auch, der uns Frauen die schwerste Verantwortung auferlegt. Denn in einem demokratischen Staat und besonders in dem künftigen deutschen Staat, der sich wieder selbst verwalten darf und sich seine eigene Gesetze geben wird, kommt es auf den Willen der Mehrheit an, kommt es auf uns an, wohin der Weg führen wird, denn die Zahl der Frauen übertrifft diejenigen der Männer um 7,5 Millionen. Der Hitlerstaat der verflossenen Jahre hat versagt, wie schlimmer wohl kein Staat versagen kann, lasst uns dafür sorgen, dass der Staat, in dem wir Frauen in so hohem Masse mitzubestimmen haben, eine bessere und glücklichere Zeit einleiten möge.“

Sie formulierte an mehreren Stellen ihrer Rede ihre Ziele, die aber von den Vertretern der sich bald etablierenden neuen Diktatur nicht angestrebt wurden: „[...] viele von uns haben den Anschluss an eine Partei noch nicht gefunden oder lehnen ihn bewusst ab. Ihnen wollen wir als eine überparteiliche Organisation die Möglichkeit geben, ihr politisches Bild durch Vorträge und freie Aussprachen zu formen. Zum Unterschied von den Parteien wollen wir nicht überzeugen, sondern wollen in unseren Reihen alle Meinungen über die schwebenden Tagesfragen zu Wort kommen lassen, damit jede Frau sich ihre selbständig politische Meinung bilden kann Denn nur der freie, bewusste und überlegt politische Entschluss gewährleistet den Bestand der Demokratie. – [...] und darum wollen wir die Grundnotwendigkeiten für jeden demokratischen Aufbau: Das Verständnis für die politische Lage der Gegenwart, den Willen zur Mitarbeit und zur Mitverantwortung an die breiten Massen unserer Frauen vermitteln.

[...] Zum Wirken in der Öffentlichkeit gehört aber nächst dem Wissen um seinen eigenen politischen Weg noch eins: Das Wissen um die Formen, in denen sich öffentlicher Meinungs Austausch in einem demokratischen Staat abspielt.- Uns Frauen sind diese Formen noch nicht traditionell selbstverständlich, sie werden uns in der Regel auch nicht durch unsere berufliche Arbeit vermittelt. Wir müssen daher lernen, unsere Meinung [...] zu vertreten, wozu nicht nur die Überwindung der Hemmung des Sprechens in der Öffentlichkeit gehört, sondern auch die Kunst der Beschränkung auf das Wesentliche. Wir

wollen als überparteiliche Organisation auch dazu erziehen, eine anders geartete Meinung zu achten, mit Gründen und nicht nur mit Worten dagegen anzugehen. – [...]“

Und dann erklärte sie: „Ich bin Biologin und weiss von den anders gearteten körperlichen und psychischen Eigenschaften der Frau, die sich am wenigsten wohl im Verstandsmässigen, stark aber in einem anders gearteten Fühlen und Handeln auswirken. – Wir sind dem Mann nicht untergeordnet, fühlen uns ihm auch nicht übergeordnet, aber wir wollen männliches Tun und Handeln fraulich ergänzen. Im Kleinen wie im Grossen. Im Kleinen, weil wir vielfach den Nöten der Bevölkerung und besonders den Sorgen der Mütter und Kinder näherstehen und uns wohl auch zutrauen, manche Härten, die den Schwächsten treffen, zu lindern. [...] Wir wollen uns aber auch in den grossen politischen Fragen neben den Mann stellen.“ Damit meinte sie den Einsatz für den Frieden, gegen jede kriegerische Politik.

Sie beendete ihre Rede mit einer Hoffnung auf ein geeintes Deutschland: „Wir bitten auch, dass nicht nur die harten Gesichtspunkte der Wiedergutmachung und Sühne massgebend sein mögen bei der Festsetzung unserer Grenzen und wirtschaftlichen Möglichkeiten. Wir hoffen, dass die Einsicht der Staatsmänner auch Wege finden wird, die es einem friedlichen und arbeitswilligen Deutschlande ermöglichen, ein eigenstaatliches freies Dasein zu führen, um sich dereinst wieder würdig zu erweisen, in die Gemeinschaft der friedliebenden Völker wieder aufgenommen zu werden. Unsere Generation ist belastet mit dem Fluch des Vergangenen. Aber auf uns kommt es nicht an, denn nach uns wachsen in Deutschland die Kinder heran, die keine Verantwortung trifft, die frei von Schuld sind, die aber die Not kennengelernt haben, und die wir im Geiste des Friedens und der wahren Demokratie zu erziehen bestrebt sein werden.“⁶³

In ihrem Dankeschreiben an die, die ihr 1964 zu ihrem 75. Geburtstag gratulierten, schrieb Paula Hertwig einen Text, den man als ihre Lebensmaxime betrachten kann:

„Unser Lebensnerv ist die voraussetzungslose Forschung, diejenige Forschung, die nicht das findet, was sie nach Zweckerwägungen und Rücksichtnahmen finden soll und finden möchte sondern was logisch dem gewissenhaften Forscher als das Richtige erscheint. In ein Wort zusammengefaßt:

Die Wahrhaftigkeit.

(Theodor Mommsen [1817–1903] an Lujo Brentano [1844–1931])

15. 11. 01⁶⁴

63 Bundesarchiv Berlin, DY 34, Nr. 21651.

64 Briefwechsel mit Frau Prof. Ingeborg Weiß.

Peter S c h w a r z :

Das Forschungsinstitut für Wasserbau in Obernach am Walchensee*

1. Durch Krisen zum Erfolg

Krisenstimmung am Forschungsinstitut für Wasserbau und Wasserkraft in Obernach am Walchensee. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) hat angekündigt, ihre Zuschüsse für das Institut einzustellen. Der Rücktritt Oskar von Millers (1855–1934) als Vorsitzender des Verwaltungsrats des Instituts scheint unabwendbar. Am Montag, dem 12. Januar 1931, treffen sich deshalb die Mitglieder des Verwaltungsrats in München. Einziger Tagesordnungspunkt: Der Wegfall der finanziellen Unterstützung des Instituts durch die KWG im Haushaltsjahr 1931 und die Folgen für das noch junge Forschungsinstitut. Da die Kürzungsmaßnahme von der KWG ohne Wissen von Millers beschlossen worden war, von Miller aber gleichzeitig der Vertreter der KWG im Verwaltungsrat des Instituts ist, fühlt sich der Wasserkraft-Pionier von der KWG hintergangen.

Wie erwartet, geht es in der Sitzung heftig zur Sache. Von Miller wirft der KWG und ihrem Präsidenten Max Planck (1858–1947) mangelndes Interesse am Forschungsinstitut in Obernach vor. Obwohl das Institut zu denjenigen gehöre, die von größter allgemeiner Wichtigkeit seien, stelle die KWG anscheinend dessen wissenschaftliche Bedeutung in Frage. Anders könne er sich diese Kürzung der Mittel nicht erklären, sagt von Miller. Widerspruch von Seiten der KWG: Generaldirektor Dr. Friedrich Glum (1891–1974) hält von Miller entgegen, dass die Gesellschaft auf Grund der deutlich geringeren Zuwendungen durch das Deutsche Reich gezwungen sei, ihre Zuwendungen zu kürzen. Um einer anderweitigen Finanzierung nicht im Wege zu stehen, stellt schließlich auch Glum sein Amt als Schatzmeister des Forschungsinstituts zur Verfügung.

* Der Beitrag ist eine gekürzte Fassung von Peter Schwarz und Theodor Strobl: Wasserbaukunst. Oskar von Miller und die bewegte Geschichte des Forschungsinstituts für Wasserbau und Wasserkraft in Obernach am Walchensee (1926–1951). Festschrift zum 80-jährigen Bestehen der Versuchsanstalt für Wasserbau und Wasserwirtschaft – Oskar-von-Miller-Institut. München 2007 (= Berichte des Lehrstuhls und der Versuchsanstalt für Wasserbau und Wasserwirtschaft der TU München, 112).

In der folgenden Diskussion beruhigen sich die Gemüter allmählich wieder. Noch während dieser Sitzung des Verwaltungsrats einigt man sich, einen Nothaushalt aufzustellen und verstärkt zu versuchen, neue Mitglieder für das Forschungsinstitut zu finden. Oskar von Miller wird dazu überredet, weiterhin den Vorsitz seines „geistigen Kindes“ zu führen. Das Amt als Vertreter der KWG im Verwaltungsrat des Instituts gibt er aber ab.¹

Kein Einzelfall. Im Laufe seiner Geschichte musste das Forschungsinstitut für Wasserbau und Wasserkraft in Oberrach mehrere solcher zum Teil die Existenz bedrohenden Phasen durchmachen. Dennoch überlebte das Institut und ist auch noch mehr als achtzig Jahren später eine bekannte und anerkannte Forschungseinrichtung.

2. Oskar von Millers Idee einer Versuchsanstalt für Wasserbau

Nachdem sich Oskar von Miller vom Bayernwerk und vom Walchenseekraftwerk zurückgezogen hatte,² regte der Geheime Baurat eine „Großversuchsanlage“ für Wasserbau am Walchensee an. Unter seinem Vorsitz fand im Mai 1924 die konstituierende Sitzung in der Obersten Baubehörde in München statt.³ Teilnehmer waren unter anderem der bayerische Innenminister Karl Stützel (1872–1944) sowie die Professoren der Technischen Hochschule (TH) in München Kaspar Dantscher (1878–1944) vom Lehrstuhl für Wasserbau und Dieter Thoma (1881–1942) vom Lehrstuhl für Wasserkraftmaschinen. Von den Teilnehmern dieser Sitzung wurde beschlossen, dass eine Arbeitsgruppe die Ausarbeitung aller zu dem Projekt nötigen Maßnahmen vorbereiten sollte. Dazu gehörten die Finanzierung, die Organisationsplanung und die Öffentlichkeitsarbeit.

Den Vorsitz dieser Arbeitsgruppe führte Oskar von Miller selbst – gewiss nicht ohne Grund. Denn nur so konnte er die Versuchsanstalt nach seinen Vorstellungen formen. Oskar von Miller hatte konkrete Vorstellungen. So stand für ihn wohl schon sehr früh fest, die KWG in sein Projekt einzubinden. Dieser Weg lag nahe, war von Miller doch seit 1922 Senator dieser Gesellschaft.⁴ In dieser Funktion kannte er auch die finanziellen

1 Archiv der MPG, I. Abt. Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Rep. 1A Generalverwaltung, Nr. 2325/4: Verwaltungsrat (Aufzeichnung Friedrich Glums vom 12. 1. 1931).

2 Wilhelm Füßl: Oskar von Miller (1855–1934). Eine Biographie. München 2005, S. 219.

3 Versuchsanstalt für Wasserbau, Oberrach (im Folgenden VOA), Registratur und Archiv (ohne Signaturen), Schreiben Otto Kirschmers vom 10. 1. 1964.

4 Archiv der MPG (im Folgenden: MPGA), I. Abt., Rep. 1A, Nr. 3000/3: Personalakte Oskar von Miller (Schreiben des Reichsinnenministers Köster vom 1. 3. 1922).

Möglichkeiten der KWG und wusste, dass nur mit deren Unterstützung das Überleben der Versuchsanstalt gesichert werden konnte.⁵

Wie sich von Miller aber das Verhältnis des zukünftigen Instituts zur KWG vorgestellt hat, ob nur als angegliedertes oder als eigenes Kaiser-Wilhelm-Institut, ließ er vorerst offen. Wir können aber von einem Interesse von Seiten der KWG an der Idee von Millers ausgehen. Vermutlich auf eine Anfrage von Millers sprach bereits am 13. Juli 1924 der Präsident der KWG, Adolf von Harnack (1851–1930), in einem Schreiben die Hoffnung aus, dass „ein solches Institut die Theorie und Praxis der Wassertechnik mächtig fördern könnte“.⁶ Zwar war von Harnack als Theologe fachfremd. Sein Wunsch soll es aber gewesen sein, während seiner Amtszeit zwei besondere Institute zu gründen – eines für Wasser und eines für Luft.⁷ Vielleicht glaubte von Harnack, in der Idee Oskar von Millers sein „Wasserinstitut“ gefunden zu haben.

Im September 1924 reiste von Miller deshalb nach Berlin. Dort erläuterte er dem Präsidenten der KWG sein Vorhaben und bat, „das neue Institut unter die mächtigen Fittiche der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zu nehmen“. Von Harnack sagte für die KWG zu und benannte als Vertreter für die „engere Kommission“ des geplanten Forschungsinstituts den Generaldirektor der Gesellschaft, Friedrich Glum, und Ludwig Prandtl (1875–1953), Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Strömungsforschung und der Aerodynamischen Versuchsanstalt und Professor an der Universität Göttingen und Senator der KWG.⁸

Die Ausarbeitung der Projektstudie lag beim Ingenieurbüro Oskar v. Miller GmbH in München. Die Arbeiten wurden in einer 23-seitigen „Denkschrift über die Errichtung eines Forschungs-Institutes für Wasserbau und Wasserkraft am Walchensee“ zusammengefasst und am 28. Oktober 1924 der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Studie umfasste die möglichen Aufgaben und Forschungsziele, die Finanzierung – für den Ausbau waren immerhin RM 750.000 vorgesehen –, die voraussichtlichen Betriebskosten und – damit zeigt sich, in welcher rechtlichen Form sich Oskar von Miller „sein“ Institut vorstellte – den Vorschlag für eine Satzung.⁹ Diese Satzung sah einen Verwaltungsrat mit drei Vorsitzenden vor, von denen einer von der Reichsregierung, einer von der Bayerischen Staatsregierung

5 Füßl: Oskar von Miller (wie Anm. 2), S. 220.

6 Denkschrift über die Errichtung eines Forschungs-Institutes für Wasserbau und Wasserkraft am Walchensee. Sonderdruck. München 1924, S. 1 – Füßl: Oskar von Miller (wie Anm. 2), S. 221.

7 Otto Kirschmer: *Auch Professoren sind Menschen. Nachdenkliche und heitere Erinnerungen eines Hochschullehrers*. München 1967, S. 135.

8 VAO, Schreiben Otto Kirschmers vom 10. 1. 1964.

9 Denkschrift 1924 (wie Anm. 6), S. 19 (Beilage Nr. 2).

und einer von der KWG ernannt werden sollte. Mit dieser Konstruktion hielt sich von Miller alle Möglichkeiten offen und band das Schicksal des Instituts nicht zu sehr an einen Partner. Zur Denkschrift gehörte auch ein erster Bauplan für die künftigen Anlagen. Das Büro- und Verwaltungsgebäude sollte in Einsiedel nahe dem Walchensee errichtet werden.

Am 16. Dezember 1924 hielt Oskar von Miller vor der 11. Hauptversammlung der KWG in Berlin auf der Grundlage dieser Denkschrift seinen Vortrag „Die Ausnutzung der Wasserkräfte“. Dieser Vortrag erregte in der Fachwelt und in der Fachpresse großes Aufsehen, fand aber auch die uneingeschränkte und geradezu begeisterte Zustimmung des Präsidenten der Gesellschaft.¹⁰ Der Redner ging zuerst ausführlich auf die Bedeutung der Wasserkraft für die Energiegewinnung ein. Die dabei auftretenden technischen und naturwissenschaftlichen Probleme seien nur zu lösen durch eine Forschungseinrichtung, der ohne Beschränkung große Wassermengen und großes Gefälle zur Verfügung stünden.¹¹ Im Verlauf des Vortrags formulierte von Miller dann sehr präzise, wo er sich dieses Forschungsinstitut vorstellen könnte: „Nahe am Walchensee, etwa zwei Kilometer südlich des Sees umfließt die Oberrach, die das Isarwasser zum Walchensee leitet, in einer größeren Schleife ein etwa zehn Hektar großes Gebiet, das sich für Freilandforschungen bestens eignen würde.“ Hier könne mit großen Wassermengen, großen Versuchsbauten und natürlichen Bedingungen gearbeitet werden.

Gegen Ende seiner Rede skizzierte von Miller den weiten Aufgabenbereich eines solchen Forschungsinstituts. Als Beispiele nannte er die Erforschung des Niederschlags, der Verdunstung oder der Versickerung im Hochgebirge, Untersuchungen über Geschiebeführung und Wellenbildungen, Untersuchungen über den Einfluss von Seespiegelabsenkungen auf das Ufer, die Erprobung von Wassermessmethoden, Studien an Wasserkraftmaschinen in einer speziellen Turbinenversuchsstation und die Prüfung von Baumaterialien für den Wasserbau in einer eigens projektierten Versuchsstation für Hochdruck- und Kavitationsversuche.

10 Kirschmer: Auch Professoren (wie Anm. 7), S. 135.

11 Oskar von Miller: Die Ausnutzung der Wasserkräfte. In: Die Naturwissenschaften 13 (1925), Heft 10, S. 181–188. – Kirschmer: Auch Professoren (wie Anm. 7), S. 135. – Fritz Hartung: Die Wasserbauversuchsanstalt Oberrach im Strom der Zeit. In: 50 Jahre Versuchsanstalt Oberrach. München/Oberrach 1977, S. 7–54 (hier S. 9–12) (= Berichte des Lehrstuhls und der Versuchsanstalt für Wasserbau und Wasserwirtschaft der Technischen Universität München, 34). – Theodor Strobl und Peter Schwarz: Ist die Versuchsanstalt Oberrach den Herausforderungen der nächsten 75 Jahren gewachsen? In: Festschrift 75 Jahre Oskar-von-Miller-Institut, 1926–2001. München 2001, S. 1–14 (hier S. 1 f.). – Peter Schwarz: Grandioser Vordenker und Mann der Tat. Oskar von Miller und die Versuchsanstalt in Oberrach. In: Mitteilungen der Technischen Universität München 2005/3, S. 16 f. – Füßl: Oskar von Miller (wie Anm. 5), S. 221.

Lageplan der Versuchsanlagen des Forschungsinstituts für Wasserbau und Wasserkraft

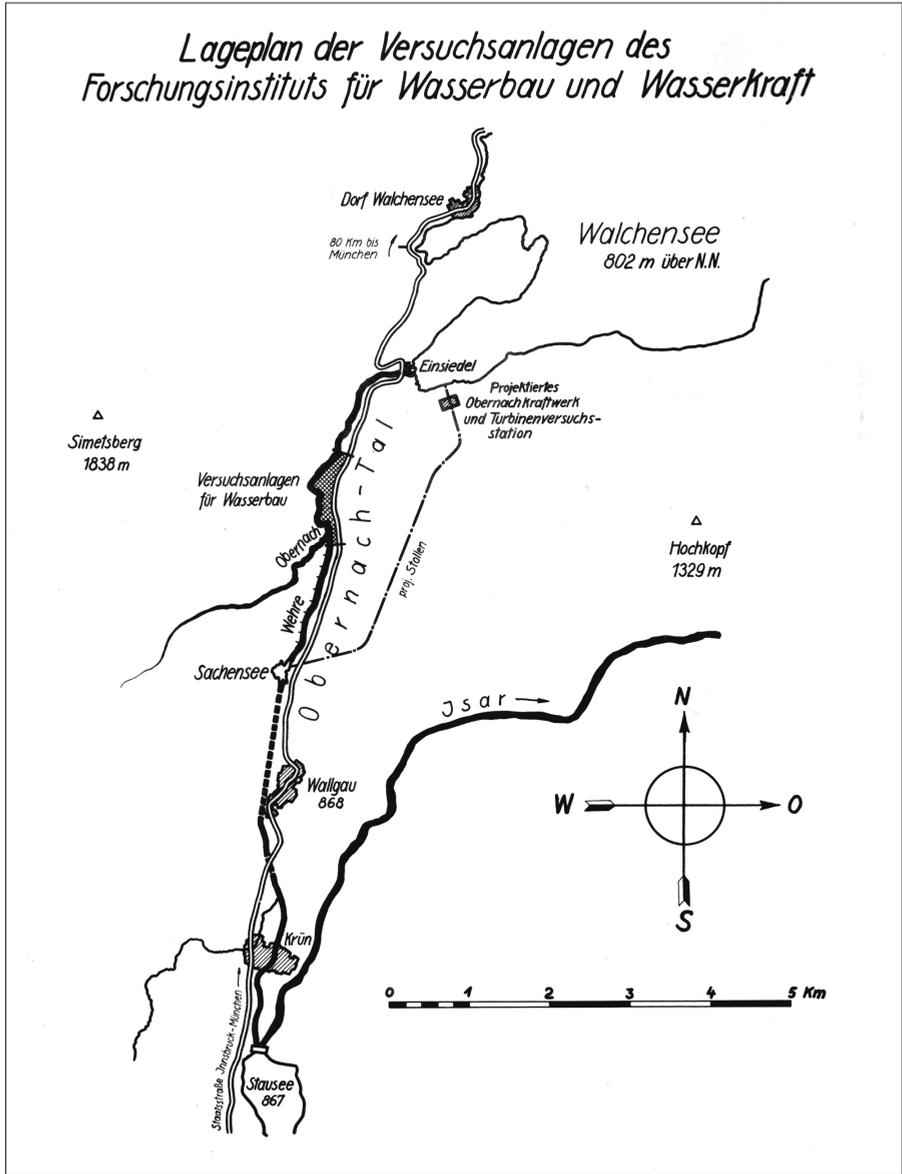


Abb. 1: Lageplan (Alle Abbildungen aus dem Archiv der Versuchsanstalt für Wasserbau, Obernach).

In der Fachwelt war die geplante Gründung keineswegs unumstritten. Walther von Miller (1894–1978) spricht in seiner 1932 erschienenen Biographie über seinen Vater Oskar sogar von der „anfänglich sehr bekämpften neuen Anstalt“.¹² Prof. Kaspar Dantscher, ein Befürworter von Millers, formulierte die Aufgaben des zukünftigen Forschungsinstituts in der Zeitschrift „Die Wasserkraft“: „Sie liegen in den allgemeinen Problemen der Gewässerkunde und in Versuchen für wasserbauliche Zwecke und für Wassermaschinen, wie Turbinen und Pumpen. Die Gelände- und Wasserverhältnisse sind im Bereich des Walchenseewerks derart günstig, dass es möglich ist, hier eine Versuchseinrichtung wirklich großer Art zu schaffen. Je größer der Modellmaßstab, desto sicherer ist das Ergebnis des Versuches auf die Natur zu übertragen, und so ist das Bedürfnis nach großem Maßstab vorhanden. Betrachtet man gerade diese Aufgabe des neuen Forschungsinstitutes, so gewinnt es neben den vielen schon vorhandenen Laboratorien schnell eine große Bedeutung, da es in der Lage ist, deren Arbeiten weiterführen zu können.“¹³

3. Aus einer Idee wird Wirklichkeit

3.1. Ein Verein als Träger des Forschungsinstituts

Nachdem der Standort festgelegt und die Fachwelt gewonnen war, gelang es Oskar von Miller, auch die dritte Hürde zu nehmen: die Finanzierung des Forschungsinstituts. Die Rechtsform eines unabhängigen Instituts sah einen Verein vor, der durch seine Mitglieder finanziert werden sollte. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch waren für die Gründung eines derartigen Vereins mindestens sieben Mitglieder notwendig. Von Miller konnte neun Mitglieder gewinnen.

Nach fast zweijähriger Vorbereitungszeit trafen sich unter dem Vorsitz Oskar von Millers am 22. April 1926 in München vier Vertreter öffentlicher Körperschaften, vier Repräsentanten von Aktiengesellschaften und ein Beauftragter der KWG.¹⁴ Gemeinsam hoben sie das „Forschungs-Institut für Wasserbau und Wasserkraft e.V.“ aus der Taufe und un-

12 Walther von Müller: Oskar von Miller. Nach eigenen Aufzeichnungen, Reden und Briefen. München 1932, S. 128.

13 Kaspar Dantscher: Das Forschungsinstitut für Wasserbau und Wasserkraft am Walchensee. In: Die Wasserkraft 21 (1926), Nr. 19, S. 234–237 (hier S. 234–236).

14 Handbuch der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, hg. von Adolf von Harnack. Berlin 1928, S. 96–99 und 192 f.

terzeichneten die vom Ingenieurbüro O. von Miller in München ausgearbeitete Satzung. Diese Satzung war für mehr als 25 Jahre die Grundlage der Forschungseinrichtung in Obernach. Die Satzung sah folgende Verwaltungsorgane vor: Die Mitgliederversammlung, den Verwaltungsrat, den Institutsvorstand sowie als beratendes Organ einen wissenschaftlichen Beirat. Als erste Mitglieder gehörten dem Institut an: das Deutsche Reich, der Bayerische Staat, die Regierung von Oberbayern, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (Berlin), die Stadt München, die Bayernwerk A.G. (München), die Mittlere Isar A.G. (München), die Walchenseewerk A.G. (München) und die Rhein-Main-Donau A.G. (München).

Die kaufmännische Leitung des Instituts lag in den Händen des Verwaltungsrats. Ihm gehörten drei Vorsitzende sowie zwölf ständige und ein gewählter Beisitzer an. Gemäß der Satzung konnten nur Abgeordnete von Mitgliedern in den Verwaltungsrat gewählt werden. Zum 1. Vorsitzenden wurde Oskar von Miller berufen, der gleichzeitig auch als Vertreter der KWG auftrat, seine Stellvertreter wurden Prof. Dr. Bernhard Gleichmann (1869–1938), Berlin, für die Deutsche Reichsregierung und Staatsrat Dr. Hermann Riegel († 1928), München, für die Bayerische Staatsregierung. Dem Verwaltungsrat und dem Institut als beratendes Gremium zur Seite gestellt war ein wissenschaftlicher Beirat. Er bestand aus zehn Mitgliedern, unter ihnen die klangvollen Namen der Professoren Dantscher, Engels, Prandtl und Thoma.¹⁵

Bei der ersten Sitzung des Verwaltungsrats, die im Anschluss an die Gründung stattfand, wurden einstimmig eine Geschäftsordnung und eine Dienstvorschrift für den Vorstand erlassen. In der Geschäftsführung behielt sich von Miller ein Mitspracherecht vor: Zwar oblag die Führung der Geschäfte dem Vorstand, die Oberleitung des Instituts aber hatte der 1. Vorsitzende des Verwaltungsrats, also Oskar von Miller. Die Eintragung des „Vereins“ in das Vereinsregister des Amtsgerichts München erfolgte am 14. Mai 1926 für eine Gebühr von drei Mark.¹⁶ Das Institut war damit offiziell geboren.

15 Das Protokoll der Gründungsversammlung ist nicht überliefert. Die Angaben über die Gründung wurden entnommen: Forschungen und Fortschritte. Nachrichtenblatt der deutschen Wissenschaft und Technik vom 1. 6. 1926. – Deutsche Wasserwirtschaft 1926, S. 107. – VAO, Verwaltungsbericht für das 1. Geschäftsjahr von der Gründung 1926 bis 31. 3. 1927.

16 VAO, Schreiben des Amtsgerichts München vom 14. 5. 1926. – Die Gründung des Instituts ist in der Literatur vielfach erwähnt, vgl. u.a. Blake R. Van Leer: The Research Institute for Hydraulic and Hydroelectric Structures an account of the plans and activities of the “Forschungsinstitut für Wasserbau und Wasserkraft” with a description of the experimental field of this German Institution and a summary of its technical accomplishment. In: Mechanical Engineering 1928, S. 607–610, als Manuskript in deutscher Übersetzung (Das Forschungsinstitut für Wasserbau und Wasserkraft) im MPG, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 2315/2, hier S. 15 f. – Otto Kirschmer: Die Wasserbau-Versuchsanlagen am Walchensee. Forschungsinstitut für Wasserbau und

Die Erwartungen, die in das Institut gesetzt wurden, waren hoch. „Hydraulik ist nicht nur eine Wissenschaft, sie ist auch eine Kunst – vielleicht mehr eine Kunst als eine Wissenschaft!“¹⁷ Diesen Satz formulierte Blake R. Van Leer (1893–1956), nachdem er im Jahr 1928 Oberrach besucht hatte. Das Kunststück sollte nun das neue Forschungsinstitut vollbringen. Seine Aufgabe bestand darin, in erster Linie jene hydraulischen Probleme zu untersuchen, zu deren Lösung der Modellversuch in kleinem Maßstab nicht mehr ausreicht und stattdessen Versuche in großem Maßstab und in der Natur selbst nötig macht. Bei allen Arbeiten war eine enge Zusammenarbeit mit anderen Versuchsanstalten, staatlichen Ämtern und Hochschulen vorgesehen. Vordringliche Aufgabe des Instituts war es, in Bälde über eigene Versuchsstätten zu verfügen.¹⁸ Das Versuchsgelände wurde noch im April 1926 von Vertretern der beiden wichtigsten Mitglieder des Instituts besucht. Oskar von Miller begleitete Reichverkehrsminister Dr. Rudolf Krohne (1876–1953), den bayerischen Ministerpräsidenten Heinrich Held (1866–1938) und seinen Innenminister Karl Stützel (1872–1944) nach Oberrach.¹⁹

Im Mai 1926 suchte sich Oskar von Miller den passenden Vorstand für sein Institut. Er nahm mit Dr. Otto Kirschmer (1898–1967) Kontakt auf. Mit Zustimmung des Verwaltungsrats erfolgte dessen Einstellung am 29. Juni. Als Vorstand des Instituts wurde Kirschmer am 10. September 1926 am Registergericht eingetragen. Kirschmer, ein 28-jähriger Diplomingenieur, war für diese Arbeit hervorragend befähigt und ausgebildet. Schon vor seiner Assistententätigkeit in München hatte er praktische Erfahrungen in der Turbinenfabrik Voith in Heidenheim und in einem Ingenieurbüro gesammelt.²⁰ Rückblickend schrieb Kirschmer über die Anfänge des Forschungsinstituts: „Die eigentlichen Tätigkeiten

Wasserkraft. In: VDI. Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure 74 (1930), Heft 2, S. 51–53 (hier S. 51). – 25 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Bd. 1: Handbuch. Berlin 1936, S. 59–63. – Ludwig Kirgis: Die Versuchsanstalt für Wasserbau in Oberrach. In: Die Wasserwirtschaft 49 (1959), Heft 11, S. 298 f. (hier S. 299). – Hartung: Die Wasserbauversuchsanstalt Oberrach (wie Anm. 11), S. 12. – Jost Knauss und Helmut Scheuerlein: Aus der Geschichte der Versuchsanstalt Oberrach. In: Informationsbericht Nr. 3/86 des Bayerischen Landesamtes für Wasserwirtschaft. München 1986, S. 249–272 (hier S. 249). – Schwarz: Grandioser Vordenker (wie Anm. 11), S. 17 – Füßl: Oskar von Miller (wie Anm. 5), S. 222.

17 Van Leer: Das Forschungsinstitut (wie Anm. 16), S. 15.

18 Forschungen und Fortschritte vom 1. 7. 1926 – Handbuch der KWG 1928 (wie Anm. 14), S. 98 f. – Hartung: Die Wasserbauversuchsanstalt Oberrach (wie Anm. 11), S. 17.

19 Forschungen und Fortschritte vom 1. 5. 1926.

20 MPGA, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 2337/2: Finanzierung (Schreiben Weigmanns vom 2. 1. 1936) – Van Leer: Das Forschungsinstitut (wie Anm. 16), S. 18 f.



Abb. 2: Prof. Dr.-Ing. Otto Kirschmer.

des Instituts begannen mit meiner Ernennung zum Vorstand.“²¹ Tatsächlich nahm das Institut im September 1926 seine Forschungsarbeit auf. Im Sempflutkanal der Mittleren Isar wurden an einem Absturzbauwerk Naturmessungen mit den Modellmessungen verglichen, die im Laboratorium des Hydraulischen Instituts der TH München im Maßstab 1:50 durchgeführt worden waren. Untersucht wurde in beiden Fällen die Wasserabführung über das Bauwerk und die Kolkbildung hinter dem Tosbecken.

Erst im November 1926 wurden dann Büroräume in München bezogen, wo satzungsgemäß der Sitz des Instituts war. Die Räume stellte Oskar von Miller vorerst in seinem Ingenieurbüro zur Verfügung. Auch wurde eine Sekretärin fest angestellt. Außerdem war stundenweise ein Student der TH München für Tabellenberechnungen und zeichnerische Arbeiten beschäftigt. Ab Juli 1927 mietete das Institut drei Räume im Verwaltungsgebäude der Bayernwerk A.G. in München an.²²

Das erste Geschäftsjahr endete am 31. März 1927 für das Institut auch in finanzieller Hinsicht recht positiv. Den Gesamteinnahmen von RM 276.800 – bestehend aus den einmaligen Beiträgen von RM 245.000, Jahresbeiträgen von RM 24.500 sowie Zinsen von rund RM 7.300 – standen nur Ausgaben von RM 35.477 für Personal- und Betriebskosten sowie Kosten für die Büroeinrichtung gegenüber.²³ Wie weit die Rücklagen von rund RM 241.300 für den Bau der Anlagen in Obernach reichen würde, sollte sich bald zeigen.

21 VAO, Schreiben Otto Kirschmers vom 10. 1. 1964.

22 MPGA, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 2326/2: Sitzungsprotokolle und -unterlagen (Protokoll der Verwaltungsratssitzung vom 12. 11. 1926) – VAO, Verwaltungsbericht 1926/27, S. 8.

23 VAO, Verwaltungsbericht 1926/27, S. 10 f.

3.2. Planung der Obernacher Versuchsanlagen (1926–1928)

Auf der Grundlage der Vorpläne wurde 1927 mit den Detailplanungen der institutseigenen Anlagen in Obernach begonnen. Oskar von Miller ging ganz selbstverständlich davon aus, dass der Bayerische Freistaat das vorgesehene Gelände und die benötigte Wassermenge, maximal 8 cbm/sek, zur Verfügung stellen würde. Nun begannen die Verhandlungen mit den Forstverwaltungen Krün und Wallgau wegen der Grundabtretung.²⁴ Das Forstamt Krün verpachtete auf zehn Jahre eine etwa 600 qm große Fläche für den Zuleitungskanal zu den Versuchsanlagen, das Forstamt Wallgau das zehn Hektar große Versuchsgelände.²⁵

Das erste Obernacher Bauprojekt sah die Wasserentnahme direkt aus dem Obernachkanal für die Isarüberleitung in den Walchensee vor. Durch ein Wehr aufgestaut, sollte das Wasser über ein Einlaufbauwerk mit Sandfang und einen Messüberfall in das Hauptversuchserinne und über seitliche Abzweigungen zu den Versuchsfeldern gelangen.²⁶ Ein entscheidender Nachteil dieses ersten Projekts war die direkte Wasserentnahme aus dem Obernachkanal, in dem die Isar in den Walchensee übergeleitet wurde. Damit war der Versuchsbetrieb abhängig von der Wasserführung des Obernachkanals.

Um sich über die verschiedenen Arbeiten des Instituts ein Bild zu machen, verlegte Oskar von Miller eine Sitzung des Verwaltungsrats im Oktober 1927 nach Wallgau. Besichtigt wurden verschiedene Messeinrichtungen des Instituts an der Isarzuleitung zum Walchensee. Bei der anschließenden Besprechung stellte Kirschmer dann einen modifizierten Plan zur Errichtung der Versuchsanlagen vor, das so genannte „neue Projekt“. Aus wirtschaftlichen Gründen war ein Ausbau in Teilabschnitten notwendig geworden.

Statt des ursprünglich geplanten Einlaufbauwerks sollte nun ein großes Verteilbecken errichtet werden, welchem über einen Zuleitungskanal Wasser aus dem Obernachkanal zugeführt wurde. An diesem Verteiler war der Anschluss des Hauptmesskanals vorgesehen. Weitere Messrinnen konnten bei Bedarf angeschlossen werden und ermöglichten einen schrittweisen Ausbau der Gesamtanlagen. Gleichzeitig sicherte das die Unabhängigkeit von der Wasserführung des Obernachkanals.²⁷ Otto Kirschmer beschreibt in seinen Erinnerungen die Reaktion von Millers, als er diesem das „neue Projekt“ erstmals vorlegte. Von Miller soll mit den Armen gefuchelt und immer wieder ausgerufen haben: „Was erlauben

24 Füßl: Oskar von Miller (wie Anm. 5), S. 219.

25 VAO, Pachtverträge vom 28. 7., 11. 8. und 12. 8. 1928.

26 VAO, Verwaltungsbericht 1926/27, S. 16–20 und Anlage 2.

27 MPGA, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 2315/1: Hauptakten (Bericht über die Sitzung in Wallgau am 27. 10. 1927).

Sie sich denn, junger Mann, an den Plänen Kritik zu üben und sie zu ändern!“ Kirschmer versuchte zu erklären, dass von einer Kritik keine Rede sein könne, sondern dass die für den Kauf des Grundstücks und den Ausbau vorgesehenen RM 700.000 nicht vorhanden seien und deshalb eine andere Lösung gefunden werden müsse. Nach einigem Zögern stimmte von Miller schließlich zu und genehmigte die neuen Pläne.²⁸ Die Kosten für den ersten Ausbau konnten damit auf schätzungsweise RM 250.000 reduziert werden.

Im Laufe des Jahres 1927 erhöhte sich das Personal einschließlich des Institutsvorstands auf sechs Angestellte. Hinzu kamen bis zu acht Saisonarbeiter. Otto Kirschmer wurde in seiner Eigenschaft als Vorstand zum Wissenschaftlichen Mitglied der KWG ernannt. Die neuen Möglichkeiten brachten dem Institut bald einen guten Ruf ein. Bekannte Wissenschaftler weilten am Institut in München: Die Professoren Van Leer von der Kalifornischen Landesuniversität, Adolfo Marchetti von der Universität La Plata und Munch Petersen von der TH Kopenhagen. Beachtlich sind auch die Mess- und Versuchsarbeiten dieses Jahres. Neben zahlreichen Messungen an den Bauwerken zur Überleitung der Isar in den Walchensee – u.a. am Stausee Krün, am Dücker vor Wallgau, am Sachensee und weiter an der Oberrach – wurden auch Arbeiten am Werkkanal der Mittleren Isar A.G., am Städtischen Elektrizitätswerk in Schweinfurt und im Achenseegebiet in Tirol vorgenommen. Für die Messungen wurden aus dem Personal des Instituts zwei Messtrupps aufgestellt, die Flügelmessungen und andere Messmethoden sicher beherrschten. Am Ende des zweiten Geschäftsjahrs blieb dem Institut ein Vermögen von RM 320.000, mit dem in diesem Jahr neben den Personalkosten auch die geplanten Baumaßnahmen in Oberrach bestritten werden mussten.²⁹

Anfang 1928 erschien, mit einem Vorwort von Hubert Engels (1854–1945) versehen, Heft 1 der Mitteilungen des Forschungsinstituts. Es behandelt das Thema „Vergleich zwischen Modell und Wirklichkeit“ am Beispiel eines Absturzbauwerks im Sempflutkanal der „Mittleren Isar.“³⁰ Über die Messungen dort weiß Otto Kirschmer eine Anekdote zu berichten, die Oskar von Millers Wesen und seinen Einfluss auf die Arbeit des Instituts deutlich macht: Auf die scherzhafte Frage von Ministerialrat Frank Krieger, Leiter der Mittleren Isar A.G. und Mitglied im Verwaltungsrat des Forschungsinstituts, ob Oskar von Miller Kirschmer bereits vorher zu verstehen gegeben habe, was bei der Forschungsarbeit

28 Kirschmer: Auch Professoren sind Menschen (wie Anm. 7), S. 137.

29 Ebda, Nr. 2338/1: Grundstück (Verwaltungsbericht 1927/28).

30 Otto Kirschmer: Untersuchungen der Überfallkoeffizienten und der Kolkbildungen am Absturzbauwerk I im Sempflutkanal der „Mittleren Isar.“ Vergleich zwischen Modell und Wirklichkeit. München 1928 (= Mitteilungen des Forschungsinstituts für Wasserbau und Wasserkraft e.V. München, 1).

an der Isar als Ergebnis vorliegen solle, antwortete Kirschmer: „Das nicht. Aber Herr von Miller ließ auch keinen Zweifel darüber, was nicht herauskommen soll.“³¹

1928 bezog der in der renommierten Zeitschrift „Die Naturwissenschaften“ erscheinende Tätigkeitsbericht der KWG unter der Vielzahl der Forschungseinrichtungen der KWG erstmals auch das Forschungsinstitut für Wasserbau ein. In den jährlichen Berichten wurden die wissenschaftlich Beschäftigten, die Veröffentlichungen und die laufenden Arbeiten der einzelnen Institute vorgestellt.³² Bis 1943 war alljährlich auch das Obernacher Institut dabei.

3.3. „Obernach“ entsteht (1928–1929)

Am 20. April 1928 trafen sich die Mitglieder des Verwaltungsrats und des wissenschaftlichen Beirats des Instituts in den Räumen des von Millerschen Ingenieurbüros in München zu einer Arbeitsbesprechung. Auf der Tagesordnung stand der Baubeginn in Obernach. Oskar von Miller umriss noch einmal die Notwendigkeit und die geplante Ausführung. Alle Teilnehmer begrüßten das „neue Projekt.“ Auf Vorschlag von Thoma sollte zur Ermittlung sekundlicher Durchflussmengen zusätzlich am Nordende des Versuchsfelds ein vierzig mal vierzig Meter großes Messbecken gebaut werden. Auch diese Erweiterung wurde nach längerer Diskussion einstimmig gebilligt.

An Vermögen besaß das Institut zu dieser Zeit RM 231.000. Ein Kostenvoranschlag für die erste Ausbaustufe belief sich auf RM 250.000.³³ Die Differenz von knapp RM 20.000 hoffte man durch die Beiträge neuer Mitglieder ausgleichen zu können. Im Protokoll ist vermerkt: „Es ist zu erwarten, dass die vor wenigen Wochen ergangene Werbung dem Institut eine Reihe weitere Mitglieder bringen wird, sodaß die für den Ausbau erforderlichen Mittel als sichergestellt gelten können!“³⁴ Diese Mitgliederwerbung sollte allerdings ohne Erfolg bleiben. Das aber konnte Oskar von Miller nicht wissen, als er gegen Ende der Besprechung den Verwaltungsrat und den wissenschaftlichen Beirat davon überzeugte, den Baubeginn nicht länger hinauszuschieben. Einstimmig wurde beschlossen, bei der nächsten Mitgliederversammlung im Juni 1928 einen sofortigen Baubeginn zu beantragen und

31 Kirschmer: Auch Professoren (wie Anm. 7), S. 136.

32 Tätigkeitsberichte der KWG. In: Die Naturwissenschaften 1928 bis 1943.

33 MPGA, I. Abt, Rep. 1A, Nr. 2328/1: Haushaltsplan und Jahresrechnung (Kostenvoranschlag vom 15. 6. 1928).

34 Ebda., Nr. 2315/1: Hauptakten (Protokoll der Besprechung vom 20. 4. 1928).

die für den Bau notwendigen Vorarbeiten – wie Ausschreibung, Verträge, Bauleitung usw. – sofort einzuleiten.

Diese Mitgliederversammlung legte von Miller nicht ganz zufällig auf den 15. Juni. Die Hauptversammlung der KWG tagte nämlich am 14. und 15. Juni in München. Von Miller wollte die Gelegenheit nutzen, deren Teilnehmer aus ganz Deutschland auf das Institut aufmerksam zu machen. Zu diesem Zweck lud das Forschungsinstitut am 14. Juni zu einer Besichtigungsfahrt in das Walchenseegebiet ein. Ein Sonderzug brachte die vierzig Teilnehmer nach Kochel. Nach der Besichtigung des Walchenseekraftwerks hielt Oskar von Miller einen Vortrag über die Ziele und Arbeiten des Forschungsinstituts, bevor die Fahrt mit Autos an den Walchensee hinauf ging. Nach dem gemeinsamen Mittagessen in Einsiedel wurden am Nachmittag der Bauplatz in Obernach und eine institutseigene Messstelle am Isarüberleitungskanal bei Krün besucht. Den Abschluss bildete die Fahrt über Mittenwald und Garmisch-Partenkirchen zum Eibsee-Hotel, „wo die Teilnehmer als Gäste des Forschungsinstituts inmitten einer herrlichen Gebirgswelt noch einige frohe Abendstunden verbrachten“. Ein Sonderzug brachte die Gäste um 21.15 Uhr wieder nach München.³⁵

Im Juli 1928 schien der Bau der Obernacher Anlagen finanziell gesichert zu sein. Auf eine Anfrage des Instituts hin war die KWG bereit, sich für einen Baukostenzuschuss von RM 75.000 zuerst bei der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft³⁶ und, als diese ablehnte, beim Reichsinnenministerium einzusetzen, um das geplante Messbecken zu finanzieren. Aber auch hier fiel der Antrag durch. Diese Ablehnung führte ein Jahr später zur Finanzkrise von 1929. Von Miller rechnete vorerst noch fest mit diesem Zuschuss und beauftragte Kirschmer, sich in seinem Namen bei der KWG zu bedanken.³⁷

Zielstrebig begann Kirschmer mit den Bauvorbereitungen in Obernach. Zunächst musste ein geeignetes Bauunternehmen gefunden werden. Die Ausschreibung dafür erfolgte am 3. Juli 1928. Die Baufirma Rudolf Wolle (Leipzig) mit ihrer Niederlassung in München gab das günstigste Angebot ab. Durch Eigenbeteiligung – die Belegschaft des Instituts

35 Ebda., Nr. 2315/2: Hauptakten (Protokoll der Sitzung vom 15. 6. 1928). – Garmisch-Partenkirchner Tagblatt vom 15. 6. 1928.

36 Ein Zusammenschluss verschiedener Akademien, Hochschulen, wissenschaftlicher Verbände, der KWG und staatlicher Stellen zur Rettung der deutschen Wissenschaft nach dem Ersten Weltkrieg, 1929 in Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) umbenannt. – Vgl. Notker Hammerstein: Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur 1920–1945. München 1999.

37 MPGA, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 2335/1: Finanzierung (Schreiben Otto Kirschmers vom 19. 7. und Schreiben des Forschungsinstituts vom 21. 12. 1928).

arbeitete beim Bau mit – und Eigenbau des Unterkunftshauses gelang es Kirschmer, die Bausumme auf rund RM 141.000 zu drücken. Die vom Bayernwerk unentgeltlich ausgeführten Uferkorrekturen und Sicherungen der Oberrach sowie die Verlegung der über das Versuchsgelände führenden Hochspannungsleitung entlasteten den Bauetat des Instituts weiter. Schließlich gelang es Kirschmer, die Baufirma selbst als neues Mitglied für das Institut zu gewinnen, was dem Institut einen Aufnahmebeitrag von RM 20.000 einbrachte.³⁸



Abb. 3: Bauarbeiten am Nordende des Instituts, Ende August 1928.

Am 6. August wurde mit der Einrichtung der Baustelle begonnen. Die Bauleitung übernahm Oberregierungsrat Paul Bürner, die örtliche Bauleitung Ingenieur Hans Mößlang. Am nächsten Tag begannen die Rodungsarbeiten auf einer Fläche von etwa 14 900 qm. Nach der Montage der Baumaschinen setzte ab 16. August der Vollbetrieb ein. Der Betriebsplan sah vor, am Nordende bei den Auslaufbauten zu beginnen und sich zu den Einlaufbauten vorzuarbeiten. Die größeren Aushubarbeiten unterstützte eine Baggermaschine aus München, ansonsten wurde mit der Hand ausgehoben. Die Witterung war

38 VAO, Schreiben der Fa. Rudolf Wolle, Leipzig, vom 1. 8. 1928.

günstig. Bis Dezember gab es kaum Frostrage, Schnee fiel nicht. Die Erdbewegungen (etwa 13.200 cbm) und die Betonarbeiten (etwa 2.800 cbm) waren bis Ende November zu rund drei Vierteln ausgeführt. Zum Betonieren wurde hauptsächlich Isarkies aus der Nähe von Wallgau verwendet. Der Zuleitungskanal wurde in Beton ausgeführt, der Messkanal mit drei Haltungen zum Teil als Erdgerinne mit drei Abstürzen und zum Teil als Betongerinne für eine Wassermenge von bis zu 4 cbm/sek. Das Verteilbecken im Süden des Geländes sollte 2.500 cbm Wasser fassen, das Messbecken im Norden 1.500 cbm.



Abb. 4: Blick aus dem Fenster des Messturms.

Mitte Oktober war das Büro- und Unterkunftshaus bezugsfertig. Es wurde „dem Charakter des Obernachtals entsprechend im Stil der oberbayerischen Blockhäuser erstellt“ und erhielt die postalische Hausnummer „Obernach 59 1/6.“ Die Baukosten des Hauses betragen aufgrund der Eigenleistung nur RM 13.000.³⁹ Im Winter erfolgten die Aus-

³⁹ MPGA, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 2316/3: Hauptakten (Tätigkeitsbericht für das 2. Halbjahr 1928 vom Dezember 1928, veröffentlicht in: Wasserkraft und Wasserwirtschaft 1929, Heft 1, S. 1–4). – VAO, Baurechnung vom

schreibungen für die Schütze an den Ein- und Ausläufen sowie am Messbecken. Nach der Schneeschmelze – der Winter war nach einem recht milden Auftakt außerordentlich streng und zog sich bis Ende April hin – führte die Firma Rudolf Wolle die restlichen Arbeiten aus. Die Betonierung des Messbeckens war eine der letzten Arbeiten. Besondere Schwierigkeiten traten während des Baus nicht auf. Auch ein schweres Unwetter am 21. Juni 1929 richtete keinen nennenswerten Schaden an. Dennoch zog sich der Abschluss der Bauarbeiten bis Ende September hin.⁴⁰ Schon während des Baus wurden aber umfangreiche Vorarbeiten erledigt, die für den Beginn der Versuche noch nötig waren, wie die Eichung des Zulaufkanals, Dichtungsarbeiten am Erdgerinne oder die Beschaffung und der Einbau von Messeinrichtungen.⁴¹



Abb. 5: Die fertig gestellten Anlagen im Süden des Instituts mit Verteilbecken und Einlauf in die Haltung 1 des Messkanals.

26. 7. 1929. – VDI. Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure 45 (1928), S. 1650. – Garmisch-Partenkirchner Tagblatt vom 14. 11. 1928. – Forschungen und Fortschritte 1929, Nr. 1. – Tätigkeitsbericht der KWG. In: Die Naturwissenschaften 1929, S. 302–321. – Kirschmer: Auch Professoren (wie Anm. 7), S. 137 – Hartung: Die Wasserbauversuchsanstalt Oberrach (wie Anm. 11), S. 14. – Füßl: Oskar von Miller (wie Anm. 5), S. 223.

40 MPGA, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 2317/1: Hauptakten (Verwaltungsbericht 1928/29).

41 Ebd., Nr. 2335/3: Finanzierung (Tätigkeitsbericht für das 2. Halbjahr 1929).

3.4. Die erste Finanzkrise 1929

Die KWG hatte dem Forschungsinstitut im Dezember 1928 die weitere Unterstützung zugesagt. Die Finanzierung der Versuchsanlagen in Oberrach schien gesichert. Da ging am 13. März 1929 in München ein Schreiben des Generaldirektor der KWG, Friedrich Glum, ein. Glum kündigte an, dass sich der erwartete Zuschuss von RM 75.000 verzögern werde: „Ich muß Ihnen leider eine Enttäuschung bereiten. Der Reichstag hat beschlossen, den Haushaltsplan für 1929 nicht mehr vor April zu verabschieden, sondern lediglich einen Notetat für 3 Monate zu bewilligen. [...] Leider können wir vor Bewilligung des Etats die für das Wasserkraftinstitut eingestellte Summe in den nächsten Monaten nicht zur Verfügung stellen.“⁴² Otto Kirschmer hoffte vorerst noch darauf, dass es sich nur um eine kurze zeitliche Verzögerung handeln würde.⁴³ Doch schon bald kam der endgültige Bescheid aus Berlin: „Leider ist das von uns Befürchtete eingetreten, nämlich eine erhebliche Kürzung des Etats der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft für dieses Jahr durch den Reichstag. [...] Infolgedessen werden wir in diesem Jahr nicht in der Lage sein, dem Forschungsinstitut für Wasserbau den von ihm erbetenen Baukostenzuschuß in Höhe von RM 75.000 zu gewähren [...]“⁴⁴ Oskar von Miller war überrascht und bestürzt über diese vollkommene Streichung. Das Forschungsinstitut sei unter Mitwirkung der KWG gegründet worden. Zudem säßen zwei Persönlichkeiten der Gesellschaft – damit meinte er sich und Friedrich Glum – als Mitglieder im Verwaltungsrat.⁴⁵ Oskar von Miller machte, ganz gegen seine ursprünglichen Absichten, die KWG verantwortlich für das Schicksal des Instituts.

In der Sitzung des Verwaltungsrats am 14. Mai 1929 – also anderthalb Jahre vor der eingangs erwähnten Sitzung –, im Protokoll als „Sitzung über die Zukunft des Institutes“ bezeichnet, wurde deutlich, dass die Mittel des Instituts aufgebraucht waren und der weitere Betrieb von einem Zuschuss abhängig war. Über die unverändert ablehnende Haltung der KWG war von Miller so verärgert, dass er Glum den Vorsitz im Verwaltungsrat anbot. Nachdem aber Glum für dieses Jahr doch noch eine Soforthilfe von RM 25.000 in Aussicht stellte, blieb Oskar von Miller im Amt. Allerdings ließ sich Glum als Schatzmeister wählen, um besseren Einblick in die Geschäftsführung des Instituts zu bekommen.⁴⁶ Die finanziell

42 Ebd., Nr. 2335/1 (Schreiben Friedrich Glums vom 13. 3. 1929).

43 Ebd., Nr. 2335/1 (Schreiben Otto Kirschmers vom 23. 3. 1929).

44 Ebd., Nr. 2335/1 (Schreiben Friedrich Glums vom 23. 3. 1929).

45 Ebd., Nr. 2335/1 (Schreiben Oskar von Millers vom 27. 4. 1929).

46 Ebd., Nr. 2335/2 (Aufzeichnung Friedrich Glums vom 17. 5. 1929). – Füßl: Oskar von Miller (wie Anm. 5), S. 220 und 404.



Abb. 6: Vergleichsmessungen verschiedener Messmethoden an den Druckrohren des Walchenkraftwerks, 1929.

angespannte Lage entwickelte sich insofern erfreulich, als dass dem Institut im Laufe des Jahres 1929 fünf neue Mitglieder beitraten. Die Mitgliederzahl stieg somit auf 15. Die Neumitglieder waren: die Bayerischen Stickstoffwerke A.G. (Berlin), die Innwerke, Bayerische Aluminium A.G. (München), die Stadt Nürnberg, die Maschinenfabrik J.M. Voith (Heidenheim) und die A.G. der Maschinenfabriken Escher Wyss & Cie. (Ravensburg).⁴⁷

Mit der Soforthilfe der KWG und den Aufnahmegebühren der neuen Mitglieder konnte der Haushalt für das Jahr 1929 ausgeglichen werden. Weitere Unterstützungsanträge in diesem Jahr blieben aber erfolglos. So lehnte z.B. die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft ein neuerliches Gesuch mit der Begründung ab, sie könne keine „Muttermilch“ geben. Kirschmers Antwort: „Das Forschungsinstitut hat das Säuglingsstadium längst hinter sich.“⁴⁸

47 MPG A, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 2325/1: Verwaltungsrat (Zusammensetzung des Personals des Forschungsinstituts, Stand 1. 4. 1929).

48 Ebd., Nr. 2335/1: Finanzierung (Schreiben Otto Kirschmers vom 23. 3. 1929).

3.5. Eine Phase der Konsolidierung (1930–1931)

Mit RM 44.000 floss der Zuschuss der KWG für das Geschäftsjahr 1930 nochmals reichlich. In einem Schreiben an die KWG war Kirschmer auch hinsichtlich der Auftragslage sehr zuversichtlich und sprach von einer raschen Aufwärtsbewegung des Instituts.⁴⁹ Unter den zahlreichen Arbeiten der Jahre 1929 und 1930 sind die Vergleichsmessungen an der Rohrleitung des Walchenseekraftwerks hervorzuheben. Dabei wurden vier verschiedene Messmethoden, darunter auch Flügelmessungen, miteinander verglichen. Den Versuchsbericht veröffentlichte Kirschmer in der Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure.⁵⁰ Für die Flügelmessungen stiftete die Firma Ott in Kempten dem Institut geeichte Messflügel.

1930 wurde auf dem Forschungsgelände eine meteorologische Beobachtungsstation eingerichtet. Die Instrumente dafür stiftete das Bayernwerk. Erste Aufzeichnungen liegen vom November 1930 vor. Die Station, später eine Außenstelle der Landeswetterwarte, wurde fast genau 75 Jahre betrieben. Die Messungen wurden im Dezember 2005 eingestellt.⁵¹

Zwischen acht und zehn Wissenschaftler waren 1929 und 1930 in Obernach tätig, hinzu kamen ebenso viele Arbeiter.⁵² Von den vielen durchgeführten Versuchen seit Bestehen der Forschungseinrichtung waren aber nur wenige abgeschlossen oder deren Ergebnisse der Fachwelt zugänglich gemacht. Im Jahresbericht für das Jahr 1929 schränkte Kirschmer ein, dass von den früheren Versuchen bei vielen das Beobachtungsmaterial noch nicht zu einer Veröffentlichung ausreiche.⁵³ Damit brachten diese Untersuchungen für das Institut keinen finanziellen Nutzen.

Allerdings verlagerte sich der Schwerpunkt der Arbeiten von der Grundlagenforschung zur Auftragsforschung. Diese Wende war für das weitere Bestehen des Instituts unerlässlich. „Es sind in erster Linie solche Versuche und Probleme zu bearbeiten, die beim Auftraggeber unmittelbar zu einer Einsparung an Baukosten führen können. Das Institut muß von sich aus an Bauherren, Baufirmen und Maschinenfabriken herantreten, um sie zur Durchführung bestimmter Versuche zu gewinnen“, heißt es in einem Vorschlag

49 Ebd., Nr. 2328/6: Haushaltsplan und Jahresrechnung (Schreiben Otto Kirschmers vom 21. 1. 1930). – Nr. 2331/5: Haushaltsplan und Jahresrechnung (Zusammenstellung aller KWG-Zuschüsse vom 2. 7. 1935).

50 Otto Kirschmer: Vergleichs-Wassermessungen am Walchenseewerk. In: VDI. Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure 74 (1930) 17, S. 521–528.

51 VAO, Wetteraufzeichnungen 1930–2005.

52 MPGA, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 2317/2: Hauptakten (Tätigkeitsbericht für das 2. Halbjahr 1930).

53 Ebd., Nr. 2317/2 (Verwaltungsbericht 1929/30).

für ein Arbeitsprogramm des Instituts, bei dem auch Prof. Ludwig Prandtl mitarbeitete.⁵⁴ Eine Stellungnahme Oskar von Millers zu diesem Arbeitsprogramm ist in den Akten nicht erhalten. Deshalb ist anzunehmen, dass das Programm in seinem Sinne war. In seiner Oskar-von-Miller-Biographie schreibt Wilhelm Füßl über die Ausrichtung des Forschungsinstituts und die Intention seines Gründers, dass von Miller zuerst den Eindruck vermittelte, „eine Einrichtung [in Oberrach] gründen zu wollen, die ähnlich wie andere Institute der KWG Grundlagenforschung betreiben sollte. [...] Das Institut bekam so einen wissenschaftlichen Anspruch, den Miller bei der Geldeinwerbung gut gebrauchen konnte. In der Praxis dachte sich Miller die Aufgabenstellung des Instituts anders. [...] Seine Zielsetzung war, eine Versuchsanlage zu schaffen praktische Fragen des Wasserbaus zu klären und damit Geld zu verdienen.“⁵⁵

Wie wenig Oskar von Miller nämlich die theoretische, rein wissenschaftliche Arbeit schätzte, musste auch Kirschmer erfahren. Als er 1928 seine erste Oberracher Studie „Untersuchung der Überfallkoeffizienten“⁵⁶ vorlegte, hat von Miller Kirschmer zufolge die Arbeit abgetan mit den Worten: „Dazu brauche ich Sie nicht, da hole ich mir einen Dienstmann am Stachus, der macht es genauso.“⁵⁷ Vielleicht hat diese Differenz bei der Ausrichtung der Versuchsanstalt dazu beigetragen, dass Kirschmer beruflich nach einer anderen Herausforderung Ausschau hielt. Ende Juli 1930 erhielt Otto Kirschmer einen Ruf an die TH Dresden. Als seinen Nachfolger schlug er Dipl.-Ing. Bernhard Esterer vor, der schon seit 1929 in Oberrach beschäftigt war.⁵⁸

Noch ein weiteres Ereignis dieses Jahres hatte Auswirkungen auf Oberrach: Am 10. Juli starb dessen Förderer und Wegbereiter Adolf von Harnack in Heidelberg. Sein Nachfolger als Präsident der KWG wurde Max Planck.

54 Ebd., III. Abt., Rep. 61 Nachlass Ludwig Prandtl, Nr. 473 (Vorschläge für Arbeitsprogramme vom 3. 3. und vom 13. 3. 1930).

55 Füßl: Oskar von Miller (wie Anm. 5), S. 225–227.

56 Kirschmer: Untersuchungen (wie Anm. 30).

57 Kirschmer: Auch Professoren (wie Anm. 7), S. 136.

58 MPGA, II. Abt. Max-Planck-Gesellschaft, Rep. 1A Generalverwaltung, Personalakte Otto Kirschmer (Schreiben Otto Kirschmers vom 15. 12. 1930).

3.6. Die zweite Krise 1931

Im Dezember 1930 geriet die KWG erneut in eine ernste Finanzlage und sah sich wieder gezwungen, ihre Zuschüsse zu kürzen. Nach einem Beschluss der Finanzkommission der Gesellschaft sollten die Einsparungen hauptsächlich beim Forschungsinstitut in Oberrach erzielt werden.⁵⁹ Präsident Max Planck nahm als Gast an dieser Sitzung teil.⁶⁰ Der Gedanke liegt nahe, dass bei dieser Entscheidung der Finanzkommission die angesprochene wirtschaftliche Ausrichtung des Instituts eine Rolle gespielt haben könnte. In mehreren persönlichen Schreiben versuchte Max Planck, Oskar von Miller von den Beschlüssen der KWG zu überzeugen. Planck führte an, dass bei Instituten, die aus Beiträgen der Wirtschaft mitfinanziert werden – und dazu gehörte das Institut in Oberrach – nurmehr der bei der Gründung zugesicherte Betrag bezahlt werden könne. Diese Institute hätten immerhin die Möglichkeit, leichter neue Einnahmequellen zu erschließen, indem sie Auftraggeber aus der Wirtschaft verstärkt zur Finanzierung heranzögen.⁶¹ Außerdem hätten er, Planck, und auch der große Förderer und Berater der KWG, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach (1870–1950), der Gründung des Oberracher Instituts überhaupt nur zugestimmt, nachdem von Miller versichert hatte, dass es sich „nur um eine Beteiligung der KWG an einem von anderer Seite finanzierten Institut handle.“⁶²

Den weiteren Ablauf gibt das eingangs beschriebene Krisengespräch wieder. Der von Kirschmer und Esterer gemeinsam entworfene Notetat zeigt, dass die eigenen Einnahmen nur sieben Prozent des Haushalts ausmachten: Die für das Jahr 1931 zur Verfügung stehende Gesamtsumme von RM 57.000 setzte sich zusammen aus einem Vermögensrest von RM 22.000, den Mitgliedsbeiträgen von RM 31.000 und den Versuchseinnahmen von nur RM 4.000.⁶³ Das Institut war zwar, um mit Kirschmers Worten zu sprechen, dem Säuglingsalter entwachsen, aber es konnte noch lange nicht auf eigenen Beinen stehen. Da von Miller bei seinem Entschluss blieb, als Vertreter der KWG auszuscheiden, aber bereit war, den Vorsitz im Verwaltungsrat zu behalten, ließ er für den 13. Februar eine Sitzung einberufen, denn bisher war das Amt des Verwaltungsratsvorsitzenden an einen Vertreter

59 Ebd., I. Abt., Rep. 1A, Nr. 2328/1: Haushaltsplan und Jahresrechnung (Beschluss der Finanzkommission vom 10. 12. 1930). – Füll: Oskar von Miller (wie Anm. 5), S. 224.

60 MPGA, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 2328/7: Haushaltsplan und Jahresrechnung (Schreiben Max Plancks vom 9. 1. 1931).

61 Ebd., Nr. 2326/4: Sitzungsprotokolle und -unterlagen (Schreiben Max Plancks vom 12. 1. 1931).

62 Ebd., Nr. 2335/5: Finanzierung (Schreiben Krupps vom 24. 1. 1931).

63 Ebd., Nr. 2336/1 (Schreiben Otto Kirschmers vom 3. 2. 1931).

des Reichs, des bayerischen Staats oder der KWG gebunden. Durch eine Änderung der Satzung im April 1931 entfiel diese Bindung.⁶⁴

Eine weitere Sitzung am 27. Februar 1931 in Berlin, bei der es ausschließlich um die Finanzierung des Instituts ging, zeigt, dass der KWG-Präsident Max Planck das Institut und seine Sorgen ernst nahm. Er überraschte seinen alten Schulfreund von Miller – beide kannten sich aus der Zeit, als sie die selbe Klasse des Maximilians-Gymnasiums in Schwabing besuchten⁶⁵ – mit der Mitteilung, der Jahresbeitrag der KWG und der ebenfalls von ihr bezahlte Reichszuschuss werde sich ab sofort verdoppeln, nämlich von bisher RM 8.000 auf RM 16.000.⁶⁶ Planck kündigte zudem an, dass sich die KWG intensiv auf die Suche nach neuen Mitgliedern begeben werde. Nachdem auch noch einige Mitglieder des Instituts bereit waren, ihren Jahresbeitrag für das Jahr 1931 zu verdoppeln, sah sich Oskar von Miller in seinem Optimismus veranlasst, sogleich den Etat des Instituts von etwa RM 70.000 auf RM 119.000 zu erhöhen.⁶⁷ In einem Brief an Planck gibt von Miller seiner Freude über diese positive Entwicklung Ausdruck: „[...] indem ich die Gelegenheit benütze, für Deine Bemühungen für das Forschungsinstitut zu danken, verbleibe ich in alter Freundschaft Dein getreuer Oskar Miller!“⁶⁸

Max Planck besuchte am 15. März 1935 in Begleitung seiner Frau das Forschungsinstitut in Oberrach. Planck war begeistert von den Einrichtungen und wünschte schon im Vorfeld, alle Mitarbeiter persönlich kennen zu lernen. Auch wollte er sich für die Belange des Instituts einsetzen.⁶⁹ Auswirkungen auf die Zukunft des Instituts, etwa durch eine verstärkte finanzielle Unterstützung, hatte dieser Besuch aber nicht.

64 Ebda., Nr. 2326/4: Sitzungsprotokolle und -unterlagen (Bericht über die Sitzung des Verwaltungsrats und der Mitgliederversammlung vom 13. 2. 1931). – VAO, Satzung des Forschungsinstituts nach der Änderung vom 16. 4. 1931.

65 www.roro-seiten.de vom 12. 1. 2007.

66 MPGA, III. Abt., Rep. 61, Nr. 473 (Bericht der Sitzung am 27. 2. 1931).

67 Ebda., I. Abt., Rep. 1A, Nr. 2336/3: Finanzierung (Schreiben Friedrich Glums vom 17. 2. und 7. 3. 1931). – VAO, Bericht Otto Kirschmers über das Forschungsinstitut vom Februar 1931.

68 MPGA, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 2336/4: Finanzierung (Schreiben Oskar von Millers vom 20. 3. 1931).

69 Ebda., Nr. 2318: Hauptakten (Schreiben an Bernhard Esterer vom 20. 2. 1935).

4. Das Forschungsinstitut gewinnt an Bedeutung

4.1. Die Welt kommt nach Obernach

Prof. Hubert Engels, von 1890 bis 1924 Professor für Wasserbau an der TH Dresden, besuchte am 8. August 1929 das Obernacher Institut und gewann den besten Eindruck von den zu diesem Zeitpunkt fast fertigen Anlagen.⁷⁰ Engels beabsichtigte, in Obernach Modellversuche über den Geschiebetransport in geraden und gewundenen Flussläufen durchzuführen. Ende 1929 wurden die Pläne für ein von ihm vorgeschlagenes, hundert Meter langes und zehn Meter breites Flussbaugerinne ausgearbeitet. Etwa 1.300 cbm Erdbewegungen waren für den Bau dieser Anlage im Sommer 1930 erforderlich. Die Versuche führte Engels im Juli und August 1931 selbst durch.⁷¹ Dieses Bauwerk dient auch heute noch für Versuche und trägt noch immer den Namen „Engels-Gerinne“.



Abb. 7: Hubert Engels mit Ehefrau am 8. August 1929 in Obernach.

70 Ebda., Nr. 2316/3: Hauptakten (Schreiben Hubert Engels' vom 8. 8. 1929). – Ebda., Nr. 2335/2: Finanzierung (Tätigkeitsbericht für das 2. Halbjahr 1929).

71 Ebda., Nr. 2317/2: Hauptakten (Verwaltungsbericht 1929/30, Tätigkeitsbericht für das 2. Halbjahr 1930 sowie Verwaltungsbericht 1930/31).

Auf Grund dieser Versuche bestellte die Flood Relief Commission der Chinesischen Regierung Engels 1932 zum Gutachter für Regulierungsarbeiten am Hwang Ho, dem „Gelben Fluss“ (heute Huang He).⁷² Der Fluss, der in seinem Unterlauf auf einer Strecke von mehr als 500 Kilometern auf einem flachen, vom Fluss selbst angeschütteten Schwemmkegel fließt, hatte immer wieder für Überschwemmungskatastrophen gesorgt, die mehr als eine Million Menschenleben forderten. Die Modelluntersuchungen dieses Großprojekts wurden in Oberrach im Engels-Gerinne durchgeführt. Sie trugen den Namen des Instituts bald in die Welt hinaus,⁷³ machten es aber auch in Deutschland bekannt. In einer auf allen deutschen Sendern übertragenen Rundfunkreportage, aufgenommen in Oberrach, wurde am 19. Mai 1935 über das Institut und die Versuche für China berichtet.⁷⁴ 1932 erfolgten die ersten Hwang Ho-Versuche am geradlinigen Modell, wobei hauptsächlich die Räumungskraft des Flusses bei Hochwasser untersucht wurde. Das Problem: Für die Modellversuche musste ein Schwemmstoff gefunden werden, der annähernd die gleiche Bewegungsfähigkeit aufweisen sollte wie der chinesische Löss des Hwang Ho. Nach einer Reihe von Vorversuchen, zu denen auch Original-Löss aus China in Kisten angeliefert wurde,⁷⁵ stellte sich heraus, dass der Kohlegries des bayerischen Pechkohlenbergwerks Penzberg dem Original sehr nahe kam. Für die Versuche wurden mehrere große Pumpen und eine 200 Meter lange Rohrleitung erworben. Sie versorgten das Versuchsgerinne mit Wasser im Kreislaufbetrieb. Dieses Verfahren wurde damals zum ersten Mal mit Erfolg angewandt und ist heute beim Versuchsbetrieb selbstverständlich.⁷⁶

Die Versuchsarbeiten dauerten von Mai bis Oktober 1932. Bis zu sechs Wissenschaftler, ein Ingenieur aus China und zwanzig Arbeiter waren daran beteiligt.⁷⁷ Die Ergebnisse führten 1934 zu einem Folgeauftrag des National Economic Council of China. Die zweite Versuchsreihe wurde an einer gewundenen Flussstrecke durchgeführt und bestätigte En-

72 Helmut Scheuerlein: Der Gelbe Fluss – nach wie vor Chinas Sorge. Die Unerbittlichkeit der Natur gegenüber 4000 Jahren menschlicher Bemühungen. In: Berichte des Lehrstuhls und der Versuchsanstalt für Wasserbau der TU München, 45. München/Oberrach 1981, S. V/1–43 (hier S. V/8).

73 Garmisch-Partenkirchner Tagblatt vom 29. 9. 1932. – Kirschmer: Auch Professoren (wie Anm. 7), S. 138. – Kurzberichte über die Forschungsarbeiten seit 1958, hg. von der Versuchsanstalt für Wasserbau und Wassermengewirtschaft der Technischen Universität München. München und Oberrach 1970, S. 2. – Hartung: Die Wasserbauversuchsanstalt Oberrach (wie Anm. 11), S. 19.

74 MPGA, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 2320/2: Hauptakten (Verwaltungsbericht 1935/36).

75 Knauss und Scheuerlein: Aus der Geschichte (wie Anm. 16), S. 260.

76 25 Jahre KWG (wie Anm. 16), Bd. 2: Die Naturwissenschaften, S. 139–148.

77 MPGA, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 2330/1: Haushaltsplan und Jahresrechnung (Tätigkeitsbericht für das 2. Halbjahr 1932).

gels' Gedanken, wonach der Fluss wegen seiner Dynamik statt einer geraden eine gewundene Führung haben sollte.⁷⁸

In zweifacher Hinsicht haben die Untersuchungen von Hubert Engels am Hwang Ho-Modell in Oberrach bleibende Bedeutung. Engels war es gelungen, die Fachwelt von den großen Möglichkeiten des Oberracher Forschungsinstituts zu überzeugen. Gleichzeitig machte er den Namen des Instituts nicht nur in Deutschland, sondern auch international bekannt. Der Verwaltungsrat ernannte Hubert Engels nicht zuletzt deshalb anlässlich seines 80. Geburtstags am 25. Januar 1934 zum Ehrenmitglied des Instituts und würdigte damit seine großen Verdienste für Oberrach.⁷⁹ 1935 wurden Engels' Modellversuche in Oberrach von der chinesischen Regierung mit der Verleihung des Verdienstordens „Pao Kuang“ gewürdigt.⁸⁰



Abb. 8: Das Hwang Ho-Modell, abgebildet in den 1935 in China veröffentlichten Berichten über die Versuche Engels' in Oberrach.

- 78 VAO, Zusammenstellung „Der Hwang Ho. Deutsche Ingenieure sollen den chinesischen Riesenüberschwemmungen ein Ende bereiten“, 1932. – Hubert Engels: Großmodellversuche über das Verhalten eines stark schwemmstoffführenden, mit geradlinigen befestigten Mittelwasserufern versehenen Flusslaufes bei verschiedenen Breiten des Hochwasserbettes, hg. im Auftrag der Flood Relief-Commission der chinesischen Regierung, China 1935. – Christian Keutner: Modellversuche über das Verhalten eines schwemmstoffführenden Flusses mit befestigtem Mittelwasserbett und befestigten Vorländern. In: Die Bautechnik 1936, Heft 6 (Sonderdruck), S. 2–12. – Tätigkeitsbericht der KWG. In: Die Naturwissenschaften 1936, S. 142–144. – Garmisch-Partenkirchen Tagblatt vom 25. 6. 1938. – Scheuerlein: Der Gelbe Fluss (wie Anm. 72), S. V/16–29.
- 79 MPG A, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 2318/3: Hauptakten (Schreiben Wilhelm Weigmanns vom 18. 11. 1933). – Willi H. Hager: Hydraulicians in Europe 1800–2000. Delft 2003, S. 224. – Theodor Strobl und Peter Schwarz: Hubert Engels und Oberrach. In: Wasserwirtschaft 94 (2004), Heft 12, S. 48 f. (hier S. 49).
- 80 Günter Lehmann: Vor 150 Jahren wurde der Altmeister des Wasserbaus Hubert Engels in Mühlheim an der Ruhr geboren. In: Mühlheim an der Ruhr. Jahrbuch 2004 (Sonderdruck), S. 6. – Strobl und Schwarz: Hubert Engels (wie Anm. 79), S. 49.

Im Juli 1930 besuchte mit John R. Freeman (1855–1932) aus Providence (USA) ein weiterer namhafter Wasserbauer das Institut. Freeman erkannte sofort die einmaligen Möglichkeiten der Oberracher Anlagen und schickte in den Folgejahren eine Reihe amerikanischer Ingenieure, Professoren und Offiziere des Corps of Engineers als so genannte „Freeman-Scholars“ nach Oberrach, darunter auch Prof. Hunter Rouse (1906–1996) vom Massachusetts Institute of Technology.⁸¹ Rouse forschte ab 1930 für mehrere Jahre in Oberrach und veröffentlichte in amerikanischen Fachzeitschriften wissenschaftliche Abhandlungen über den Versuchsbetrieb und das Forschungsinstitut am Walchensee. Darunter findet sich auch ein zwanzigseitiger Bericht über das „Research Institute at Oberrach, near Munich, the World’s Largest Open-Air Hydraulic Experiment Station“. Sein Aufsatz „Night Watch at Oberrach“ aus dem Jahr 1934, in dem Rouse zusammenfassend über seine Tätigkeiten berichtet, hat fast lyrischen Charakter.⁸² Die wissenschaftlichen Verbindungen mit den USA blieben bis Mitte der 1930er Jahre intensiv und brachen erst ab, als sich die politische Situation in Deutschland immer mehr änderte. John R. Freeman, der die ersten Kontakte geknüpft hatte, wurde 1931 auf Betreiben Kirschmers in den wissenschaftlichen Beirat des Instituts berufen, dessen Mitglied er bis zu seinem Tod am 7. Oktober 1932 blieb.⁸³

1932 liefen im Forschungsinstitut noch die Planungsarbeiten für ein etwa 400 Meter langes Großmodell des unteren Mississippi, in dem die Schlammführung des Flusses untersucht werden sollte. Sechs große Klärbecken waren vorgesehen, um das im Umwälzbetrieb durch das Modell fließende Wasser wieder zu reinigen. Warum das Modell in Oberrach nicht gebaut wurde, ist nicht mehr bekannt.⁸⁴

Die Versuchsanstalt in Oberrach beeindruckte die Fachwelt, zog Besucher an, und animierte zur Nachahmung. Aus aller Welt kamen am 1. Juli 1930 etwa dreißig Teilnehmer der Weltkraftkonferenz in Berlin und besichtigten die Versuchsanlage in Oberrach.⁸⁵

81 Hartung: Die Wasserbauversuchsanstalt Oberrach (wie Anm. 11), S. 16 f. und 27.

82 **Hunter Rouse: Great German Hydraulic Laboratory. The research Institute for Hydraulic Engineering and Water Power.** In: Civil Engineering, May 1931, S. 715–720. – Ders.: Research Institute for Hydraulic Engineering and Water Power. Description of the latest Project of the Kaiser Wilhelm Society for the promotion of Science at Oberrach, near Munic. In: Transactions of the A.S.M.E. 54 (1932), S. 27–45. – Ders.: Night Watch at Oberrach. The World’s largest Open-Air Hydraulic Experiment Station. In: Technology Review, Dec. 1932, S. 90–93, ND in: Hydraulics, Mechanics of Fluids, Engineering Education. Selected Writings of Hunter Rouse, ed. by John F. Kennedy and Enzo O. Macagno. New York 1971.

83 MPGA, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 2317/2: Hauptakten (Verwaltungsbericht 1930/31, S. 2).

84 VAO, Bericht über die Vorversuche zum Projekt „Modellgerinne für den Unteren Mississippi“, 1932.

85 MPGA, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 2317/2: Hauptakten (Verwaltungsbericht 1930/31, S. 3).



Abb. 9: Hunter Rouse 1930 in Oberrach.

Otto Kirschmer führt in seinen Erinnerungen die Gründung zweier bedeutender Wasserbauversuchsanstalten auf das Forschungsinstitut in Oberrach zurück. In Moskau entstand das Zaghi-Institut nach dem Oberracher Vorbild, ebenso die „Waterways Experiment Station“ in Vicksburg am Mississippi.⁸⁶

⁸⁶ Kirschmer: Auch Professoren (wie Anm. 7), S. 138 f.

4.2. Oskar von Millers Abschied 1933

Die von der KWG versprochene Mitgliederwerbung war sehr erfolgreich. 1931 konnten sechs neue Mitglieder gewonnen werden. Fortan gehörten 22 Mitglieder dem Forschungsinstitut an, darunter auch zwei ausländische Unternehmen. Die neuen Mitglieder waren: die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) A.G. (Essen), die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) (Berlin), die Bauunternehmung Karl Stöhr (München), Generaldirektor Dr. Karl Vögler, Dortmund (als Einzelperson), Norsk Hydro-Elektrisk Kvaelstof-Aktieselskab (Oslo), die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. W. Lahmeyer & Co. (Frankfurt a.M.) und die Österreichische Kraftwerke A.G. (Linz).

Das Interesse an den Großversuchen im Engels-Gerinne führte im Sommer 1931 mehr als 300 Besucher nach Oberrach. Im Juli waren 45 Ingenieure und Arbeiter beschäftigt, um die anstehenden Aufgaben zu erledigen. Dipl.-Ing. Bernhard Esterer führte seit Anfang des Jahres die Geschäfte im Forschungsinstitut. Otto Kirschmer war von Dresden aus als zweiter Vorstand tätig. Das Interesse an den Arbeiten des Instituts lässt sich an den Zuwendungen für Forschungsaufträge ablesen. Größere Beträge kamen von den Siemens-Schuckert-Werken für die flussbaulichen Großversuche und den Rhenania-Ossag Mineralölwerken für die Versuche über Kanalauskleidungen mit Asphalt. Das Vermögen des Instituts wurde im Jahresbericht 1931/32 mit rund RM 302.000 angegeben.⁸⁷

In der Verwaltungsratssitzung am 18. Juni 1932 wurde Ministerialdirektor Prof. Dr. Wilhelm Weigmann (1874–1939) von der Obersten Baubehörde in München als zweiter Vorsitzender in den Vorstand des Verwaltungsrats gewählt. Ein etwas müde wirkender Oskar von Miller leitete diese Sitzung im Bibliotheksbau des Deutschen Museums. Im Protokoll dieser Sitzung erscheint sein Name nur unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“.⁸⁸

Im September und Oktober 1932 begaben sich die beiden Institutsvorstände Esterer und Kirschmer gemeinsam auf Studienreise in die Sowjetunion, um die dortigen wasserbaulichen Forschungseinrichtungen und die neuen großen Wasserkraftwerke kennen zu lernen. Die Reise ermöglichte ihnen ein Stipendium der Oskar-von-Miller-Stiftung.⁸⁹

Ein besonderer Erfolg war im Oktober 1932 die Herausgabe des zweiten Heftes der Instituts-Mitteilungen über die „Brauchbarkeit von Asphalt und Teer zur Dichtung und Befestigung von Erdbauten“. Die erste Auflage war bereits nach wenigen Wochen vergriffen.

87 MPG, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 2326/5: Sitzungsprotokolle und -unterlagen (Verwaltungsbericht 1931/32).

88 Ebd. (Protokoll der Verwaltungsratssitzung am 18. 6. 1932).

89 Ebd., Nr. 2330/1: Haushaltsplan und Jahresrechnung (Verwaltungsbericht des 7. Geschäftsjahrs 1932/33).



*Abb. 10: Oskar von Miller vor dem Gedenkstein
auf dem Institutsgelände in Oberrach, 31. Juli 1933.*

Insgesamt erschienen drei Auflagen.⁹⁰ Im Sommer dieses Jahres begannen auch die Arbeiten über die Bewährung von Drahtnetzbauten. Die Ergebnisse waren später in dem grundlegenden Werk „Die Verwendung von Drahtnetzkörpern im Wasserbau“⁹¹ nachzulesen.

Während das Institut in Oberrach immer mehr aufblühte, verließen seinen geistigen Vater mehr und mehr die Kräfte. „In einer am 6. März 1933 stattgehabten Sitzung des Verwaltungsrates gab Geh. Baurat Exz. von Miller bekannt, dass er den Vorsitz niederlege“, heißt es lakonisch im Protokoll dieser Sitzung. Als Gründe führte er neben seinem hohen Alter – von Miller war immerhin schon 78 Jahre alt – und einem Augenleiden, das ihm das Lesen und Schreiben unmöglich mache, ein Herzleiden an.⁹² Zum Nachfolger als Vorsitzender des Verwaltungsrates wurde auf Vorschlag von Millers Ministerialdirektor Prof. Dr. Wilhelm Weigmann gewählt.

Etwa gleichzeitig mit seinem Rücktritt in Oberrach wurde von Miller die Mitgliedschaft im Senat der KWG entzogen. Der Präsident der KWG, Max Planck, teilte von Miller mit, die Entscheidung sei auf den Beschluss der Mitgliederversammlung der KWG zurückzuführen, den Senat zu verkleinern. Hinter dieser Entscheidung steckte aber mehr. Den eigentlichen Grund für das Vorgehen der KWG deutete von Miller in seinem Antwortschreiben an, in dem er deutlich seiner Enttäuschung Ausdruck verlieh: „Hätte ich von den Vorgängen gewusst, so würde ich selbst gebeten haben, mich von der Stelle eines Senators zu entheben. In der jetzigen Zeit halte ich es für wünschenswert, für derartige Ämter jüngere Kräfte zu wählen, die sich den veränderten Verhältnissen leichter anpassen können.“ Oskar von Miller war in seiner offenen und, wenn es sein musste, lautstarken Art den neuen Machthabern des Naziregimes offensichtlich unbequem geworden.⁹³

In der Sitzung des Verwaltungsrats und der Mitgliederversammlung am 31. Juli 1933 wurde Oskar von Miller zum Ehrevorsitzenden des Forschungsinstituts gewählt. In der der Versammlung folgenden Besichtigung der Versuchsanlagen in Oberrach errichtete die Belegschaft dem „Schöpfer und Förderer dieses wissenschaftlichen Unternehmens zu Pfl-

90 Versuche über die Brauchbarkeit von Asphalt und Teer zur Dichtung und Befestigung von Erdbauten. München/Berlin 1933 (= Forschungsinstitut für Wasserbau und Wasserkraft e.V. München, Mitteilungen 2).

91 Christian Keutner: Die Verwendung von Drahtnetzkörpern im Wasserbau. München/Berlin 1935 (= Forschungsinstitut für Wasserbau und Wasserkraft e.V. München, Mitteilungen 4).

92 MPG, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 2318/1: Hauptakten (Protokoll über die Sitzung des Verwaltungsrats vom 6. 3. 1933). – Ebda., Nr. 2330/1: Haushaltsplan und Jahresrechnung (Verwaltungsbericht 1932/33). – Ebda., III. Abt., Rep. 61, Nr. 474 (Rücktrittserklärung Oskar von Millers vom 10. 4. 1933).

93 Ebda., II. Abt., Rep. 1A, Nr. 3000/3, Personakte Oskar von Miller (Schreiben Max Plancks vom 30. 5. 1933 und Schreiben Oskar von Millers vom 3. 6. 1933). – Füßl: Oskar von Miller (wie Anm. 5), S. 225.

ge und Schutz“ auf dem Institutsgelände einen Gedenkstein.⁹⁴ Die Versuchsanstalt hat bis heute diesen Auftrag erfüllt. Auch der Gedenkstein steht heute noch am Eingang der Versuchsanstalt für Wasserbau und Wasserwirtschaft, die seit 1962 zu Ehren ihres Gründers den Namen Oskar-von-Miller-Institut trägt.

Oskar von Miller starb am 9. April 1934 in München. „Ein unbesiegbarer Kämpfer für seine Ideen im Dienste der Allgemeinheit – ein ganz Großer der Technik ist aus unserer Mitte geschieden“,⁹⁵ heißt es in einem Nachruf auf den Technikpionier.

4.3. Erste Kavitationsversuche

Trotz aller finanziellen Sorgen lief der tägliche Betrieb im Institut weiter. Seit 1934 betrieb das Institut einen Versuchsstand, an dem Untersuchungen von Werkstoffzerstörung durch Kavitation durchgeführt wurden. Durch das Entgegenkommen der Bayernwerk AG wurde für diese besonderen Versuche an einer Druckleitung des Walchenseewerkes ein Ausleitungsanschluss angebracht. Damit waren Messungen bei Wassergeschwindigkeiten bis zu 60 m/sek möglich. In einer eher provisorisch wirkenden Messhütte neben einem der Rohre wurden die Kavitationserosionen an verschiedenen Sonderbronzen untersucht. Diese Möglichkeiten gab es in Deutschland sonst nirgendwo.⁹⁶

Im Juni 1935 erhielt das Institut durch Vermittlung der KWG vom Oberkommando der Marine (OKM) den Auftrag, zehn Propellerwerkstoffe auf ihr Verhalten bei Kavitationsbeanspruchung zu untersuchen. Für die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Messungen wurde der Messstand in das Gebäude des Walchensee-Kraftwerks verlegt. Die Untersuchungen wurden im Herbst 1935 begonnen und 1936 fortgesetzt.⁹⁷

Dem Institut blieb eine Änderung der Satzung gemäß dem „Führerprinzip“ erspart, da, wie im Sitzungsprotokoll vom 15. Juli 1935 festgehalten, die Satzung ohnehin auf einen „Führer“ ausgerichtet sei, nämlich den Vorsitzenden des Verwaltungsrats.⁹⁸ Auch ein „Nach-

94 MPG A, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 2326/5: Sitzungsprotokolle und -unterlagen (Protokoll der Verwaltungsratssitzung vom 31. 7. 1933).

95 W. Lorey: Oskar von Miller. In: Die Umschau 38 (1934), Heft 17, S. 334 f.

96 MPG A, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 2319/3: Hauptakten (Verwaltungsbericht 1934/35).

97 Ebd., Nr. 2337/1: Finanzierung (Schriftverkehr mit dem Chef der Marineleitung vom 13. 4., 11. 5., 18. 5. und 13. 6. 1935). – Ebd., Nr. 2327/3: Sitzungsprotokolle und -unterlagen (Verwaltungsbericht 1937/38). – VAO, Modell Nr. 353, Versuchsberichte 36, 43, 45 und 46 (Berichte heute nicht mehr vorhanden).

98 MPG A, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 2327/1: Sitzungsprotokolle und -unterlagen (Bericht über die Verwaltungsratssitzung vom 15. 7. 1935).



Abb. 11: Das Verwaltungsgebäude am „Tag der deutschen Arbeit“, 1934.

weis der arischen Abstammung“ bei Neueinstellungen im Institut war nicht notwendig. Nach den Bestimmungen des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 waren nur jene öffentlichen Institutionen davon betroffen, deren Haushalte zu mehr als der Hälfte aus öffentlichen Mitteln bestanden.⁹⁹ Dem Institut fiel jedoch seit 1930 nie mehr als ein Drittel seines Haushalts an öffentlicher Förderung zu. In diesem Fall war die zögerliche Unterstützung der öffentlichen Hand sogar ein gewisser Vorteil.

Wilhelm Weigmann legte im Juni 1938 aus gesundheitlichen Gründen sein Amt als Vorsitzender des Verwaltungsrats nieder. Er sehe der nahen Zukunft des Instituts durchaus optimistisch entgegen, erklärte er in seinem Rücktrittsschreiben, da sich die missliche Lage des Instituts nun zu bessern scheine. Schließlich empfahl Weigmann, Kontakt zu

⁹⁹ MPGA, II. Abt., Rep. 1A, PA Kirschmer (Schreiben vom 2. 12. 1935). – wiki.genealogy.net.

dem für die Wasserkraftnutzung und Energieversorgung zuständigen Ministerialrat Arno Fischer (1898–1982) im bayerischen Innenministerium aufzunehmen. Fischer, selbst Wasserbautechniker, der, nach SA- und NSDAP-Karriere im gleichen Jahr das Goldene Ehrenzeichen der NSDAP bekommen hatte und damit wohl ein Garant für das Fortbestehen des Instituts sein sollte, habe signalisiert, das Institut zu unterstützen und möglicherweise sogar als eine spezifisch bayerische Forschungsanstalt fortzuführen.¹⁰⁰ In der Sitzung des Verwaltungsrats am 6. August 1938 wurde Wilhelm Weigmann zum Ehrenvorsitzenden des Instituts ernannt. Weigmann starb am 29. April 1939 in München.¹⁰¹

5. Krieg und Niedergang

5.1. Die Zukunft liegt im Krieg (1938–1943)

Das Forschungsinstitut in Oberrach musste sich auch nach den viel versprechenden Ankündigungen Fischers neben den Mitgliedsbeiträgen allein aus den Mitteln finanzieren, die durch die Aufträge für Versuche eingingen. Während der Fischer-Zeit wurden einige größere Projekte abgewickelt. Dazu gehört der Modellversuch im Maßstab 1 : 25 über die Steuerfähigkeit von Schiffen an einer Einmündung in die Elbe. Die im Modell abgebildete Elbstrecke hatte dabei die beachtliche Länge von hundert Metern. 1938 und 1939 wurden Versuche durchgeführt, bei denen erstmals in Oberrach maßstabsrichtige Schiffsmodelle zum Einsatz kamen. Otto Kirschmer, der dem Institut diesen Auftrag der Sächsischen Wasserbaudirektion vermittelt hatte, untersuchte in seinem Laboratorium in Dresden zeitgleich zudem einige Detailprobleme.¹⁰²

In einem weiteren Großversuch wurde von 1939 bis 1941 die Auswirkung einer Hochwasserwelle auf der Elbe untersucht. Auch dieser Auftrag stammte von der Sächsischen Wasserbaudirektion und wurde bei Kirschmer in Dresden bearbeitet.¹⁰³ Hierbei ging es um einen Dambruch einer geplanten Staumauer an der Elbe bei Pirna. Das Modell, das die Elbe von Pirna bis Dresden nachbildete, war 250 Meter lang. Allein das Speicherbecken

100 MPG, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 2321/1: Hauptakten (Schreiben Wilhelm Weigmanns vom 24. 5. 1938).

101 Ebda., Nr. 2334/4: Haushaltsplan und Jahresrechnung (Verwaltungsbericht 1938 bis 1943).

102 Ebda., Nr. 2327/3: Sitzungsprotokolle und -unterlagen (Verwaltungsbericht 1937/38).

103 Reinhard Pohl: Die Geschichte des Instituts für Wasserbau an der TU Dresden. Dresden 1998, S. 45 f. (= Dresdner Wasserbauliche Mitteilungen, 12).



Abb. 12: Modellversuche über die Steuerfähigkeit von Schiffsmodellen im Bereich einer Kanaleinmündung in die Elbe. Die Schiffe wurden über Lenkstangen gesteuert.

bedeckte in Oberrach eine Fläche von rund 700 qm.¹⁰⁴ Weil es zu dieser Zeit noch keine elektronischen Messeinrichtungen gab, wurden für die Messungen bei diesen Versuchen mit einem instationären Abflussvorgang viele Versuchshelfer gebraucht. Im Sommer 1940 waren an diesen Versuchen elf wissenschaftliche und fünf weitere Kräfte beschäftigt.¹⁰⁵ Die Dammbüche wurden durch Sprengungen erzeugt. Die Sprengmittel waren in einem eigenen Sprengstoffmagazin im Süden des Versuchsgeländes untergebracht. Da sich die Untersuchungen nach Kriegsbeginn zu einem hochbrisanten Thema entwickelten – das

104 MPG, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 2327/3: Sitzungsprotokolle und -unterlagen (Verwaltungsbericht 1937/38). – Otto Kirschmer: Einiges aus dem hydraulischen Versuchswesen. Vortrag, gehalten am 19. Oktober 1943 vor dem Reichverband der deutschen Wasserwirtschaft in Berlin. Manuskript, 15 S. mit Bilder-Anhang 1943, S. 6. – Hartung: Die Wasserbauversuchsanstalt Oberrach (wie Anm. 11), S. 21. – VAO, „Dammsprengungen“, Pläne und Tabellen vom 4. 10. 1940 bis 12. 11. 1941. – Ebd., Modell Nr. 374, Versuchsberichte 49, 53 und 71 (Berichte heute nicht mehr vorhanden). – Kurzberichte (wie Anm. 73), S. 2.

105 Joseph Bader: Das Forschungsinstitut für Wasserbau und Wasserkraft der KWG. In: Ders.: Forschung und Forschungsinstitute. Monographie der technisch-wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, Teil 1: Der Staat als Forscher. München 1941, S. 139–141 (hier S. 141).

Reichsluftfahrtministerium befürchtete schon 1940 Damnbrüche durch Fliegerbomben –, wurden die Versuche als geheim eingestuft. Auch hierzu fanden Einzeluntersuchungen an der Dresdner Hochschule statt.¹⁰⁶

Noch ein weiterer Modellversuch darf nicht unerwähnt bleiben. Ab August 1941 wurde in Oberrach das Projekt „U-Boot-hafen Helgoland“ im Modell untersucht. Mit 8.000 qm Grundfläche ist dieses mit einem Ringkanal umgebene Großmodell in der Ausdehnung das größte Oberracher Modell geblieben.¹⁰⁷ Untersucht wurde die Einwirkungen des Seegangs bei Ebbe und Flut auf die Einfahrt eines geplanten unterirdischen Hafens, der zwischen der Felseninsel und einer nördlich davor gelagerten Düne entstehen sollte. Auftraggeber war wieder das OKM. Auch diese Arbeiten liefen unter dem Siegel höchster Verschwiegenheit. Der Schriftverkehr ist heute in der Versuchsanstalt nurmehr in Fragmenten vorhanden. Alle dreizehn Versuchsberichte aus der Zeit von 1940 bis 1942 fehlen.¹⁰⁸ Sie wurden später zusammen mit den Berichten über die Kavitationsuntersuchungen und die Dammsprengversuche von den Amerikanern aus Oberrach weggebracht.

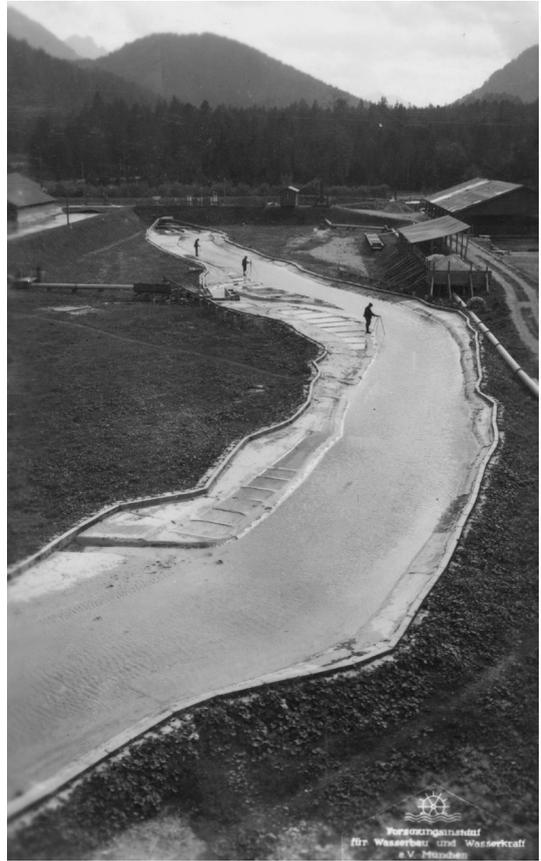


Abb. 13: Das Pirna-Modell im Maßstab 1 : 25.

106 Pohl: Die Geschichte (wie Anm. 103), S. 46.

107 Kurzberichte (wie Anm. 73), S. 2.

108 Hartung: Die Wasserbauversuchsanstalt Oberrach (wie Anm. 11), S. 25. – VAO, Modell Nr. 377, Versuchsberichte 57, 62–68, 79–82 und 84 (Berichte heute nicht mehr vorhanden).



Abb. 14: Modell Helgoland.

Während des Krieges war das Institut bis auf geringe Ausnahmen mit Wehrmarchtsaufträgen beschäftigt, so daß es in fachlicher und finanzieller Hinsicht keine Verbindungen mehr zwischen der KWG in Berlin und dem Forschungsinstitut am Walchensee gab.

5.2. Amerikanische Truppen in Obemach

Das Institutspersonal bestand am Tag der Übernahme durch die Amerikaner aus 28 Mitarbeitern – aus dem Vorstand, fünf Wissenschaftlern, zwei Sekretärinnen, einem Betriebsleiter, einem Photographen, zwei Technikern, einem Werkmeister, einem Vorarbeiter, einem Hausmeister und dreizehn Arbeitern.¹⁰⁹ Das Kriegsende in der Versuchsanstalt in Obemach lässt sich aus verschiedenen Berichten rekonstruieren:¹¹⁰

109 MPG, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 2323/1: Hauptakten (Schreiben des stellvertretenden Institutsvorstands Dr.-Ing. Schiel vom 15. 9. 1945).

110 Ebda., Nr. 2323/2: Hauptakten (Bericht vom 4. 2. 1946 von Maria Bräu, ehemalige Institutsekretärin von Obemach; Bericht vom 1. 6. 1946 von Ministerialrat a.D. Konrad Sterner, vormalig Mitglied im Verwaltungsrat des Forschungsinstituts).

„Am 1. Mai 1945 besetzten die Amerikaner das Institut. Das Institut wurde daraufhin sofort geschlossen, jede Arbeit verboten. Infolge der allgemeinen Beschränkungen des Zivilverkehrs war für einige Wochen jeder Verkehr zum vier Kilometer von Wallgau entfernten Institut unterbrochen. Zahlreiche durchziehende Flüchtlinge, hauptsächlich italienische Arbeiter, nächtigten in dieser Zeit in den Institutsräumen, wobei verschiedene Gegenstände entwendet wurden. Nachdem die Verkehrssperre aufgehoben worden war, wurde festgestellt, dass die gesamte Fotoausrüstung, die meisten Messgeräte und das Bargeld fehlten

Wegen der abgeschiedenen Lage des Instituts und um weitere Diebstähle zu verhindern, wurde mit Zustimmung des CIC (Counter Intelligence Corps) Garmisch-Partenkirchen ein Wachdienst in Obernach eingerichtet. Außerdem wurden die Anlagen durch ‚Off Limits‘-Hinweisschilder gegen das Betreten durch amerikanische Soldaten geschützt.

Das Wallgauer Büro des Instituts war als Quartier für amerikanische Soldaten beschlagnahmt worden. So konnte auch dort nicht gearbeitet werden.

Im August 1945 erschien ein Beauftragter der amerikanischen Besatzungsbehörde im Büro, um die geheimen Versuchsberichte abzuholen. Am Tag darauf nahm eine Kommission des CIC eine eingehende Besichtigung des Instituts vor, vor allem der Versuchsanlagen Elbe und Helgoland, und beschlagnahmte die restlichen Geheimakten und den Schriftverkehr. Ein Mitglied der Kommission erklärte, dass das gesamte konfiszierte Material dem Institut bei seiner Wiedereröffnung zurückgegeben werde. Es werde nach Freising gebracht und dort über das weitere Schicksal des Instituts entschieden.“

Diese Rückgabe hat allerdings nie stattgefunden.

5.3. Neuer Anfang und doch das Ende (1946–1952)

„Am 2. Januar 1946 begann sich in Obernach wieder Leben zu regen. Fünf Angestellte und fünf Arbeiter begannen mit den Aufräumarbeiten und der Wiederinbetriebnahme der Versuchsanlagen.“¹¹¹

Die Auftragslage war anfangs für das Institut nicht ungünstig. Modelluntersuchungen der Saalach, der Isar bei Landshut und der Amper gehörten ebenso dazu wie die Vorbereitungsarbeiten zum Bau der Rissbachüberleitung in den Walchensee und vor allem die Untersuchungen für den geplanten Sylvenstein-Stausee am Oberlauf der Isar. Der wirtschaftliche Niedergang des Forschungsinstituts begann mit der Währungsreform am 21. Juni

111 Ebd., 2323/2 (Bericht Maria Bräus über das Institut vom 4. 2. 1946).

1948, als die DM als offizielles Zahlungsmittel eingeführt wurde. An diesem Tag schmolz das Kapital des Instituts von RM 276.670 auf DM 81.335 zusammen.¹¹²

Am 21. Oktober 1950 erfolgte die Entlassung von 28 der 29 Belegschaftsmitglieder des Instituts. Übrig blieb nur der Hauswart, der für den Erhalt der Anlagen zu sorgen hatte. Jeder Versuchsbetrieb ruhte, bis am 31. Juli 1952 das Vermögen des Instituts auf den Freistaat Bayern überging. Mit diesem Tag endet die Geschichte des Forschungsinstituts für Wasserbau und Wasserkraft e.V.

6. Angliederung an die Universität

Der Freistaat Bayern führte das Laboratorium in Obernach im Rahmen seiner Staatsbauverwaltung 1953 als „Versuchsanstalt für Wasserbau“ weiter, angegliedert an die Bayerische Landesstelle für Gewässerkunde.¹¹³ Einen Namen machte sich die Versuchsanstalt in den 1950er Jahren durch ihre Modelluntersuchungen für die Hochwasserfreilegung verschiedener bayerischer Städte wie Landshut, Nürnberg und Regensburg. Ein neues Kapitel begann mit dem 1. Januar 1962. Die TH München übernahm die Versuchsanlagen, zu denen eine 800 qm große Versuchshalle gekommen war, und schloss sie mit dem Lehrstuhl für Wasserbau und Wasserwirtschaft unter der Leitung von Prof. Dr.-Ing. Fritz Hartung (1911–1998) zusammen. Gleichzeitig erhielt die „Versuchsanstalt für Wasserbau und Wasserwirtschaft“ zu Ehren ihres Gründers den Beinamen „Oskar-von-Miller-Institut“.¹¹⁴

112 VAO, Zusammenstellungen aus den jährlichen Bilanzprüfungsberichten des Instituts 1947–1950.

113 Kirgis: Die Versuchsanstalt (wie Anm. 16), S. 298.

114 Kurzberichte (wie Anm. 73), S. 1.

Reinhard R ü r u p :

Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften im Nationalsozialismus

Ergebnisse des Forschungsprogramms der Max-Planck-Gesellschaft*

Es hat mehr als fünfzig Jahre gedauert, bis die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) sich zu einer gründlichen Aufarbeitung ihrer eigenen Geschichte während der Zeit des Nationalsozialismus durchgerungen hat. In der bundesrepublikanischen Gesellschaft bildete sie damit allerdings keine Ausnahme. Die großen Industrieunternehmen, Banken und Versicherungen, die Kirchen und Universitäten, die meisten wissenschaftlichen Disziplinen und wichtige Berufsgruppen von den Ärzten und Juristen bis zu den Verwaltungs- oder Finanzbeamten verhielten sich bis in die neunziger Jahre hinein kaum anders, und manche Institutionen und Personengruppen haben die Auseinandersetzung mit ihrer NS-Vergangenheit bis heute nicht in der gebotenen Ernsthaftigkeit und Konsequenz geführt. In dem 1990 von Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke herausgegebenen, rund 1000 Seiten starken Sammelband zur Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Max-Planck-Gesellschaft war zwar auch ein Beitrag von Helmuth Albrecht und Armin Hermann über die Jahre zwischen 1933 und 1945 enthalten, doch konnte dieser durchaus verdienstvolle, aber verhältnismäßig knappe fünfzigseitige Überblick das inzwischen deutlich gewachsene Aufklärungs- und Informationsbedürfnis einer kritischen Öffentlichkeit ebenso wenig befriedigen wie das drei Jahre später in den USA erschienene Buch „Surviving the Swastika“ von Kristie Macrakis, das ebenfalls die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) während der NS-Zeit zum Thema hatte.¹ Stattdessen wurden die Fragen, mit denen sich die MPG in der Öffentlichkeit konfrontiert sah, immer drängender, auch polemischer. Sie betrafen vor allem die Arbeit von KWG-Forschern mit Präparaten, die von Opfern der NS-Verbrechen stammten, die Beteiligung an moralisch unverantwortlichen

* Überarbeitete Fassung des auf dem 76. Dahlemer Archivgespräch am 8. Juni 2009 gehaltenen Vortrags.

1 Helmuth Albrecht und Armin Hermann: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Dritten Reich (1933–1945). In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. Stuttgart 1990, S. 356–406. – Kristie Macrakis: Surviving the Swastika. Scientific Research in Nazi Germany. New York 1993.

Humanexperimenten, die Mitwirkung an Rüstungsprogrammen wie auch an der Ausbeutung und Ausplünderung im Krieg eroberten Länder, nicht zuletzt auch das Verhalten des langjährigen Präsidenten und späteren Ehrenpräsidenten der MPG Adolf Butenandt. Unter diesen Umständen entschloß sich die MPG 1997 unter Führung ihres Präsidenten Hubert Markl zur Einsetzung einer Präsidentenkommission „zur Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, die den Auftrag erhielt, eine möglichst umfassende, alle verfügbaren Quellen auswertende historische Untersuchung der KWG zwischen 1933 und 1945 durchzuführen.

Als Mitglieder der Kommission wurden berufen: der für die Geistes- und Sozialwissenschaften zuständige Vizepräsident, vier Direktoren von Max-Planck-Instituten (Geschichte, Wissenschaftsgeschichte und Rechtsgeschichte) und zwei deutsche Universitäts-historiker, die nicht der MPG angehörten, sowie je ein Kollege aus den USA und Großbritannien, später auch noch die erste Projektleiterin.² Diese Kommission war wissenschaftlich unabhängig, was auch dadurch unterstrichen wurde, daß den beiden deutschen Historikern, die nicht Max-Planck-Direktoren waren, gemeinsam der Vorsitz übertragen wurde. Sie war verantwortlich für das gemeinsam mit der ersten Projektleiterin entwickelte Forschungsprogramm wie auch für die Auswahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Gastforscher. Die Finanzierung des Forschungsprogramms, das auf fünf Jahre angelegt war und später um ein weiteres Jahr verlängert wurde, übernahm die MPG. Mit der Projektleiterstelle, drei weiteren Wissenschaftlerstellen, drei Doktorandenstellen – aus denen nach drei Jahren post-doc-Stellen wurden –, Mitteln zur Einladung von zahlreichen Gastwissenschaftlern aus dem In- und Ausland, einem Sekretariat und einer großzügigen Ausstattung in räumlicher und technischer Hinsicht wurde so etwas wie ein kleines Max-Planck-Institut auf Zeit geschaffen, das ein enges Zusammenwirken und einen ständigen wissenschaftlichen Austausch aller Beteiligten in geradezu idealer Weise ermöglichte.

Das Forschungsprogramm begann seine Arbeit Anfang 1999 und beendete sie zum Jahresende 2004. Die Forschungsergebnisse sind in der Buchreihe „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“ im Göttinger Wallstein Verlag in 17 Bänden und in der preprint-Reihe „Ergebnisse“ in 28 Heften veröffentlicht worden.³ Dazu

2 Mitglieder der Kommission waren die Vizepräsidenten Franz Emanuel Weinert, Jochen A. Frowein und Rüdiger Wolfrum, die Direktoren Hartmut Lehmann, Jürgen Renn, Hans-Jörg Rheinberger und Michael Stolleis, Fritz Stern aus New York und Paul Weindling aus Oxford, Doris Kaufmann (Bremen) als frühere Projektleiterin sowie Reinhard Rürup (TU Berlin) und Wolfgang Schieder (Köln) als Vorsitzende.

3 Siehe dazu die vollständigen Verzeichnisse im Anhang dieses Beitrags.

kommen zwei englischsprachige Buchveröffentlichungen⁴ sowie Publikationen der an dem Projekt Beteiligten in zahlreichen Zeitschriften und Sammelbänden, auch Präsentationen auf nationalen und internationalen Fachkonferenzen. Vom Forschungsprogramm sind darüber hinaus drei internationale Konferenzen organisiert worden, in denen das Forschungsprogramm, die Zwischenergebnisse und schließlich auch die abschließenden Ergebnisse zur Diskussion gestellt wurden.⁵ Der fachliche Erfolg des Unternehmens ist auch daran abzulesen, daß alle Promotionsverfahren erfolgreich abgeschlossen wurden, daß sich während seiner Laufzeit drei Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterinnen habilitierten, daß zwei Mitarbeiterinnen und ein Mitarbeiter aus dem Programm heraus auf ordentliche Professuren berufen wurden und praktisch alle unmittelbar Beteiligten Angebote zur wissenschaftlichen Weiterarbeit in anderen Einrichtungen erhielten.⁶

Wenn wir nach den Zielsetzungen, Fragestellungen und Ergebnissen des Forschungsprogramms fragen, muß zunächst einmal daran erinnert werden, daß vom Ende der siebziger Jahre an die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Geschichte des Nationalsozialismus so viel intensiver geworden ist, daß binnen weniger Jahre ein neues Niveau der NS-Forschung erreicht wurde. Seitdem sind ständig neue Themenfelder entdeckt, bis dahin unbekannt oder zumindest unbeachtete Quellenbestände erschlossen, Theorien und Methoden, die den gewohnten Interpretationsrahmen sprengten, entwickelt und vor allem immer wieder ebenso überraschende wie erschreckende Forschungsergebnisse vorgelegt worden. Damit wurden neue Einsichten in die Struktur und Dynamik des NS-Systems, in

4 Carola Sachse und Mark Walker (Hg.): *Politics and Science in Wartime. Comparative International Perspectives on the Kaiser Wilhelm Institute*. Chicago 2003 (= *Osiris*, 20). – Susanne Heim, Carola Sachse und Mark Walker (Hg.): *The Kaiser Wilhelm Society under National Socialism*. New York 2009. – Die Zeitschrift „*Minerva. A Review of Science, Learning and Policy*“ widmete der Thematik ein „Special Issue“ (44, Nr. 3, 2006): „*Science in the Nazi Regime: The Kaiser Wilhelm Society under Hitler*“ (mit Beiträgen von Richard H. Beyler, Susanne Heim, Michael Schüring, Achim Trunk und Mark Walker).

5 Doris Kaufmann (Hg.): *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung*, 2 Bde. Göttingen 2000. – Carola Sachse (Hg.): *Die Verbindung nach Auschwitz. Biowissenschaften und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten. Dokumentation eines Symposiums*. Göttingen 2003. – Die Vorträge der Abschlußkonferenz von 2005 sind im Hinblick auf die gleichzeitig oder wenig später in der Schriftenreihe bei Wallstein und in der preprint-Reihe „*Ergebnisse*“ vorgelegten Forschungsergebnisse nicht als Sammelband veröffentlicht worden.

6 Habilitationen: Carola Sachse (Neuere Geschichte), Susanne Heim (Politikwissenschaft) und Helmut Maier (Wissenschafts- und Technikgeschichte); Berufungen: Doris Kaufmann (Bremen), Carola Sachse (Wien) und Helmut Maier (Bochum).

die Denk- und Handlungsweisen der Menschen, in die kriminelle Energie der eigentlichen Täter und in die Dimensionen der von ihnen verübten Verbrechen möglich. Gleichzeitig löste sich auch die Wissenschaftsgeschichte mehr und mehr von der engen Bindung an die einzelnen naturwissenschaftlichen Disziplinen, wurden neue wissenschaftsgeschichtliche, aber auch gesellschaftsgeschichtliche Fragestellungen aufgenommen und anspruchsvollere interdisziplinäre Methoden entwickelt. Der späte Beginn einer ernsthaften Beschäftigung mit der KWG im Nationalsozialismus bedeutete unter diesen Umständen auch eine besondere Chance, denn das Forschungsprogramm konnte dadurch von Anfang an auf der Basis des inzwischen erreichten internationalen Forschungs- und Diskussionsstandes entwickelt werden. Es wurde möglich, sich von den alten Fragen, die das Feld allzu lange beherrscht hatten, zu lösen und sich neuen Fragen zuzuwenden.

Was ich hier als „alte Fragen“ bezeichne, sind die Fragen, die hinsichtlich der NS-Vergangenheit der MPG bis zum Beginn des Forschungsprogramms – und von manchen auch noch darüber hinaus – gestellt wurden. Im Kern ging es dabei immer um individuelle und institutionelle Schuld, um den Nachweis unmittelbarer Beteiligung an NS-Unrecht und NS-Verbrechen, der Übernahme und Verbreitung der NS-Ideologie oder der direkten Teilhabe an der Macht des NS-Regimes. So sollte das Schweigen gebrochen, sollten die Lebens- bzw. Überlebenslügen der damals Aktiven entlarvt, sollte der Wahrheit ans Licht geholfen werden. Der historischen Forschung war in diesem Rahmen vor allem anderen die Aufgabe zugeordnet, dokumentarische Beweise zu liefern, um die in einem moralisch-politischen Sinne Angeklagten zu überführen. Das war angesichts der weitgehend mißlungenen „Entnazifizierungs“-Verfahren und der offensichtlichen Abneigung der Justiz ebenso wie der Berufs- und Interessenverbände in der alten Bundesrepublik, die nationalsozialistische Vergangenheit konsequent aufzuarbeiten, alles andere als überflüssig. Es war aber deutlich weniger, als die Geschichtswissenschaft leisten kann und muß, die ja nicht den Staatsanwalt ersetzen, sondern ihrem eigenen Anspruch nach zuerst das Geschehene rekonstruieren, es dann im zeitgenössischen Kontext erklären und erst im letzten Schritt aus der jeweiligen Gegenwart heraus beurteilen soll. „Alte Fragen“ finden sich übrigens auch in den allermeisten Institutsgeschichten, Festschriften und Biographien, in denen die NS-Zeit, wenn sie überhaupt zur Sprache kam, jahrzehntelang in überwiegend apologetischer Absicht behandelt wurde.

Ich kann die „neuen Fragen“ aus Zeitgründen hier nicht im einzelnen vorstellen, gehe aber davon aus, daß sie in den nun zu skizzierenden Ergebnissen der Forschung deutlich zu erkennen sein werden. Daß es unmöglich ist, die Erträge einer mehrjährigen und vielköpfigen Forschungsanstrengung in einem knappen Vortrag vollständig zur Geltung zu brin-

gen, brauche ich wohl kaum näher auszuführen.⁷ Ich werde mich darauf konzentrieren, einige der wichtigsten Punkte herauszuarbeiten.⁸

*

Zunächst zur Kontinuitätsfrage: Wie sehr sind der Beginn und das Ende des „Dritten Reiches“ in der KWG als Zäsur empfunden worden?⁹ 1933 überzog in der KWG, wenn man für einen Augenblick von der politischen und rassistischen Vertreibung zahlreicher Mitglieder und Mitarbeiter absieht, aus vielerlei Gründen ein starkes Gefühl der Kontinuität. Das Ende der Weimarer Republik und die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur sind von den Repräsentanten der KWG teils hingenommen, teils sogar als „nationaler Aufbruch“ ausdrücklich begrüßt worden.¹⁰ Für den epochalen Einschnitt, der mit der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ verbunden war, gab es in der Spitze der KWG und auch bei der großen Mehrheit der in ihr Tätigen kein Sensorium. Man verstand sich als unpolitisch, dachte und handelte aber ganz überwiegend in Kategorien des „nationalen Interesses“ und der „vaterländischen Pflichterfüllung“, und in diesem Selbstverständnis konnte man sich mehr oder weniger umstandslos in den Dienst des neuen politischen Sy-

7 Eine Sammelrezension aller 17 Bände der Schriftenreihe des Forschungsprogramms bei Mitchell Ash: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. In: NTM. Zeitschrift für Geschichte der Naturwissenschaften, Technik und Medizin 18 (2010), S. 79–118.

8 Vgl. dazu Rüdiger Hachtmann: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1933 bis 1945. Politik und Selbstverständnis einer Großforschungseinrichtung. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 56 (2008), S. 19–52. – Wolfgang Schieder: Der militärisch-industriell-wissenschaftliche Komplex im „Dritten Reich“. Das Beispiel der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. In: Noyan Dinçkal, Christoph Dipper und Detlev Mares (Hg.): Selbstmobilisierung der Wissenschaft. Technische Hochschulen im „Dritten Reich“. Darmstadt 2010, S. 47–62. – Carola Sachse: Visionen, Expertisen, Kooperationen. Forschen für das Dritte Reich – Beispiele aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. In: Gerhard Hirschfeld und Tobias Jersak (Hg.): Karrieren im Nationalsozialismus. Funktionseliten zwischen Mitwirkung und Distanz. Frankfurt a.M. 2004, S. 265–290. – ergänzend: Rüdiger Hachtmann: Wissenschaftsgeschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts [Sammelbesprechung]. In: Archiv für Sozialgeschichte 48 (2008), S. 539–606.

9 Zur Kontinuitätsfrage siehe auch Reinhard Rürup: Kontinuität und Neuanfang. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus und die Vergangenheitspolitik der Max-Planck-Gesellschaft. In: Jürgen Matthäus und Klaus-Michael Mallmann (Hg.): Deutsche, Juden, Völkermord. Der Holocaust als Geschichte und Gegenwart. Darmstadt 2006, S. 257–274 (erweiterte Fassung eines Vortrags auf dem Deutschen Historikertag in Kiel, September 2004).

10 Rüdiger Hachtmann: Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“. Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 2 Bde. Göttingen 2007, hier vor allem das 5. Kapitel: „Krise und ‚nationaler Aufbruch‘ (1932–1934)“, Bd. 1, S. 325–370.

stems stellen. Für diesen Anpassungsprozeß brauchte man übrigens kein Nationalsozialist zu sein oder zu werden: Nur zwei führende Mitglieder der Generalverwaltung (Max Lucas von Cranach und Ernst Telschow) und ein Berliner Institutsdirektor (Wilhelm Eitel) traten schon im Frühjahr 1933 in die NSDAP ein. Ganz anders war es 1945: Die militärische Niederlage und der politische Zusammenbruch wurden als ein scharfer Bruch, eine nationale Katastrophe, nicht zuletzt auch als eine unmittelbare Bedrohung der KWG und der eigenen wissenschaftlichen Arbeit erlebt. Angesichts einer unsicheren Zukunft versuchte man, so viel Kontinuität wie möglich zu retten, und das bestimmte maßgeblich auch den Umgang mit der eigenen NS-Vergangenheit.

*

Zu Beginn der NS-Herrschaft und auch in den späteren Jahren ging es der KWG in erster Linie um die Bewahrung ihrer institutionellen Autonomie. Sie war ein eingetragener Verein, der bei seiner Gründung sehr weitgehend durch private Stifter, also aus der „Zivilgesellschaft“ heraus, finanziert wurde. Während des Ersten Weltkrieges und der Weimarer Republik hatten sich die Gewichte jedoch so stark verschoben, daß die Rolle des Hauptzwendungsgebers beim Deutschen Reich lag. Der staatliche Einfluß – zuständig war 1933 vor allem das Reichsinnenministerium, ab 1934 dann das neu gebildete Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung – war auf diese Weise im Laufe der Jahre immer größer geworden. Den Polemiken oder Aktionen nationalsozialistischer Aktivistinnen in einzelnen Instituten oder gegen die Generalverwaltung trat man 1933 in der KWG durchaus selbstbewußt und energisch entgegen, und dabei erhielt man auch die Unterstützung der zuständigen Ministerien.¹¹ Beunruhigend mußten dagegen die Vorgänge an den Universitäten oder auch in der preußischen Akademie der Künste wirken, wo es innerhalb weniger Wochen zu massiven Eingriffen in die personelle Zusammensetzung und die organisatorische Struktur dieser Einrichtungen kam. Um ähnliche Entwicklungen in der KWG zu vermeiden, entschied man sich in der Generalverwaltung für eine „Selbstgleichschaltung“, wie der Generaldirektor Friedrich Glum das später selber nannte.¹²

Das bedeutete konkret, daß man den Senat der KWG zum kollektiven Rücktritt aufforderte, damit bereits Ende Mai 1933 die eigentlich erst sehr viel später fälligen Neuwahlen vorgenommen werden konnten. Dabei wurden die politischen Repräsentanten der Weima-

11 Hachtmann: Wissenschaftsmanagement (wie Anm. 10), Bd. 1, S. 352–370.

12 Friedrich Glum: Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Erlebtes und Erdachtes in vier Reichen. Bonn 1964, S. 443.

rer Republik durch führende Nationalsozialisten ersetzt und Forscher wie Fritz Haber und Walter Nernst durch Johannes Stark und Philipp Lenard, beide ebenfalls Nobelpreisträger, aber auch überzeugte Nationalsozialisten und Vorkämpfer einer „Deutschen Physik“. Hinsichtlich der jüdischen bzw. – nach den inzwischen eingeführten nationalsozialistischen Kategorien – der „nichtarischen“ Senatsmitglieder einigte man sich mit den Regierungsvertretern darauf, daß die drei wichtigsten Mitglieder (Franz von Mendelssohn, Alfred Merton und Paul Schottländer) bleiben konnten, während alle übrigen „Nichtarier“ auszuscheiden hatten. Der Erfolg dieses Unternehmens bestand darin, daß eine Satzungsänderung, mit der die Einführung des „Führerprinzips“ und vermutlich auch des „Arierparagraphen“ verbunden gewesen wäre, vermieden werden konnte und Max Planck in seiner Position als Präsident der KWG bestätigt wurde. Die volle politische „Gleichschaltung“ erfolgte deshalb erst sehr viel später, nämlich 1937 nach dem Ausscheiden Plancks und mit dem Wechsel in der Leitung der Generalverwaltung von Friedrich Glum zu Ernst Telschow.¹³

*

Das zentrale Problem der KWG in den ersten Jahren der NS-Herrschaft bestand in der durch das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 geforderten Entlassung politisch unerwünschter und „nichtarischer“ Mitglieder und Mitarbeiter. Bei diesem „Berufsbeamtengesetz“, das ausdrücklich auch für Angestellte und Arbeiter galt und sich in seinem Wirkungsbereich auch auf „Körperschaften des öffentlichen Rechts“ und „diesen gleichgestellte Einrichtungen und Unternehmungen“ erstreckte, handelte es sich um ein ausgesprochenes „Machtergreifungsgesetz“, das die „politische Säuberung“ und personelle Neubesetzung des öffentlichen Dienstes zum Ziel hatte. Heute ist dieses Gesetz fast nur noch wegen des in ihm erstmalig formulierten „Arierparagraphen“ in Erinnerung, der jedoch im ursprünglichen Entwurf gar nicht enthalten war und erst Ende März eingefügt wurde. Tatsächlich erfolgten 1933 die Entlassungen aufgrund dieses Gesetzes in der großen Mehrheit aus unmittelbar politischen und nicht rassistischen Gründen. In der KWG galt das allerdings nur für die in den Instituten beschäftigten Arbeiter

13 Zu den Veränderungen im Senat im Mai 1933 und im Juni 1937 siehe die Listen bei Albrecht und Hermann: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Dritten Reich (wie Anm. 1), S. 404–406. – Zu Glum und Telschow als Chefs der Generalverwaltung Hachtmann: Wissenschaftsmangement (wie Anm. 10), passim. – Alexandra Przyrembel: Friedrich Glum und Ernst Telschow. Die Generalsekretäre der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Handlungsfelder und Handlungsoptionen der ‚Verwaltenden‘ von Wissen in der Zeit des Nationalsozialismus. Berlin 2004 (= Ergebnisse, 20).

und eine kleine Zahl von Angestellten. Die KWG-Wissenschaftler wurden dagegen fast ausschließlich aus rassistischen Gründen entlassen, und das gilt auch für die Sekretärinnen und die technischen Angestellten.¹⁴

Insgesamt verlor die KWG während der NS-Zeit nicht weniger als 21 ihrer wissenschaftlichen Mitglieder. Das war fast ein Drittel aller wissenschaftlichen Mitglieder, die 1933 in einem aktiven Dienstverhältnis standen, und es waren zehn von 35 Institutsdirektoren bzw. Leitern unabhängiger Forschungseinrichtungen. Ich kann die Namen hier nicht einzeln aufzählen, die Liste reicht von Max Bergmann über Albert Einstein, Herbert Freundlich, Richard Goldschmidt, Fritz Haber, Erich Kaufmann, Lise Meitner, Otto Meyerhof, Carl Neuberg, Felix Plaut, Michael Polanyi, Ernst Rabel, Hans Sachs, Cécilie und Oskar Vogt bis zu Karl Weissenberg und Martin Wolff. Dazu kommen die vielen jüngeren Wissenschaftler, die in den Ländern, die ihnen eine Chance boten, zu großen Forscherpersönlichkeiten wurden: Max Delbrück, Hans Gaffron, Gertrude und Werner Henle, Max Rheinstein, Curt Stern, Woldemar A. Weyl und Ernst Witebsky in den USA, Charlotte Auerbach, Hermann (Hugh) Blaschko, Fabius Gross, Hermann Lehmann, Marthe Vogt und Joseph Weiss in Großbritannien, Ladislaus W. Farkas, Alfred Klopstock und Ernst (Eytan) Simon in Palästina/Israel, Hans Jakob von Baeyer und Karl Stern in Kanada, Fritz Buchthal und Hilde Levi in Dänemark, Edgar Lederer in Frankreich, Paul Goldfinger in Belgien, Kurt Paul Jacobsohn in Portugal. Nicht vergessen werden darf, daß manche, wie Mathilde Hertz und Victor Jollos, den Neuanfang nicht mehr schafften, daß Reginald Herzog und Felix Plaut sich in der Emigration das Leben nahmen, daß Fritz Duschinsky und Friedrich Epstein in Auschwitz ermordet wurden und Marie Wreschner angesichts der bevorstehenden Deportation ihrem Leben in Berlin ein Ende setzte. Viel zu wenig beachtet ist noch immer, daß mit Berthold Schenk Graf von Stauffenberg, wissenschaftliches Mitglied des Kaiser-Wilhelm-Instituts (KWI) für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, einer der leitenden Wissenschaftler in der KWG an dem Umsturzversuch des 20. Juli 1944 beteiligt war und wenige Wochen später hingerichtet wurde.¹⁵

Übrigens wurde nur ein Teil der insgesamt 104 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die aus der KWG vertrieben wurden, förmlich entlassen. Bei anderen wurden die Ver-

14 Zum „Berufsbeamtenengesetz“ und seinen Auswirkungen auf die KWG siehe Reinhard Rürup (unter Mitwirkung von Michael Schüring): Schicksale und Karrieren. Gedenkbuch für die von den Nationalsozialisten aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vertriebenen Forscherinnen und Forscher Göttingen 2008, S. 49–91.

15 Zu allen 104 aus der KWG vertriebenen Forscherinnen und Forscher enthält das „Gedenkbuch“ biographische Skizzen (S. 145–376), für 79 von ihnen auch Porträtfotos bzw. Gruppenaufnahmen in den Instituten (S. 377–484).

träge oder Stipendien nicht verlängert, manche kündigten selber, weil ihnen die Aussichtslosigkeit ihrer Lage bewußt war, andere nahmen Einladungen ins Ausland an und kehrten von da nicht mehr zurück. In einigen wenigen Fällen kam es auch zu ausgesprochenen Protestkündigungen. Das gilt für Albert Einstein, aber auch für Fritz Haber, der nicht gehen mußte, aber unter den entwürdigenden Bedingungen nicht mehr weiterarbeiten wollte. Und es gilt auch für seine beiden hochangesehenen Abteilungsleiter, Herbert Freundlich und Michael Polanyi, die noch im April 1933 kündigten und nach England emigrierten. Schließlich ist auch an die zu denken, die wie das Ehepaar Cécile und Oskar Vogt nicht aus rassistischen Gründen, sondern wegen ihrer Opposition gegen den Nationalsozialismus entlassen wurden oder sich wie Max Delbrück, Hans Gaffron oder Marthe Vogt wegen ihrer grundsätzlichen Ablehnung des NS-Regimes zur Emigration entschlossen.

Nach 1945 versuchte man in der KWG und später in der MPG den Eindruck zu vermitteln, daß man alles getan habe, um den von der antijüdischen Gesetzgebung betroffenen Kollegen und Mitarbeitern zu helfen. In diesem Zusammenhang verwies man gern auf Plancks Besuch bei Hitler im Mai 1933, bei dem er sich ausdrücklich für das Verbleiben Fritz Habers einsetzte, und auch darauf, daß die Gedenkveranstaltung für Haber von Planck und Glum gegen den Widerstand der nationalsozialistischen Ministerien durchgesetzt wurde.¹⁶ Friedrich Glum behauptete in seinen 1964 veröffentlichten Erinnerungen im Hinblick auf die Zeit bis 1938 sogar: „Im allgemeinen aber waren die Juden ungeschoren geblieben. Nur wenige hatten 1933 das Land verlassen, die meisten konnten unangefochten ihrem Beruf nachgehen.“¹⁷ Ganz ähnlich äußerte sich schon Anfang 1946 Wilhelm Eitel, der bereits im Frühjahr 1933 Parteimitglied geworden war, in einem politischen Rechtfertigungstext: „Die israelitischen Direktoren und Mitarbeiter sind damals unbehelligt geblieben [...]. Erst später haben sich die meisten der israelitischen Kollegen

16 Max Planck verfaßte nach dem Krieg zusammen mit seiner Frau Marga Planck einen Kurzbericht über sein Treffen mit Hitler, der unter dem Titel „Mein Besuch bei Adolf Hitler“ in den *Physikalischen Blättern* 1947 (Nr. 3, S. 143) veröffentlicht wurde. – dazu die quellenkritische Untersuchung von Helmuth Albrecht: Max Planck: „Mein Besuch bei Adolf Hitler“ – Anmerkungen zum Wert einer historischen Quelle. In: Ders. (Hg.): *Naturwissenschaft und Technik in der Geschichte. 25 Jahre Lehrstuhl für Geschichte der Naturwissenschaft und Technik am Historischen Institut der Universität Stuttgart*. Stuttgart 1993, S. 41–63. – Vgl. dazu auch Walter Boeckh: *Erinnerungen an Max Planck*. In: *Dahlemer Archivgespräche* 12 (2006), S. 255–260 (hier S. 258). – Zur Gedenkfeier für Fritz Haber am 29. Januar 1935: Macrakis: *Surviving* (wie Anm. 1), S. 68–72. – Margit Szöllösi-Janze: *Fritz Haber 1868–1934. Eine Biographie*. München 1998, S. 692–700. – Hachtmann: *Wissenschaftsmanagement* (wie Anm. 10), Bd. 1, S. 389–393.

17 Glum: *Zwischen Wissenschaft* (wie Anm. 12), S. 507.

bekanntlich in Ruhe und ungestörtem Frieden aus Deutschland begeben.“¹⁸ Gegen die nicht in gleicher Weise grob verfälschende, in jedem Falle aber apologetisch ausgerichtete Traditionsbildung in der MPG ist in der neueren wissenschaftlichen Literatur, teilweise auch im Rahmen des Forschungsprogramms, die These formuliert worden, daß die Generalverwaltung und die Institute der KWG das Gesetz kaltherzig und ohne sichtbares Entgegenkommen gegenüber den Betroffenen exekutiert habe. Insbesondere habe man, einem sogenannten „meritokratischen Prinzip“ folgend, die jüngeren Wissenschaftler und das nichtwissenschaftliche Personal geopfert, um auf diese Weise die national und international hochangesehenen Kollegen retten zu können.¹⁹ Aufgrund des inzwischen zur Verfügung stehenden Materials bedarf jedoch auch diese Position nicht nur einer deutlichen Differenzierung, sondern auch einer sachlichen Korrektur.

Die KWG konnte sich den Folgen des Gesetzes nicht entziehen, wenn sie nicht einen offenen Konflikt mit den neuen Machthabern provozieren wollte, der vermutlich zur Einsetzung eines Staatskommissars geführt hätte. Man bemühte sich aber durchaus darum, die Auswirkungen innerhalb der KWG so gering wie möglich zu halten.²⁰ So verständigte man sich erstens mit den zuständigen Ministerien dahingehend, daß das Gesetz nicht auf die Angehörigen der neun Institute und anderen Einrichtungen anzuwenden sei, die überwiegend aus nichtöffentlichen Mitteln finanziert wurden. Zweitens entschied man, daß es in den übrigen Einrichtungen nur um die festangestellten, aus dem KWG-Haushalt finanzierten Personen gehen könne. Dadurch wurden alle diejenigen, die aus anderen Mitteln bezahlt wurden, unentgeltlich tätig waren oder einen langfristigen Gastforscherstatus hatten, bei den vorgeschriebenen listenmäßigen Erfassungen nicht berücksichtigt. Und drittens bemühte man sich um Sonderregelungen für sogenannte „Härtefälle“, wobei es in

18 „Ich, Wilhelm Hermann Julius Eitel, 22. 1. 1946“ (Archiv der MPG, Berlin, im Folgenden: MPGA), zitiert nach Heiko Stoff: Eine zentrale Arbeitsstätte mit nationalen Aufgaben. Wilhelm Eitel und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Silikatforschung 1926–1945. Berlin 2006 (= Ergebnisse, 28), S. 46.

19 Die Aussage, daß die Generalverwaltung zwar „Spitzenwissenschaftler“ zu schützen versuchte, „im Bereich der unteren und mittleren Personalebene“ die antisemitischen Bestimmungen aber „prompt und konsequent“ durchgesetzt habe, ist in der wissenschaftlichen Literatur zuerst von Albrecht und Hermann: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Dritten Reich (wie Anm. 1), S. 566, formuliert worden. – danach in modifizierter Form bei Michael Schüring: Minervas verstoßene Kinder. Vertriebene Wissenschaftler und die Vergangenheitspolitik der Max-Planck-Gesellschaft. Göttingen 2006, S. 56 ff. – ausführlicher und stärker differenzierend jetzt Hachtmann: Wissenschaftsmanagement (wie Anm. 10), Bd. 1, S. 371–443 („Die Verwaltung des Antisemitismus – Die Haltung der KWG zur ‚Judenfrage‘“).

20 Das Folgende nach Rürup: Schicksale (wie Anm. 14), S. 49–91 („Entlassungen und Vertreibungen: Die NS-Gesetze und ihre Ausführung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“).

nicht wenigen Fällen auch um Sekretärinnen oder Angehörige des technischen Personals ging; diese Bemühungen waren aber nur in Ausnahmefällen erfolgreich. Daß die meisten der „nichtarischen“ Institutsdirektoren oder Abteilungsleiter zunächst – d.h. bis zu den „Nürnberger Gesetzen“ von 1935 – nicht entlassen werden mußten, war nicht die Auswirkung eines wie auch immer gearteten „meritokratischen Prinzips“, sondern resultierte daraus, daß das „Berufsbeamtenengesetz“ eine „Schutz“-Klausel für diejenigen enthielt, die schon vor Beginn des Ersten Weltkrieges Beamte waren oder während des Krieges Frontdienst geleistet hatten. Diese „Schutz“-Bestimmungen griffen nicht für die meisten jüngeren Wissenschaftler, wohl aber für eine große Zahl der besonders bekannten Forscher.

Angesichts dieses Befundes wird man nicht sagen können, daß die KWG untätig geblieben sei und sich nicht um die bedrohten Angehörigen ihrer Institute gekümmert habe. Es bleibt allerdings ein Faktum, daß die Vertreibung einer sehr großen Zahl von Kolleginnen und Kollegen ohne jeden nach außen sichtbaren Protest der KWG oder auch nur das Aufbegehren einzelner Mitglieder geschah. Gewiß beklagten viele die massiven antisemitischen Eingriffe in den Wissenschaftsbetrieb, aber man nahm sie hin und ging sozusagen zur Tagesordnung über. Daß Forschung fortan unter Ausschluß von Juden betrieben werden sollte, wurde offensichtlich auch in der KWG nicht als ein in jeder Hinsicht unakzeptabler Verstoß gegen die Grundprinzipien der Wissenschaft verstanden. Das bleibt, wie immer auch die Politik der in der KWG Verantwortlichen in dieser Sache gewesen sein mag, ein auch heute noch zutiefst beunruhigendes Faktum – es war und ist eine Schande.

*

Rückblickend erweckte man in der MPG gern den Eindruck, daß man sich während der NS-Zeit in einer Art permanentem Belagerungszustand durch eine wissenschaftsfeindliche Macht befunden habe. Generalsekretär Telschow erklärte schon im März 1946, als eine Auflösung der KWG drohte, diese sei deshalb besonders „absurd“, weil es sich um ein wissenschaftliches „Unternehmen“ handle, „das sich in seinem Kampf gegen die Regierung des Dritten Reiches erfolgreich behauptet hat“.²¹ Von einem „Kampf gegen die Regierung“ konnte jedoch zu keinem Zeitpunkt die Rede sein, die KWG gehörte vielmehr eindeutig zu den von den Nationalsozialisten überdurchschnittlich geförderten Einrichtungen, die

21 Vermerk Telschows vom 8. 3. 1946 (MPGA, Abt. II MPG, Rep. 1A Generalverwaltung, Gründungsakten, Nr. 4). Max Planck bestätigte Telschow wenige Monate später, daß dieser während des „Dritten Reiches“ stets „für die Freiheit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Unabhängigkeit der Forschung gekämpft“ habe (Politische Beurteilung über Dr. Ernst Telschow vom 20. 8. 1946: Ebda., Personalakte Telschow, Ordner 1).

in ihrer wissenschaftlichen Arbeit weitgehende Freiheiten behielten. Orientiert man sich an den statistischen Daten zur Entwicklung des KWG-Etats und zur Neugründung von Instituten, wird man mit Rüdiger Hachtmann, dem besten Kenner der Geschichte der Generalverwaltung bis 1945, durchaus von einer „Erfolgsgeschichte“ sprechen müssen.²² Während die ersten Jahre der NS-Herrschaft noch im Zeichen der Wirtschaftskrise, aber auch einer allmählichen Stabilisierung standen, wuchs der Etat von 1936/37 bis 1939/40 um rund 100 Prozent, und in den ersten Kriegsjahren folgten weitere deutliche Steigerungen. Dem entsprach eine neue Gründungswelle bei den wissenschaftlichen Einrichtungen auf dem Reichsgebiet, aber auch im Ausland, nicht zuletzt in den besetzten Gebieten. Aus den 31 wissenschaftlichen Einrichtungen, über die die KWG Anfang der dreißiger Jahre verfügte, waren 1944 insgesamt 45 geworden, was eine Steigerung von fast fünfzig Prozent innerhalb eines guten Jahrzehnts bedeutete.

Zugleich verfügten viele der schon früher bestehenden Institute seit Beginn des „Vierjahresplans“ für Aufrüstung und Kriegsvorbereitung von 1936 über beträchtlich vergrößerte Forschungsmittel und Forschungsmöglichkeiten.²³ Das KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik konnte die Zahl seiner Wissenschaftler schon 1933/34 von 37 auf 56 steigern, und im KWI für Strömungsforschung und der Aerodynamischen Versuchsanstalt in Göttingen, deren Forschungsaktivitäten weitgehend vom Reichsluftfahrtministerium finanziert wurden, stieg die Zahl der Beschäftigten von 107 Mitarbeitern im Jahre 1933 bis 1940 auf ca. 750. Für viele der Institutsdirektoren und wissenschaftlichen Mitarbeiter der KWG waren das „goldene Jahre“, in denen man auf relativ unbürokratische Weise und in kürzester Frist Forschungsvorhaben realisieren konnte. Im Kriege galt dann ein großer Teil der Forschungsarbeiten als „kriegswichtig“, so daß die Institutsmitarbeiter als „unabkömmlich“ deklariert und auf diese Weise vor dem Fronteinsatz bewahrt werden konnten. Die negativen Auswirkungen des Krieges wurden erst in der Endphase des Krieges eindeutig spürbar, als die Standorte in fremden Ländern geräumt und innerhalb der Reichsgrenzen nicht weniger als 24 Institute ganz oder teilweise evakuiert

22 Hachtmann: Wissenschaftsmanagement (wie Anm. 10), Bd. 1, S. 20: „Legt man die üblichen Kriterien institutioneller Selbstdarstellung zugrunde, war die Zeit des ‚Dritten Reiches‘ für die KWG und ihre Generalverwaltung eine bemerkenswerte Erfolgsgeschichte.“ – Zu den Finanzen der KWG ebd., S. 191–258, dazu auch der Tabellenanhang in Bd. 2, S. 1245–1288.

23 Rüdiger Hachtmann: Der Ertrag eines erfolgreichen Wissenschaftsmanagements: Die Etatentwicklung wichtiger Kaiser-Wilhelm-Institute 1929 bis 1944. In: Helmut Maier (Hg.): Gemeinschaftsforschung, Bevollmächtigte und der Wissenstransfer. Die Rolle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im System kriegsrelevanter Forschung des Nationalsozialismus. Göttingen 2007, S. 561–598 (mit zahlreichen Tabellen).

werden mußten. Manche Institute erlitten Bombenschäden, und auch die Generalverwaltung verlegte in den letzten Kriegsmonaten ihren Sitz von Berlin nach Göttingen.

*

Richtet man den Blick auf die im „Dritten Reich“ geleistete Forschungsarbeit, so ist unübersehbar, daß die „Selbstgleichschaltung“ der KWG nicht nur die Leitungsgremien und die institutionelle Einpassung in das neue Machtgefüge betraf, sondern auch die künftig zu erbringenden Leistungen sowohl in der Forschung als auch in der Wissenschaftsorganisation und in der wissenschaftlichen Beratungstätigkeit. Präsident, Generalverwaltung und Senat waren sich einig, daß man sich den Erwartungen der neuen Machthaber hinsichtlich einer Intensivierung der Forschung in den Bereichen Wehrtechnik und Rüstung, Rohstoffversorgung und Ernährung, aber auch Rassentheorie, Volksgesundheit und Eugenik bzw. „Rassenhygiene“ nicht entziehen wolle. Schon im Juli 1933 teilte der Präsident dem Reichsminister des Inneren mit, „daß die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften gewillt ist, sich systematisch in den Dienst des Reiches hinsichtlich der rassenhygienischen Forschung zu stellen“. Man habe bereits eine Kommission aus den Direktoren der dafür zuständigen Institute gebildet – das waren Eugen Fischer vom KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik in Berlin und Ernst Rüdin von der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie in München, aber auch der einschlägig ausgewiesene Erwin Baur vom KWI für Züchtungsforschung im brandenburgischen Müncheberg – und bitte den Minister, „über diese Kommission im angeregten Sinne verfügen zu wollen“.²⁴ Im Oktober 1933 erklärte Max Planck vor dem Verwaltungsausschuß der KWG, die Gesellschaft sei „selbstverständlich bereit, unter Wahrung ihrer vornehmsten Aufgabe, der Förderung der Wissenschaften, sich freudig mit allen Kräften in den Dienst der Landesverteidigung zu stellen“,²⁵ und im März 1934 formulierte dieser Ausschuß ganz unmißverständlich, daß es die „vornehmste Aufgabe“ der KWG sei, „ihre wissenschaftlichen Interessen mit den militärischen Interessen, die zur Zeit für unser Vaterland besonders wichtig seien, zu verbinden“.²⁶

Daß man mit einer stärkeren Betonung der rüstungsrelevanten Forschung keine Probleme hatte, erklärt sich nicht zuletzt daraus, daß eine enge Kooperation mit dem Militär

24 Schreibens Plancks an das Reichsinnenministerium vom 14. 7. 1933 (MPGA, Abt. I KWG, Rep. 1A, Generalverwaltung, Nr. 2401).

25 Sitzungsprotokoll des Verwaltungsausschusses der KWG vom 18. 10. 1933 (ebda., Nr. 92).

26 Sitzungsprotokoll des Verwaltungsausschusses vom 6. 3. 1934 (ebda., Nr. 93).

alles andere als neu oder gar überraschend war. Im Rahmen des Forschungsprogramms ist, vor allem in der grundlegenden Monographie „Forschung als Waffe. Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“ von Helmut Maier und in den beiden von ihm herausgegebenen Sammelbänden, erstmals in aller Deutlichkeit herausgearbeitet worden, daß es eine intensive Zusammenarbeit der KWG mit den Militärbehörden schon in der Spätphase des Kaiserreichs gab, daß sie während des Ersten Weltkrieges in ganz neue Dimensionen vorstieß – man denke nur an das Haber-Institut mit seinen zeitweise bis zu 2.000 Beschäftigten, das dem Heereswaffenamt vollständig unterstellt war –, und daß auch in der Weimarer Republik, allen Verboten des Versailler Vertrages zum Trotz, die Zusammenarbeit mit der Reichswehr eine große Rolle spielte.²⁷ Weder der politische Systemwechsel noch die direkte Ausrichtung von Wissenschaft, Technik und Industrie auf die Bedürfnisse der Wehrmacht und die Kriegsvorbereitung seit der Mitte der dreißiger Jahre wurden deshalb als einschneidende Veränderungen wahrgenommen.²⁸

Von der Metallforschung über die Strömungsforschung bis zur Silikatforschung tat man nicht viel anderes als vorher, nur daß jetzt sehr viel größere Mittel zur Verfügung standen. Das galt im übrigen auch für die Institute, die hinsichtlich der Kriegsvorbereitung auf den ersten Blick ganz unverdächtig erscheinen mochten, wie die KWI für Züchtungsforschung oder Lederforschung. Sie waren Teil der sogenannten „Autarkieforschung“, von der man sich wesentliche Beiträge zur Sicherung der Ernährung und der Versorgung mit knappen Rohstoffen oder entsprechenden Ersatzstoffen im Kriege erhoffte.²⁹ Rüstungs- und

27 Helmut Maier: *Forschung als Waffe. Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung 1900–1945/48*, 2 Bde. Göttingen 2007. – Ders. (Hg.): *Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entzengung der Technikwissenschaften*. Göttingen 2002. – Ders. (Hg.): *Gemeinschaftsforschung* (wie Anm. 23).

28 Burghard Ciesla: *Das Heereswaffenamt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im „Dritten Reich“*. Die militärischen Forschungsbeziehungen zwischen 1918 und 1945. In: Maier (Hg.): *Gemeinschaftsforschung* (wie Anm. 23), S. 32–76. – Rolf-Dieter Müller: *Kriegführung, Rüstung und Wissenschaft. Zur Rolle des Militärs bei der Steuerung der Kriegstechnik unter besonderer Berücksichtigung des Heereswaffenamtes 1933–1945*. In: Maier (Hg.): *Rüstungsforschung* (wie Anm. 27), S. 52–71. – Günter Nagel: *Wissenschaft für den Krieg. Die geheimen Arbeiten der Abteilung Forschung des Heereswaffenamtes*. Stuttgart 2012 (= *Pallas Athene*, 43). – Vgl. auch Rüdiger Hachtmann: „Rauher Krieg“ und „friedliche Wissenschaft“? Zur Militarisation der Wissenschaften und zur Verwissenschaftlichung des Krieges im 19. und 20. Jahrhundert. In: Matthias Berg, Jens Thiel und Peter Th. Walther (Hg.): *Mit Feder und Schwert. Militär und Wissenschaft – Wissenschaftler und Krieg*. Stuttgart 2009, S. 25–55. –

29 Susanne Heim: *Research for Autarky. The Contribution of Scientists to Nazi Rule in Germany*. Berlin 2001 (= *Ergebnisse*, 4). – Dies. (Hg.): *Autarkie und Ostexpansion. Pflanzenzucht und Agrarforschung im Nationalsozialismus*. Göttingen 2002. – Dies.: *Kalorien, Kautschuk, Karrieren. Landwirtschaftliche Forschung in*

Autarkieforschung waren damit vereint in dem Streben nach einem „autarken Wehrstaat“ und einem „nationalen Wiederaufstieg“, bei dem der Krieg als ein legitimes Mittel der Politik erschien. In einem wie hohen Maße die KWG schließlich in die deutsche Kriegsführung eingebunden war, faßte Generalsekretär Telschow im Januar 1943 in einem knappen Satz zusammen: „27 Institute [von insgesamt 43] sind W[ehrmachts]- bzw. Rüstungs- oder Spezialbetriebe und zum Teil mit kriegsentscheidenden Arbeiten eingesetzt.“³⁰

Die Tatsache, daß die Forscher der KWG in ihren Instituten an rüstungsrelevanten und kriegsvorbereitenden Projekten arbeiteten, unterschied sie allerdings nicht grundsätzlich von ihren Kollegen in anderen Ländern. Carola Sachse und Mark Walker haben das im Rahmen des Forschungsprogramms in einem anspruchsvollen Sammelband dokumentiert, in dem die Ergebnisse einer internationalen Arbeitsgruppe veröffentlicht sind, die in zehn Problemfeldern die Verhältnisse in Deutschland, den USA, Japan, der UdSSR und einigen weiteren europäischen Staaten vergleichend untersucht hat.³¹ Was die Situation im nationalsozialistischen Deutschland und damit auch in der KWG jedoch von vergleichbaren Einrichtungen in den meisten anderen Ländern unterschied, war, daß die Forschungen hier der Machtentfaltung und Kriegführung eines Regimes dienten, dessen kriminelle Energie alles überstieg, was bis dahin vorstellbar war – von den rassistischen und anderen Verbrechen im eigenen Land über die großen Kriegsverbrechen vor allem im Osten bis zum Mord an den europäischen Juden. Selbst wenn man unterstellt, daß die Dimension der nationalsozialistischen Verbrechen den einzelnen Forschern, die in ihren Laboren arbeiteten,

Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933–1945. Göttingen 2003. – Günter Luxbacher: Roh- und Werkstoffe für die Autarkie. Textilforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Berlin 2004 (= Ergebnisse, 18). – Ders.: Kohle – Öl – Benzin. Die Fischer-Tropsch-Synthese in der interinstitutionellen Kooperation 1933–1944. In: Maier (Hg.): Gemeinschaftsforschung (wie Anm. 23), S. 453–502. – Anne Sudrow: Vom Leder zum Kunststoff. Werkstoff-Forschung auf der „Schuhprüfstrecke“ im Konzentrationslager Sachsenhausen. In: Maier (Hg.): Rüstungsforschung (wie Anm. 27), S. 214–249. – Dies.: Dresden – München: Das Max-Planck-Institut für Eiweiß- und Lederforschung. In: Peter Gruss und Reinhard Rürup (Hg.): Denkmale. Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Brüche und Kontinuitäten 1911–2011. Dresden 2011, S. 214–221.

30 Zitiert nach Walter E. Grunden, Yutaka Kawamura, Eduard Kolchinsky, Helmut Maier und Masakatsu Yamazaki: Laying the Foundation for Wartime Research. A Comparative Overview of Science Mobilization in National Socialist Germany, Japan, and the Soviet Union. In: Sachse und Walker (Hg.): Politics and Science (wie Anm. 4), S. 79–106, hier S. 91.

31 Sachse und Walker (Hg.): Politics and Science (wie Anm. 4). – Dies.: Naturwissenschaften, Krieg und Systemverbrechen. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im internationalen Vergleich 1933–1945. In: Michael Grüttner, Rüdiger Hachtmann, Konrad Jarausch, Jürgen John und Matthias Midell (Hg.): Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert. Göttingen 2010, S. 167–182.

nicht in vollem Umfang bekannt war, konnte ihnen doch nicht verborgen bleiben, daß sie mit ihrer Forschungstätigkeit eine radikal rassistische, totalitäre Diktatur unterstützten, die die Welt in einen neuen großen Krieg gestürzt hatte und ganze Völker zu versklaven oder gar zu vernichten versuchte.

Vor diesem Hintergrund sind auch die Forschungsarbeiten zu beurteilen, die in einzelnen Instituten der KWG der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen galten, obwohl diese Waffen entweder nicht realisiert wurden oder nicht zum Einsatz kamen. Das betraf die Arbeit an Biowaffen und vor allem die chemische Kampfstoff-Forschung, die im KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie seit Ende 1933 und im Teil-Institut für Chemie des KWI für medizinische Forschung vor allem in den Kriegsjahren mit beträchtlichem Aufwand betrieben wurde.³² Und es betraf die Kernwaffen-Forschung im Rahmen des „Uran-Projekts“, für die zu Beginn des Krieges das KWI für Physik dem Heereswaffenamt unterstellt wurde, die dann aber dezentral weitergeführt wurden, so daß man sich innerhalb der KWG im wesentlichen auf Probleme des Reaktorbaus konzentrieren konnte.³³

Wenn die Beteiligung an der Rüstungs- und Autarkieforschung auf den ersten Blick nicht besonders auffällig erscheinen mochte, so gilt das nicht für die in der KWG betriebene „Rassen“- und „Rassenhygiene-Forschung“. „Rassenforschung“ gab es zwar auch in anderen Ländern, und die sogenannte „Rassenhygiene-Bewegung“ des frühen 20. Jahrhunderts war ein internationales Phänomen, dessen radikale Tendenzen keineswegs nur in Deutschland anzutreffen waren. In Deutschland waren jedoch seit der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ die Sicherungen des liberalen rechtsstaatlichen Systems außer Kraft gesetzt, so daß es zu einer von Grund auf inhumanen und in ihrer Konsequenz mörderischen Verbindung von radikaler „rassenhygienischer“ Programmatik und staatlicher Macht kam. Das betraf angesichts des nationalsozialistischen Radikalantisemitismus vor allem die Juden, aber schon bald auch die als „Zigeuner“ verfolgten Sinti und Roma ebenso wie die Homosexuellen und die als „Asoziale“ und „Gemeinschaftsfremde“ diffamier-

32 Florian Schmalz: *Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus. Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie.* Göttingen 2005. – Ders.: Peter Adolf Thiessen und Richard Kuhn und die Chemiewaffen-Forschung im NS-Regime. In: Maier (Hg.): *Gemeinschaftsforschung* (wie Anm. 23), S. 305–351.

33 Mark Walker: *Die Uranmaschine. Mythos und Wirklichkeit der deutschen Atombombe.* Berlin 1990. – Ders.: *Eine Waffenschmiede? Kernwaffen- und Reaktorforschung am Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik.* In: Maier (Hg.): *Gemeinschaftsforschung* (wie Anm. 23), S. 352–394. – Walter E. Grunden, Mark Walker und Masakatsu Yamazaki: *Wartime Nuclear Weapons Research in Germany and Japan.* In: Sachse und Walker (Hg.): *Politics and Science* (wie Anm. 4), S. 107–130.

ten Menschen, die nicht den Normen einer nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ entsprachen. Schon im Sommer 1933 wurde auch die Zwangssterilisation von angeblich „Erbkranken“ gesetzlich eingeführt und in den Folgejahren an bis zu 400.000 Menschen vollzogen. Es folgten die sogenannte „Kinder-Euthanasie“ und der Mord an geistig Behinderten und anderen Kranken im Rahmen der sogenannten „Aktion T4“, die 1941 gestoppt, aber in den späteren Kriegsjahren auf andere Weise fortgeführt wurde. Im Interesse einer rassistisch definierten „Volksgesundheit“ wurden wehr- und hilflose Menschen erfaßt, medizinisch begutachtet und ums Leben gebracht.

Wissenschaftler der KWG, vor allem aus dem KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik und der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie haben durch ihre Forschungen und Veröffentlichungen der „Rassenpolitik“ der Nationalsozialisten eine scheinwissenschaftliche Legitimation verschafft, sie haben „rassenhygienische“ Programme entwickelt, an der Vorbereitung und Ausarbeitung entsprechender Gesetze mitgewirkt und waren nicht zuletzt auch als Gutachter bei den Krankmorden tätig. Hier fand eine moralische „Entgrenzung“ der Wissenschaft statt, wie es sie bis zu diesem Zeitpunkt weder in Deutschland noch in anderen Ländern gegeben hatte. Hans-Walter Schmuhl hat seiner Maßstäbe setzenden Untersuchung des KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik deshalb den Titel „Grenzüberschreitungen“ gegeben. Wer einen Eindruck davon gewinnen möchte, wie ernsthafte, international diskutierte und anerkannte Forschung, ideologische Verblendung und unethische, in ihrem Kern kriminelle Praktiken in einem Institut teils nebeneinander, teils miteinander existierten, dem sei die Lektüre dieses Buches nachdrücklich empfohlen.³⁴ Er wird in ihm dann auch auf die in der Öffentlichkeit viel diskutierte „Verbindung nach Auschwitz“ stoßen, d.h. auf den SS-Lagerarzt Josef Mengele, einen ehemaligen Assistenten des KWI-Direktors Otmar Freiherr von Verschuer aus dessen Zeit als Ordinarius an der Universität Frankfurt am Main. Mengele, der in Auschwitz auch eigene wissenschaftliche Pläne verfolgte, stand in ständiger Verbindung zum KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik und versorgte seine Berliner Kollegen mit Blutproben von Häftlingen, aber auch mit Präparaten von verstorbenen oder ermordeten Häftlingen für die im Institut betriebene Zwillingsforschung.³⁵

34 Hans-Walter Schmuhl: Grenzüberschreitungen. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik 1927–1945. Göttingen 2005. – Ders. (Hg.): Rassenforschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten vor und nach 1933. Göttingen 2003. – Hans Hesse: Augen aus Auschwitz – Ein Lehrstück über nationalsozialistischen Rassenwahn und medizinische Forschung. Der Fall Dr. Karin Magnussen. Essen 2001.

35 Carola Sachse (Hg.): Die Verbindung nach Auschwitz. Biowissenschaften und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten. Göttingen 2003.

Bei der „Verbindung nach Auschwitz“ handelt es sich um einen Fall von besonders ausgeprägter Symbolik, deren Wirkungsmächtigkeit seit den achtziger Jahre wesentlich dazu beigetragen hat, die Fragen nach den „Grenzüberschreitungen“ der medizinischen Forschung in der NS-Zeit mit neuer Dringlichkeit zu stellen. Das gilt auch für die KWG, obwohl der „Fall Mengele“ für das, worum es bei einer kritischen Aufarbeitung der NS-Geschichte der KWG gehen muß, eher untypisch ist. Viel verbreiteter war die Praxis, in der Forschung von den Verbrechen der Nazis dadurch zu profitieren, daß man für anatomische Untersuchungen in großem Umfang auf die Präparate von Opfern dieser Verbrechen zugriff. Das trifft beispielweise für das KWI für Hirnforschung in Berlin-Buch zu, das sich für seine hirnanatomischen Forschungen ohne Zögern und offensichtlich auch ohne Skrupel in großer Zahl der Präparate von „Euthanasie“-Opfern aus dem Landeskrankenhaus Brandenburg an der Havel bediente.³⁶ Ähnlich verfuhr man auch in anderen Instituten, wobei man in Einzelfällen sogar so weit ging, die Kranken vor ihrer Verbringung in eine Tötungsanstalt zu untersuchen, um nach ihrer Ermordung an den entsprechenden Hirnpräparaten weiterzuarbeiten.³⁷ Ernst Rüdin, Direktor der Münchener Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie, prägte 1942 in einem Schreiben an den Reichsforschungsrat den Begriff „eliminationswürdig“ für Kinder, die medizinisch „einwandfrei als minderwertig“ klassifiziert werden könnten.³⁸ Daß einzelne KWG-Wissenschaftler darüber hinaus im Rahmen sogenannter „kriegswichtiger“ Forschungen auch Menschenversuche – beispielsweise Unterdruck- oder Unterkühlungsversuche oder Versuche mit chemischen Kampfstoffmitteln – unter anderem an KZ-Häftlingen durchführten, will ich an dieser Stelle nur noch erwähnen, ohne darauf näher eingehen zu können.

*

-
- 36 Hans-Walter Schmuhl: Hirnforschung und Krankenmord. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung 1937–1945. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 50 (2002), S. 559–609 (eine erste, ausführlichere Fassung unter dem gleichen Titel als Heft 1 der „Ergebnisse“. Berlin 2000). – Jürgen Peiffer: Wissenschaftliches Erkenntnisstreben als Tötungsmotiv? Zur Kennzeichnung von Opfern auf deren Krankenakten und zur Organisation und Unterscheidung von Kinder-„Euthanasie“ und T4-Aktion. Berlin 2005 (= Ergebnisse, 23).
- 37 Jürgen Peiffer: Neuropathologische Forschung an „Euthanasie“-Opfern in zwei Kaiser-Wilhelm-Instituten. In: Kaufmann (Hg.): Geschichte der KWG (wie Anm. 5), Bd. 1, S. 151–173. – Volker Roelcke: Psychiatrische Wissenschaft im Kontext nationalsozialistischer Politik und „Euthanasie“. Zur Rolle von Ernst Rüdin und der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie/Kaiser-Wilhelm-Institut. In: Ebda., S. 112–150. – Ders.: Programm und Praxis der psychiatrischen Genetik an der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie unter Ernst Rüdin: Zum Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Rasse-Begriff vor und nach 1933. In: *Medizinhistorisches Journal* 37 (2002), S. 21–55.
- 38 Zitiert nach Roelcke: *Psychiatrische Wissenschaft* (wie Anm. 37), S. 136.

Das Forschungsprogramm hat die Geschichte der KWG im Nationalsozialismus nicht flächendeckend oder gar enzyklopädisch aufarbeiten können. Es mußten Schwerpunkte gebildet werden, die zunächst auf die Rassenforschung, die Rüstungsforschung und die Autarkieforschung, hier vor allem Landwirtschafts- und Züchtungsforschung, ausgerichtet waren. Hinzu kamen Querschnittsstudien zu bestimmten Forschungsfeldern von der Virusforschung im Verbund mehrerer biowissenschaftlicher Institute bis zur chemischen Kampfstoff-Forschung, vor allem aber Untersuchungen zum „Wissenschaftsmanagement“ der Generalverwaltung, zu den aus der KWG vertriebenen Forscherinnen und Forschern und zum Umgang der KWG bzw. der MPG mit ihrer NS-Vergangenheit und hier wieder besonders mit den vertriebenen Forschern.³⁹ In den Sammelbänden und den „preprints“ sind darüber hinaus zahlreiche einzelne Institute und Persönlichkeiten behandelt worden. Es wäre gewiß reizvoll, einige dieser Institute vorzustellen oder die leitenden Persönlichkeiten mit den Präsidenten Max Planck, Carl Bosch und Albert Vögler und den Generaldirektoren bzw. Generalsekretären Friedrich Glum und Ernst Telschow knapp zu porträtieren.⁴⁰ Ich will mich an dieser Stelle auf einige wenige Anmerkungen zu Adolf Butenandt beschränken, weil die öffentlichen Diskussionen über seine Person einen wesentlichen Anstoß für die Einrichtung des Forschungsprogramms gegeben haben.

Im Falle Butenandts konnte nachgewiesen werden, daß er seit seiner Zeit an der Technischen Hochschule Danzig tatsächlich Mitglied der NSDAP war, während er selber in späteren Jahren aus unerfindlichen Gründen darauf bestanden hat, daß er nicht über den Status eines Partei-Anwärters hinaus gekommen sei. Für alle übrigen Anschuldigungen, die seit den achtziger Jahren gegen ihn erhoben wurden, haben sich dagegen, auch unter

39 Ergänzend zu den bereits genannten Veröffentlichungen Bernd Gausemeier: *Natürliche Ordnungen und politische Allianzen. Biologische und biochemische Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933–1945*. Göttingen 2005. – Alexander von Schwerin: *Experimentalisierung des Menschen. Der Genetiker Hans Nachtsheim und die vergleichende Erbpathologie 1920–1945*. Göttingen 2004. – Ute Deichmann: *Proteinforschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten von 1930 bis 1950 im internationalen Vergleich*. Berlin 2004 (= Ergebnisse, 21). – Rolf Ulrich Kunze: *Ernst Rabel und das Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht 1926–1945*. Göttingen 2004. – Ingo Hueck: *Die deutsche Völkerrechtswissenschaft im Nationalsozialismus. Das Berliner Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, das Hamburger Institut für Auswärtige Politik und das Kieler Institut für Internationales Recht*. In: Kaufmann (Hg.): *Geschichte der KWG* (wie Anm. 5), Bd. 2, S. 490–527.

40 Zu den Präsidenten vgl. auch Ulrike Kohl: *Die Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus*. Max Planck, Carl Bosch und Albert Vögler zwischen Wissenschaft und Macht, Stuttgart 2002 (= Pallas Athene, 5).

Benutzung seines umfangreichen Nachlasses, keine Belege finden lassen.⁴¹ Er war in seinen jungen Jahren deutlich deutsch-national geprägt und hatte offenbar persönlich keine Probleme mit der NS-Herrschaft, obwohl es ihn dann doch tief gekränkt hat, daß er 1939 den ihm zuerkannten Nobelpreis auf ausdrückliche Weisung der deutschen Regierung nicht annehmen durfte. In der Nachkriegszeit ist auffällig, daß er hinsichtlich des den früheren Kollegen angetanen Unrechts und der Notwendigkeit einer „Wiedergutmachung“ sehr viel sensibler, auch aktiver war als die meisten seiner Kollegen in der MPG. Hinsichtlich seines Verhaltens im „Dritten Reich“ kann er in einer demokratischen Gesellschaft sicher nicht als Vorbild herausgestellt werden, aber es gibt auch keinen Grund, ihn zu verteufeln oder stärker als andere mit der historischen Verantwortung für die NS-Zeit zu belasten.

*

Abschließend möchte ich noch einige kurze Bemerkungen zu den bei den Forschungen zur KWG gewonnenen allgemeinen Einsichten in das Verhältnis von Wissenschaft und Politik im Nationalsozialismus machen, die inzwischen durch das vom Rüdiger vom Bruch und Ulrich Herbert geleitete DFG-Forschungsprogramm zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Nationalsozialismus weitgehend bestätigt worden sind.⁴²

Das ist *erstens* die Tatsache, daß die Wissenschaftler, die durch den politischen Machtwechsel nicht unmittelbar persönlich bedroht waren, den Beginn des „Dritten Reiches“ für ihre Forschungen eher als Chance denn als Bedrohung empfanden. Das war einerseits durch die Krisenerfahrung gegen Ende der Weimarer Republik bedingt, andererseits aber auch durch die nationale Aufbruchstimmung und die Aussicht auf neue finanzielle Res-

41 Wolfgang Schieder und Achim Trunk (Hg.): Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im „Dritten Reich“. Göttingen 2004. – Achim Trunk: Zweihundert Blutproben aus Auschwitz. Ein Forschungsvorhaben zwischen Anthropologie und Biochemie (1943–1945). Berlin 2003 (= Ergebnisse, 12). – für sein Verhalten gegenüber den vertriebenen Kollegen in der Nachkriegszeit vgl. Rürup: Schicksale (wie Anm. 14), S. 128 f. (Carl Neuberg, James Franck) und S. 233 (Kurt Paul Jacobsohn).

42 Vgl. Reinhard Rürup: Wissenschaftsförderung im Nationalsozialismus – eine fast alltägliche Geschichte? Kommentar zum DFG-Forschungsprogramm „Die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920–1970“. In: Karin Orth und Willi Oberkrome (Hg.): Die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920–1970. Forschungsförderung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Stuttgart 2010, S. 435–442 (= Studien zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft, 8). – Ders.: Wissenschaft und Wissenschaftspolitik im Nationalsozialismus: Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Deutsche Forschungsgemeinschaft. In: Hartmut Berghoff, Jürgen Kocka und Dieter Ziegler (Hg.): Wirtschaft im Zeitalter der Extreme. Beiträge zur Unternehmensgeschichte Österreichs und Deutschlands. Im Gedenken an Gerald D. Feldman. München 2010, S. 245–252.

sources bestimmt. Die Hoffnungen erwiesen sich insbesondere für die Technik- und Naturwissenschaften als durchaus berechtigt.

Hinzu kam *zweitens*, daß der Nationalsozialismus zwar antiintellektuell, nicht aber, wie immer wieder behauptet, grundsätzlich wissenschaftsfeindlich war. Die NS-Führung war im Gegenteil von Anfang an ausgesprochen daran interessiert, das große wissenschaftliche Potential in Deutschland, auch und vor allem die Spitzenforschung, für ihre Zwecke möglichst intensiv zu nutzen.

Entgegen einer in der historischen Forschung weit verbreiteten Meinung, daß die polykratische Struktur des NS-Herrschaftsapparats eine erfolgreiche Wissenschaftspolitik behindert, wenn nicht sogar unmöglich gemacht habe, ist bei den Forschungen zur Geschichte der KWG *drittens* deutlich geworden, daß die polykratische Konkurrenz gerade in der Wissenschaftspolitik ausgesprochen motivierend und mobilisierend wirken konnte.

Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik war *viertens* auch nicht so, daß die Politik im einzelnen festlegte, wer was zu welchem Zeitpunkt forschen sollte. Die Direktoren der Kaiser-Wilhelm-Institute behielten in dieser Hinsicht weitgehend freie Hand. Im Rahmen der erkennbaren politischen Interessen formulierten sie selber ihre Forschungsprogramme. Die Wissenschaftler waren keine Befehlsempfänger, denen Forschungsprojekte aufgezwungen wurden, sondern handelten fast immer in eigener Initiative und Verantwortung.

Fünftens und *letztens*: die „Grundlagenforschung“. Im Nachhinein ist immer wieder behauptet worden, daß man selbst während des Krieges ausschließlich Grundlagenforschung getrieben und deshalb mit der eigentlichen Kriegsforschung gar nichts zu tun gehabt habe. Nun ist seit langem bekannt, daß eine eindeutige Trennung zwischen Grundlagenforschung und Anwendungsforschung nur in eher seltenen Fällen möglich ist, und auch in der KWG beschränkte man sich nicht auf die Grundlagenforschung, sondern arbeitete in vielen industrie-nahen und industrie-finanzierten Instituten von Anfang an anwendungsorientiert, man denke nur an die KWI für Kohlenforschung, Eisenforschung, Lederforschung, Faserstoffchemie und andere mehr. „Grundlagenforschung“, so hat Helmut Maier seine einschlägigen Arbeiten zur Rüstungsforschung in der KWG zusammengefaßt, wurde „während des Krieges punktgenau dort betrieben, wo sie von den Zwecken her erforderlich war“.⁴³

43 Helmut Maier: Aus der Verantwortung gestohlen? „Grundlagenforschung“ als Persilschein für Rüstungsforschung am Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung vor und nach 1945. In: Werner Lorenz und Torsten Meyer (Hg.): Technik und Verantwortung im Nationalsozialismus. Münster 2004, S. 47–77 (hier S. 70).

Ich muß es bei diesen wenigen Hinweisen lassen, hoffe aber, daß die Andeutungen genügen, um deutlich zu machen, daß Anstöße für die künftige Forschung gegeben worden sind, die weit über den konkreten Untersuchungsgegenstand der KWG hinaus weisen.

*

Doch noch einmal zurück zur KWG im Nationalsozialismus: Die KWG, ihre Mitglieder und ihre Mitarbeiter haben sich in jenen Jahren nicht anders, aber auch nicht besser als die Angehörigen anderer gesellschaftlicher Institutionen verhalten. Die Zahl der aktiven Nationalsozialisten war in der KWG nicht sehr groß, aber die Zahl der politisch eindeutig Distanzierten oder gar Oppositionellen war und blieb bis zum Ende des „Dritten Reiches“ verschwindend gering. Die große Mehrheit paßte sich an und versuchte von den gegebenen Verhältnissen so stark wie möglich zu profitieren. Das gilt nicht nur für die einzelnen Wissenschaftler, sondern auch für die KWG als Ganzes. Sie kämpfte nicht um ihr „Überleben“, wie es später gern dargestellt wurde, sondern zählte zu den Nutznießern der NS-Politik. Sie war ein prominenter Bestandteil des NS-Systems, gehörte zu den Mitträgern und damit auch zu den Mitverantwortlichen des „Dritten Reiches“.

Das ist der Tatbestand, mit dem sich die MPG heute und in Zukunft auseinandersetzen muß, und dabei geht es nicht in erster Linie um das Versagen oder die Schuld einzelner Personen oder wissenschaftlicher Einrichtungen, sondern um die schmerzliche Einsicht, daß auch wissenschaftliche Arbeit auf höchstem Niveau nicht davor schützt, das christliche, humanistische und liberale Erbe europäischer Geschichte und Kultur zu verraten, der Barbarei den Weg zu bereiten oder sich sogar aktiv an ihr zu beteiligen. Diese Einsicht setzt allerdings voraus, daß man bei der Aufarbeitung der Vergangenheit sich nicht auf den engeren Bereich der Wissenschaftsgeschichte beschränkt, sondern sich ernsthaft auf die Geschichte des Nationalsozialismus in seiner Gesamtheit, seine Ursachen, Strukturen und Ziele, vor allem aber seine Auswirkungen und Folgen einläßt. Erst wenn man begreift, was die historische Erfahrung des Nationalsozialismus als Ganzes bedeutet, was mit dem von den Nationalsozialisten verursachten „Zivilisationsbruch“ – nicht nur im Blick auf den Mord an den europäischen Juden – gemeint ist, kann man ein Koordinatensystem entwickeln, in dem die Wissenschaftsgeschichte dieser Jahre dauerhaft zu verorten ist. Erst unter diesen Voraussetzungen ist es möglich, aus den Erfahrungen dieser Vergangenheit für die Zukunft zu lernen.

Das ist eine Einsicht, die Lise Meitner schon im Frühsommer 1945 in ihrem neuerdings viel zitierten Brief an Otto Hahn formulierte, als sie der Befürchtung Ausdruck gab,

daß selbst so große Gelehrte wie Hahn und Max von Laue, die keiner Sympathien für die NS-Herrschaft verdächtig waren, „die wirkliche Lage nicht begriffen“ hätten, und geradezu beschwörend formulierte, daß „so viel für Euch und Deutschland davon ab[hängt], daß Ihr einseht, was Ihr habt geschehen lassen“.⁴⁴ Hier geht es, das ist unübersehbar, nicht um individuelle Schuld, sondern um historisch-politische Verantwortung und die daraus zu ziehenden Konsequenzen. Genau daran hat es jedoch allzu lange gemangelt – in der MPG, aber auch in der bundesrepublikanischen Gesellschaft insgesamt.

Anhang:

1. Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, hg. von Reinhard Rürup und Wolfgang Schieder im Auftrag der Präsidentenkommission der Max-Planck-Gesellschaft, Wallstein Verlag (Göttingen)

Bd. 1: Doris Kaufmann (Hg.): Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung. Göttingen 2000, 767 S. (2 Teil-Bde.)

Bd. 2: Susanne Heim (Hg.): Autarkie und Ostexpansion. Pflanzenzucht und Agrarforschung im Nationalsozialismus. Göttingen 2002, 306 S.

Bd. 3: Helmut Maier (Hg.): Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften. Göttingen 2002, 396 S.

Bd. 4: Hans-Walter Schmuhl (Hg.): Rassenforschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten vor und nach 1933. Göttingen 2003, 357 S.

Bd. 5: Susanne Heim: Kalorien, Kautschuk, Karrieren. Pflanzenzüchtung und landwirtschaftliche Forschung in Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933–1945. Göttingen 2003, 280 S.

Bd. 6: Carola Sachse (Hg.): Die Verbindung nach Auschwitz. Biowissenschaften und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten. Göttingen 2003, 336 S.

⁴⁴ Meitner an Hahn, Stockholm, 27. 6. 1945 (MPG-Archiv, Abt. III, Rep. 14 A, Nr. 4898). Der Brief, der in einem Durchschlag im Meitner-Nachlaß überliefert ist, hat Hahn, der zur dieser Zeit von den Briten interniert war, nicht erreicht, doch ist Lise Meitner in den ersten Nachkriegsjahren in ihrer Korrespondenz mit Hahn, von Laue und auch James Franck immer wieder auf diese Problematik zurückgekommen. – Vgl. Ruth Lewin Sime, Lise Meitner. Ein Leben für die Physik. Biographie, Frankfurt am Main 2001, bes. S. 396–447 („Krieg gegen das Erinnern“, „Verdrängung der Vergangenheit“).

- Bd. 7: Wolfgang Schieder und Achim Trunk (Hg.): Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im „Dritten Reich“. Göttingen 2004, 450 S.
- Bd. 8: Rolf-Ulrich Kunze: Ernst Rabel und das Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht 1926–1945. Göttingen 2004, 272 S.
- Bd. 9: Hans-Walter Schmuhl: Grenzüberschreitungen. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, Menschliche Erblehre und Eugenik 1927–1945. Göttingen 2005, 597 S.
- Bd. 10: Alexander von Schwerin: Experimentalisierung des Menschen. Der Genetiker Hans Nachtsheim und die vergleichende Erbpathologie 1920–1945. Göttingen 2004, 421 S.
- Bd. 11: Florian Schmaltz: Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus. Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie. Göttingen 2005, 676 S.
- Bd. 12: Bernd Gausemeier: Natürliche Ordnungen und politische Allianzen. Biologische und biochemische Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933–1945. Göttingen 2005, 352 S.
- Bd. 13: Michael Schüring: Minervas verstoßene Kinder. Vertriebene Wissenschaftler und die Vergangenheitspolitik der Max-Planck-Gesellschaft. Göttingen 2006, 416 S.
- Bd. 14: Reinhard Rürup: Schicksale und Karrieren. Gedenkbuch für die von den Nationalsozialisten aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vertriebenen Forscherinnen und Forscher (unter Mitwirkung von Michael Schüring). Göttingen 2008, 539 S.
- Bd. 15: Rüdiger Hachtmann: Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“. Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Göttingen 2007, 1397 S. (2 Teil-Bde.)
- Bd. 16: Helmut Maier: Forschung als Waffe. Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung 1900–1945/48. Göttingen 2007, 1235 S. (2 Teil-Bde.)
- Bd. 17: Helmut Maier (Hg.): Gemeinschaftsforschung, Bevollmächtigte und der Wissenstransfer. Die Rolle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im System kriegsrelevanter Forschung des Nationalsozialismus. Göttingen 2007, 613 S.

2. Ergebnisse. Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, hg. von Carola Sachse (Heft 1–17), Susanne Heim (Heft 18–24) und Rüdiger Hachtmann (Heft 25–28)

Heft 1: Hans-Walter Schmuhl: Hirnforschung und Krankenmord. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung 1937–1945. Berlin 2000, 62 S.

Heft 2: Robert N. Proctor: Adolf Butenandt (1903–1995). Nobelpreisträger, Nationalsozialist und MPG-Präsident. Ein erster Blick in den Nachlaß. Berlin 2000, 41 S.

Heft 3: Carola Sachse und Benoit Massin: Biowissenschaftliche Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten und die Verbrechen des NS-Regimes. Informationen über den gegenwärtigen Wissensstand. Berlin 2000, 55 S.

Heft 4: Susanne Heim: Research for Autarky. The Contribution of Scientists to Nazi Rule in Germany. Berlin 2001, 30 S.

Heft 5: Helmut Maier: „Wehrhaftmachung“ und „Kriegswichtigkeit“. Zur rüstungstechnologischen Relevanz des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Metallforschung in Stuttgart vor und nach 1945. Berlin 2002, 37 S.

Heft 6: Moritz Epple: Rechnen, Messen, Führen. Kriegsforschung am Kaiser-Wilhelm-Institut für Strömungsforschung (1937–1945). Berlin 2002, 49 S.

Heft 7: Susanne Heim: „Die reine Luft der wissenschaftlichen Forschung“. Zum Selbstverständnis der Wissenschaftler der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Berlin 2002, 29 S.

Heft 8: Marianne Ufer: Dreifaches Exil. Rumänien, Afghanistan, Brasilien. Berlin 2003, 25 S.

Heft 9: Otto Gerhard Oexle: Hahn, Heisenberg und die anderen. Anmerkungen zu „Kopenhagen“, „Farm Hall“ und „Göttingen“. Berlin 2003, 49 S.

Heft 10: Mark Walker: Otto Hahn. Verantwortung und Verdrängung. Berlin 2003, 62 S.

Heft 11: Bernhard Strebel und Jens-Christian Wagner: Zwangsarbeit für Forschungseinrichtungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1939–1945. Ein Überblick. Berlin 2003, 85 S.

Heft 12: Achim Trunk: Zweihundert Blutproben aus Auschwitz. Ein Forschungsvorhaben zwischen Anthropologie und Biochemie (1943–1945). Berlin 2003, 86 S.

Heft 13: Gerald D. Feldman: Historische Vergangenheitsbearbeitung. Wirtschaft und Wissenschaft im Vergleich. Berlin 2003, 27 S.

Heft 14: Ruth Lewin Sime: Otto Hahn und die Max-Planck-Gesellschaft. Zwischen Vergangenheit und Erinnerung. Berlin 2004, 67 S.

Heft 15: Helga Satzinger: Rasse, Gene und Geschlecht. Zur Konstituierung zentraler bio-

- logischer Begriffe bei Richard Goldschmidt und Fritz Lenz, 1916–1936. Berlin 2004, 33 S.
- Heft 16: Richard H. Beyler: „Reine“ Wissenschaft und personelle „Säuberungen“. Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft 1933 und 1945. Berlin 2004, 57 S.
- Heft 17: Sheila Faith Weiss: Humangenetik und Politik als wechselseitige Ressourcen. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik im „Dritten Reich“. Berlin 2004, 56 S.
- Heft 18: Günther Luxbacher: Roh- und Werkstoffe für die Autarkie. Textilforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Berlin 2004, 69 S.
- Heft 19: Rüdiger Hachtmann: Eine Erfolgsgeschichte? Schlaglichter auf die Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im „Dritten Reich“. Berlin 2004
- Heft 20: Alexandra Przyrembel: Friedrich Glum und Ernst Telschow. Die Generalsekretäre der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Handlungsfelder und Handlungsoptionen der „Verwaltenden“ von Wissen während des Nationalsozialismus. Berlin 2004, 36 S.
- Heft 21: Ute Deichmann: Proteinforschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten von 1930 bis 1950 im internationalen Vergleich. Berlin 2004, 45 S.
- Heft 22: Sheila Faith Weiss: „The Sword of our Science“ als a Foreign Weapon. The Political Function of German Geneticists in the International Arena During the Third Reich, Berlin 2006, 31 S.
- Heft 23: Jürgen Peiffer: Wissenschaftliches Erkenntnisstreben als Tötungsmotiv? Zur Kennzeichnung von Opfern auf deren Krankenakten und zur Organisation und zur Unterscheidung von Kinder-„Euthanasie“ und T4-Aktion. Berlin 2005, 63 S.
- Heft 24: Ruth Lewin Sime: From Exceptional Prominence to Prominent Exception. Lise Meitner at the Kaiser-Wilhelm-Institute for Chemistry. Berlin 2005, 35 S.
- Heft 25: Susanne zur Nieden: Erbbiologische Forschungen zur Homosexualität an der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie während der Jahre des Nationalsozialismus. Zur Geschichte von Theo Lang. Berlin 2005, 50 S.
- Heft 26: Mark Walker: Eine Waffenschmiede? Kernwaffen- und Reaktorforschung am Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik. Berlin 2005, 46 S.
- Heft 27: Christoph Kreuzmüller: Zum Umgang der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mit Geld und Gut. Immobilientransfers und jüdische Stiftungen 1933–1945. Berlin 2005, 67 S.
- Heft 28: Heiko Stoff: Eine zentrale Arbeitsstätte mit nationalen Zielen. Wilhelm Eitel und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Silikatforschung 1926–1945. Berlin 2006, 55 S.

Jost L e m m e r i c h :

Johann Julius Wilhelm Ritter von Planck (1817–1900)

Der Vater von Max Planck*

Warum ist dieses Thema zum 150. Geburtstag von Max Planck von Interesse? Dafür gibt es sicher mehr als die drei folgenden Gründe.

1. Welchen Einfluß hatte der Vater, der Jurist Johann Julius Wilhelm Planck, auf die Entwicklung seiner Kinder, insbesondere auf Max? Welche Lebensmaximen wurden vermittelt?

Max Planck hat als Erwachsener offenbar nur einmal etwas über seinen Vater berichtet, und das in einem Interview aus dem Jahr 1931 für die Münchner Illustrierte Presse.¹ Es enthält eine wichtige Einzelheit: „Mein Vater war der Erste, der mir von den Naturgesetzen sprach. Er hatte für Naturwissenschaften viel übrig, besonders für Astronomie. Ich sehe ihn vor mir, wie er mir den gestirnten Himmel zeigt und von den Planeten spricht. ‚Sieh diese Sterne‘ sagte er, ‚sie bewegen sich nach ewigen Gesetzen.‘ Ich glaube fast, der Vater sprach mit mir neunjährigen Knaben von den Keplerschen Gesetzen. Es machte einen ganz starken Eindruck auf mich.“

2. Die bisherigen Biographien über Max Planck erwähnen sehr wenig von seinem Elternhaus.
3. Max Plancks Verhalten im Dritten Reich ist aus heutiger Sicht schwierig zu verstehen.²

* Erweiterte Fassung auf dem 74. Dahlemer Archivgespräch am 8. Dezember 2008 gehaltenen Vortrags. – Für die vielfältigen Hilfen bei den Recherchen danke ich herzlich Frau Jutta Briel (Kiel), Frau Dr. Birgit Dahlenburg (Greifswald), Frau Barbara Peters (Greifswald), Frau Magdalene Popp-Grilli (Stuttgart), Frau Dr. Charlotte Schönbeck (Wilhelmstal), Herrn Dr. Georg Asmussen (Kiel), Herrn Dr. Mark Bischoff (Kiel), Herrn Dr. Lorenz Heiligensetzer (Basel), Herrn Dominik Hunger (Basel), Herrn Dr. Ulrich Hunger (Göttingen), Herrn Dr. Helmut Rohlfing (Göttingen) und Herrn Dr. Hermann Wichers (Basel).

1 Münchner Illustrierte Presse 1931, Nr. 20, S. 633 f.: Deutsche Köpfe III. Max Planck.

2 Eckart Henning: Max Planck – ein „armer Wirrkopf“ als Kollaborateur der Nazis. In: Dahlemer Archivgespräche 13 (2004), S. 69–93. – Ders.: „Bambusstrategie“ – Max Planck in der NS-Zeit. In: Sybille Gerstengarbe, Joachim Kaasch, Michael Kaasch, Andreas Kleinert und Benno Parthier (Hg.): In: Vorträge und Abhandlungen zur Wissenschaftsgeschichte 2010. Stuttgart 2010, S. 51–74 (= Acta historica Leopoldina, 55).

Kann man in der Biographie des Vaters dazu Hinweise finden? Lise Meitner schrieb am 11. Januar 1957 an Max Born unter anderem: „In den ersten Monaten der Hitler-Regierung, als er besonders um Haber zu kämpfen versuchte, sagte er einmal richtig verzweifelt: ‚Was soll ich nur machen, es ist ja Gesetz.‘ Als ich darauf sagte: ‚Aber wie kann etwas so Gesetzloses ein Gesetz sein?‘ schien er buchstäblich erleichtert.“³

Die Quellenlage zur Persönlichkeit von Wilhelm Planck ist unbefriedigend. Es gibt keine Autobiographie. Es gibt keinen Nachlaß, keine Briefe des Vaters an den Sohn Max oder an die anderen Kinder. Die Anzahl der überlieferten – und aussagekräftigen – Briefe von Wilhelm Planck an Freunde liegt unter fünfzig, in einigen Fällen sind es nur Dankesbriefe für übersandte Bücher bzw. begleitende Briefe von Planck, wenn er Bücher schickte.

Die Universitätsakten der Stationen seiner Laufbahn⁴, Göttingen, Basel, Greifswald, Kiel haben geringen Umfang, ebenso die der letzten Station, der Ludwig-Maximilians-Universität München, und die Akademieakten. Wie zu erwarten, enthalten sie keine Briefe persönlichen Inhalts. Die zwei akademischen Nachrufe würdigen den Fachgelehrten.⁵

So müssen die wenigen Briefe, das fachschriftstellerische Werk Wilhelm Plancks und die Zeitgeschichte ausreichen, um einen Eindruck seiner Persönlichkeit zu erhalten.

Johann Julius Wilhelm Plancks Großvater war der bekannte Kirchenhistoriker Gottlieb Jacob Planck (1751–1833) in Göttingen. Dessen Sohn Heinrich Ludwig (1785–1831) wurde ebenfalls Professor in Göttingen. Sein Fach war die Systematische Theologie. Er heiratete 1813 Johanne Wagemann, und 1817 wurde ihr einziges Kind, der Sohn, geboren, den sie auf die Namen Johann Julius Wilhelm taufen ließen. Der Vater war kränklich und litt unter epileptischen Anfällen, so daß Wilhelm mit 14 Jahren Halbweise wurde.⁶ Eine väterliche Erziehung wird kaum stattgefunden haben. Auf Privatunterricht folgte 1829 der Besuch des Gymnasiums. 1834 begann er sein juristisches Studium in Jena, wo er bei seinem Onkel, dem Jura-Professor Christoph Martin, wohnte. Es folgten zwei Semester in Göttingen, wo er, unter anderem 1835 bei Friedrich Christoph Dahlmann, Staatswirtschafts- und Finanzrecht hörte.⁷ Dann war er wieder drei Semester lang in Jena.

3 Staatsbibliothek zu Berlin Preußischer Kulturbesitz, Handschriftenabteilung, Nachlaß Max Born.

4 Lothar von Seuffert: Planck, Johann Julius Wilhelm von. Biographie. In: Anton Bettelheim (Hg.): Biographisches Jahrbuch und deutscher Nekrolog, Bd. 5, Berlin 1903, S. 14–18.

5 J. Friedrich: Nekrolog J.J.W. v. Planck. In: Sitzungsberichte der Philosophisch-Philologischen und der Historischen Klasse der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. München 1902, S. 81–94.

6 Vgl. von Seuffert: Planck (wie Anm. 4), S. 15.

7 Universitätsarchiv Göttingen, Jur Prom 0,0624 Abgangszeugnis 1837 mit seinem Ausbildungsweg.

Planck promovierte 1837 als Zwanzigjähriger mit der Note „ausgezeichnet“ mit der Ausarbeitung einer von der Göttinger juristischen Fakultät gestellten Preisfrage über den Ursprung der Sachlegitimation. Die Fakultät lobte die Art, wie Planck die Quellen beurteilt hatte. In einem Zeugnis vom 24. August 1837 wurde ihm bescheinigt: „Auch wird nach Vorschrift des Bundestagsbeschlusses vom 13. November bezeugt, daß er wegen Theilnahme an unerlaubten Verbindungen hier nicht in Untersuchung gekommen ist.“ Es war das Jahr der „Göttinger Sieben“.

Nur zwei Jahre später, am 14. Juli, bat er um die Zulassung zur Habilitation.⁸ Er lieferte eine Abhandlung „*continentia causae* – Zusammenhang von Gründen“ ab und bot drei Themen für eine Vorlesung an. Das erste Thema, über die Beweislast, wurde von der Kommission gewählt, und er wurde habilitiert. Der Privatdozent, befristet auf zwei Jahre, war bei den Studenten beliebt.⁹

Sehr bald erhielt der junge Professor den ersten Ruf. Am 23. Februar 1842 schlug der Ratsherr und Präsident des Erziehungsrats der Stadt Basel Heusler dem hochgeehrten Herrn Bürgermeister vor, Planck auf die vakant gewordene juristische Professur als ordentlichen Professor zu berufen, nachdem der damals bereits berühmte Jurist Johann Jacob Bachofen abgelehnt hatte. Planck hätte in Göttingen gezeigt, daß er ein guter akademischer Lehrer sei, den die Studenten schätzten. Die Berufung erfolgte zum 1. April 1842.¹⁰ Knapp ein Jahr darauf heiratete er in Jena Mathilde Voigt, die Tochter des Professors der Medizin, Botanik und Zoologie in Jena, Friedrich Voigt. Das Ehepaar wohnte in Basel in der Freien Straße.¹¹ Im Mai 1844 wurde Emma, das erste Kind, geboren. In Basel schlossen sie Freundschaft mit Bachofens¹² sowie mit dem Mediziner Miescher¹³ und seiner Frau. Planck las über römisches Recht, Pandekten und Zivilprozessrecht.

Doch so sehr es ihnen in Basel gefiel, Planck teilte am 5. März 1845 dem Präsidenten des Erziehungsrats mit: „Die von der preußischen Regierung wegen Übertragung einer ordentlichen Professur in Greifswald mir gemachten Anträge, von denen ich Sie seiner Zeit bereits in Kenntnis gesetzt habe, sind nunmehr unter den obwaltenden Verhältnissen

8 Ebd., Jur 110 Antrag Plancks an das Kuratorium vom 14. 7. 1839.

9 Ebd., Bericht des Kuratoriums vom 13. 8. 1839.

10 Staatsarchiv Kanton Basel, Erziehungsakten Z 11 1834–1933: Schreiben vom 23. 2. 1842 und Ergänzung J 17 a vom 23. 2. 1842.

11 Ebd., Straßenverzeichnis von 1845.

12 Johann Jacob Bachofen (1815–1887), Jurist, bekannt geworden durch seine Arbeiten über das Mutterrecht.

13 Friedrich Miescher (1811–1887), Pathologe.

angenommen worden.“¹⁴ Er dankte für das Vertrauen und Wohlwollen sowie die lehrreichen Jahre in Basel. Bei der Frage seiner Nachfolge wurde wieder seine Tätigkeit, seine Beliebtheit als Dozent hervorgehoben. Er ließ seine Frau mit dem Kind zuerst in Göttingen zurück und lebte in Greifswald, wie er dem Freund Miescher 19. Mai 1845 mitteilte, als Junggeselle und seinen derzeitigen Zustand mit der schönen Zeit in Basel vergleichend.¹⁵ Nach den Pfingstferien würde er mit den Vorlesungen beginnen.¹⁶ Darüber berichtete er am 14. Juni an Bachofen: „Ich fange bereits an, mich an den Preußischen Norden zu gewöhnen.“¹⁷ Die Anzahl der Studenten sei gering, Im Sommersemester waren es neun. Aber die Juristische Fakultät wäre vollständig besetzt, Georg Beseler¹⁸, mit dem er sich anfreundete, habe sie in Schwung gebracht. Dann heißt es, „[...] daß man hier sehr gesellig lebt und sich auch ziemlich frei und ungezwungen bewegt, in einem Grade wie ich es von einer Landstadt, wie Greifswald nicht erwartet hatte.“ Als Grund gab er die vielen Honoratioren in der Stadt an. „Auch die politischen Ansichten sind zum Theil recht liberal. Freilich bedeutet es hier in Preußen nicht sonderlich viel, um liberal zu sein.“ Die Juristische Fakultät war durch die Unterstützung des preußischen Ministers Johann Albrecht Friedrich von Eichhorn in vorbildlicher Weise erneuert worden. Planck hatte als Kollegen, außer Georg Beseler, Adolf Schmidt, Ernst Immanuel Bekker, Otto Mejer, und Bernhard Windscheid. Es wurde erstmals ein juristisches Seminar eingeführt, das die Ausbildung der Studenten wesentlich verbesserte.¹⁹

Plancks Stimmung war trotzdem etwas trübe, wie er Miescher am 21. Januar 1846 schrieb.²⁰ Der Hausstand war eingerichtet. „Und doch fällt es mir schwer ein eigentlich inniges Verhältnis anzuknüpfen, ein Herz für sich zu erobern, dem man sich ganz anschließen möchte, und sich rückhaltlos hingeben. Das habe weder ich, noch Mathilde hier wieder gefunden, und darin liegt auch noch die innere Unbefriedigung mit unserem

14 Staatsarchiv Kanton Basel (wie Anm. 10), Cur J.J.W. Planck an Collegium, 5. 3. 1845.

15 Universitätsarchiv Greifswald, PA 422, St 763. Ausführlich zur Ernennung zum ordentlichen Professor in der juristischen Fakultät, Greifswald 12. 2. 1845.

16 Universitätsbibliothek Basel, Nachlaß Friedrich Miescher, His B 4616–4624. Planck an Miescher, Greifswald 19. 5. 1845.

17 Ebda., Nachlaß Johann Jacob Bachofen, Nr. 272, 225–226.

18 Georg Beseler: *Erlebtes und Erstrebtes 1809–1859*. Berlin 1884, S. 41 f.

19 Hans-Georg Knote: *Die Juristische Fakultät zur Zeit der preußischen Monarchie (1815–1918)*. In: Dirk Alvermann und Karl-Heinz Spiess (Hg.): *Universität und Gesellschaft. Festschrift zur 550. Jahrfeier der Universität Greifswald*, Bd. 1: *Die Geschichte der Fakultäten im 19. und 20. Jahrhundert*. Rostock 2006, S. 165–231.

20 Universitätsbibliothek Basel, Nachlaß Friedrich Miescher (wie Anm. 16), Planck an Miescher, Greifswald 21. 1. 1846.

jetzigen Zuständen. – daher unsere größere Freude haben wir in unserem eigenen Hause, in der kleinen Emma.“ Er erwähnte, daß der Husten seiner Frau zugenommen habe und teilte die Erwägung eines Aufenthalts in der Schweiz mit. Am 6. August 1846 schrieb er an Miescher, daß sie eigentlich in die Schweiz reisen wollten, aber widrige Umstände das verhinderten. Er berichtete über einen Kunstgenuß. Der Studenten-Gesangsverein hatte die „Antigone“ mit der Musik von Mendelssohn aufgeführt und er lobte die Aufführung und die Schönheit des Versmaßes von Sophokles.²¹ Der im Oktober geborene Sohn wurde auf dem Namen Hugo getauft. Erst viele Monate später, am 30. Juni 1847 brachte Planck die Kraft auf, den Freunden in Basel mitzuteilen, daß seine Frau am 29. Januar nach längerer Krankheit gestorben sei. Seine Schrift zeigt die innere Erregung, sie ist fast unleserlich,²² wie auch ein Brief vom 9. November 1848, in dem er von den Kindern berichtete. Am 14. Oktober 1849 schickte er die schlichte Vermählungsanzeige mit Emma Caroline, geborene Patzig.²³ Sie war die 1821 geborene Tochter des Seminardirektors und Rechnungsrates der Universität.²⁴ Es ist nur Plancks Name, nicht sein Titel angegeben. An Miescher fügte er ein paar Zeilen auf der Anzeige hinzu: „Sie war Mathildes beste Freundin und ich hoffe zu Gott, daß durch sie meinen Kindern eine threue Mutter, u. mir eine threue u. traute Gefährtin durch das Leben geschickt sein soll.“

Planck las Zivilprozeß, Strafrecht und Strafprozeß. In Greifswald galt überwiegend das Preußische Landrecht, doch einige Nachwehen der Schwedenzeit waren noch zu spüren. Wie stark Planck das deutsche Recht unterstützte, zeigte sich 1846 in seiner Anregung, den sächsischen Juristen und freiheitlich gesonnenen Politiker Alexander Karl Braun für die Ehrenpromotion vorzuschlagen. Im Revolutionsjahr 1848 erschien Plancks erstes Buch: „Die Lehre vom Beweisurteil“, im Untertitel: „Mit Vorschlägen für die Gesetzgebung“. Das Werk behandelt das Problem auf über 400 Seiten. In der Einleitung wies der Autor auf den entscheidenden Punkt hin: „Vorzüglich ist es die Frage, ob den Beweisurteilen eine solche Kraft zugeschrieben werden könne, daß der am Schluß der Beweisinstanz erkennende Richter unbedingt an den Inhalt des Beweisurteils gebunden sei, oder ob ihm die Befugniß zustehe, seiner eigenen jetzigen Ansicht über das, was hätte bewiesen werden müssen, einen Einfluß auf die Entscheidung des Rechstreits zuzustehn, – vorzüglich ist es diese Frage, welche mit Lebhaftigkeit unter den Kennern des Prozeßrechts verhandelt

21 Ebd., Planck an Miescher, Greifswald 6. 8. 1846.

22 Ebd., Planck an Miescher, Greifswald 30. 6. 1847 und 9. 11. 1848.

23 Ebd., Planck an Miescher, Greifswald 14. 10. 1849.

24 Universitätsarchiv Greifswald, PA 712.

wird.“ Der erste Abschnitt behandelt die geschichtliche Entwicklung des Beweisurteils und zeigt damit Plancks lebenslanges Interesse an der historischen Entwicklung des Rechts.

Im Februar 1848 wurde Planck im Nebenamt zum Mitglied des Appellationsgerichts in Greifswald ernannt. Ein Jahr später eröffnete und leitete er als Appellationsgerichtsrat das erste Schwurgericht. Es war ein bedeutender Schritt in der deutschen Rechtsgeschichte. Das führte offenbar zu dem Antrag der Hansestädte Hamburg und Lübeck, ihn aufzufordern, als Rat an das Oberappellationsgericht zu kommen.²⁵ In der Tat schied Planck aus preußischen Diensten aus,²⁶ er folgte 1850 aber einem Ruf an die Universität Kiel und wurde auch dort Mitglied des Appellationsgerichts.²⁷ Kiel gehörte zu Holstein; dies war ein deutsches Bundesland, aber es war wie Schleswig Dänemark unterstellt. Die Universität Kiel hatte eine „Juristen Fakultät der jungen Professoren“. Dahlmann hatte dort von 1813 bis 1829 gewirkt. Der Historiker Johann Gustav Droysen wurde mit 31 Jahren 1840 berufen. Der 1818 geborene Rudolf v. Jhering war seit 1849 Professor²⁸ in Kiel, und der Jurastudent Theodor Mommsen kam 1842 dorthin.²⁹ Im Winter 1851 las Planck nicht und nutzte die Muße für literarische Arbeiten, zu denen er in Greifswald nicht gekommen war.

Das Ehepaar Planck wohnte nicht weit vom Marktplatz entfernt. Am Neujahrstag 1851 wurde der Sohn Hermann geboren, wie der Vater Miescher davon im Brief vom 9. März 1851 berichtete.³⁰ Die Nachrichten von Miescher aus Basel versetzten Planck wieder ganz in den alten Kreis. „[...] Ich muß jetzt notwendig auch wieder dort sein, und wäre es für ein paar Tage zum Besuch. Wie gern brächte ich meine Frau mit, ich glaube, Ihr würdet Freude an ihr haben. Aber der neue kleine Erdensohn, der zunächst u. allein an sie gewöhnt ist wird sie wohl festhalten am heimischen Herde. Er gedeiht übrigens bis jetzt anständig, u. ist der Gegenstand großer Zärtlichkeit seiner Schwester Emma, während Hugo als älterer Bruder sich vorläufig damit beschäftigt Hermann seiner

25 Vgl. von Seuffert: Planck (wie Anm. 4), S. 87.

26 Universitätsarchiv Greifswald, PA 422, Entlassung aus preußischen Diensten, Berlin 29. Juli 1850.

27 Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 47 Christian-Albrechts-Universität Kiel, 1 28 II, Nr. 526 (lobende Würdigung von Plancks Arbeiten, Kissingen 18. Juni 1850). – Planck war in Kiel von 1862 bis 1867 zusätzlich als Vormund tätig (ebda., Nr. 877).

28 Friedrich Volbehrl und Richard Weyl: Professoren und Dozenten der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel 1665–1954. Kiel 1956 (= Veröffentlichungen der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft, Neue Folge 7).

29 Stefan Rebenich: Theodor Mommsen. Eine Biographie. München 2007, S. 35 f.

30 Universitätsbibliothek Basel, Nachlaß Friedrich Miescher (wie Anm. 16), Planck an Miescher, Kiel 9. 3. 1851.

brüderlichen Erziehung zu unterwerfen.“ Im Antwortbrief erwähnte er den Mangel, in Kiel nicht vierhändig Klavier spielen zu können. „Für mich musiziere ich so im Stillen fort; ein Trio freilich, oder auch nur ein Duo kann ich nicht mehr. Das ist doch hart. So habe ich mich [?] denn größtentheils an Seb. Bach Genuß u. finde auch dafür einige bereitwillige Zuhörer, namentlich meinen Kollegen Droysen.“ Er fügte hinzu, daß sie ihren geselligen Kreis und das gemeinsame Lesen von Literatur haben. Dann ging er auf die politische Lage ein: „Wie es uns übrigens ergangen ist melden die Zeitungen. Wir tragen die böse Zeit, wie sie in ganz Deutschland getragen werden muß, und trösten uns, daß es so nicht bleiben kann. Denn alle Gewaltherrschaft der Dänen wird die eine Thatsache nicht verwischen, dass die ganze jetzt heranwachsende Generation der Herzogthümer gegen Dänemark die Waffen [?] getragen hat.“

Am 24. März 1848 brach der dänische König Friedrich III. die gegebenen Garantien für Schleswig und annektierte es. Im April 1848 beschloß der deutsche Bundestag, die Räumung Schlesiens von dänischen Truppen gewaltsam zu erzwingen. Die dänische Annexion sollte rückgängig gemacht werden. Es kam zum Krieg. Durch eine Konferenz der Großmächte in London wurde 1850 Friede beschlossen. Zur Unabhängigkeit der Herzogtümer Schleswig und Holstein kam es aber nicht, bald regierten wieder die Dänen, und böse Parolen gegen die deutschen Bevölkerungsteile wurden verbreitet.

Die Aktivität des geselligen Kreises, von der er Miescher berichtet hatte, führte zu einer Initiative. Mehrere Kieler Professoren, unter ihnen Droysen, Harms, Karsten, Liliencron und Planck, wollten eine „Allgemeine Monatsschrift für Wissenschaft und Literatur“ gründen und baten Kollegen wie Mommsen und Reyscher um ihre Mitarbeit.³¹ August Reyscher antwortete ihm zustimmend. Planck bedankte sich am 6. August 1851³² und schickte ihm die Einleitung und mehrere Paragraphen zu seinem Buch, das 1857 unter dem Titel „Systematische Darstellung des deutschen Strafverfahrens auf der Grundlage der neueren Strafprozessordnung von 1848“ erschien. Er behandelte das Strafverfahren auf dem Grunde einer Anklage mit öffentlicher Verhandlung, nicht mit einer inquisitorischen Untersuchung. Er schickte das Werk an Gustav Homeyer und bemerkte im beigelegten

31 Württembergische Landesbibliothek, Handschriftenabteilung, Nachlaß August Reyscher, Cod. hist. 2^o 767 XI und XIII Planck an Reyscher vom 10. 6. 1851. – Druckschrift Kiel vom 23. 5. 1851. – Staatsbibliothek zu Berlin, Handschriftenabteilung, Nachlaß Theodor Mommsen, I K. 97, Planck an Mommsen, 8. 6. 1851, Beilage: Druck. Vorstellung der „Allgemeinen Monatszeitschrift für Wissenschaft und Literatur“.

32 Württembergische Landesbibliothek, Nachlaß August Reyscher, Planck an Reyscher, Kiel 10. 6. 1851. – August Ludwig Reyscher (1802–1880) war Jurist und Abgeordneter im Frankfurter Vorparlament.

Brief vom 21. November 1857: „Doch wünsche ich Ihnen gleichsam löblich zu beweisen“, daß ich in den letzten Jahren „nicht Ganz untätig gewesen bin“.³³

Die Familie Planck hatte sich im Dezember 1852 um die Tochter Hildegard und am 23. April 1858 um Max erweitert, zwei Jahre später wurde das letzte Kind geboren, Otto, der Jurist wurde.

In den Jahren 1856 bis 1858 und 1861/62 bekleidete Planck das Amt des Rektors, 1865/66 war er Dekan. Er las an sechs Tagen der Woche von 11 bis 12 Uhr Zivilprozeßrecht, zusätzlich am Donnerstag von 12 – 13 Uhr.³⁴

In einem dreiseitigen Brief vom 27. November 1858 an August Reyscher klagte Planck über die politische Entwicklung und zeigte sein eigenes Engagement:³⁵ „Gern möchte ich Ihnen über unsere Zustände, Eingehendes u. Erfreuliches schreiben. Allein die Lage ist in der That keine sonderlich trostreiche. Der neueste Schritt des Kopenhagener Kabinetts ist vielmehr von der Beschaffenheit, daß er eben so rasch zur schlimmsten Entwicklung unserer Angelegenheit führen kann, als zu einer gedeihlichen.“ Später heißt es: „Solange man überhaupt sich scheut, in Frankfurt [Bundesrat] den Namen Schleswig auch nur auszusprechen, ist uns gar nichts geholfen.“ Und gegen das Endes des Briefes schreibt er: „Und es scheint mir denn auch die Hauptaufgabe immer die zu sein, der Zukunft nichts zu vergeben, und einstweilen über sich ergehen zu lassen, was nicht zu ändern ist.“ Er merkte noch an, daß seine literarische Tätigkeit durch die Vorlesungen leider etwas in den Hintergrund gedrängt worden sei.

Für mehrere Jahre bestimmte nun die Politik Plancks Leben. Die dänische Regierung hatte immer wieder die wirtschaftliche Zurücksetzung von Holstein und Schleswig betrieben, sie versuchte die Provinzen mit Dänemark zu vereinen.³⁶ Die holsteinischen Stände beklagten die rücksichtslose Handlungsweise sowie die Versuche einer vollständigen Verschmelzung mit Dänemark. Es kam zu diplomatischen Auseinandersetzungen mit dem Deutschen Bund, der die Rückkehr zur vertraglichen Regelung forderte. Die Krise spitzte sich nach dem Tod des König Friedrichs III. von Dänemark zu. Der Thronfolger Christian IX.

33 Staatsbibliothek zu Berlin, Nachlaß Gustav Homeyer, K. 12, Planck an Homeyer, Kiel 21. 11. 1851.

34 Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 59 Österreichischer Statthalter und preußischer Gouverneur bzw. Oberpräsident, 3 Nr. 175, – Abt. 47.1, Nr. 28 II.

35 Württembergische Landesbibliothek, Nachlaß August Reyscher, Planck an Reyscher, 27. 11. 1858. Zur Zeit dieses Briefes war Reyscher bereits wegen seiner politischen Haltung aus dem württembergischen Staatsdienst entlassen worden.

36 Otto Brandt: Geschichte Schleswig-Holsteins. Ein Grundriß, 8. Aufl. Kiel 1981, S. 255 f.

betrieb weiterhin die Einverleibung von Holstein und Schleswig, doch viele holsteinische Beamte verweigerten den neuen Dienst. Von Gustav Rasch erschien eine Schrift: „Vom verlassenen Bruderstamm. Das dänische Regiment in Schleswig-Holstein.“³⁷ Offen wurden die Mißstände und die Zurücksetzung der Kieler Universität angeprangert. Ein Krieg war durch die Handlungsweise der dänischen Regierung nicht mehr zu vermeiden. Am 22. Dezember 1863 überschritten die deutschen Bundestruppen – Hannoveraner und Sachsen – die Grenze Holsteins. Herzog Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein Sonderburg-Augustenburg erhob seinen rechtlichen Anspruch als Herzog von Schleswig und Holstein. Der Treueschwur von ca. 20.000 Menschen für ihn am 27. Dezember bei Elmshorn stärkte seine Stellung. Am 30. Dezember zog er in das festlich erleuchtete Kiel ein, an seiner Seite war Wilhelm Planck.³⁸ Die Schleswigsche Ständeversammlung erbat vom Spruchkollegium der Universität Kiel und ihrem Ordinarius Planck ein Rechtsgutachten.³⁹ Das führte zur „Oldenburger Denkschrift“ mit der Bestätigung der Ansprüche des Herzogs. Planck legte seine Auffassung der Rechtslage auf Grund der historischen Quellen noch einmal 1865 eindeutig dar.⁴⁰

Weiterhin weigerte sich die dänische Regierung die vertraglichen Vereinbarungen zu erfüllen.

Die verbündeten Truppen der Österreicher und Preußen überschritten am 1. Februar 1864 die Eider und rückten in Holstein und Lauenburg ein. Max Planck erinnerte sich: „Ich habe als Junge von sechs Jahren noch die dänische Garnison aus Kiel abziehen sehen. Wir hatten dann Einquartierung, preußische und österreichische, immer sechs oder acht Mann und, wenn's hoch ging, einen Sergeanten. Wir zogen die Weißröcke vor, denn wir befürchteten, daß Preußen die Herzogtümer annektieren würde. Unsere ganze Familie war eben gut augustenburgisch. Der Herzog, ein stattlicher, vornehmer Mann, besuchte uns in Kiel und später auch in München, und zwar mit seiner Tochter, der späteren Kaiserin Auguste Viktoria.“⁴¹

37 Gustav Rasch: Vom verlassenen Bruderstamm. Das dänische Regiment in Schleswig-Holstein, Bd. 3, 3. Aufl. Glogau 1863.

38 Carl Boysen: Beiträge zur augustenburgischen Bewegung. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 65 (1937), S. 318 f. Danach wurde Planck für seine Haltung im März 1866 scharf angegriffen.

39 Vgl. Landesarchiv Schleswig-Holstein (wie Anm. 27). – Die Vorgänge in der jüngsten Diät der Schleswigschen Ständeversammlung. Mit einem Rechtsgutachten des Spruchcollegs der Universität Kiel. Hamburg 1863.

40 Julius Wilhelm Planck: Zur Würdigung der Oldenburger Denkschrift. Kiel 1865.

41 Münchner Illustrierte Presse (wie Anm. 1).

Im Mai kam es zum Waffenstillstand, und wiederum sollte in London ein Friede ausgehandelt werden, aber die Verhandlungen scheiterten. Bismarck hatte andere Pläne; er betrieb die Einverleibung der Gebiete in Preußen. Der Krieg flammte nochmals auf. Im Frieden von Wien mußte der Herzog auf alle seine Ansprüche zu Gunsten Preußens und Österreichs verzichten. Plancks Stellung als Verweser des Kurators der Universität von 1864 bis 1866 wurde nun schwierig. Seine Stimmung wird aus einem Brief an Wilhelm Vischer-Bilfinger in Basel vom 10. Januar 1867 deutlich.⁴² Er erwähnte das Gefühl des Älterwerdens, berichtete, daß seine älteste Tochter, die in Greifswald verheiratet war, einen zweijährigen Knaben habe und der älteste Sohn Hugo bereits zwei Studienjahre an der Universität hinter sich habe. Dann erwähnt er das Unrecht, was „unserem Land und seinem Fürsten widerfahren ist. [...] Ich wünsche von Herzen, daß es [?] künftigen Generationen Nutzen ziehen möge auch aus dem, was wir jetzt zu erleiden gezwungen werden.“

Da kam aus München der Ruf an die Ludwig-Maximilians-Universität. Planck schrieb am 24. März 1867 an das Königliche Oberpräsidium für Schleswig-Holstein und bat um Genehmigung einer Reise nach Greifswald und München.⁴³ In der Kieler Zeitung vom 7. April 1867 wurde dem Scheidenden viel Lob für seine juristische Arbeit gespendet: „In allen Schriften Plancks tritt uns eine scharfe juristische Präcision, der jede Nebelhaftigkeit und alles Umgehen der Kernpunkte Feind ist, durchsichtige Klarheit der Darstellung und insbesondere ein sicherer Blick für die Verhältnisse und Bedürfnisse des praktischen Lebens entgegen.“ Auch seine Fähigkeiten als akademischer Lehrer, sein nachhaltiger Einfluß auf die juristische Praxis in Schleswig-Holstein fanden lobende Erwähnung. Ebenso sein politisches Handeln: „Noch vor der Statthalterschaft zu seinem Amte berufen, sah er sich die Katastrophe vollziehen, die das Land mit gebundenen Händen der dänischen Willkür überlieferte. Diesen Jahren des schweren Druckes, den die Universität an erster Stelle zu empfinden hatte, war Planck eine feste Stütze, um Muth und Zuversicht aufrecht zu erhalten. Mit Jubel begrüßte er den Tag, an welchem der Tod die endliche Befreiung der Herzogthümer in Aussicht stellte.“ Dann wurde die Oldenburger Denkschrift gewürdigt.

Die Familie Planck zog in München 1867 in die Brienner Straße 27a, nicht weit von der Glyptothek entfernt. Zu der Wohnung gehörte ein Garten, den Emma wahrscheinlich nutzte. Gottlieb Planck, Bruder Wilhelm Plancks, besuchte die Familie 1868.⁴⁴ Er berich-

42 Staatsarchiv Kanton Basel, Nachlaß Wilhelm Vischer-Bilfinger, PA 511 611-17-05 Dossier 305, Planck an Vischer, Kiel 10. 1. 1867.

43 Landesarchiv Schleswig Holstein, Abt. 59.3, Nr. 175.

44 Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen, Handschriftenabteilung, Cod. Ms. G. Planck 6:51.52, 52 A, Gottlieb Planck an seine Frau, 3. 6. 1868.

tete seiner Frau davon in einem Brief vom 3. Juni kurz: „Um 11 Uhr Abends kam ich, nachdem ich recht viel Hitze ausgestanden, hier glücklich an und wurde von Wilhelm und dessen ältesten Sohn Hermann gleich in Empfang genommen. Ich fühle mich hier – abgesehen von den Kofferleiden⁴⁵ – sehr gemächlich und es hier und Hause Alles so wohnlich und Alle sind so herzlich, daß es nicht anders sein kann.“ Wilhelm Planck hatte an einem Abend den Dichter Heise und den Juristen Windscheid eingeladen.

Planck erhielt zuerst den Lehrstuhl als Nachfolger von Dollmann für Kriminal- und Prozeßrecht. Mit der Verleihung des Ritterkreuzes des Verdienstordens der bayerischen Krone am 24. Juli 1870 wurde er in den nichterblichen Adelsstand aufgenommen.⁴⁶ Rufe nach Tübingen 1870, nach Straßburg 1871, und nach Leipzig 1872 sowie 1875 lehnte er jedes Mal ab.⁴⁷

Der Deutsch-Französische Krieg 1870/ 71 brachte die von vielen Deutschen ersehnte staatliche Einheit, die Familie Planck betrauerte den Tod von Hermann, der als Fähnrich bei Villeprevost gefallen war.



*Abb.: Emma und J.J. Wilhelm Planck
1867 in München
(Archiv der Max-Planck-Gesellschaft,
VI. Abt., Rep. 1 Fotografien).*

⁴⁵ Sein Koffer wurde in Göttingen nicht mitgeschickt.

⁴⁶ Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Adelsmatrikel, Lit. P 30, Nr. 2072 I und Mappe 1332 I L. Das Wappen zeigt zwei Pelikane und eine goldene Krone auf rotem Grund.

⁴⁷ Archiv der Ludwig-Maximilians-Universität München, Litt. E, Abt. II, Fas. 501. Dort sind auch alle Ehrungen und die fünf Orden Plancks aufgeführt.

Aus dieser Zeit ist eine Mitschrift des Studenten Karl Jaspers von Plancks Vorlesung über Strafrecht erhalten.⁴⁸ Sie zeigt Plancks klare Gliederungen, seine eindeutigen Definitionen und die pädagogische Methode. Zum Verbrechen führte er aus: „Verbrechen ist jede widerrechtliche Handlung, die mit Strafe bedroht ist. Das Verbrechen ist 1.) eine Handlung, d.h. einer aus der Selbstlegitimierung des Menschen hervorgegangenes Thun. Ausgeschlossen ist also alles, was nicht Thun ist.“ Es gab Kapitel über die Verbrechen gegen den Staat sowie gegen die öffentliche Ordnung und auch Verbrechen gegen die Gesellschaft. In der Einleitung dazu notierte der Student: „Die Wahrhaftigkeit ist eine sittliche, keine Rechts-Pflicht, mithin Lügen oder absichtliche Entstellung der Wahrheit kein Verbrechen.“

Im Herbst 1872 feierte die Ludwig-Maximilians-Universität glanzvoll ihr 400-jähriges Bestehen. Wilhelm Planck war zum Rektor gewählt worden und hielt am 30. November die traditionelle Rektoratsrede.⁴⁹ Er wählte als Thema die Besonderheit und die Aufgabe der deutschen Universität mit Lehre und Forschung. „Mit Recht dürfen wir diese Doppelnatur der deutschen Universität als eine glückliche preisen. Durch sie wird vor allen das starke Band geschürzt und ungebrochen erhalten, welches die einzelnen Zweige des wissenschaftlichen Unterrichts zu einem Ganzen zusammenknüpft. Ohne sie würde die Universität Gefahr laufen, in einen Inbegriff zufällig an einem Ort verbundener Fachschulen sich aufzulösen [...]“. Planck ging auf die notwendige Anwendungen der Wissenschaften und der rein forschenden Wissenschaft um ihrer selbst Willen ein: „Und daß dem so ist, wird Niemand beklagen, der da bedenkt, daß gerade dadurch die heilsame Verbindung und Wechselwirkung zwischen dem Leben des Volkes und der reinen Forschung aufrecht erhalten und letztere selbst vor mancherlei Irrwegen bewahrt wird.“ Er bemerkte zum akademischen Lehrer: „Oder ist es zuviel gesagt, daß nur derjenige Lehrer wahrhaft anregend und ergreifend lehrt, der auf dem Gebiete seiner Wissenschaft zugleich als eifriger und emsiger Forscher den von Anderen überlieferten Schatz zu mehren und zu fördern bemüht ist?“ Nachdem er über die Verbindung von Lehre und Forschung gesprochen hatte, ging er auf das Verhältnis von Universität und Staat ein: „Die Besonderheit der deutschen Universität beruht indeß noch auf der Vereinigung eines zweiten Gegensatzes. Sie ist eine Staatsanstalt, aber zugleich eine selbstständige Corporation. [...] Statt freier Autonomie, und mehr oder weniger unbeschränkter Selbstverwaltung ihrer inneren Angelegenheiten unterliegt sie

48 Universitätsbibliothek Basel, Mscr. Q II 251 K. Jaspers stud. Jur. München 1871.

49 Johann Julius Wilhelm von Planck: Rede zum Antritt des Rectorats an der Ludwig-Maximilians-Universität. München 1872.

fortan nicht bloß der Oberaufsicht, sondern auch der Leitung der Staatsgewalt. Und das ist bei maßvoller Einhaltung der richtigen Gränze gewiß als ein segensreicher Fortschritt anzuerkennen.“ Er kam noch einmal auf die Bedeutung des akademischen Lehrers zurück: „Darum ist die schönste Blüthe deutschen Universitätslebens jener Geist der Verbrüderung zwischen Lehrern und Lernenden, der die letzteren nicht als draußen stehende Schüler, sondern als zum Ganzen gehörende, ja unentbehrliche angehende Mitarbeiter auf dem gemeinsamen Felde wissenschaftlicher Arbeit auffaßt.“

Aus ungeklärten Gründen zog die Familie Planck 1874 in die Barer Straße 36a, in die Nähe der Pinakothek. Planck wurde ein Jahr später zum Geheimrat ernannt und folgte 1876 Hironymus v. Bayer auf den Lehrstuhl für Strafprozeßrecht. Seit vielen Jahren arbeitete Planck über das mittelalterliche sächsische Recht, bekannt als Sachsenspiegel. Er ging dabei vielerlei Quellen aus Magdeburg, Goslar, einigen Hansestädten nach, Urteilen und Berichten, so daß 1879 das zweibändige Werk mit zusammen mehr als 1.200 Seiten erscheinen konnte: „Das Deutsche Gerichtsverfahren im Mittelalter“. Trotz dieser intensiven schriftstellerischen Arbeit nahm Planck auch am geselligen Leben Münchens teil, er war Mitglied der Zwanglosen Gesellschaft, die 1837 gegründet worden war.⁵⁰ Ein Festlied von Franz von Holtendorff zum fünfzigjährigen Stiftungsfest umreißt die Vielfalt der Mitglieder:

„Und zwanglos werden wir füglich genannt,
Denn wir hassen die grauen Philister,
Dem Fröhlichen reichen wir fröhlich die Hand,
Sei er Künstler, sei er Minister.
Willkommen sei, wer zu lachen versteht,
Der Maler, der Doktor oder Poet.

Einer der Zwanglosen war der Physiker Philipp Jolly, der Max Plancks akademischer Lehrer war. Die Vortragsthemen behandelten stets sehr unterschiedliche Gebiete wie Kunst, Literatur, Geschichte und naturwissenschaftliche Dinge. Planck trug 1872/73 „Über holsteinisches Thing und Recht“, 1874/75 über „Ein Gesetz des Sachsenspiegels“ und 1878/79 über „Acht- und Festerklärungen“ vor.

Am letzten Tag des Jahres 1878 schrieb er an Mieschers⁵¹ und dankte für das schöne Weihnachtsgebilde, offenbar Fotografien. Er wäre gern mit seiner Frau gekommen: „[...]

50 Die Zwanglose Gesellschaft in München 1837–1937. Als Manuskript gedruckt München 1937.

51 Universitätsbibliothek Basel, Nachlaß Friedrich Miescher, Planck an Miescher vom 31. 12. 1878.

sie meint aber, wenn sie, wie billig, ihre 8 Enkelchen mitbringen sollte, so würde die Stube, oder dieses Mal wenigstens das Büdchen nicht genügend Raum anbieten. Die übersandten Bilder machten uns große Freude. Sie erschienen am Weihnachtsabend in der überraschenden Form eines Julklapps, als wir nach beendigtem Festschmaus mit den Kindern in althergebrachter Weise zusammensaßen, um die mancherlei aus der Ferne u. Nähe eingelangten kleinen Geschenke u. die sie begleitenden scherzhaften Gedichte aus ihren vielfachen Umhüllungen auszuwickeln.“ Vier ihrer Kinder kamen zum Fest. Der Sohn Adalbert kam mit seiner Frau zu Besuch. Von der Tochter Emma aus Greifswald hatten sie gute Nachrichten.

Im Juni 1881 wurde der Antrag in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften eingebracht, Planck zum ordentlichen Mitglied der historischen Klasse zu ernennen.⁵² Es war für ihn nicht die letzte Ehrung. Drei Beiträge von ihm wurden in den Sitzungsberichten der philosophisch-philologischen und historischen Klasse veröffentlicht. So seine Festrede am 27. Dezember 1888: „Über die historische Methode auf dem Gebiet des deutschen Zivilprozeßrechts“. Sie schloß sich an den bedeutenden ersten Band seines: „Lehrbuchs des deutschen Zivilprozeßrechts“ von 1887 an. In diesem Jahr beging Planck sein fünfzigjähriges Doktorjubiläum. Mehrere juristische Fakultäten, so die Göttinger, widmeten ihm Arbeiten. Elf Münchner Kollegen gratulierten ihm mit Beiträgen zur Festschrift⁵³ und dankten ihm für seine Arbeit in der Universität und Fakultät.

An dem zweiten Band seines „Lehrbuchs des deutschen Zivilprozeßrechts“ arbeitete Planck noch 1894, wie es auch aus einem Brief an seinen Bruder Gottlieb Planck vom 1. Mai hervorgeht.⁵⁴ Es erschien 1896, wiederum war es ein wegweisender Beitrag. Ein Jahr zuvor hatte Wilhelm Planck um die Entpflichtung gebeten, er war müde geworden. Er fuhr im Sommer 1900 mit seiner Frau und den Kindern zur Erholung nach Tirol. Sie hatten der Frau des Germanisten Karl Weinhold einen Glückwunsch gesandt: „[...] fühlte sich mein theurer Mann entschieden wohler, nach einer längeren Angegriffenheit und Schwäche u. so kehrten mit unseren Kindern am 31. Aug. nach München heim. Da befahl ihn plötzlich im Familienkreise am 5. September eine Herzschwäche, die ihn nach schmerzlosen Krankheitstagen, welche er mit freundlicher Sanftmuth ohne an ein mög-

52 Archiv der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, PA Johann Julius Wilhelm Ritter v. Planck. Ludwig Rockinger, 11. 6. 1881.

53 Festgabe zum Doctor-Jubiläum des Herrn Geheimen Raths und Professors Dr. Joh. Jul. Wilh. v. Planck von der Juristischen-Fakultät zu München überreicht. München 1887.

54 Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen (wie Anm. 44), J.J.W.v. Planck an G. Planck, 1. 5. 1894.

liches Ende zu denken, am 14. entschlummern lies. Ich stehe jetzt allein, aber ich will nicht klagen, sondern danken dass mein geliebter Mann, nach langem Leben von allen Erdenmühen erlöst ist, die auch nicht mehr gar zu lange auf mir lasten werden, bis dahin will ich aber, meinen Kindern zu Liebe ganz den Weisungen Gottes hinieden folgen.“⁵⁵ So schrieb Emma Planck an Weinhold. Die Beisetzung erfolgte zwei Tage später auf dem neuen nördlichen Friedhof.⁵⁶

Aus dem vorgelegten Material wird ersichtlich, daß Max Planck offensichtlich in einem harmonischen Elternhaus aufwuchs, in dem musiziert wurde. Das zeigt auch ein Kinderbrief des Elfjährigen an Lieschen.⁵⁷ Von der Bedeutung der politischen Aktivitäten des Vaters in Kiel kann der Sohn nur durch Erzählungen etwas erfahren haben. Ob Max Planck den Münchner Physiker Philipp Jolly erst an der Universität kennen lernte, oder sein Vater ihn als Mitglied der „Zwanglosen“ nach Hause einlud, um den Sohn über das Studium der Physik zu informieren, bleibt ungeklärt.

Da zwei seiner Brüder Jura studierten, so muß man annehmen, daß zu Hause über Rechtsfragen gesprochen und in diesem Sinn auch politisiert wurde und die Bedeutung der Staatsgewalt Erwähnung fand. Ob Max Planck die Schriften seines Vaters gelesen oder angelesen hat, ist nicht überliefert. Ebenso gibt es keinen Hinweis, ob er 1933 mit einem Juristen über das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ diskutiert hat. Wenn er aber gegenüber Lise Meitner 1933/34 das Recht des Staats als Gesetzgeber anerkannte, liegt es nahe, einen Einfluß des Vaters zumindest mitbestimmend anzunehmen. In seinen wissenschaftlichen Arbeiten schreibt er natürlich immer wieder von „Gesetzen“, von gültigen Gesetzen.⁵⁸

Max Planck verließ das Elternhaus erst 1885, also mit 27 Jahren. Das war noch unter der Regierung Wilhelms I. und Bismarcks. Das Gottesgnadentum und den daraus abgeleiteten Herrschaftsanspruch mit der Gesetzesgewalt unter Wilhelm II. hat Planck stark empfunden, wie aus seiner Rede am 3. August 1914⁵⁹ deutlich wird, wenn auch der Schluß der üblichen Form entsprach.

55 Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Nachlaß Karl Weinhold, Nr. 1051, Emma von Planck an Weinhold o.D., o.O., Karte, beiliegend ein Manuskript von J.J.W.v. Planck, ein handschriftlicher Nachruf für Wilhelm Eduard Welda.

56 Kieler Zeitung vom 15. 9. 1900, Morgenausgabe.

57 Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, Abt. Va Personenbezogene Sammlungen, Rep. 11 Max Planck, Nr. 48, Brief vom 11. 3. 1869.

58 Max Planck: Wissenschaftliche Selbstbiographie. Leipzig 1948, S. 7 f.

59 Max Planck: Physikalische Abhandlungen und Vorträge. Braunschweig 1948, Bd. 3, S. 77.

DOKUMENTE UND ERINNERUNGEN

Siegfried Grundmann:

Die Bemühungen von Albert, Elsa und Mileva Einstein um die Aufhebung der Gestapo-Verfügung vom 10. Mai 1933*

Einleitend sei bemerkt, daß Alexis Schwarzenberg die Akte aus der Schweizerischen Vertretung in Brüssel (vgl. Anm. *) bei Recherchen zu einem ganz anderen Thema entdeckt und, angeregt durch diesen Zufallsfund, ein Buch über Einstein und die Schweiz publiziert hat.¹ Die Bemühungen Einsteins um die Wiedererlangung der von den Nazis konfiszierten Konten und Wertpapiere spielen darin eine wichtige, infolge des weiteren Themas aber nicht mehr die zentrale Rolle. Auf die Idee, dort zu suchen, wo der komplementäre Teil des Schriftverkehrs zwischen der Brüsseler Gesandtschaft und der Berner Abteilung für Auswärtiges abgelegt ist, scheint Alexis Schwarzenbach nicht gekommen zu sein – in den Akten der Abteilung für Auswärtiges.

Die Unterschiede meiner Arbeit zu Schwarzenbachs Buch, abgesehen von Umfang und Themenwahl, sind:

1. Die Bemühungen Einsteins werden hier erstmals ausführlich und auf Grundlage der relevanten Akten – bei vollständiger Wiedergabe von bisher nicht publizierten Dokumenten – sowie mit Berücksichtigung von ungleich mehr Detailinformationen dargestellt.

2. Die offizielle Position nicht nur der Schweiz, sondern auch Deutschlands zur Frage der Staatsbürgerschaft Einsteins und der Konfiszierung von Einsteins Eigentum werden berücksichtigt und einander gegenüber gestellt, u.a. auf der Grundlage von Dokumenten aus dem Berliner Auswärtigen Amt und aus der Berner Abteilung für Auswärtiges.

* Der Beitrag beruht weitgehend auf folgenden Akten aus dem Schweizerischen Bundesarchiv (im folgenden BAR): Bundesstaat seit 1848, E 2200.44, 1000/599, Bd. 1, Az. 12 I.c (Schweizerische Vertretung in Brüssel). – E 2200.267, 1982/159, Bd. 1, Az.: 90. 1962 (Schweizerische Vertretung Philadelphia). – E 2001 (D) 1000/1553, Bd. 61, Az.: B. 13.51 (Abteilung für Auswärtiges). – Für die Erlaubnis zur Einsichtnahme in die genannten Akten und zur Verwendung derselben danke ich dem Schweizerischen Bundesarchiv; mein persönlicher Dank gilt Herrn Marco Majoleth für die mir erwiesene Hilfe. Wertvolle Hinweise habe ich von Frau Barbara Wolff (Einstein-Archiv der Universität Jerusalem) erhalten. Ich danke ferner der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Förderung des Projekts sowie dem Schweizerischen Bundesarchiv und dem Einstein-Archiv der Hebräischen Universität Jerusalem für die Erlaubnis zur vollständigen Wiedergabe von Dokumenten.

1 Alexis Schwarzenbach: Das verschmähte Genie. Albert Einstein und die Schweiz. München 2005.

3. Prononcierter als bei Schwarzenbach werden die politischen Implikationen des Vorgangs der Enteignung sowie des seit Anfang der zwanziger Jahre währenden Tauziehens in der Frage von Einsteins Staatsbürgerschaft diskutiert.

4. Die Bemühungen nicht nur von Albert und Elsa, sondern auch von Mileva Einstein um die Aufhebung der Konfiskationsverfügung vom 10. Mai 1933 finden hier ihre gebührende Berücksichtigung.

Insofern dürfte mein Beitrag der erste sein, der sich mit den Bemühungen Albert Einsteins – bzw. von Elsa und Mileva Einstein – um die Aufhebung der Gestapo-Verfügung vom 10. Mai 1933 in umfassender Weise befaßt.

1. Pressemeldungen

Am 2. April 1933 meldete die Berliner Börsen-Zeitung unter der Überschrift „Leichter Abschied.

Die Preußische Akademie der Wissenschaften gegen Einstein“:

„Der amtliche Preußische Pressedienst veröffentlichte folgende *Erklärung der Preußischen Akademie der Wissenschaften*: Die Preußische Akademie der Wissenschaften hat mit *Entrüstung* von den Zeitungsnachrichten über die *Beteiligung Albert Einsteins an der Greuelhetze in Amerika und Frankreich* Kenntnis erhalten. Sie hat sofort *Rechenschaft von ihm gefordert*. Inzwischen hat Einstein seinen *Austritt* aus der Preußischen Akademie der Wissenschaften erklärt mit der Begründung, daß er dem Preußischen Staate unter der jetzigen Regierung *nicht mehr dienen (!) könne*. Da er *Schweizer Bürger ist*, scheint er auch zu beabsichtigen, die *preußische Staatsangehörigkeit aufzugeben*, die er 1913 lediglich durch die Aufnahme in die Akademie als ordentliches hauptamtliches Mitglied erlangt hat. *Die Preußische Akademie der Wissenschaften empfindet das agitatorische Auftreten Einsteins im Auslande um so schwerer, als sie und ihre Mitglieder seit alten Zeiten sich aufs engste mit dem Preußischen Staate verbunden fühlt und bei aller gebotenen strengen Zurückhaltung in politischen Fragen den nationalen Gedanken stets betont und bewahrt hat. Sie hat aus diesem Grunde keinen Anlaß den Austritt Einsteins zu bedauern.*“²

Die Akademie der Wissenschaften, einstmals stolz auf die Mitgliedschaft von Albert Einstein, die einstmals wie das Deutsche Reich darum buhlte, Einstein einen Deutschen nennen zu dürfen, war nun froh, diesen Querulanten und Juden endlich los zu sein. Dabei

2 Hier und im folgenden Hervorhebungen im Original.

war in der Pressemitteilung sogar ein wenig Wahrheit enthalten: Einstein war tatsächlich nur („lediglich“) durch die Aufnahme in die Akademie deutscher Staatsbürger geworden. Insofern war die später von Einstein geäußerte Meinung, das Ausscheiden aus der Akademie hätte automatisch zur Entlassung aus der deutschen Staatsbürgerschaft führen müssen, nur konsequent. Aber so konsequent wollte das Dritte Reich nicht sein. Und so konsequent war auch Einstein nicht: Er hat die Entlassung ausdrücklich beantragt. Auch darüber hat die Presse sofort berichtet – darunter die Deutsche Allgemeine Zeitung am 30. März 1933: „Ausbürgerungsantrag Einsteins! Brüssel, 29. 3. (Conti-Nachr.B.)

Professor *Einstein* hat nach seiner Ankunft in Belgien noch von Bord der „Belgenland“ einen *Brief an die Deutsche Gesandtschaft* in Brüssel gerichtet, in dem er über eine Mitteilung darüber bittet, welche Schritte er zu unternehmen habe, um die *preußische Staatsangehörigkeit aufzugeben*, die er durch seine Anstellung bei der Preußischen Akademie der Wissenschaften erlangt habe. Einstein betont im übrigen, daß er *Schweizer Bürger* sei.

Die zitierte Berliner Börsen-Zeitung hat in ihrer Ausgabe vom 2. April eine zweite Nachricht zum Thema Einstein mitgeteilt: „Im Zusammenhang mit der üblen deutschfeindlichen Hetze des jüdischen Professors *Einstein* in Amerika ist – wie wir hören – durch die *politische Polizei* bei einer hiesigen Bank das *Bankkonto* des Professors Einstein gesperrt worden. Gleichzeitig wurden *25000 Mark in Effekten und 5000 Mark in bar beschlagnahmt*. Das Geld sollte zweifellos der *Vorbereitung für Hoch- und Landesverrat* dienen.“³

Damit war klagelastig: Die Konfiszierung des Eigentums von Einstein, wenn nicht Mord, so doch Rufmord und schließlich die Ausbürgerung waren ein *Racheakt* – die dem Dritten Reich gemäße Antwort auf antifaschistische Gesinnung und Tätigkeit – für „Greuelhetze“ sowie „deutschfeindliche Hetze des jüdischen Professors“. Früher oder später hätte man auch einen Einstein vor ein deutsches Gericht gezerzt oder – wie so viele – ohne Gerichtsurteil interniert. Aber er ist den Nazis entwischt; nach Deutschland ist er nie zurückgekehrt.

Die Meldung der Deutschen Allgemeine Zeitung vom 30. März 1933 war zutreffend: Noch von Bord der „S.S. Belgenland“ hatte Einstein das Deutsche Generalkonsulat in Brüssel informiert, daß er beabsichtige, die preußische Staatsbürgerschaft aufzugeben:⁴

3 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (im folgenden GStA), I. HA, Rep. 77 Ministerium des Innern, Nr. 6061, Bl. 2.

4 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (im folgenden PA-AA), R Auswärtiges Amt, Nr. 45490. – GStA, I. HA, Rep. 77, Nr. 6061. – Einstein schrieb an das „Deutsche Generalkonsulat“; es hätte richtig heißen müssen „Deutsche Gesandtschaft“. Auf dem Schriftstück fehlt die Angabe des Absendedatums. Im diesbezüglichen Schreiben der Gesandtschaft an das Auswärtige Amt wird der 28. 3. angegeben.

„Abschrift / Res Star Line / S.S. Belgenland
An das Deutsche Generalkonsulat in Brüssel.

Ich möchte mir erlauben, hiermit folgende Anfrage an Sie zu richten. Ich bin Schweizer Bürger, aber durch eine Anstellung bei der Preussischen Akademie der Wissenschaften zugleich preussischer Staatsangehöriger. Die genannte Anstellung habe ich auf brieflichem Wege niedergelegt. Was für Schritte habe ich zu unternehmen, um die preussische Staatsbürgerschaft aufzugeben? Die Antwort bitte ich möglichst umgehend an mich zu senden per Adresse: Mr. César Koch, Rue Gaucet 50 Liège.

Mit ausgezeichnete Hochachtung
gez. Albert Einstein.“

Die Behandlung von Einsteins Anliegen endete nicht mit der beantragten *Entlassung* aus der deutschen Staatsbürgerschaft, sondern, wie gesagt, mit der *Ausbürgerung*. Die *Bestrafung* des „jüdischen Professors Einstein“ war Ziel und Zweck der ganzen Prozedur. Um ihn ausbürgern zu können, hat man vorher allerdings nachweisen müssen, daß er tatsächlich deutscher Staatsbürger ist. Die damit verbundenen Mühen waren groß, aber nicht zu vermeiden.⁵

Die Frage der Staatsbürgerschaft Einsteins hat 1933/34 auch die Schweizer Behörden beschäftigt. Der Unterschied zu Deutschland war, daß die Beschäftigung mit der Staatsbürgerschaft auf Schweizer Seite vorrangig mit dem Ziel erfolgte zu klären, ob man Einstein in seinem Bemühen um die Aufhebung der polizeilich verfügten Sperrung und dann auch Beschlagnahme seiner Konten helfen könne und müsse – ob man das auch *wollte*, ist eine andere Frage. Und wie in Deutschland wurde nun eine Prozedur wiederholt, die, wie man meinen möchte, überflüssig war, weil sie schon einmal Mitte der zwanziger Jahre abgeschlossen war.

2. Schweizer Ermittlungen in den zwanziger Jahren zur Staatsbürgerschaft Albert Einsteins

Es gab seitens der Schweiz bis zum Ende des Ersten Weltkrieges keine besonderen Gründe, sich mit der Frage der Staatsbürgerschaft Albert Einsteins zu befassen. Der Schweizer Paß Einsteins – und keinen anderen hatte er – wurde ohne irgendwelchem Widerspruch ver-

5 Auf eine ausführliche Darstellung des Vorganges kann hier verzichtet werden; das ist an derer Stelle geschehen: Siegfried Grundmann: Einsteins Akte. Wissenschaft und Politik – Einsteins Berliner Zeit. Mit einem Anhang über die FBI-Akte Einsteins, 2. Aufl. Berlin/Heidelberg/New York 2004.

längert: am 24. August 1915, 13. September 1916, 28. Dezember 1918, aber auch am 26. April 1920, 11. März 1921 und 23. Juni 1923. Mit diesem Paß ist er während des Krieges wiederholt und ohne irgendwelche Komplikationen ins Ausland gereist.

Besondere Gründe gab es aber auch für das kaiserliche Deutschland nicht. Er wurde als „neutraler Ausländer“ – also als Bürger eines neutralen Staates – respektiert – und trotzdem polizeilich observiert. So stand die Frage der Einberufung des bei Kriegsausbruch erst 35jährigen zur Armee nicht.

Am 24. Oktober 1916 hatte der Präsident des Kuratoriums der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt dem Staatssekretär im Reichsamt des Innern vorgeschlagen, beim Kaiser die Berufung Einsteins in das Kuratorium „erwirken zu wollen“ und dabei bemerkt: „Einstein ist *Staatsangehöriger der Schweiz*, doch dürfte dieser Umstand für seine Berufung in das Kuratorium kein Hindernis bilden. Auch seine seinerzeitige Berufung in die Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften ist daran nicht gescheitert“.⁶ Am 26. November 1916 fragte das Reichsamt des Innern beim Preußischen Kultusministerium an, ob wegen der beabsichtigten Berufung Einsteins in das Kuratorium der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt Bedenken bestehen, obwohl dieser „*Staatsangehöriger der Schweiz*“ sei.⁷ Die Antwort vom 11. Dezember war, „daß gegen die Berufung [...] meinerseits Bedenken nicht zu erheben sind.“⁸ Da also nirgends Bedenken gegen die Berufung eines schweizerischen Staatsangehörigen bestanden, bat das Reichsamt des Innern am 22. Dezember 1916 „des Kaisers und Königs Majestät“ um Ernennung Einsteins, wobei abermals darauf hingewiesen wurde, daß Einstein „*Staatsangehöriger der Schweiz*“ sei.⁹ „Seine Majestät der Kaiser haben Allernädigst geruht, das Mitglied der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften, Professor Dr. Albert Einstein mittels Allerhöchstem Erlasses vom 30. Dezember 1916 als Mitglied des Kuratoriums der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt zu berufen.“¹⁰

Alle beteiligten Instanzen, und der Kaiser selbst, hatten also zur Kenntnis genommen und gebilligt, daß Albert Einstein *kein Reichsdeutscher*, sondern *Staatsangehöriger der Schweiz* gewesen ist. Nach dem Kriege änderte sich die Haltung zur Staatsbürgerschaft Einsteins nicht nur auf Seiten Deutschlands, sondern auch der Schweiz gravierend. Wie

6 Bundesarchiv Berlin (im folgenden BA-B), R 1501 Reichsamt des Innern, Nr. 13148 (Hervorhebung S.G.).

7 GStA, I. HA, Kultusministerium, Vc Sekt. 2, Tit. XXIII, Lit. F, Nr. 2, Bd. 14 (Hervorhebung S.G.)

8 BA-B, R 1501, Nr. 13148.

9 Ebda., Nr. 13148 (Hervorhebung S.G.)

10 Ebda., Nr. 13149.

einstmals um die Leiche eines Heiligen hat man nun um den Besitz des lebendigen Einstein gestritten, wobei die Schweizer Seite nachgiebig, die deutsche aber unnachgiebig und letztlich siegreich war.

Gründe, sich mit dieser Frage eingehend zu befassen, waren seitens der Schweiz 1. der Weltruhm Einsteins nach der im November 1919 erfolgten Bekanntgabe der Ergebnisse einer britischen Sonnenfinsternisexpedition (und empirischen Bestätigung der Relativitätstheorie) durch die Royal Society, 2. die Verleihung des Nobelpreises für Physik an Albert Einstein im Jahre 1922 und 3. die Mitgliedschaft Einsteins in der „Commission pour la Cooperation intellectuelle“ und damit zusammenhängende Bemühungen Einsteins um die Ausstellung eines Schweizer Diplomatenpasses.

Die erste – kurze – Phase war eine Zeit erster Recherchen zu Nationalität und Staatsbürgerschaft Einsteins. Es folgte die Zeit eines auf diplomatischer Ebene ausgetragenen Streites und Besitzanspruchs seitens der Schweiz einerseits und des Deutschen Reiches andererseits und drittens schließlich die Kapitulation der Schweiz vor den Ansprüchen und Anmaßungen der Deutschen.

Den Anstoß zur Frage bei den Schweizer Behörden, welcher Nationalität dieser Einstein denn nun sei, gab nicht erst, wie man meinen möchte, die Verleihung des Nobelpreises im Jahre 1922, sondern bereits ein Vorfall im Frühjahr 1920 in Berlin. Zu Einsteins Vorlesungen an der Berliner Universität sollte einem breitem Publikum Zugang gewährt werden, wogegen – zumeist nationalistisch gesinnte – Teile der Studentenschaft protestierten. Der Schweizerische Gesandte in Berlin berichtete der Abteilung für Auswärtiges am 17. Februar 1920: „Herr Professor Dr. Einstein ist Schweizer“ und kommentierte: „Meines Erachtens liegt in der Demonstration gegen den Herrn Professor Einstein kein feindseliger Akt über dem Ausländer“, schuld sei vielmehr „die politische Richtung des Herrn Professor Einstein.“¹¹ „Schweizer“ und „Ausländer“ – womit gesagt war, daß sich die Schweiz um diesen Manne kümmern dürfe und müßte.

Von der Abteilung Auswärtiges am 24. Februar 1920 um Aufklärung über die Personalien des Herrn Professor Einstein gebeten, teilte der Schweizerische Gesandte am 3. März mit, was er „von durchaus vertrauenswürdiger Seite“ erfahren hatte: „Albert Einstein, jüdischer Konfession, ist im März 1879 in Ulm geboren und grösstenteils in München erzogen worden. Er ist seit 1901 Bürger von Zürich, wo er seine spätere Jugend verbracht zu haben scheint. In den Jahren 1902–09 [...] technischer Experte beim eidgenössischen Patentamt [...] 1905 [...] in Zürich [...] promoviert [...] 1908 [...] in Bern habilitiert

11 BAR, E 2001 (D)/1000/1553, Bd. 61.

[...] 1912–13 [...] Professor [...] in Zürich [...] seit 1913 ist er ordentliches Mitglied der Preussischen Akademie der Wissenschaften [...].¹²

Deutschlands Medien haben den Ruhm Albert Einsteins vermarktet und Einstein zum *Deutschen* gemacht, die Diplomatie dagegen scheint sich, widerwillig zwar, und längere Zeit auch nach dem Kriege, mit dem *Schweizer* abgefunden zu haben. Allerdings war man, weil Einstein in Deutschland wohnte, der Preussischen Akademie und anderen respektablen Institutionen angehörte, am Geschehen näher dran als die Diplomaten aus der Schweiz.

Berichte der Deutschen Botschaft Paris über die „Franzosenreise“ Einsteins im April 1922 und der diesbezügliche Schriftverkehr des Auswärtigen Amts lassen erkennen, daß Einstein damals weder bereit noch willens war, wie ein „Deutscher“ behandelt zu werden: – „Einstein reist auf Schweizer Gesandtschaftspaß“¹³, – „Gestern hat der erste der angekündigten Vorträge, zu denen der Botschaft Einladungskarten nicht zugegangen sind, im Collège des France stattgefunden“¹⁴, – „Einen Besuch auf der Botschaft hat Herr Einstein nicht gemacht. Zu dem Vertreter des Berliner Tagesblattes, Herrn Block, der ihm einen Besuch bei mir nahelegte, hat er sich dahin geäußert, er sei lediglich Gelehrter und stünde der Welt und ihren Formen fern. Ebenso wenig wie zu seiner Antrittsvorlesung sind der Botschaft zu den späteren Vorlesungen Einladungen zugegangen.“¹⁵

Während eben dieser Zeit, am 31. März 1922 telegraphierte der Schweizer Gesandte aus Berlin an die Abteilung Auswärtiges in Bern: „Ihr Telegramm Nr. 12. Professor *Einstein* ist nach seinen eigenen Erklärungen nur Schweizerbürger Nr. 27“. Damit waren, scheint es, auch seitens der Schweiz alle Zweifel ausgeräumt.

Heftige Irritationen und Begehrlichkeiten entstanden jedoch, als der Nobelpreis des Jahres 1922 an Albert Einstein verliehen wurde und vorauszusehen war, daß der Gelehrte am traditionellen Tag der Aushändigung des Preises, am 10. Dezember 1922, in Japan weilen würde. Sollte der deutsche oder der Schweizer Gesandte den Preis an Stelle Einsteins entgegennehmen? Ihn selbst, Einstein, scheint der Streit und dessen Lösung nicht gekümmert zu haben. Auf deutscher und auf Schweizer Seite wurden in dieser Sache viele Schreiben gewechselt und Aktenvermerke gefertigt. Die Schweizer Vertreter in Tokyo¹⁶

12 Ebd.

13 PA-AA, R 64677.

14 Ebd.

15 Ebd.

16 Schon am 6. 10. 1922 hatte sich der Schweizer Gesandte in Tokyo, irritiert durch widersprüchliche Meldungen wegen der bevorstehenden Reise, nach der Nationalität Einsteins erkundigt: „[...] je vous prie des vouloir

und Stockholm¹⁷ erbaten Instruktionen aus Bern, der deutsche Vertreter in Stockholm aus Berlin.¹⁸ Über die Standpunkte beider Seiten, über den Konsens zwischen dem Schweizer Gesandten Schreiber und dem deutschen Gesandten Nadolny, den man schließlich fand, sowie über die Nobelfeier berichtete Nadolny am 12. Dezember 1922 nach Berlin:¹⁹

„Abschrift VI B 15448 / Deutsche Gesandtschaft / Stockholm, den 12. Dezmb. 1922. Nr. A 1767. / Erlaß vom 9. d. Mts. – VI B 15107 –.

Inhalt: Nobelfeier und Nationalität Einstein's.

Meine Frage über die Nationalität des mit dem Nobelpreis für Physik bedachten Professor Einstein ist dadurch entstanden, daß nach der Bekanntgabe der Preisträger der Vorstand der hiesigen Wissenschaftsakademie bei mir erschien und mich darum ersuchte, den abwesenden Professor Einstein bei der Verteilung zu vertreten, andererseits der hiesige Schweizerische Gesandte bei mir anfragte, wie sich die Entgegennahme des Preises von Einstein eigentlich gestalten würde, da Einstein seines Wissens die schweizerische Staatsangehörigkeit besitze.

bien me faire savoir s'il est allemand ou suisse. Dans une des ses biographies, j'ai lu en effet qu'il avait de ses naturalité suisse avant 1902. D'autre part, à l'occasion de ses voyages à Paris et Londres, je l'ai toujours entendu traiter d'allemand.“ **Einen diplomatischen Konflikt mit Deutschland zu vermeiden, war man auch im weiteren Verlauf der Japanreise Einsteins bemüht.** Man nahm zur Kenntnis, daß dieser nach seiner Ankunft sofort Kontakt mit der deutschen Botschaft aufnahm. Man hat sich sogleich der forschenden Antwort aus der deutschen Botschaft gebeugt: „The noted German scientist“. – Vgl. Legation des Suisse Tokyo to Departement Politique Federal, le 14 decembre 1922. BAR: 2001 (D)/1000/1553, Bd. 61.

17 Am 10. 11. 1922 schickte der Schweizer Botschafter aus Stockholm an die Division des Affaires Etrangères in Bern, bezugnehmend auf die bevorstehende Verleihung des Nobelpreises, eine inhaltlich gleichlautende Anfrage: „[...] Si je suis renseigné M. Einstein est né Allemand et a été naturalisé Suisse [...]“. Eine Anfrage bei der Berliner Universität hätte ergeben, daß Einstein die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten habe, ohne die Schweizer verloren zu haben. Der Schweizer Botschafter wollte einen Konflikt mit dem deutschen Botschafter vermeiden und wissen, ob er – der Schweizer – oder der deutsche den Preis stellvertretend für Einstein empfangen solle. „Ministere Allemand des Affaires“ und nicht, wie Nadolny schreiben wird: von der Berliner Universität! – Über die schließlich zwischen ihm und dem deutschen Botschafter Nadolny erzielte Verständigung berichtete der Schweizer Gesandte Schreiber am 5. 12. nach Bern. Nadolny habe nach Anfrage beim Auswärtigen Amt ein Telegramm von dort erhalten, worin mit Bestimmtheit mitgeteilt wurde, daß Einstein deutscher Staatsbürger sei („ce dernier M. Einstein est citoyen allemand“). Daraufhin habe er sich mit Nadolny dahingehend geeinigt, daß dieser den Nobelpreis entgegennehme.

18 **Aus Tokyo mußte nicht brieflich angefragt werden:** Als sich die Reise Einsteins noch im Stadium der Vorbereitung befand, weilte Botschafter Solf in Berlin. Schon dort hat der gebildete und eloquente Solf sich erfolgreich um Einstein bemüht.

19 BA-B, R 1501, Nr. 108970.

Mit Rücksicht darauf, daß die vom Auswärtigen Amt erbetene Feststellung nicht rechtzeitig vor dem 10. Dezember, dem üblichen Tag der Nobelfeier, einging und die Frage der Kompetenz zwischen mir und dem schweizerischen Kollegen vorher geklärt werden mußte, habe ich noch eine direkte telegraphische Anfrage an die Universität Berlin gerichtet. Ich erhielt darauf eine telegraphische Antwort der Berliner Akademie der Wissenschaften: ‚Einstein ist Reichsdeutscher‘. Als ich hiervon dem Schweizerischen Gesandten Mitteilung machte, wunderte er sich über diese Antwort, da seinen Feststellungen nach Einstein zwar in Württemberg geboren, aber dann nach Übersiedelung seines Vaters in die Schweiz dort naturalisiert sei und sein schweizerisches Bürgerrecht nicht wieder aufgegeben habe; ein Beamtenverhältnis gegenüber Deutschland bestehe nicht, und er wüßte auch nicht, daß Deutschland eine Renaturalisation Einsteins vorgenommen habe. Infolge meines bestimmten Hinweises auf den Inhalt der Depesche beruhigte er sich jedoch und nahm mit der Bemerkung, daß Einstein wohl auch allgemein als Deutscher angesehen werde und wahrscheinlich auch selbst jetzt als solcher gelten wolle, von weiteren Versuchen, ihn für sich zu reklamieren, in freundlicher Weise Abstand. Ich habe darauf dem Nobelkomitee, das ich, als sich Zweifel über die Nationalität des Preisträgers erhoben, sofort pflichtgemäß entsprechend verständigt hatte, von der Klarstellung der Frage durch das Telegramm mündlich Mitteilung gemacht und dann die Vertretung Einsteins sowohl bei der Preisverteilung als auch bei dem im Anschluß daran veranstalteten Festbankett und bei dem von Seiner Majestät dem König zu Ehren der Preisträger gegebenen Diner wahrgenommen. Um etwaigen zurückgebliebenen oder vielleicht noch drohenden schweizerischen Empfindlichkeiten die Spitze zu nehmen, hielt ich es indessen für notwendig, sowohl in meiner Rede bei dem Bankett als auch durch ein Telegramm an die deutsche Presse den Anteil der Schweiz an der Person und Arbeit Einsteins hervorzuheben.

Inzwischen ist mir nun, einen Tag nach der Nobelfeier, die Nachricht des Auswärtigen Amts zugegangen, wonach Einstein doch die schweizerische Staatsangehörigkeit besitzt. Ich brauche nicht weiter auszuführen, daß, wenn diese Tatsache meinem Schweizer Kollegen vor der Preisverteilung bekannt geworden wäre, ich keinesfalls auf der Vertretung hätte bestehen können, und ich möchte annehmen, daß Gesandter Schreiber schon aus rein äußerlichen Prestige Gründen seinerseits auf der Vertretung bestanden hätte. Auch jetzt würde, wenn er den richtigen Tatbestand erführe, sicherlich eine starke Mißstimmung entstehen, und es gibt hier genügend Kollegen und sonstige uns innerlich nicht freundlich gesinnte Elemente, die daran ihre Freude hätten, den schweizerischen Vertreter, mit dem ich sonst ein durchaus herzliches Verhältnis unterhalte, gegen mich in Harnisch zu bringen. Mit Rücksicht hierauf halte ich es für notwendig, die mir mitgeteilte Tatsache hier in

keiner Weise erkennbar werden zu lassen, und ich möchte dringend bitten, auch dort über die schweizerische Staatsangehörigkeit Einsteins möglichst kein Wort zu verlieren und alles tun zu wollen, um die mir durch das Telegramm der Wissenschaftsakademie mitgeteilte Tatsache, daß Einstein Reichsdeutscher ist, möglichst bald auch tatsächlich in Geltung zu setzen. – In jedem Falle wäre es erwünscht, daß zu der Zeit, wenn Einstein hierher kommt, um seinen Vortrag zu halten, bereits über diese Frage im Sinne der bestehenden Reichsangehörigkeit Einsteins Klarheit herrscht. Eine Heranziehung des Schweizerischen Gesandten bei dem Vortrag würde dadurch nicht ausgeschlossen, sondern den Charakter einer Courtoisie erhalten, auf die Wert zu legen wir unter den heutigen Verhältnissen sicherlich allen Grund haben.

Der Verlauf der Nobelfeier spielte sich im übrigen in den üblichen Formen und in durchaus harmonischer Weise ab. Man bedauerte allgemein, daß Einstein nicht erscheinen konnte und sieht seinem künftigen Besuche mit großem Interesse entgegen. Von den bei der Feier gehaltenen Reden erlaube ich mir die des Vorstehenden der Nobelstiftung, Herrn Professor Schück, mit Rücksicht auf ihren unverkennbar in deutschfeindlichem Sinne politischen Ton in auszugsweiser Übersetzung zur Kenntnis beizufügen. Ferner mag für die Beurteilung der in der Welt bestehenden politischen Gruppierungen nicht uninteressant sein, daß aus Anlaß der Erteilung des Literaturpreises an den spanischen Dichter Benavente nicht nur der spanische Gesandte und sein Personal, sondern auch die Mitglieder der übrigen hiesigen Vertretungen spanischer Zunge, also die Vertreter von Mexiko, Argentinien und Chile, vollständig an den Feierlichkeiten teilnahmen und auch in ihren Unterhaltungen, die ich mit ihnen hatte, sich deutlich als Teilnehmer an dem spanischen Erfolg dokumentierten. Portugal und Brasilien sind dagegen nicht in Erscheinung getreten.

Nadolny.

Auswärtiges Amt / VI B 15448 / Berlin, den 18. Dezember 1922 / *Eilt.*

In Abschrift mit einer Anlage dem Preußischen Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zur gefälligen Kenntnisnahme und mit der Bitte um baldige Äußerung ergebenst übersandt, welche Gründe für die Auffassung der Akademie sprechen, Einstein besitze oder besitze *auch* die deutsche Staatsangehörigkeit.

Im Auftrage
Soehring“

Quintessenz: Die deutsche Seite hatte sich erfolgreich durchgesetzt, die Schweizer vor dem Druck aus Deutschland kapitulierte. Um das Resultat des für die deutsche Seite erfolgreichen diplomatischen Tauziehens festzuschreiben und zu komplettieren, wurde Albert Einstein in der Folgezeit in aller Form zum Deutschen gemacht.

Nach langem Widerstreben hat sich Einstein selbst der Rechtsauffassung der Deutschen – Auswärtiges Amt, Preussisches Kultusministerium, Akademie der Wissenschaften, Reichsministerium des Innern – gebeugt, wonach die Anstellung Einsteins bei der Akademie automatisch den Erwerb der preussischen Staatsangehörigkeit zur Folge gehabt hatte, wie seine Niederschrift zur Frage seiner Staatsangehörigkeit für die Akten der Akademie der Wissenschaften vom 7. Februar 1924 zeigt:²⁰

„Es ist in der Akademie die Frage aufgeworfen worden, ob ich neben meinem schweizerischen auch das preussische Staatsbürgerrecht besitze. Auf Anregung der Akademie hin hatte ich darüber eine Besprechung mit Herrn von Rottenburg am Kultusministerium. Dieser vertrat mit Entschiedenheit die Auffassung, dass mit meiner Anstellung an der Akademie die Erwerbung des preussischen Staats-Bürgerrechts verbunden gewesen sei, da aus den Akten eine gegenteilige Auffassung nicht zu begründen sei. Gegen diese Auffassung habe ich nichts einzuwenden. / A. Einstein / 7. II 24.“

In Deutschland hat man fortan die Schweizer Staatsbürgerschaft Einsteins ignoriert, ihn zum förmlichen Verzicht darauf aber nie bewegen können – ihn dazu aber auch nicht aufgefordert: Mochte er doch denken, was er wollte. Die Schweiz hat nicht nur kapituliert, sie hat Einstein fortan wie einen Deutschen behandelt und ihm diplomatischen Schutz verweigert. Sein Schweizer Paß wurde zwar verlängert, sein Antrag auf Ausstellung eines Diplomatenpasses aber abgelehnt. Am 10. Juli 1924 hatte Einstein beim Politischen Departement in Bern die Ausstellung eines solchen zwecks weiterer Teilnahme an den Sitzungen der Völkerbundskommission für intellektuelle geistige Zusammenarbeit beantragt:²¹

„Berlin den 10 Juli 1924. / An das Eidgen. politische Departement / Bern / Schweiz

Ich Unterzeichneter erlaube mir²² hiermit, um die Ausstellung eines Diplomatenpasses nachzusuchen. Ich bin Bürger des Kantons und der Stadt Zürich und wohne in Berlin, wo ich als Mitglied der preussischen Akademie der Wissenschaften tätig bin. Vor einiger Zeit wurde ich zum Mitglied der Commission de Koperation²³ Intellectuell des Völkerbundes ernannt und muss ich daher häufig zu den Sitzungen des Völkerbundes nach Genf reisen. Ausserdem möchte ich nebenbei erwähnen, daß ich bei der Schweizerischen Naturforscherversammlung in Luzern im Oktober einen Festvortrag zu halten habe und

20 Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, II. Preussische Akademie der Wissenschaften (1812–1945), III. Personalien der Mitglieder der Akademie, Nr. 40.

21 BAR, E 2001 (D)/1000/1553, Bd. 61.

22 Sic!

23 „Koperation“ im Original.

daß ich in Holland ein offizielles Amt bekleide. Ich bitte Sie höflichst, mir durch diese Vergünstigung die Erfüllung meiner Pflichten erleichtern zu wollen. Ich ersuche Sie, den Pass an die Adresse der obengenannten Völkerbundscommission zu senden, bei welcher ich vom 25. ds. Monats beschäftigt bin.

Mit vorzüglicher Hochachtung.

A. Einstein.

Signalement aus dem alten Pass Nr. 29918 / Professor Dr. Albert Einstein geb. 14. März 1879. Wohnung Berlin/Schöneberg, Haberlandstr. 5. / Taille 175 Centimetres Cheveux schwarz meliert. / Sourcille schwarz. Front hoch. Yeux braun. Nez normal. / Bouche mittel. Menton rundt.²⁴ Visage oval. / 3 Anlagen, 2 Bilder,²⁵ 1 Brief²⁶

Vom Eidgenössischen Politischen Departement in Bern aufgefordert, hat sich Albert Einstein am 28. Juli 1924 zur Frage seiner Staatsangehörigkeit wie folgt geäußert:²⁶

„Genève, 28. VII. 24 / An das Eidgen. Politische Departement in Bern

Bezugnehmend auf Ihre Antwort vom 25. VII. erlaube ich mir einige berichtigende Angaben.

1) Es ist richtig, dass ich vor der Erlangung meines schweizerischen Bürgerrechts die deutsche Staatsangehörigkeit inne hatte. Ich (bzw. mein Vater an meiner Stelle) habe aber die deutsche Staats-Angehörigkeit aufgegeben, bevor ich die schweizerische erwarb (5 Jahre vorher). Es kann also jedenfalls nicht gesagt werden, dass ich ‚im Besitze der deutschen Staatsangehörigkeit war und noch bin‘.

2) Als mich die preussische Akademie der Wissenschaften berief, stellte ich bei den mündlichen Verhandlungen die Bedingung, dass ich die preussische Staatsangehörigkeit *nicht* erhalte. Schriftlich gemacht wurde nichts, und meine Anstellung bei der Akademie entscheidet hierüber auch nichts. Während des Krieges und nachher stets wurde ich von den deutschen Behörden als Ausländer behandelt und meine Legitimation war stets der schweizerische Pass.

3) Als ich während meiner Abwesenheit von Europa den Nobel-Preis erhielt, wurde die Frage meiner Staats-Zugehörigkeit aufgeworfen, weil zweifelhaft erschien, die Vertretung welchen Landes die Übermittlung übernehmen solle. (Der schwedische Gesandte hat diese Mission übernommen, soviel ich weiss). Dann wurde in der Akademie die Frage aufgeworfen und ich deswegen aufs preussische Unterrichts-Ministerium gerufen. Dort

24 Sic!

25 Vermerk darunter: „fehlen“

26 BAR, E 2001 (D)/1000/1553, Bd. 61 (handschriftlich).

einigten wir uns in dem Sinne dass wir diese Frage ruhen lassen wollten, um irgend welche öffentlichen Erörterungen, die peinlich sein mussten, zu vermeiden.

So stehen die Dinge, und ich lege Wert darauf, hinzuzufügen, dass ich auf mein schweizerisches Bürgerrecht grossen Wert lege, und dass ich es *vorziehe*, dass meine politischen Legitimationen schweizerisch seien. Da nach dem Gesagten die mir mitgeteilten Vorschriften auf meine Person nicht ohne Weiteres angewendet werden können, ersuche ich Sie höflich, den Fall mit Rücksicht auf das Mitgeteilte nochmals zu überlegen und mir Ihre endgültige Entscheidung an meine Berliner Adresse mitzuteilen.

Mit ausgezeichnete Hochachtung

A. Einstein / Haberlandstr. 5. Berlin.“

Seitens der Schweiz mußte man feststellen, „dass Herr Albert Einstein zweifellos Schweizer ist und von uns als solcher auch anerkannt wurde, indes wir ihm stets Pässe zur Reise nach dem Ausland ausgestellt haben“. ²⁷ Jedoch müsse „angenommen werden, dass er Doppelbürger ist und also in Deutschland keinen Anspruch auf unseren Schutz hat“. Wenn ihm am Schutz durch die Schweiz gelegen sei, müsse er erstens die Entlassungsurkunde beibringen und damit nachweisen, „dass er die Reichsangehörigkeit durch Vererbung nicht besitzt“, zweitens „müsste er von den preussischen Behörden feststellen lassen, dass er durch die Anstellung bei der Akademie die preussische Staatsangehörigkeit nicht erworben hat“. ²⁸

Die Entlassungsurkunde konnte er beibringen. Den Nichterwerb der preußischen Staatsbürgerschaft betreffend, hatte man auf der Schweizerischen Gesandtschaft richtig vermutet: „Wahrscheinlich dürfte ihm letzteres aber nicht gelingen.“ Deutscherseits hätte man nämlich den in der Verbalnote des Auswärtigen Amtes vom 15. Juni 1923 vertretenen Standpunkt, daß Einstein Preuße sei, revidieren müssen. Dazu war man nicht bereit. Daß man zur Zeit des Kaiserreiches und noch in den ersten Jahren der Weimarer Republik eine ganz andere Position bezogen hat, selbst in amtlichen Dokumenten, darunter einige vom Kaiser unterzeichnet, war keiner Erwähnung wert. Die Folge war, daß die Schweiz den Antrag Einsteins auf Ausstellung eines Diplomatenpasses ablehnte – ihm persönlich mitgeteilt in einem Schreiben vom 2. Dezember 1924: ²⁹

27 Schweizerische Gesandtschaft Berlin an die Abteilung Auswärtiges in Bern, 9. 8. 1924. BAR, E 2001 (D)/1000/1553, Bd. 61.

28 Ebda.

29 Ebda.

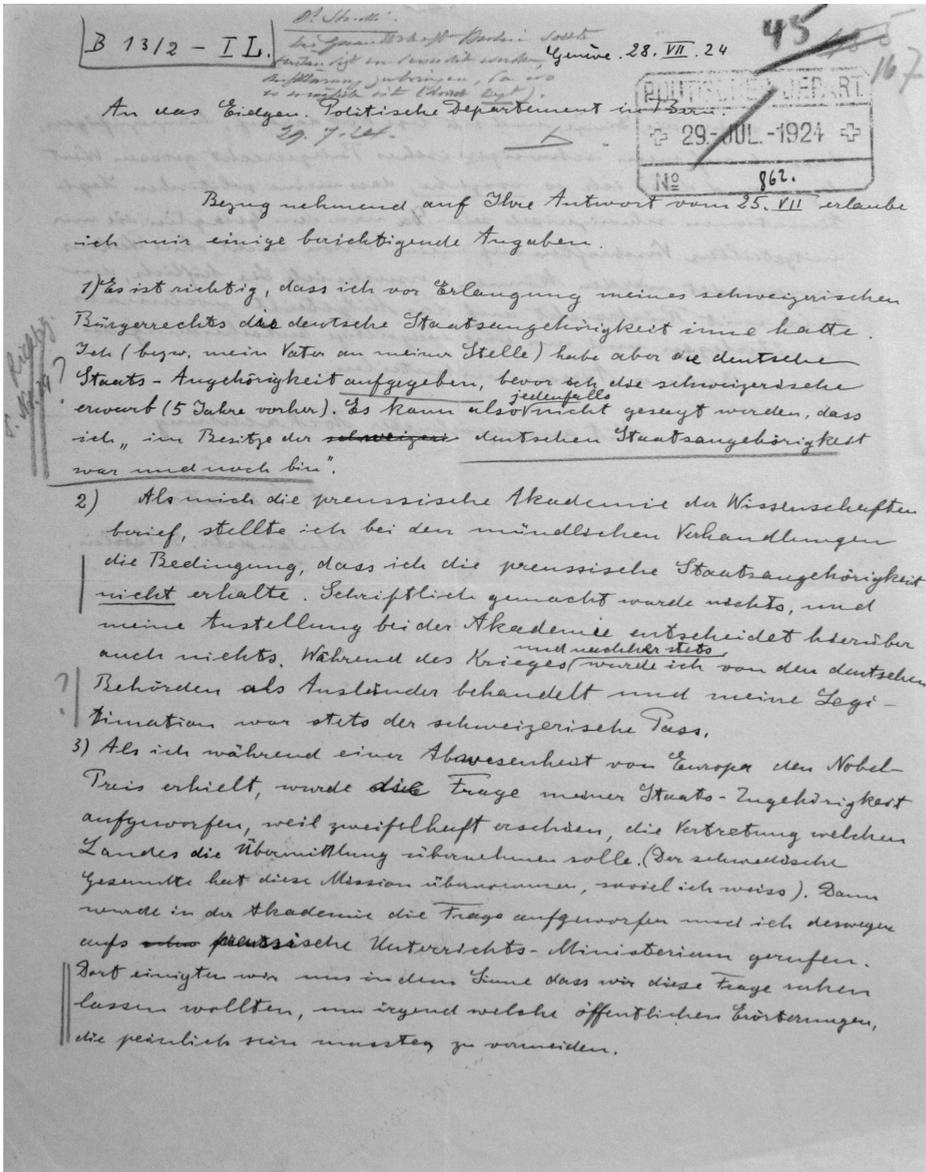


Abb. 1: Albert Einstein an das Eidgenössische Politische Departement, 28. Juli 1924 (wie Anm. 26).

So stehen die Dinge, und ich lege Wert darauf, hinzuzufügen,
dass ich auf mein schweizerisches Bürgerrecht grossen Wert
lege, und dass ich es vorziehe, dass meine politischen Legi-
timationen schweizerisch seien. Da nach den Gesagten die mir
mitgetheilten Vorschriften auf meine Person nicht ohne Weiteres
angewendet werden können, ersuche ich Sie höflich, den
Fall mit Rücksicht auf das Mitgetheilte nochmals
zu überlegen und mir Ihre endgültige Entscheidung an
meine Berliner Adresse mitzutheilen.

Mit ausgezeichnetster Hochachtung

A. Ernstine
Habulandstr. 5. Berlin.

„Bern, den 2. Dezember 1924 / B. 13/2.- 12.

Herrn Professor Dr. A. Einstein / Haberlandstrasse 5 / *Berlin*.

Sehr geehrter Herr Professor,

Im Besitze Ihres Schreibens vom 26. Juli letzthin haben wir nicht verfehlt, Ihr Gesuch um Ausstellung eines schweizerischen diplomatischen Passes unter Berücksichtigung der von Ihnen geltend gemachten Gründe einer neuen einlässlichen Prüfung zu unterziehen, und wir beehren uns, Ihnen nachstehend zur Kenntnis zu bringen, zu welchem Ergebnis wir dabei gelangt sind.

Es bestätigt sich, dass Sie zum Zeitpunkt des Erwerbs der schweizerischen Staatsangehörigkeit aus dem württembergischen Staatsverband in rechtmässiger Weise entlassen worden waren. Andererseits liegt uns eine unzweideutige Erklärung der deutschen Behörden vor, derzufolge Sie durch Annahme der Wahl zum ordentlichen Mitgliede der Preussischen Akademie der Wissenschaften in den preussischen Staatsverband Aufnahme gefunden haben nach Maßgabe von § 9 des Reichsgesetzes über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870 (Bundesgesetzblatt S. 355).

Sodann hat Sie der Völkerbundsrat der Kommission für geistige Zusammenarbeit offenbar in Ihrer Eigenschaft als deutscher Bürger beigegeben. Die Kommission gehört, wie Sie wissen, als schweizerisches Mitglied bereits Herr Professor de Reynold an, und es ist in der Tat nicht anzunehmen, es habe in den Absichten des Völkerbundesrates gelegen, dieser Kommission zwei schweizerische Mitglieder beizugeben, während zahlreiche Völkerbundstaaten sich darin nicht vertreten sehen.

Bei dieser Sachlage steht unseres Erachtens den deutschen Behörden die Befugnis und die Aufgabe zu, Ihnen den in Rede stehenden Pass auszustellen, zumal ja dieser Pass gerade bezweckt, Sie als Mitglied der Kommission für geistige Zusammenarbeit auszuweisen. Es will uns scheinen, wir würden einem Rechte der deutschen Behörden zu nahe treten, wenn wir, Ihrem Gesuche willfahrend, Sie unter den gegebenen Umständen mit einem schweizerischen diplomatischen Pass ausrüsteten.

Wir zweifeln nicht, dass ein Begehren Ihrerseits bei der deutschen Regierung die gewünschte Aufnahme finden wird. Sollte sich jedoch diese Annahme als irrig erweisen, so würden wir alsdann gerne bereit sein, unsererseits Ihrem Ansuchen zu entsprechen. Es braucht endlich nicht besonders betont zu werden, dass Ihnen natürlich, wie jedem Schweizerbürger, das Recht auf einen gewöhnlichen Pass, der den blossen Nachweis Ihrer Staatsangehörigkeit zu erbringen hat, durchaus unbenommen bleibt.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Professor, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

Eidgenössisches Politisches Departement / [...]"

Den sonst üblichen Paß eines Schweizers durfte er behalten, diesen hat die Schweizerische Gesandtschaft in Berlin auch am 6. Februar 1925 erneut verlängert. Aber den gewünschten Diplomatenpaß der Schweiz bekam der „Doppelbürger“ nicht. Er bekam aber einen Diplomatenpaß – einen *deutschen*. Abgewiesen und verstoßen durch die Schweiz, mußte Einstein tun, was er als Gang nach Canossa empfunden haben mag. Er war zum Bittsteller geworden. Es wird für seinen langjährigen Widersacher, Ministerialdirigenten Andres Krüß im Preußischen Kultusministerium, ein Genuß gewesen sein, dem Auswärtigen Amt mitteilen zu können, Einstein habe am 5. Januar 1925 bei ihm vorgesprochen und erzählt: „Er habe sich unter Hinweis auf seine wiederholten Reisen ins Ausland als Schweizer Bürger an die Schweizerische Gesandtschaft mit der Bitte gewandt, ihm einen Diplomatenpaß auszustellen. Dies sei ihm abgelehnt worden mit der Begründung, die Herausgabe derartiger Pässe sei an sich nicht üblich und außerdem sei die Schweizerische Gesandtschaft in dieser Sache für ihn, Prof. Einstein, nicht zuständig.“³⁰

In der Angelegenheit wurde Einstein am 21. Januar 1925 nochmals im Auswärtigen Amt vorstellig. Dort teilte er mit, daß er am 5. März mit dem Dampfer „Cap Polonia“ seine Reise nach Argentinien antreten werde. Seine einzige Bitte war, man möge ihm einen Paß des Auswärtigen Amtes ausstellen. Sein Wunsch wurde erfüllt, weil „wir immer Wert darauf gelegt haben, daß Prof. Einstein anstatt, wie bisher mit einem Schweizer Paß, mit einem deutschen Paß reist.“³¹ Schon am 5. Februar 1925 konnte Ministerialdirigent Heilbron vom Auswärtigen Amt erfreut „in der Anlage den in Aussicht gestellten Ministerialpaß für Ihre Reise nach Südamerika mit dem argentinischen Visum übersenden.“³² Am 20. März telegraphierte Heilbron nach Buenos Aires: „Einstein reist mit Ministerialpaß das Auswärtigen Amtes.“³³

In der Abteilung Auswärtiges des Eidgenössischen Politischen Departements argwöhnte man, und teilte dies der Schweizer Gesandtschaft in Buenos Aires mit, daß sich Einstein in Argentinien unter das Protektorat der deutschen Gesandtschaft stellen werde. Der Schweizer Gesandte bestätigte diese Vermutung in seinem Schreiben vom 23. April 1925 und ergänzte: Einstein „reiste auch mit einem deutschen Diplomatenpass“.³⁴ Bereitwillig überließ man den Schweizer Staatsangehörigen fortan den Deutschen. Falls die

30 Vermerk von Legationsrat Soehring [?] vom 6. 1. 1925 (PA-AA, R 64678).

31 Vermerk vom 21. 1. 1925 (ebda.).

32 Auswärtiges Amt an Albert Einstein, 5. 2. 1925 (PA-AA, R 64678 Abt. VI Kunst und Wissenschaft, Nr. 518 Vorträge des Professors Einstein im Auslande, Bd. 2)

33 Ebda.

34 BAR, E 2001 (D)/1000/1553, Bd. 61.

deutsche Botschaft, ist in einem Schreiben der Abteilung Auswärtiges vom 14. Mai 1929 an die Schweizerische Gesandtschaft in Paris zu lesen, „Professor Einstein als Reichsangehörigen beanspruchen will, so haben wir keinerlei Anlass, ihr diesen irgendwie streitig zu machen“.³⁵ So hatte die Schweiz Albert Einstein ausgebürgert, nicht *de jure*, aber *de facto*. Einsteins Argumente wurden zwar gehört, dann aber ignoriert. Er war es nicht wert, sich seinetwegen mit dem starken Deutschland anzulegen.

Als Einstein 1932 eine Professur am – wie formuliert wurde – „Forschungsinstitut für Mathematik und theoretische Physik“ in Princeton angenommen hatte, holte das Schweizerische Konsulat Philadelphia am 2. Dezember 1932 bei der Polizeiverwaltung des Eidgenössischen Justiz und Polizeidepartements – also nicht bei der Abteilung für Auswärtiges! – Auskunft bezüglich der Staatsbürgerschaft Einsteins ein. Seinen eigenen Angaben nach soll er, „wie die hiesige Presse berichtet, [...] das schweizerische Bürgerrecht erworben und seither beibehalten haben“. Man nahm an, daß Einstein, weil die deutsche Verfassung eine Doppelbürgerrecht nicht kenne, „lediglich Schweizerbürger“ sei, wollte aber Genaueres wissen, weil beim für Princeton zuständigen Konsulat öfters nach der Staatsbürgerschaft Einsteins angefragt werde.³⁶ Die Eidgenössische *Fremdenpolizei* [!] antwortete am 15. Dezember 1932, daß Einstein nach seiner Entlassung aus dem württembergischen Staatsverband am 7. Februar 1901 in das Bürgerrecht der Stadt und des Kantons Zürich aufgenommen wurde. Die Ernennung zum ordentlichen Hochschulprofessor in Deutschland habe jedoch „ohne weiteres den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nach sich“ gezogen; er sei „zurzeit schweizerisch-deutscher Doppelbürger“.³⁷ Insofern hatte sich die Schweizerische Fremdenpolizei den Standpunkt der deutschen Behörden weitgehend zu eigen gemacht. Zwar Doppelbürger, aber doch ein *Fremder*!

Soweit feststellbar, war dies das letzte Mal vor dem Machtantritt der Nazis in Deutschland, daß sich eine Institution der Schweiz mit der Frage nach der Staatsangehörigkeit Einsteins beschäftigt hat.

35 Ebda.

36 BAR, E 2200.267, 1982/159, Bd. 1, Az.: 90. 1962 (Schweizerische Vertretung Philadelphia).

37 Ebda.

3. Konfiskation der Bank-Guthaben und Albert Einsteins Antrag vom 9. April 1933

Bezugnehmend auf die ersten Nachrichten über die Sperrung seiner Konten, ersuchte Albert Einstein die Schweizerische Regierung am 9. April 1933,³⁸ „die Freigabe meines Bankguthaben von den deutschen Behörden zu verlangen“:

„Villa Savoyarde, / Coq-sur-Mer, bei Ostende / Merz 9. 1933

An die Schweizerische Gesandtschaft in Brüssel.

Sehr geehrter Herr Minister,

Ich ersuche Sie hiermit freundlich, bei der Schweizerischen Regierung zu beantragen, dass sie in folgender Angelegenheit bei der Deutschen bzw. Preussischen Regierung interveniere. In Deutschland ist ohne Berechtigung mein und meiner Frau Bankguthaben beschlagnahmt worden. Ich bin Schweizer Bürger (Bürger des Kanton Zürich) und ersuche als solcher die Schweizerische Regierung, die Freigabe meines Bankguthaben von den Deutschen Behörden zu verlangen.

Mit ausgezeichnetener Hochachtung

Albert Einstein.“

Viel mehr als das, was die Presse meldete, konnte Albert Einstein damals nicht gewußt haben, zumal die förmliche Konfiskation seines Vermögens erst *vorbereitet* wurde – und eine der ersten Verfügungen der erst am 26. April 1933 gebildeten Gestapo werden sollte.

Nach Belegen gefragt, wußte Einstein dem Schweizerischen Gesandten in Brüssel zunächst nur zu sagen, daß auch er – Einstein – „lediglich auf Zeitungsmeldungen angewiesen sei“.³⁹ Gleichwohl scheint er noch andere Informationsquellen, vermutlich im Preussischen Finanzministerium, besessen haben, diese aber nicht preisgeben zu können und wollen. Ein Indiz dafür dürfte sein, daß er am 17. Mai – endlich fündig geworden – dem Schweizerischen Gesandten in Brüssel schrieb, es sei „eine heikle Angelegenheit“ gewesen, die Sperrung seiner Bankkonten festzustellen.⁴⁰ Ein Indiz wäre auch die Mitteilung, daß nicht nur sein, sondern auch *seiner Ehefrau* Bankguthaben beschlagnahmt wurde – was den Meldungen der Presse nicht zu entnehmen war. Am 17. Mai endlich hatte er „den be-

38 Dieses maschinenschriftliche, von Albert Einstein unterschriebene Schreiben aus seinem Exilort Coq-sur-Mer trägt im Kopf zwar das Datum „Merz 9. 1933“. Es kann aber überhaupt kein Zweifel daran bestehen, daß der 9. April gemeint war. BAR, E 2200/44/1000/599, Bd. 1.

39 Schreiben des Schweizerischen Gesandten vom 8. 5. 1933 an Professor A. Einstein. Ebda.

40 Ebda.

Frau Else⁴⁵ Einstein

Guthaben: RM 522,71 zuzügl. Zinsen ab 31. 12. 1932
Guthaben: RM 4.000,-- festes Geld zuzügl. Zinsen ab 23. 3. 33
Guthaben: RM 151,-- Sep.-Konto „Reisegeld“ zuzügl. Zinsen ab 31. 12. 32
Depot: Kr. 4.000,-- 4 % abgest. Ungar Kronenrente J/D
RM 50,-- 4 ½ % 5 ½ % 43. Preuss. Pfandbriefbank Liqu. Goldpfr. J/J
RM 30,-- dto. Certif. / Cps. Ausgabe 26
RM 5.000,-- Rückz. Wert- RM 100 – Nennwert I Dt. Kommunal-
Sammelablös. Anl. + 1/5 Auslosung
RM 250,-- Rückz. Wert – RM 50 – Nennwert Chemnitzer Stadtablös.
Anl. + 1/5 Auslosung
RM 2.000,-- 8/6 % I. Berliner Hyp. Bk. Gold- Comm.Obl. A/O.
RM 200,-- A.E.G. –Akt.
RM 140,-- Harburg Gummi Phönix Akt.
RM 960,-- conv. Schultheiss-Patzendorfer-Brauerei-Akt.
RM 1.800,-- Reichsbankanteile
RM 500,-- Commerz- &. Privatbank Akt.
Depot: Separatkonto „Reisegeld“
RM 5.000,-- 6 % Dt. Reichspostschatzanweisungen vom 31.33 A/O
zu Gunsten des Preussischen Staats.

Des Weiteren enteigne ich den Inhalt des von Frau Else⁴⁶ Einstein bei der Depositenkasse 58 der Dresdner Bank gemieteten Tresorfachs Nr. 31.

Zu widerhandlungen sind nach § 4 der Verordnung vom 28. 2. 33 strafbar.

(Siegel) gez. Diele⁴⁷ Beglaubigt: Lampe
Kanzleisekr.“

Ungeachtet des Fehlens von amtlichen Belegen, aber mit der Gewißheit, daß die Pressemeldungen zutrafen, bemühte sich Einstein sofort nach Eingang erster Informationen um die Aufhebung der Beschlagnahme seiner und seiner Frau Bankguthaben. Am 9. April 1933 bat er die Schweizerische Regierung nicht nur, die Freigabe der Bankguthaben von den Deutschen Behörden zu verlangen, sondern auch die Schweizerische Gesandtschaft in Brüssel, in gleicher Angelegenheit einen Professor Jahuda empfangen zu wollen.⁴⁸

45 Dito.

46 Dito.

47 „Diele“ statt: Diels.

48 BAR, E 2200/44/1000/599, Bd. 1 (handschriftlich).

„Le Coq. 9. IV. 33 / An die Schweizerische Gesandtschaft in Brüssel.

Sehr geehrter Herr Minister!

Ich ersuche Sie hiermit freundlich, Herrn Prof. A.S. Jahuda empfangen zu wollen. Es handelt sich um ein Ersuchen an die Schweizerische Regierung, dieselbe möge Schritte thun gegen die unrechtmässige Beschlagnahme meines Berliner Bank-Guthabens durch die Deutschen Behörden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

A. Einstein.

Ich habe Herrn Prof. Jahuda gebeten, auch noch andere Punkte mit Ihnen zu beraten, und ich bitte Sie freundlich, ihm Gelegenheit hierzu zu geben.“

Der Schweizerische Gesandte in Brüssel hat wunschgemäß Professor Jahuda empfangen und diesen „darauf hingewiesen, dass der Gelehrte gleichzeitig schweizerischer und deutscher Bürger ist und dass er nach unsern Vorschriften in seinem zweiten Heimatstaate keinen Anspruch auf die Rechte und den Schutz eines Schweizerbürgers besitze“. ⁴⁹ „*Kein Anspruch auf die Rechte und den Schutz eines Schweizerbürgers*“ – an diesem Standpunkt hat die Schweizer Seite unverändert festgehalten, ungeachtet späterer Nachfragen und einer erneuten Beschäftigung mit der Frage, ob und in welchem Maße Einstein Schweizerbürger sei, und vor allem ungeachtet der neuen politischen Konstellation nach dem Machtantritt Hitlers. Mehr noch: Hinter der Ablehnung von Einsteins Anliegen lauert immer das Argument, daß Einstein „seine staatsbürgerlichen Pflichten“ in Deutschland verletzt, weil *politisch links* gestanden, habe.

Statt abzuwarten, hat die Abteilung für Auswärtiges den Professor Jahuda gegenüber vertretenen Standpunkt der Schweizerischen Gesandtschaft in *Berlin* [!] sogleich mitgeteilt und damit vorgegeben, wie sie sich den deutschen Behörden gegenüber zu verhalten habe (und dürfe). Aus dem Schreiben der Abteilung für Auswärtiges vom 20. April 1933 an die Schweizerische Gesandtschaft in Berlin: ⁵⁰

„Herr Minister,

Wie Sie dem beiliegenden Schreiben unserer Gesandtschaft in Brüssel entnehmen werden, hat Herr Professor Einstein, der gegenwärtig in Coq sur Mer bei Ostende lebt, unserer Gesandtschaft das Ersuchen zugehen lassen, wir möchten uns bei der deutschen Regierung zwecks Aufhebung der gegen sein Vermögen in Deutschland getroffenen Massnahmen verwenden.

49 Ebda.

50 BAR, E 2001 (D)/1000/1553, Bd. 61.

Lo. Cuy. 9. IV. 33

An die Schweizerische Gesandtschaft in Brüssel.

Sehr geehrter Herr Minister!

Ich ersuche Sie hiermit freundlich, Herrn Prof. A. S. Yahuda empfangen zu wollen. Es handelt sich nur um ein Ersuchen aus der Schweizerische Regierung, dieselbe möge Schritte thun gegen die unrichtmässige Beschlagnahme meines Berliner Bank-Guthabens durch die Deutschen Behörden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

A. Einstein.

Ich habe Herrn Prof. Yahuda gebeten, auch noch andere Punkte mit Ihnen zu beraten, und ich bitte Sie freundlich, ihm Gelegenheit hierzu zu geben.

Abb. 2: Albert Einstein an die Schweizerische Gesandtschaft Brüssel, 9. April 1933 (wie Anm. 48).

Wir beehren uns, Ihnen gleichzeitig Abschrift unserer Rückäusserung zu übermitteln, aus der Sie die Gründe ersehen werden, die es uns nicht gestatten, auf das Anliegen Einsteins einzutreten. [...]“

Im erwähnten Schreibens (Kopie) an die Schweizerische Gesandtschaft in *Brüssel* wurde der Standpunkt der Abteilung für Auswärtiges ausführlich dargestellt, darin allerdings auch zum Ausdruck gebracht, daß hinsichtlich der Rechtslage noch Klärungsbedarf besteht und eine „Einschränkung“ gemacht werden müsse.⁵¹

„Bern, den 20. April 1933.

Herr Minister,

Mit Ihrem geschätzten Schreiben I C 12/33 vom 13. d.M. geben Sie uns Kenntnis von einem Begehren des Herrn Professor Albert Einstein, mit welchem er uns veranlassen möchte, bei der deutschen Regierung zwecks Aufhebung der über sein Vermögen verfügbaren Beschlagnahme vorstellig zu werden.

Gegenüber Herrn Professor Jahuda, der das Anliegen Einsteins bei Ihnen vertreten hat, haben Sie darauf hingewiesen, dass der Gelehrte gleichzeitig schweizerischer und deutscher Bürger ist und dass er nach unsern Vorschriften in seinem zweiten Heimatstaate keinen Anspruch auf die Rechte und den Schutz eines Schweizerbürgers besitze.

Der von Ihnen gemachte Hinweis bedarf nun allerdings einer gewissen Einschränkung, indem nach Art 6 des Bundesgesetzes vom 25. VI. 1905 betreffend die Erwerbung des Schweizerbürgerrechts und den Verzicht auf dasselbe, die schweizerischen Doppelbürger ihrem zweiten Heimatstaat gegenüber *nur solange sie darin wohnen* keinen Anspruch auf die Rechte und den Schutz eines Schweizerbürgers besitzen.

Nachdem in der Kriegs- und Nachkriegszeit sich gezeigt hatte, dass die Inanspruchnahme des schweizerischen diplomatischen Schutzes durch Doppelbürger, die nicht im Gebiet ihres zweiten Heimatstaates, sondern in einem dritten Staat ihren Wohnsitz haben, vielfach zu Unzukömmlichkeiten führte, hat der Bundesrat am 18. Februar 1919 besondere Vorschriften erlassen, die unsern Gesandtschaften und Konsulaten mit vertraulichen Rundschreiben vom 5. April 1919 zur Kenntnis gebracht worden sind. Danach ist der diplomatische Schutz bis auf weiteres und, insofern nicht im Einzelfalle das Politische Departement eine anderweitige Instruktion erteilt, – sowohl hinsichtlich der Person als hinsichtlich materieller Interessen – zu versagen gegenüber Schweizerbürgern im Auslande, die neben der schweizerischen Staatsbürgerschaft das Bürgerrecht eines auswärtigen Staates

51 Ebda.

besitzen ‚sofern sie sich bisher unter den Schutz dieses Staates gestellt oder sich sonstwie offenkundig als dessen Angehörige ausgegeben haben‘. Was nun Professor Einstein anbelangt, so hat er zwar anscheinend Wert darauf gelegt, stets im Besitz eines Schweizerpasses zu sein. Das hinderte ihn aber keineswegs, bei verschiedenen Gelegenheiten im Auslande sich als Vertreter der deutschen Wissenschaft feiern zu lassen und sich hierbei ausschliesslich unter deutschen Schutz zu stellen. Das geschah z.B. anlässlich seines Pariser Aufenthalts im April 1922, seines Madrider Aufenthalts im März 1923, seines Aufenthalts in Buenos Aires im April 1925, sowie bei Verleihung des Ehrendoktors der Pariser Universität im Jahre 1929. Zudem gehörte er als *deutscher* Vertreter der ‚Commission internationale de collaboration intellectuelle‘ an (schweizerischer Vertreter ist Herr Professor de Reynold). Es ist uns auch bekannt, dass Professor Einstein mit einem deutschen Diplomatenpass gereist ist.

Angesichts der vorerwähnten Tatsachen ist es offensichtlich, dass die Voraussetzungen erfüllt sind, um Einstein den schweizerischen diplomatischen Schutz vorzuenthalten. Es kommt hinzu, dass die Massnahmen, denen er sich gegenwärtig in Deutschland ausgesetzt sieht, von den deutschen Behörden gerade in Hinblick auf seine Reichsangehörigkeit und angeblicher Verletzung seiner staatsbürgerlichen Pflichten getroffen worden sind. Eine Intervention unserer Gesandtschaft in Berlin kann bei dieser Sachlage wohl nicht in Frage kommen, und wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie den Gelehrten; ohne im einzelnen auf unsere oben entwickelten Gründe näher einzugehen, hiervon verständigen wollten.

Abschriften unseres Schreibens und der vorliegenden Rückäusserung haben wir unserer Gesandtschaft in Berlin zu ihrer Unterrichtung zugehen lassen.

Genehmigen sie, Herr Minister, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Der Chef / der Abteilung für Auswärtiges“

Die Verweigerung des diplomatischen Schutzes durch die Schweiz scheint tatsächlich eine Konsequenz „der vorerwähnten Tatsachen“ gewesen sein. Allerdings wurden die „Tatsachen“ derart ausgewählt und dargestellt, *daß* daraus der erwähnte Schluß zu ziehen war. Offenbar hatte die Abteilung für Auswärtiges bereits vor Prüfung der Tatsachen entschieden. Entsprechend wurden die „Tatsachen“ ausgewählt und jene weggelassen, die zu Gunsten Einsteins sprachen. Der entscheidende Grund, warum man meinte, Einstein „den schweizerischen diplomatischen Schutz vorzuenthalten“ zu dürften, wird, so scheint es, am Schluß des Schreibens genannt: weil er von den deutschen Behörden beschuldigt wurde, seine „staatsbürgerlichen Pflichten“ verletzt zu haben – in der Sprache der deutschen Behörden hätte das geheißen: weil er sich an der „antideutschen Greuelhetze beteiligt hat“. So offen sollte dies dem Gelehrten aber nicht mitgeteilt werden, vielmehr in diplomatische

Sprache verpackt: „ohne im einzelnen auf unsere oben entwickelten Gründe näher einzugehen“.⁵²

Die Abteilung für Auswärtiges kann nicht vergessen haben, hat aber offenbar nicht mehr wissen *wollen*, daß sich Einstein in der von ihr beschriebenen Weise *nicht* verhalten hat: Als es 1922 um die Frage ging, ob der Schweizer oder deutsche Botschafter in Schweden den Nobelpreis für den verhinderten, damals in Japan aufhältlichen Albert Einstein entgegennehmen solle, war Einstein am Streit darum in keiner Weise beteiligt. Ohne zwingenden Grund hat der Vertreter der Schweiz nachgegeben, obwohl zu diesem Zeitpunkt zweifelsfrei nur feststand, daß Einstein das Staatsbürgerrecht *der Schweiz* besitzt.

Es war bekannt, daß Einstein immer wieder betont hat, Staatsbürger der Schweiz zu sein. Vielleicht war den Schweizer Behörden damals nicht bekannt, daß Einstein mehr genötigt als freiwillig der von den deutschen Behörden erklärten „Einbürgerung“ zugestimmt hat. Man hatte damals aber akzeptiert, daß Einstein neben dem Schweizer auch einen deutschen Paß besaß, und wußte, daß er vornehmlich mit ersterem auf Reisen ging. Von seiten der Schweiz wurde der Paß bis zum Jahre 1925 wiederholt verlängert, man hätte ja auch anders entscheiden können. Ihm wurde nun, 1933, vorgeworfen, mit einem deutschen Diplomatenpaß gereist zu sein, nachdem man ihm 1925 den beantragten Paß verweigert hatte und ihm gar nichts andres übrig blieb, als mit deutschem Diplomatenpaß auf Reisen zu gehen.

Als Einstein in die Völkerbundeskommission für internationale geistige Zusammenarbeit („Commission de coopération intellectuelle“ und nicht „Commission de collaboration intellectuelle“) aufgenommen wurde, wurde er *nicht* als Vertreter Deutschlands – das damals dem Völkerbund noch nicht angehörte – vorgeschlagen und gewählt, sondern – wie die anderen Mitglieder auch – als eine international bekannte und geachtete Persönlichkeit, von der man erwarten durfte, daß sie einen wirksamen Beitrag Annäherung der Völker und vor allem der Gelehrten aus den vorher kriegführenden und weiterhin verfeindeten Staaten beitragen konnte. Man mußte notgedrungen nationale Befindlichkeiten respektieren und darum einen Prof. Reynolds aufnehmen, der als „Vertreter der Schweiz“ angesehen wurde. Das Prinzip der Vertretung in dieser Commission aber war ein anderes, und eben das war den Schweizer Behörden sehr gut bekannt.

Mit der gewünschten Zurückhaltung aber gebührender Deutlichkeit, hat der Schweizerische Gesandte in Brüssel Albert Einstein am 26. April 1933 mitgeteilt, es würden „lei-

52 Ebda.

der die Voraussetzungen für den schweizerischen diplomatischen Schutz“ fehlen, zumal „die Massnahmen, denen Sie gegenwärtig in Deutschland ausgesetzt sind, von den deutschen Behörden gerade im Hinblick auf Ihre Reichszugehörigkeit und angeblicher⁵³ Verletzung Ihrer staatsbürgerlichen Pflichten getroffen worden sind“. Er machte ihm aber Hoffnungen mit dem Bemerkten, der Schweizer Vertreter in Berlin, „Herr Minister Dinichert“, sei „in der Sache um weitere Meinungsäußerung ersucht worden“.⁵⁴

Obwohl die Entscheidung der Schweiz feststand und schon in den Zeitungen zu lesen war, daß die Konfiskation von Einsteins Eigentum zeitlich und ursächlich die *Folge* seiner Ablehnung des Naziregimes und eine *Folge* des erklärten Verzichts auf die deutsche Staatsbürgerschaft – bzw. des Antrages auf Entlassung – gewesen ist, wurde Einstein gebeten, „hinsichtlich Ihres Verzichtes auf die deutsche Nationalität nähere Angaben machen“ zu wollen, „insbesondere was deren Zeitpunkt anbetrifft, da es von Wichtigkeit wäre zu wissen, ob dieselbe vor den gegen Sie getroffenen Massnahmen erfolgt ist“.⁵⁵ Einstein antwortete, mündlich und schriftlich. Über das am 4. Mai 1933 mit dem Schweizerischen Gesandten in Brüssel geführte Gespräch hat dieser der Abteilung für Auswärtiges sogleich Bericht erstattet.⁵⁶

„Herr Minister,

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 20. April, beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, dass ich Herrn Professor Albert Einstein von unserer Stellungnahme hinsichtlich seines Gesuches, bei der deutschen Regierung zu seinen Gunsten vorstellig zu werden, Kenntnis gegeben habe.

Professor Einstein hat heute bei mir vorgesprochen, um mir mitzuteilen, dass er unsere Stellungnahme begreife, aber hervorzuheben wünsche, er sei moralisch gezwungen gewesen die deutsche Reichsbürgerschaft nach den Kriege zu erneuern; anlässlich seiner Berufung an die königliche Akademie in Berlin, zu Beginn des Jahres 1914, habe er zur Bedingung gestellt, dass er Schweizerbürger bleiben dürfte, ohne Reichsbürger zu werden, was ihm von Kaiser zugestanden wurde. [...]

Ich habe den Eindruck, dass Professor Einstein nicht Opportunitätsschweizer ist und ich habe ihn gebeten, mir seine Ausführungen schriftlich zu bestätigen [...]

53 Sic!

54 BAR, E 2200/44/1000/599, Bd. 1.

55 Ebda.

56 Ebda.

Darum gebeten, hat sich Einstein am 5. Mai 1933 ausführlich zur Sache geäußert – und damit auch zu seinem Ersuchen an die Schweizer Regierung:⁵⁷

„Le Coq-sur-mer, den 5. Mai 33 / An den Schweizerischen Gesandten in Bruessel / Herrn Barbey / *Bruessel* / 7, Square Frère Orban

Sehr geehrter Herr Minister!

Bezugnehmend auf Ihre freundliche Aufforderung bei Gelegenheit meines Besuches von gestern vormittag, sende ich Ihnen im folgenden einige Angaben zu meinem Gesuch um Intervention zur Freigabe meines (bezw. meiner Frau) Berliner Bankguthabens.

Als mir 1913 eine Stellung als bezahltes Mitglied der Preussischen Akademie der Wissenschaften angeboten wurde, stellte ich offiziell die Bedingung, dass diese Stelle nicht mit der Annahme der deutschen bzw. preussischen Staatsbürgerschaft verbunden sei. Erst als diese Bedingung angenommen worden war, sagte ich zu. Dieser Zustand dauerte bis 1919, d.h. bis zur Inkraftsetzung der republikanischen Verfassung. Damals drang die Akademie und das Auswaertige Amt wiederholt in mich, dass ich neben der schweizerischen Staatsbürgerschaft auch noch die preussische annehmen solle. Unter den damals obwaltenden Umstaenden brachte ich es trotz ernstlicher Bedenken nicht ueber mich, Nein zu sagen. So hatte ich etwa 14 Jahre lang doppelte Staatsangehoerigkeit und neben meinem Schweizerpass auch einen deutschen Pass. Als ich in Amerika hoerte, dass das fascistische⁵⁸ System in Deutschland durchgedrungen sei, war ich sofort entschlossen, meine Stelle samt der Staatsbürgerschaft aufzugeben und ich tat dies auch, sobald ich von Amerika in Belgien angekommen war und zwar durch einen Brief an den Regierungspraesidenten der Provinz Brandenburg.

Es mag zwar richtig sein, dass die Sperrung meines Guthabens verfuegt wurde, bevor meine Ausbuergerung realisiert war. Es ist aber andererseits in Betracht zu ziehen, dass ich bereits in Amerika in einem Interview erklart habe, dass ich nicht nach Deutschland zurueckkehre und meine Stellung und Staatsbürgerschaft aufgebe. Auf meine Erklaerungen hin wurde die Sperrung meines Guthabens verfuegt. De facto, wenn auch nicht de jure ist also mein Aufgeben der deutschen Staatsangehoerigkeit der Sperrung meines Guthabens vorhergegangen.

Es ist richtig, dass ich in vielen offiziellen Reden als ‚deutscher Gelehrter‘ bezeichnet worden bin. Ich selbst aber habe mich in meinen Aeusserungen einer solchen Terminologie nie bedient und habe auch sonst durch mein Verhalten einer solchen Einordnung nicht

57 Ebda.

58 Sic!

Vorschub geleistet. Was meine Wahl in die Commission de Cooperation intellectuelle des Voelkerbunds anlangt, so war ich dort nicht als Vertreter Deutschlands, sondern als Individuum. Allerdings pflegt bei der Wahl der Mitglieder einigermassen darauf gesehen zu werden, dass die verschiedenen Gebiete einigermassen gleichmaessig verteilt werden und ich war einige Zeit der einzige Vertreter aus Deutschland. Es ist aber zu bemerken, dass zu der Zeit meines Eintritts kein einigermassen prominenter deutscher Gelehrter es gewagt haette, sich in eine solche Commission waehlen zu lassen. Ich erklaerte mich bereit, auf eine eindringliche Aufforderung des englischen Philologen und Politikers Prof. Gilbert Murreys hin, weil ich mit meinen schwachen Kraeften eifrig bemueht war, fuer die internationalen Ziele einzutreten. Ich gehoere uebrigens dieser Commission seit einiger Zeit nicht mehr an.

Zu Gunsten der von mir nachgesuchten Intervention darf ich wohl auch anführen, dass meine in Berlin liegenden Ersparnisse in erster Linie fuer die Unterstuetzung von infolge der politischen Umwaelzungen gaenzlich verarmten Familienmitglieder sowie auch zur Sicherung der Versorgung meines juengeren Sohnes bestimmt sind. Letzterer befindet sich in Burghoelzli in Zuerich und duerfte kaum mehr erwerbsfaehig werden.

Ich moechte ferner daraufhinweisen, dass ich nicht jenen Menschen gleichzustellen bin, welche in der Schweiz mit dem bezeichnenden Namen „Papierschweizer“ benannt werden. Ich kam als sechszehnjaehriger Junge 1896 in die Schweiz, besuchte dort (in Aarau) die Kantonsschule, spaeter die Technische Hochschule in Zuerich und erwarb am Ende meines Studiums 1901 das Zuericher Buergerrecht. Abgesehen von kurzen Unterbrechungen lebte ich bis zu meiner Berufung nach Berlin in der Schweiz und meine beiden Kinder sind dort aufgewachsen und leben dort, ebenso meine geschiedene Frau.

Es ist mir Beduerfnis⁵⁹, Ihnen, sehr geehrter Herr Minister, fuer das wohlwollende Interesse, das Sie meiner Sache zugewandt haben, meinen freundlichen Dank auszusprechen.

Mit ausgezeichnete Hochachtung

A. Einstein“

Bezugnehmend auf die Zeit bis zum Ende seiner Mitgliedschaft in der Akademie der Wissenschaften, hatte Einstein damit nur wiederholt, was er schon früher, an anderem Ort und in anderem Zusammenhang, den Schweizer Behörden in Bezug auf seine Staatsbürgerschaft mitgeteilt hatte. Neu war und sachlich richtig, 1. daß die Sperrung seiner Konten erfolgte, *nachdem* er öffentlich erklärt hatte, dass und warum er seine Stellung und Staatsangehörigkeit aufgebe – die Aufgabe seiner Staatsbürgerschaft zwar nicht *de jure*, aber *de facto* der Sperrung seiner Konten *vorausgegangen* war – und 2. daß er nicht nach Deutschland

59 Sic!

zurückkehren würde – insofern er seinen Wohnsitz zwar noch nicht *de jure*, aber *de facto* aufgegeben hatte, Deutschland also nicht mehr sein „zweiter Heimatstaat“ gewesen ist. Einstein hätte auch, wie schon gesagt, bemerken können, was er später – am 19. Mai 1933 – tat: daß seine deutsche Staatsbürgerschaft vermutlich „mit der Aufgabe meiner Stellung bei der Preussischen Akademie“ *automatisch erloschen* sei. Was ja eigentlich auch logisch war: *Allein* auf Grund seiner 1913 erfolgten Aufnahme in die Preußische Akademie der Wissenschaften, *allein* mit dieser Begründung, wurde er Anfang der zwanziger Jahre von den deutschen Behörden zum Deutschen gemacht. Mit der von der Akademie verfügte Entlassung, und *allein* dadurch, hätte auch seine deutsche Staatsbürgerschaft erlöschen müssen.

Die Schweizer Diplomaten und Behörden haben die Meinungsäußerung Einsteins zwar zur Kenntnis genommen, aber nicht respektiert. Ungeachtet der neuen politischen Realitäten in Europa und der Notlage Einsteins haben sie argumentiert wie in den zwanziger Jahren, unentwegt die damals gebräuchlichen Argumente wiederholt – vor allem im internen Schriftverkehr: Einstein habe – „bei verschiedenen Gelegenheiten im Auslande sich als Vertreter der deutschen Wissenschaft feiern [...] lassen“⁶⁰, – „sich hierbei ausschliesslich unter deutschen Schutz“ gestellt [...] z.B. anlässlich seines Pariser Aufenthalts im April 1922“⁶¹, – er habe „als deutscher Vertreter der ‚Commission internationale de collaboration intellectuelle‘“ angehört⁶², – er sei (infamer Vorwurf, nachdem man ihm den Schweizer Diplomatenpaß verweigert hatte!) „mit einem deutschen Diplomatenpaß gereist“.⁶³

Insofern man auf *neue* Sachverhalte eingegangen ist, darunter auf die politische Umwälzung in Europa 1933, geschah dies nur im Sinne der deutschen Behörden, jedenfalls nicht im Sinne Einsteins. Man *wollte nicht* zur Kenntnis nehmen, daß mit dem Ausscheiden Einsteins aus der Preußischen Akademie der Wissenschaften auch das einstmals von deutscher Seite strapazierte Argument, warum Einstein ein Deutscher sei, gegenstandslos geworden war. Man *wollte nicht* zur Kenntnis nehmen, daß Deutschland aufgehört hatte, Einsteins „zweiter Heimatstaat“ zu sein, somit das Argument, die schweizerischen Doppelbürger könnten „ihrem zweiten Heimatstaat gegenüber *nur solange sie darin wohnen* keinen Anspruch auf die Rechte und den Schutz eines Schweizerbürgers besitzen“⁶⁴, durch die neu

60 Abteilung für Auswärtiges an die Schweizerische Gesandtschaft Brüssel, 20. 4. 1933. BAR, E 2001 (D)/1000/1553, Bd. 61.

61 Ebda.

62 Abteilung für Auswärtiges (wie Anm. 60).

63 Ebda.

64 Abteilung für Auswärtiges an die Schweizerische Gesandtschaft Brüssel, 20. 4. 1933. BAR, E 2200/44/1000/599, Bd. 1.

entstandenen Realitäten entkräftet war. Gewichtiger als juristische Finessen aber waren, wie es scheint, *politische* Gründe, warum man Einstein den Schutz der Schweiz verweigert hat.

Eine Intervention der Gesandtschaft in Berlin bei den deutschen Behörden, hatte die Abteilung für Auswärtiges der Gesandtschaft in Brüssel schon am 20. April 1933 mitgeteilt, könne schon darum nicht in Frage kommen, weil die „Massnahmen, denen er sich gegenwärtig in Deutschland ausgesetzt sieht, von den deutschen Behörden gerade im Hinblick auf seine Reichszugehörigkeit und angeblicher Verletzung seiner staatsbürgerlichen Pflichten getroffen worden sind“.⁶⁵ Mit sichtlicher Genugtuung nahm man eine Mitteilung entgegen, die Einsteins Anwalt Dr. Dukas am 23. Mai 1933 machte, „dass sich E. nicht parteipolitisch betätigt habe, dass er allerdings seiner Auffassung nach weit links stehe und in pazifistischen Angelegenheiten mit Barbusse u.a. in schriftl. Verkehr gestanden sei; er sei auch im Vorstand der Internationalen Arbeiterhilfe gewesen, von der vielleicht zugegeben werden müsse, dass sie parteipolitisch nicht ganz indifferent sei“.⁶⁶ Bezugnehmend auf schriftliche und mündliche Mitteilungen von Dr. Dukas hat die Abteilung für Auswärtiges am 29. Mai 1933 der Gesandtschaft in *Berlin* [!] geschrieben, daß die Mitgliedschaft Einsteins „im Vorstand der Internationalen Arbeiterhilfe [...] u.E. allerdings nicht auf eine vollständige Neutralität in der Parteipolitik schliessen lässt“⁶⁷ – womit klargestellt war, daß man Einstein auch aus *politischen* Gründen *nicht helfen wollte* und der Schweizer Gesandte den Fahrplan für Gespräche im Auswärtigen Amt bekommen hatte.

Obwohl eigentlich alles gesagt und der Schlußpunkt lange vorher schon gesetzt war, obwohl die Argumente einer Ablehnung der von Einstein gewünschten Hilfe gebetsmühlenartig wiederholt wurden, entstanden Irritationen und Fragen, die vermuten lassen, daß man nicht ganz sicher war, sich richtig entschieden zu haben. Warum sonst mußte man immer wieder nach der Staatsbürgerschaft Einsteins fragen. Warum sonst hat die Abteilung Auswärtiges im Schreiben vom 20. April 1933 an die Gesandtschaft in Brüssel unterstrichen: Doppelbürger hätten „in ihrem zweiten Heimatstaat gegenüber *nur solange sie darin wohnen* keinen Anspruch auf die Rechte und den Schutz eines Schweizerbürgers“? Warum sonst antwortete der Brüsseler Gesandte am 4. Mai 1933, er „habe den Eindruck,

65 Abteilung für Auswärtiges an die Schweizerische Gesandtschaft Brüssel, 20. 4. 1933. BAR, E 2001 (D) 1000/1553, Bd. 61.

66 Ebda. Gleichwohl hat Dr. Dukas mit einem Schreiben vom 26. 5. 1933 an das Eidgenössische Politische Departement eine „ehrenwörtliche Erklärung“ Einsteins weitergegeben, „dass er sich niemals parteipolitisch betätigt habe“.

67 BAR, E 2001 (D)/1000/1553, Bd. 61.

dass Professor Einstein nicht Opportunitätsschweizer ist⁶⁸? Warum wollte der Brüsseler Gesandte am 8. Mai von Einstein Näheres über die in Berlin gegen ihn ergriffenen Maßnahmen wissen? Welchen Sinn hatte die Aufforderung an die Gesandtschaft in Berlin, sich um die „Aufklärung der gegen das Vermögen des Professors Einstein in Deutschland getroffenen Maßnahmen“ bemühen zu wollen – nachdem man vorher erklärt hatte, daß man „keinen Anlass“ habe, von der bisher mitgeteilten Ablehnung einer Intervention zu Gunsten Einsteins abzugehen?⁶⁹ Warum ließ die Abteilung für Auswärtiges die Gesandtschaft in Berlin am 29. Mai 1933 wissen, man habe Herrn Dukas erklärt, „dass uns [...] *weder eine offizielle noch offiziöse* Intervention [...] möglich erscheine“, und teilte zwei Tage später dem gleichen Adressaten mit, man habe Herrn Dukas erklärt, daß eine „offizielle Intervention seitens der Gesandtschaft nicht in Frage kommen könne, dass *dagegen eine rein offiziöse Verwendung zugunsten von Herrn Professor Einstein nicht ausgeschlossen* erscheine“?⁷⁰ Warum wird im gleichen Schreiben bemerkt, daß „die Frage der Staatsbürgerschaft [...] noch keineswegs abgeklärt ist“?

Der Hauptgrund dieser Irritationen scheint gewesen zu sein, daß, wie im zitierten Schreiben zu lesen, „Herr Dukas [...] zudem im Auftrage von Professor Einstein auf die Tatsache“ hingewiesen hatte, „dass derselbe in freundschaftlichen Beziehungen zur belgischen Königsfamilie stehe und dass dieser Umstand möglicherweise einmal von der Presse aufgegriffen werden könnte, um gegen die gegenwärtige deutsche Regierung zu agitieren. Er erklärte es als wünschenswert, wenn die deutschen Behörden auf diese Möglichkeit aufmerksam gemacht würden, da ihnen wohl eine derartige Aktion nicht angenehm sein dürfte.“⁷¹ In einer Aktennotiz vom 26. Mai 1933 wurde noch drastischer vermerkt: „Ferner betonte Hr. Dukas, dass die Angelegenheit weitere Kreise ziehen könnte, denn der belg. König sei in engen Beziehungen zu Einstein und werde die Sache bestimmt nicht auf sich

68 Ebda.

69 Am 23. 5. 1933 antwortete der Berliner Gesandte, er sehe auf Grund einer Fühlungnahme mit dem Auswärtigen Amt „keine Möglichkeit [...] auf amtlichem Wege über die Massnahmen gegen Professor Einstein Erkundigungen einzuziehen“ (ebda.). Er hatte aber über einen Bekannten der Familie, Prof. Reichenbach, in Erfahrung gebracht, daß sowohl in Einsteins Sommerhaus in Caputh als auch in der Berliner Wohnung Hausdurchsuchungen stattgefunden hatten, in Caputh durch die SA, in Berlin durch die Polizei. In Caputh hätten SA-Leute Einrichtungsgegenstände gestohlen. Frau Kayser, Einsteins Stieftochter, habe Albert Einstein von diesen Vorgängen keine Kenntnis gegeben und bitte darum, daß dies auch nicht durch die Gesandtschaft geschehe; „ihr Stiefvater würde sich nicht nur aufregen, sondern von diesen Tatsachen der Öffentlichkeit Mitteilung machen, was ihm wieder als Greuelpropaganda ausgelegt würde.“

70 Hervorhebung S.G.

71 BAR, E 2001 (D)/1000/1553, Bd. 61.

beruhen lassen. Es wäre deshalb wünschenswert, wenn die deutsche Regierung, bevor es zu einer solchen Aktion komme, in offiziöser Weise hierüber aufgeklärt werde.“⁷²

Ob diese im Auftrage Einsteins von Dr. Dukas gemachte Mitteilung eine versteckte Drohung war, sei dahingestellt; von offizieller Schweizer Seite aber wurde sie wie eine solche aufgefaßt. Man witterte Gefahren und fürchtete einen internationalen Eklat. Man wollte nicht, daß sich Belgien „einmischt“ und stört. Also wies man Dukas „darauf hin, dass diese Frage so heikler Natur sei, dass uns deren Erwähnung (den deutschen Behörden gegenüber, S.G.) schwerlich möglich erscheine“.⁷³ Im Schreiben vom 10. Juni 1933 an die Gesandtschaft Brüssel hat die Abteilung Auswärtiges eine Darstellung von Dukas, wonach sie „auf die Zweckmäßigkeit der Unterstützung unserer offiziösen Schritte durch eine weitere Regierung hingewiesen“ habe, ausdrücklich als „aus der Luft gegriffen“ bezeichnet.⁷⁴ Das Gegenteil sei zutreffend: „Als Dr. Dukas die Gefahr einer Pressekampagne erwähnte, haben wir darauf hingewiesen, dass uns zunächst eine möglichst diskrete Erörterung des Falles mit den deutschen Behörden am zweckdienlichsten erscheine. Wir glauben daher auch, dass im gegenwärtigen Augenblicke eine Unterstützung unserer Schritte durch die belgische Regierung besser unterlassen werden sollte, so sehr wir auch das freundliche Angebot des belgischen Aussenministers zu schätzen wissen. Wir dürfen Ihnen anheimstellen, Herrn Hymans vom wahren Sachverhalt dieser Angelegenheit und von unseren Befürchtungen, dass eine allzu vielseitige Verwendung zugunsten von Herrn Prof. Einstein die deutschen Behörden verstimmen könnte, Kenntnis zu geben.“⁷⁵

Als lästig wurde die „allzu vielseitige Verwendung zugunsten von Herrn Prof. Einstein“ empfunden. Damit war nicht nur eine mögliche Intervention des belgischen Außenministers gemeint, sondern auch das Engagement von Elsa Einstein. Die Initiative, den belgischen Außenminister einzubeziehen, war nämlich auf ein Ersuchen Elsa Einsteins zurückzuführen.⁷⁶ Die Abteilung für Auswärtiges teilte am 21. Juni 1933 ihr Mißfallen Dr. Dukas persönlich mit: „Wir glauben auch, dass es sich empfehlen würde, vorderhand von Interventionen angesehener und hochgestellter Personen bei der deutschen Regierung absehen zu wollen, da derartige Schritte gegenwärtig keine Aussicht auf Erfolg haben dürften.“ Bei Verzicht auf eine „Einmischung“ von dritter Seite konnte man umso leichter bei Einstein die Illusion nähren, daß sein „Wahlvaterland“ für ihn tut, was getan werden kann.

72 Ebd.

73 Abteilung Auswärtiges an die Schweizerische Gesandtschaft, Berlin, 29. 5. 1933.

74 BAR, E 2001 (D)/1000/1553, Bd. 61.

75 Ebd.

76 Lt. Mitteilung der Abteilung für Auswärtiges an die Gesandtschaft in Berlin vom 10. 6. 1933.

In welcher Weise die Schweizer Diplomatie auf Einstein selbst Einfluß genommen hat, ist den Akten nicht zu entnehmen. *Daß* es geschehen ist, und *mit Erfolg* geschehen ist, belegt ein Brief Elsa Einsteins vom 22. Juni 1933 an Bundesrat Motta: „Der belgische Aussenminister interessierte sich ausserordentlich fuer diese Sache und riet uns, die Intervention der belgischen Koenigin zu veranlassen, mit der mein Mann seit Jahren eine aufrichtige Freundschaft verbindet. Mein Mann hat davon Abstand genommen. Er hofft, dass die Schweiz, die sein Wahlvaterland seit seinem sechszehnten Jahre ist, und der er als Buerger seit 32 Jahren angehoert, seine Sache zu einem gluecklichen Ende fuehren wird.“⁷⁷

Einsteins Hoffnung war eine trügerische, sein Vertrauen in die Schweiz zu groß. Die Überzeugung, daß ihm sein „Wahlvaterland“ helfen werde, hielt ihn davon ab, die in der Sache vielleicht wichtigste Hilfe in Anspruch zu nehmen: die des belgischen Königshauses. Sein „Wahlvaterland“ aber nährte Hoffnungen und Illusionen noch, als es sich schon anders entschieden hatte. Mit Verweis darauf, daß Einstein Herrn Dukas ermächtigt hatte, „die weiteren Anordnungen in der Angelegenheit zu treffen“, bat die Abteilung Auswärtiges am 21. Juni 1933 die Gesandtschaft in Brüssel, „vorläufig von weiteren Schritten in dieser Angelegenheit absehen zu wollen“.⁷⁸ Mit anderen Worten: Einstein und sein Anwalt Dukas sollten selbst sehen, wie sie zurechtkamen. Das Thema war für die Schweiz passé, als Einstein noch überzeugt war, daß die Schweiz ihm helfen werde. Was auch sonst noch gesagt und geschrieben werden mochte: Für die Schweiz war die Sache am 10. Juni 1933 bereits erledigt, als ihr Berliner Gesandter, Herr Dinichert, im Auswärtigen Amt eine Anfrage wegen der Staatsangehörigkeit Einsteins überreicht hatte – „mit folgendem Hinzufügen“⁷⁹: „Einstein sei allerdings seiner Herkunft nach Schweizer Staatsangehöriger, habe sich aber jahrzehntelang als Deutscher betrachtet und gebärdet. So habe er z.B. im Völkerbund dem Komitee für geistige Zusammenarbeit neben einem Schweizer als deutsches Mitglied angehört. [...] Herr Einstein habe in letzter Zeit die diplomatische Intervention der Schweizerischen Regierung erbeten und zwar, wie der Gesandte vertraulich andeutete, um sein noch in Deutschland befindliches Vermögen herauszubekommen. Die Schweizerische Regierung habe zunächst mit dem Hinweis darauf geantwortet, dass sie Herrn Einstein, ebenso wie er sich selbst, bisher als Deutschen betrachtet habe. Es sei ihr deshalb nicht möglich, für ihn bei der Deutschen Regierung zu intervenieren. Herr Einstein hat daraufhin erklärt, dass er die deutsche Staatsangehörigkeit aufgegeben habe und nur noch Schweizer Bürger

77 BAR, E 2001 (D)/1000/1553, Bd. 61.

78 Ebda.

79 PA-AA, R 45490.

sei. Der Gesandte fügte hinzu, dass, falls sich die Angabe Einsteins bestätigen sollte, seine Regierung daraus nur die Folgerung ziehen würde, daß sie zu einer Intervention zu seinen Gunsten legitimiert sei. Ob und inwieweit sie indes von dieser Bereitschaft tatsächlich Gebrauch machen werde, stehe noch dahin.“

Daraus folgt: Die Frage der Staatsbürgerschaft Einsteins war für die Schweiz nur noch von sekundärer Bedeutung. Selbst wenn sich herausstellen sollte, daß man zur Hilfe legitimiert sei, ließ man die Nazis wissen, sei nicht damit zu rechnen, daß man Einstein helfen und einen Konflikt mit Deutschland riskieren werde. Die gegenüber Einstein eleganteste Lösung freilich war, wenn sich die Sache derart arrangieren ließe, daß Einstein von sich aus verzichten würde.

Man war bemüht, der Gestapoverfügung vom 10. Mai die Brisanz zu nehmen, indem man versuchte, aus einem primär politischen ein *primär juristisches* Problem zu machen. Leider hatte Einstein selbst den ersten Schritt in dieser Richtung getan, als er den Anwalt Dr. Dukas mit der Wahrnehmung seiner Interessen beauftragte. Um zu gewährleisten, daß Einstein auf diesem Wege blieb, war die Abteilung für Auswärtiges in Bern sogar bereit, Einsteins Bitte, ihn „zu einem Rechtsvertreter in Berlin zu verhelfen, nicht abschlagen zu können“. Im Schreiben vom 29. Mai 1933 wurde die Schweizerische Gesandtschaft in Berlin gebeten, einen Rechtsanwalt ausfindig zu machen, „der geneigt wäre, die Interessen Herrn Einsteins zu wahren“. Die Zahlung der Honorare freilich wäre Einsteins eigene Sache gewesen, „wir können auf keinen Fall dafür die Verantwortung übernehmen“. ⁸⁰ Man meinte auch, eine Empfehlung geben zu können: „Es wäre wohl die erste Aufgabe dieses Beistandes, die Enteignungsverfügung vom 10. d.M. auf ihre Rechtmässigkeit zu prüfen.“ Außerdem meinte man: „Auch die Frage der Staatsangehörigkeit von Professor Einstein sollte vom Rechtsbeistand nach Möglichkeit untersucht werden“, weil „der genaue Sachverhalt noch keineswegs abgeklärt“ sei.

Am 21. Juni teilte die Abteilung für Auswärtiges Dr. Dukas mit, daß die Berliner Gesandtschaft „die nötigen Schritte zu Beschaffung eines Rechtsvertreters für Prof. Einstein unternommen habe“. ⁸¹ Der Vertrauensanwalt der Berliner Gesandtschaft, Dr. Miller, wolle aber vor Übernahme des Mandats prüfen, welche rechtlichen Schritte unternommen werden könnten. Er wolle auch prüfen, ob die enteigneten Werte tatsächlich „von Professor Einstein zur Förderung kommunistischer Bestrebungen gebraucht oder bestimmt waren“ – womit er sich auf die Argumentation der Nazis bereits eingelassen hatte! „Herr Rechtsanwalt Dr.

80 BAR, E 2001 (D)/1000/1553, Bd. 61.

81 Ebda.

Miller wäre allenfalls bereit, ein Mandat zu übernehmen, müsste aber eine Entscheidung von einer vorgängigen Prüfung der Akten abhängig machen“. Die Abteilung für Auswärtiges meinte annehmen zu dürfen, daß „Sie auch ermächtigt sind, das Weitere in dieser Sache zu veranlassen“, sich mit Dr. Miller auch über die Höhe des Honorars zu verständigen!⁸²

Die Abteilung für Auswärtiges hatte mit Ihrem Schreiben vom 21. Juni zwar alle Verantwortung von sich abgeschoben, gleichwohl wollte sie Vorschriften machen und laufend unterrichtet werden: Man erwartete von Dr. Dukas, „dass Sie sich in Ihrer Eigenschaft als Vertreter von Herrn Professor Einstein *allein* damit befassen werden. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass von den verschiedensten Seiten Schritte in dieser Sache unternommen worden sind, was einer einheitlichen Behandlung des Falles nicht gerade förderlich ist. [...] Wir glauben auch, dass es sich empfehlen würde, vorderhand von Interventionen angesehener und hochgestellter Personen bei der deutschen Regierung absehen zu wollen, da derartige Schritte gegenwärtig keine Aussicht auf Erfolg haben dürften.“⁸³ „Was die Korrespondenz in der Sache selbst anbelangt, so dürfte es sich empfehlen, dieselbe durch Vermittlung unserer Abteilung und der Gesandtschaft in Berlin zu leiten.“

Am 26. Juni 1933 endlich hat Albert Einstein selbst, wie man wohl erwartet hatte, den Schlußpunkt unter die Sache gesetzt: Er kapitulierte, er verzichtete: „Von der Beschreitung des Rechtsweges sehe ich ab, da dies bei den in Deutschland herrschenden Zuständen keinerlei Aussicht auf Erfolg haette.“⁸⁴

„Le Coq sur mer, den 26. Juni 1933

Herrn Bundesrat Motta / Eidgenössisches Politisches Departement / *Bern, Schweiz*

Hochgeehrter Herr Bundesrat!

Durch eine Mitteilung des Herrn Dr. Dukas in Zuerich erfuhr ich, dass das Eidgenössische Politische Departement sich in offizioser Weise zu meinem Gunsten bei der deut-

82 Ebda.

83 Hervorhebung S.G.

84 BAR, E 2001 (D) 1000/1553, Bd. 61. Weniger zurückhaltend (und umso treffender) als in seinem Schreiben vom 26. Juni 1933 an Bundesrat Motta schrieb Albert Einstein am 19. 7. 1933 an Mileva: „Du weisst doch, dass mir die Deutschen das Geld in Deutschland weggenommen haben. Die Schweizer Behörden haben zwar interveniert, aber so lahm und schwächlich, dass es an einen Erfolg nicht zu denken war.“ Daß er keine Illusionen hegte, ist bereits seinem Schreiben vom 29. 4. 1933 an Mileva zu entnehmen: „Die Ersparnisse in Berlin werde ich allerdings kaum mehr wiedersehen. Denn erstens sind sie beschlagnahmt und zweitens werde sie wohl schnell entwertet werden. [...] Leider sind auch meine durch technische Arbeit erlangten Ersparnisse darunter, die ich unseren Kindern zgedacht habe.“ (Einstein-Archiv der Hebräischen Universität Jerusalem, Mitteilungen vom 2. 10. 2008).

schen Regierung eingesetzt hat. Ich brauche hier wohl kaum noch besonders zu versichern, dass die gegen mich von deutscher Seite erhobenen Vorwürfe (Greuelpropaganda und zu erwartende kommunistische Umtriebe) irgend welcher Berechtigung entbehren. Die Preussische Akademie der Wissenschaften hat sich uebrigens genoetigt gesehen, die erste der gegen mich erhobenen Anschuldigungen, an der sie sich beteiligt hatte, aufzugeben.

Von der Beschreitung des Rechtsweges sehe ich ab, da dies bei den in Deutschland herrschenden Zuständen keinerlei Aussicht auf Erfolg haette.

Ich moechte hinzufuegen, dass ich abgesehen von meinem Ersuchen an das Eidgenössische Politische Departement um eine Intervention auf freundschaftlichem Wege keinerlei Schritte bei deutschen Behoerden veranlasst habe. Ihre Mitteilung an Herrn Dr. Dukas, dass von den verschiedensten Seiten Schritte unternommen worden seien, hat mich daher sehr ueberrascht. Mit meinem Wissen ist nichts derartiges erfolgt, abgesehen von einer Bitte an die belgische Regierung, sich eventuell einem von den Schweizer Behoerden unternommenen Schritte anzuschliessen. Letzteres geschah, da mir ja von Seiten des Eidgenössischen Politischen Departements selbst durch Vermittlung von Herrn Dr. Dukas mitgeteilt wurde, dass eine Beteiligung auslaendischer politischer Instanzen der Sache foerderlich sein koennte.

Ich danke hiermit dem Eidgenössischen Politischen Departement und speziell auch Ihnen, hochverehrter Herr Bundesrat, fuer die Bemuehungen in dieser Angelegenheit. Ich moechte nur noch die freundliche Bitte beifuegen, dass mir von Seiten des Eidgenössischen Politischen Departements mitgeteilt wird, ob bzw. wann seine Hilfsleistung in dieser Sache von mir als beendet betrachtet werden soll. Erst dann wuerde ich Hilfe von anderer Seite annehmen, auf die ich bis jetzt im Hinblick auf die von Ihnen zu unternehmenden Schritte verzichtet habe.

Mit ausgezeichnete Hochachtung

A. Einstein.“

Davon, daß Albert Einstein ursprünglich beantragt hatte, die Beschlagnahme des Bankguthabens auch von Elsa Einstein rückgängig zu machen, und daß die beschlagnahmten Bankguthaben von Elsa Einstein nicht kleiner waren als die von Albert Einstein, war auch keine Rede mehr. Aber nicht nur das: Elsa Einstein wurde bisher schon weder von Albert Einstein noch von den Schweizer Behörden erwähnt. Von Seiten der Schweizer Behörden wurde ihr Engagement darüber hinaus als störend empfunden. Sie hat, soweit feststellbar, auf Ihr Schreiben vom 22. Juni 1933 an Bundesrat Motta nie eine Antwort erhalten. Sie hatte sich darin erkühnt, nicht nur im Namen ihres Mannes zu sprechen, sondern auch darauf hingewiesen, daß man ihr Konto, das „absolut nicht mit dem Conto

Le Coq sur mer, Belgique
den 22. Juni 1933

Herrn Bundesrat M t t a
Eidgen. Politisches Departement
B e r n

Hochgeehrter Herr Bundesrat!

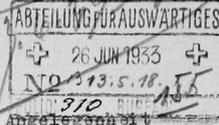
Verzeihen Sie, dass ich mich in unserer Angelegenheit
betriffs der Konfiskation unseres Vermoegens wieder an Sie
wende. Es ist dies bereits schon geschehen, indem Herr
Dr. D u k a s aus Zuerich im Auftrage meines Mammes nach
Bern gereist ist, um Ihnen unsere Sache vorzutragen.

Mein Mann waere damals bestimmt am liebsten selbst hin-
gefahren. Er hatte auch die Absicht, dies zu tun, jedoch
musste er zu einer bestimmten Zeit in Bruessel sein, da er
sich beim Koenig von Belgien laengst zu einem Besuch ange-
sagt hatte, von dem er wusste, dass er sich sehr in die
Laenge ziehn wuerde. Es war meinem Manne ausserordentlich
leid, dass er aus diesem Grunde nicht persoenlich zu Ihnen
kommen konnte.

Gestatten Sie mir, Ihnen nochmals unseren Fall dringend
ans Herz zu legen und Sie zu bitten, dass von Ihrer Vertre-
tung in Berlin aus alles geschieht, um zu einem Ziele zu
kommen.

Das Geld gehoert in der Hauptsache den Soehnen, die in
der Schweiz geboren und dort dauernd ansaessig sind. Wenn
das Geld nicht freigemacht werden kann, dann ist mein Mann
nicht mehr in der Lage, so fuer seinen leider in der Anstalt

E. Einstein



Dr. v. Jelis.

Mlle. Einstein

Dr. Dukas

24 VI 33

Abb. 3: Elsa Einstein an das Eidgenössische Politische Departement, 22. Juni 1933 (wie Anm. 85).

Burghoelzli internierten juengeren Sohn zu sorgen, wie es sein sollte. Derselbe wird voraussichtlich dauernd erwerbsunfaehig bleiben.

Der belgische Aussenminister Hymans interessierte sich ausserordentlich fuer diese Sache und riet uns, die Intervention der belgischen Koenigin zu veranlassen, mit der mein Mann seit Jahren eine aufrichtige Freundschaft verbindet. Mein Mann hat davon Abstand genommen. Er hofft, dass die Schweiz, die sein Wahlvaterland seit seinem sechzehnten Jahre ist und der er als Buerger seit 32 Jahren angehoert, seine Sache zu einem gluecklichen Ende fuehren wird.

Ich gestatte mir, Ihnen Abschrift eines Briefes zu senden, den mein Mann an die Schweizerische Gesandtschaft in Bruessel richtete.

Die Konfiskation des Geldes entbehrt jeder rechtlichen Begrueendung. Das Absurdeste dabei ist, dass man mir persoendlich mein Conto, das absolut nichts mit dem Conto meines Mannes identisch war ebenfalls konfiszierte und dass man sogar soweit ging, den Inhalt meines Tresors zu enteignen.

Ich danke Ihnen, hochverehrter Herr Bundesrat, fuer alles, was Sie in unserer Sache tun und begreuesse Sie

mit ausgezeichnete Hochachtung

Elsa Guisteille

1 Anlage!

meines Mannes identisch war ebenfalls konfiszierte und dass man sogar soweit ging, den Inhalt meines Tresors zu enteignen“.⁸⁵

Das Eidgenössische Politische Departement bestätigte am 6. Juli 1933, das Schreiben Albert Einsteins vom 26. Juni empfangen zu haben. Man behauptete, die Berliner Gesandtschaft habe Schritte zugunsten Albert Einsteins unternommen, „denen jedoch [...] kein Erfolg beschieden war“. In geradezu rührender Weise wollte man ihn nunmehr „nicht davon abhalten, die Ihnen von anderer Seite angebotene Unterstützung in Anspruch zu nehmen“.⁸⁶

Nachdem Arbeit und Ärger wegen Einsteins Antragstellung vom 9. April vorüber waren und nicht mehr zu befürchten war, daß man sich wegen eines Einstein mit dem Dritten Reich anlegen müßte, herrschte auf Seiten der Schweiz eitel Sonnenschein. Der Schweizerische Konsul in Philadelphia/USA schrieb an Einstein am 12. April 1935, man habe (zwar) „mit grossem Bedauern [...] im Laufe des letzten Jahres erfahren, dass Ihnen das deutsche Buergerrecht entzogen und Ihr Besitz in Deutschland beschlagnahmt wurde“, es sei ihm um so mehr „eine Ehre und eine Freude, Sie zu den Schweizerbuergern in meinem Konsulardistrikt zaehlen zu duerfen“, und bot ihm – nun, da kein Risiko mehr damit verbunden war – seine Dienste an.⁸⁷ Gemäß den geltenden Bestimmungen hat sich Einstein am 23. April 1935 beim Konsulat angemeldet und das vorgelegte Formular der Immatrikulation ausgefüllt, Fragen zur eigenen Person, zu Ehefrau und Kindern beantwortet – alles zutreffend, allerdings mit der falschen und seltsam anmutenden Angabe zum Datum der Trauung: „März 1916“⁸⁸! Im Begleitschreiben bedauerte Einstein, dies in Unkenntnis der Bestimmungen nicht schon Ende 1933 getan zu haben; ergänzend schrieb er: „Bei dieser Gelegenheit moechte ich hervorheben, dass ich seit 1901 Schweizer Buerger bin und es trotz anfaenglicher Weigerung infolge meiner Anstellung in Berlin nicht vermeiden konnte das preussische Buergerrecht anzunehmen. Ich habe dies stets als blossse Formalitaet angesehen.“⁸⁹

85 BAR, E 2001 (D) 1000/1553, Bd. 61. Ohne Antwort scheint auch das Schreiben Elsa Einsteins vom 10. 6. 1933 an Herrn Barbey, den Schweizerischen Gesandten in Brüssel, geblieben zu sein, worin sie nicht nur den Namen der Berliner Depositenbank nannte, sondern sich auch dagegen verwahrte, daß ihrem Mann von deutscher Seite eine staatsfeindliche Betätigung unterstellt wurde: „Dazu bemerke ich, dass mein Mann sich niemals bei irgendwelchen Veranstaltungen der kommunistischen Partei beteiligt hat oder irgendwie in dieser Art hervorgetreten ist.“ BAR, E 2200.44/1000/5999, Bd. 1.

86 BAR, E 2001 (D) 1000/1553, Bd. 61.

87 BAR, E 2200.267, 1982/159, Bd. 1.

88 Ebda.

89 Ebda.

4. Bemühungen von Mileva Einstein

Als indirekt Betroffene hat sich auch Mileva Einstein, Albert Einsteins erste Ehefrau und Mutter der Söhne Albert und Eduard, um die Aufhebung der Gestapo-Verfügung vom 10. Mai 1933 bemüht. Betroffen war auch sie, weil das beschlagnahmte Vermögen größtenteils für ihre Söhne bestimmt gewesen ist.⁹⁰

Im Schreiben vom 5. Mai 1933 an den Schweizerischen Gesandten in Brüssel hatte Einstein angemerkt, „dass meine in Berlin liegenden Ersparnisse in erster Linie fuer die Unterstuetzung von infolge der politischen Umwaelzungen gaenzlich verarmten Familienmitglieder sowie auch zur Sicherung der Versorgung meines juengeren Sohnes bestimmt sind. Letzterer befindet sich im Burghoelzli in Zuerich und duerfte kaum mehr erwerbsfaehig werden.“⁹¹

In inhaltlich gleicher Weise hat Elsa Einstein im Schreiben vom 6. Juni 1933 an den Schweizerischen Gesandten in Brüssel sowie vom 22. Juni 1933 an Bundesrat Motta ge-

90 Dazu hat mir Frau Barbara Wolff (Albert-Einstein-Archiv der Hebräischen Universität Jerusalem) am 5. 10. 2008 geschrieben:

„Der Hintergrund, vor dem man die Bemühungen Mileva Einsteins sehen muß, ist folgender: Schon gegen Mitte der 1920er Jahre hatte Einstein (zum ersten Male) darüber nachgedacht, wie er seinen verschiedenen finanziellen Verpflichtungen – bzw. dem, was er als solche ansah – in einer gerechten Weise nachkommen könnte. *Ein* Anlaß mögen Hans Alberts Bitten um Geld gewesen sein, ein anderer die Bedrohung, die Albert Einstein spürte und die es ihm geraten scheinen ließ, diese Angelegenheiten zu regeln, bevor er gezwungen wäre, Deutschland von heute auf morgen zu verlassen.

Ein weiterer Grund war mit Sicherheit seine Unzufriedenheit mit der Formulierung des Scheidungsabkommens, in das nicht eingegangen war, was er in seinem Vertragsvorschlag als wesentlich betrachtet hatte: daß nämlich das Nobelpreis-Geld als eine Abschlagszahlung auf das Erbe der Kinder anzurechnen sei. Albert Einsteins erster Vorstoß in dieser Richtung verlief im Sand, weil Mileva nicht bereit war, im Namen des minderjährigen Tete ein Papier zu unterzeichnen, das diesen Sachverhalt bestätigte; vor allem aber wollte sich Hans Albert nicht auf solch einen ‚Verzicht‘ einlassen.

1932 (oder 1931 ?) wurde das Thema erneut aktuell. Dieses Mal kämpften beide Parteien mit harten Bandagen und ersparten einander keine Vorwürfe. Albert Einsteins Forderung an die Söhne und Mileva war, ihm schriftlich zu bestätigen, daß sie sein Testament nicht anfechten würden. Fraglich ist, ob solch eine Verpflichtung legal gewesen wäre. Mileva, die immer Angst um ihre Pfründe hatte und der alle Geldangelegenheiten suspekt waren, konnte sich nicht entschließen; Hans Albert warf dem Vater vor, daß er die Söhne enterben wolle. Tete, loyal gegenüber Mutter, Bruder und Vater, und unfähig, sich gegen den einen oder anderen zu entscheiden, suchte nach einem Kompromiß. Als Albert Einstein Deutschland im Dezember 1932 verließ, war die Angelegenheit noch nicht geklärt.“

91 BAR, E 2001 (D) 1000/1553, Bd. 61.

schrieben: „Das Geld gehoert in der Hauptsache den Soehnen, die in der Schweiz geboren und dort dauernd ansaessig sind. Wenn das Geld nicht freigemacht werden kann, dann ist mein Mann nicht mehr in der Lage, so ausreichend fuer seinen leider in der Anstalt Burghoelzli internierten juengeren Sohn zu sorgen, wie es sein sollte. Derselbe wird voraussichtlich dauernd erwerbsunfaehig bleiben.“⁹² „Namens und im Auftrage der Frau Mileva Einstein [...] und deren Söhne Albert und Eduard“ unterbreitete deren Rechtsanwalt Dr. Zürcher am 29. Mai 1933 dem politischen Departement das Gesuch, sich um die Aufhebung der Beschlagnahme bemühen zu wollen und „bei den deutschen Behörden die zur Befreiung des beschlagnahmten Vermögens nötigen Schritte zu tun.“⁹³ Dr. Zürcher begründete seinen Antrag wie folgt:

„Prof. Albert Einstein wurde durch Urteil des Bezirksgerichtes Zürich vom 14. Februar 1919 von seiner damaligen Frau, der von mir vertretenen Mileva Einstein, geschieden. Die beiden Kinder Albert und Eduard wurden Frau Mileva Einstein zur Pflege und Erziehung zugewiesen. Durch das Urteil wurde eine Abmachung der Parteien genehmigt, wonach Prof. Albert Einstein einen Teil seines Vermögens zu hinterlegen hat. Dieses Vermögen ist durch die Wirtschaftskrise in seinem Werte so zerstört worden, dass es für den Unterhalt der geschiedenen Ehefrau und des einen erwerbsunfähigen Sohnes nicht mehr ausreicht.

Deshalb hat Prof. Albert Einstein in einem Testament, das er im Jahre 1932 schrieb, niedergelegt, dass Werte im Betrage von rund 30.000 RM für seine Söhne beiseite gelegt seien, die bei seinem Tode Eigentümer dieser Werte werden sollen.⁹⁴ Die deutsche Reichsregierung hat nun gerade diese für die Söhne reservierten Werte beschlagnahmt. [...] Laut Befundsanzeige vom 30. Dez. 1932 der Dresdner Bank handelt es sich um folgende Werte: 1. 5.088 RM Bargeld, 2. 10.000 RM in 7%igen deutschen Reichsbahnvorzugsaktien, 3. 15000 RM mitteldeutsche Bodenkreditanstalt Goldpfandbriefe.

92 Ebd.

93 Ebd.

94 Es ist zweifelhaft, jedenfalls nicht belegbar, daß Einstein 1932 ein Testament verfaßt hat. Auf Anfrage hat mir Frau Wolff vom Albert-Einstein-Archiv Jerusalem am 12. 6. 2008 mitgeteilt: „ich kenne drei Fassungen von Einsteins Testament, nämlich zwei, die 1923 bzw. 1925 entworfen wurden und die letzte und endgültige Fassung von 1950.“ Ein bislang gültiges Testament scheint aber vor dem letzten und endgültigen existiert zu haben. Sonst hätte Albert Einstein am 18. 12. 1947 nicht an den in Zürich wohnhaften Anwalt Karl Zürcher schreiben können: „Wenn [...] sie das Geld nicht aus der Hand geben will, so müsste ich die Angelegenheit durch Abänderung meines Testaments in Ordnung bringen“ („sie“ = Mileva Einstein), zitiert nach Schwarzenbach: Das verschmähte Genie (wie Anm. 1), S. 165.

Durch die Beschlagnahme ist somit den Söhnen Einstein Vermögen entzogen worden. Insbesondere ist dieser Betrag für den Sohn Eduard von grosser Bedeutung. Eduard Einstein ist vor einiger Zeit schwer erkrankt. [...]

Herr Professor Einstein will bei einer Aufhebung der Beschlagnahme die oben genannten Werte an seine Söhne Eduard und Albert aushändigen mit der Bestimmung, dass sie in erster Linie zur Pflege und Heilung des Sohnes Eduard zu verwenden seien. Das ist notwendig. Es besteht Gefahr, dass sonst die zürcherische Fürsorgebehörde in Anspruch genommen werden müsste.“

Wie den Bemühungen von Prof. Albert Einstein, so war auch dem von Dr. Zürcher im Auftrage von Mileva Einstein eingebrachten Antrag kein Erfolg beschieden.

1938 durfte Mileva Einstein hoffen, mit ihren Bemühungen doch noch erfolgreich zu sein. Die Abteilung Auswärtiges war so freundlich, ihr am 4. Januar 1938, bezugnehmend auf den Antrag des Dr. Zürcher vom 29. Mai 1933, mitzuteilen, daß im deutschen Reichsgesetzblatt vom 9. Dezember 1937 „ein Gesetz zur Gewährung von Entschädigungen bei der Einziehung oder dem Uebergang von Vermögen“ veröffentlicht worden war, wonach „nicht wer durch die Beschlagnahme oder Einziehung unmittelbar betroffen worden ist“ eine Entschädigung gewährt werden könne. Die Anträge mußten bis zum 31. März 1938 eingereicht werden.⁹⁵ Darauf bezugnehmend, ersuchte Mileva Einstein am 6. März 1938 das Politische Departement in Bern, ihr in ihrem Bemühen um die Wiedererlangung von wenigstens einem Teil der beschlagnahmten Summe behilflich zu sein:⁹⁶

„Zürich, den 6. März, 1938

An das politische Departement, / *Bern* / Bundeshaus.

Hochgeehrter Herr Bundesrat!

Bezugnehmend auf Ihre Mitteilung vom 4. Jan. 1938 und im Anschluss an das, vom unterdessen leider verstorbenen H. Dr. Zürcher eingereichte Gesuch vom 29. Mai 1933, erlaube ich mir, Ihnen dieses weitere Gesuch zu unterbreiten mit der Bitte, mir mit meinen Söhnen, Albert und Eduard, Einstein, behülfflich zu sein, wenigstens einen Teil derjenigen Summe wiederzu erlangen, die der Vater meiner Söhne, Prof. Albert Einstein, ihnen schon vor Jahren zugesprochen hat. Es handelt sich dabei um Deposita bei der Dresdner Bank, Depositenkasse 19, Berlin, in einer Höhe von rund 30000 MK. Laut Befundsanzeige vom 30. Dez. 19332 der Dresdner Bank handelt es sich um folgende Werte: 1) 5088 RM Bar-

95 BAR, E 2001 (D) 1000/1553, Bd. 61.

96 Ebda.

geld, 2) 10000 RM in 7%igen deutschen Reichsbahnvorzugsaktien, 3) 15000 RM mittel-deutsche Bodenkreditanstalt Goldpfandbriefe.

Diese Werte wurden bei der Beschlagnahme des Vermögens von H. Prof. Einstein, auch beschlagnahmt.

Ich lege zwei Briefe bei. 1) Einen vom Prof. A. Einstein an seinen Sohn Eduard (Tete), wo schon im Jahre 1929 das für die Söhne ersparte Geld erwähnt wird. Solcher Briefe sind wohl noch mehrere vorhanden. 2) Einen Brief von Frau Elsa Einstein an mich, aus dem Jahre 1933, in dem das den Söhnen zugesprochne Geld noch ausführlicher besprochen wird.

Prof. Einstein hat in jener Zeit auch ein Testament aufgestellt und die erwähnten Werte seinen Söhnen vermacht, hat sich aber, bei der Erkrankung seines jüngeren Sohnes Herrn Dr. Zürcher gegenüber bereit erklärt, bei einer Aufhebung der Beschlagnahme die Beträge sofort an die Söhne auszuhändigen, mit der Bestimmung, dass sie in erster Linie für die Pflege des Kranken zu verwenden seien.

Der Verlust dieses Geldes trifft uns umso schwerer als mein Sohn Eduard seit dem Jahre 1932 dauernd krank und arbeitsunfähig ist und zeitweise kostspieliger ärztlicher Behandlung bedürftig ist; andererseits dasjenige Vermögen, das uns Prof. Einstein nach unserer Scheidung zur Verfügung gestellt hat, durch die Wirtschaftskrise fast ganz zerstört ist, so dass wir uns in recht schwierigen und dürftigen materiellen Verhältnissen befinden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Mileva Einstein / Huttenstr. 62 / Zürich / Beilage: 2 Briefe

Am 19. März 1938 wurde ihr mitgeteilt, daß man „zu unserm Bedauern nicht in der Lage“ sei, „Ihre Entschädigungsanträge gemäss dem deutschen Gesetz [...] anzumelden“.⁹⁷ Man stellte ihr anheim, „die hierfür nötigen Schritte selber zu unternehmen“, war aber bereit, durch Vermittlung der Schweizerischen Gesandtschaft in Berlin, einen Anwalt beschaffen zu wollen. Gleichzeitig wurde ihr mitgeteilt, daß die Frist für die Antragstellung inzwischen bis zum 30. Juni 1938 verlängert wurde. Die dem Brief von Mileva Einstein beigefügten Anlagen wurden zurückgegeben.⁹⁸ Die angebotene Vermittlung durch die Schweizerische Gesandtschaft hat sie zunächst nicht, nach erfolglosem eigenem Bemühen aber doch noch in Anspruch nehmen wollen und darum am 18. April 1938 erneut an die Abteilung Auswärtiges in Bern geschrieben:⁹⁹

97 Ebd.

98 Meine bisherige Suche nach den Briefen von Albert und Elsa Einstein war leider erfolglos. Im Albert-Einstein-Archiv Jerusalem befinden sie sich nicht (Auskunft von Frau Wolff vom 12. 6. 2008).

99 BAR, E 2001 (D) 1000/1553, Bd. 61.

„Zürich, d. 18. April 1938

an das polit. Departement. / Rechtsbureau der Abt. f. Auswärtiges / Bern

Sehr geehrter Herr!

Sie waren in Ihrem Schreiben vom 19. März a.c. so freundl. mir anzubieten, mir event. durch die Vermittelung der Schw. Gesandtschaft in Berlin die Adresse eines Anwalts zu verschaffen, der für mich ein Gesuch um Gewährung einer Entschädigung einreichen könnte.

Ich habe mich gleich nach Empfang Ihres w. Schreibens an einen mir bekannten Berliner Anwalt gewendet, der mir die Sache sicher gerne besorgt hätte, bekam aber erst jetzt den Bescheid, dass der Betreffende momentan nicht in Berlin ist. Unterdessen ist so viel kostbare Zeit vergangen, dass ich fast bezweifle, ob die übrigbleibende noch zur Einreichung eines solchen Gesuches ausreichen wird. Immerhin möchte ich es versuchen und bitte Sie sehr höfl. um Besorgung und Mitteilung einer solchen Adresse.

Im voraus danke ich Ihnen bestens für Ihre Mühe und zeichne mit / vorzüglicher Hochachtung

Mileva Einstein / Huttenstr. 62 / Zürich“

Gemäß der von Mileva Einstein geäußerten Bitte hat die Abteilung Auswärtiges am 22. April 1938 die Schweizerische Gesandtschaft in Berlin ersucht, sich zu erkundigen, ob der Vertrauensanwalt der Gesandtschaft, RA Miller, bereit sei, „sich der Angelegenheit anzunehmen“. ¹⁰⁰ Dieser war, wie die Gesandtschaft am 26. April antwortete, „bereit, die Angelegenheit zu überprüfen“, wollte aber „vorläufig keine Zusicherung geben, dass er die Eingabe an die zuständigen deutschen Stellen machen wird“. ¹⁰¹ Es könne ja sein, daß Einsteins Söhne als *unmittelbar* durch die Einziehung des Vermögens Betroffene angesehen werden müßten – insofern also im Sinne des Gesetzes nicht anspruchsberechtigt wären. Sicher war zunächst nur, daß Mileva Einstein „für die Kosten des Gutachtens aufzukommen“ habe. Anstelle des verstorbenen Anwalts Dr. Zürcher hatte Dr. Robert Meyer als Schweizer Anwalt die Vertretung von Mileva Einstein übernommen. Namens und im Auftrage von Mileva Einstein ersuchte nun dieser das Eidgenössische Politische Departement am 17. Juni 1938 „ein Entschädigungsbegehren durch den Vertrauensanwalt der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin beim Deutschen Reich fristgerecht einreichen zu lassen“. ¹⁰² Beilagen zum Schreiben waren 1. die Eingabe des Dr. Zürcher vom 29. Mai 1933, 2. die Ein-

100 Ebda.

101 Ebda.

102 Ebda.

Zürich d. 18. April 1938.

an das polit. Departement.

Rechtsbureau der Abt. f. Auswärtiges

Dünzgen

Bern.
1938. 4. 18.
147

Sehr geehrter Herr!

Sie waren in Ihrem Schreiben vom 19. März a. c. so freundl. mir angeboten, mir event. durch die Vermittelung der schw. Gesandtschaft in Berlin die Adresse eines Anwaltes zu verschaffen, der für mich ein Gesuch um Gewährung einer Entschädigung einreichen könnte.

Ich habe mich gleich nach Empfang Ihres W. Schreibens an einen ^{mir bekannten} ~~den~~ Berliner Anwalt gewendet, der mir die Sache sicher gerne besorgt hätte, bekam aber erst jetzt den Bericht, dass der Betreffende momentan nicht in Berlin ist. Unterdessen ist so viel kostbare Zeit vergangen, dass ich fast bezweifle, ob die übrigbleibende noch zur Einreichung eines solchen Gesuches erreichbar wird. Immerhin möchte ich es versuchen und bitte Sie sehr höf.

Abb. 4: Mileva Einstein an das Politische Departement Bern, 18. April 1938 (wie Anm. 99).

um Besorgung und Mitteilung einer
solchen Adresse.

In voraus danke ich Ihnen bestens
für Ihre Mühe und zeichne mit

vorzüglicher Hochachtung

Milena Ciastera

Hattenste Gd.

Zürich

gabe von Mileva Einstein vom 6. März 1938, 3. der Brief Albert Einsteins an seinen Sohn Eduard vom 12. September 1929 und 4. der Brief Elsa Einsteins an Mileva Einstein vom Jahre 1933.

Dr. Meyer teilte gleichfalls mit, Mileva Einstein wisse nicht, ob sie und ihre beiden Söhne „noch neben dem Schweizerbürgerrecht auch das deutsche Bürgerrecht besitzen“; nie habe sie erfahren „von der Tatsache, dass sie das deutsche Bürgerrecht erworben hat, nie etwas gewusst“. Sie habe nie andere als schweizerische Ausweispapiere besessen. „Das gleiche gilt für ihre beiden Söhne“.

Wer die an sich unsinnige Frage nach der Staatsbürgerschaft von Mileva Einstein und ihrer beiden Söhne aufgeworfen hat, lässt sich heute nicht mehr klären. Jedenfalls wurde damit die Konfusion in Sachen Bürgerrecht der Einstein-Familie perfektioniert und die Antragstellung bei den Behörden des Deutschen Reiches innerhalb der verbleibenden zwei Wochen beinahe illusorisch. Gleichwohl hat die Abteilung für Auswärtiges im Schreiben vom 17. Juni an Dr. Meyer¹⁰³ versichert, sich um die Einhaltung der bis zum 30. Juni 1938 gesetzten Frist einer Antragstellung bei den deutschen Behörden bemühen zu wollen – falls der Vertrauensanwalt der Gesandtschaft nicht unterzeichnen könne, so doch die „an die deutsche Behörde zu richtende Eingabe soweit zu bearbeiten, dass sie von Frau Einstein nur unterzeichnet und weitergeleitet zu werden braucht“. Dr. Miller war aber bereit. Unter dem 1. Juli 1938 teilte die Schweizerische Gesandtschaft in Berlin der Abteilung Auswärtiges mit, „dass Herr Rechtsanwalt Miller am 30. Juni einen Entschädigungsantrag beim Polizeipräsidenten in Berlin eingereicht hat“.¹⁰⁴

Über den weiteren Gang der Dinge geben die überlieferten Akten keine Auskunft. Das Resultat kann nur negativ gewesen sein. Andernfalls wären die Bemühungen Albert Einsteins Anfang der fünfziger Jahre um eine Entschädigung für die durch die Nazis konfiszierten Konten und Wertpapiere von vornherein ohne ausreichende Rechtsgrundlage gewesen. Und wenn diesen Bemühungen letztlich Erfolg – 1956 – beschieden war: Albert Einstein, Mileva Einstein und Eduard Einstein waren zum Zeitpunkt der Beendigung des Rechtsstreites schon gestorben. Am positiven Resultat des vor einem West-Berliner Gericht ausgefochtenen Streites hatte dann auch Albert Einstein jr. keinen Anteil, weil er im Testament seines Vaters nicht bedacht worden war.

*

103 Ebda.

104 Ebda.

Alles in allem bleibt das Fazit, daß Einstein vom Dritten Reich wegen seines antifaschistischen Engagements enteignet wurde. Bestraft für sein Engagement wurden aber auch – frühes Beispiel der von den Nazis praktizierten Sippenhaft – seine Ehefrau Elsa, weil sie die Ehefrau eines Mannes, „der sich kommunistisch betätigt hat“,¹⁰⁵ gewesen ist, sowie seine erste Frau Mileva und die beiden Söhne. Fazit ist aber auch, daß die Bemühungen Einsteins um die Aufhebung der Gestapoverfügung vom 10. Mai 1933 erfolglos geblieben sind, weil sein „Wahlvaterland“ zu einer Auseinandersetzung mit den Behörden des Dritten Reiches weder fähig noch willens war – und die Bestrafung Einsteins wegen seiner antifaschistischen Betätigung gebilligt hat.

105 GStA, I. HA, Rep. 151 Finanzministerium, IA Nr. 8191 Geheimes Staatspolizeiamt, Nachweisung über beschlagnahmtes Vermögen staatsfeindlicher Organisationen und Einzelpersonen.

Autorenverzeichnis

Prof. Dr. habil. et sc. Karl-Heinz Bernhardt, Platz der Vereinten Nationen 3, 10249 Berlin

Dr. Sybille Gerstengarbe, Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina, Nationale Akademie der Wissenschaften, Arbeitsgruppe Wissenschafts- und Akademieggeschichte, Jägerberg 1, 06108 Halle (Saale) (sybille.gerstengarbe@leopoldina.org)

Prof. Dr. sc. Siegfried Grundmann, Weichselstraße 1, 10247 Berlin
(Siegfried-Grundmann@t-online.de)

Prof. Dr. Eckehard Höxtermann, Basiliken-Presse im Verlag Natur & Text in Brandenburg GmbH, Friedensallee 21, 15834 Rangsdorf (Hoextermann@nut-online.de)

Dr. Marion Kazemi, Stellv. Direktorin des Archivs der Max-Planck-Gesellschaft, Boltzmannstraße 14, 14195 Berlin (Kazemi@archiv-berlin.mpg.de)

Dr. h.c. Jost Lemmerich, Im Eichengrund 39, 13629 Berlin

Prof. Dr. Reinhard Rürup, Sächsische Straße 66, 10707 Berlin

Peter Schwarz, Kreuzeckweg 18, 82491 Grainau (peter-grainau@t-online.de)

DAHLEMER ARCHIVGESPRÄCHE

Band 1 (1996): Geleitwort, S. 7 – Marion K a z e m i : Das Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Bestände und Beispiele, S. 9 – Michael E n g e l : „Ein deutsches Oxford“ – Bemerkungen zu einer Metapher, S. 22 – Conrad G r a u : „... daß die beiden Gesellschaften in Frieden nebeneinander stehen und zusammenarbeiten“, S. 34 – Rolf W i n a u : Johann Goercke und die Gründung der Pépinière, S. 47 – Hubert L a i t k o : Johann Jacob Baeyer, die internationale Stellung des Preußischen Vermessungswesens und die Mitteldeutsche Gradmessung, S. 58 – Regine Z o t t : Alfred Nobels Testament von 1895 – Motive und Wirkungen, S. 79 – Alfred N e u b a u e r : 100 Jahre Chemiegeschichte im Spiegelbild der Nobelpreise für Chemie, S. 98 – Peter N ö t z o l d t : Wissenschaft in Berlin – Anmerkungen zum ersten Nachkriegsjahr 1945/46, S. 115 – Burghard W e i s s : Heiße Zellen, Kalter Krieg: Die Planungen der USA, das erste kommerzielle Kernkraftwerk der Welt im Westteil Berlins zu errichten, S. 131 – Dorothea G o e t z : Albert Einstein mahnte nach dem II. Weltkrieg: Die Welt muß neu denken lernen, S. 142 – Berliner Wissenschaftshistorische Kolloquien (BWK) des Bereiches Wissenschaftsgeschichte am Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft der Akademie der Wissenschaften der DDR, S. 146.

Band 2 (1997): Dieter B. H e r r m a n n : Hundert Jahre Archenhold-Sternwarte, S. 7 – Ekkehard H ö x t e r m a n n : Gottlieb Haberlandt (1854–1945) und die evolutionistische Morphologie der Pflanzen – Über eine „gefährliche Entgleisung“ und ihre Folgen, S. 21 – Johannes I r m s c h e r : Die klassische Altertumswissenschaft in Berlin in der Zeit von 1810 bis 1914, S. 40 – Dietrich E h l e r s : Kanalisation und Wissenschaft. August Leopold Crelle und die Berliner Stadtentwässerung im 19. Jahrhundert, S. 55 – Horst K a n t : Emil Warburg und die Physik in Berlin, S. 64 – Hans-Werner Schütt: Eilhard Mitscherlich als ‚Erster Chemiker Preußens‘, S. 101 – Annette V o g t : Vom Hintereingang zum Hauptportal – Wissenschaftlerinnen in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, S. 115 – Petra W e r n e r : Vitamine als kollektiver Mythos, S. 140.

Band 3 (1998): Hans Georg B a r t e l : Über den Physikochemiker Hans Jahn, S. 7 – Hannelore B e r n h a r d t : Hans Reichenbach in seinen Berliner Jahren im Lichte seines Briefwechsels und anderer Dokumente, S. 31 – Ralf H a h n : Fritz Habers Forschungen zur Gewinnung von Gold aus Meerwasser, S. 50 – Michael E n g e l /Hinderk C o n r a d s : Paul Mayer (1872–1949), vergessenes Mitglied des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Biochemie, und sein Vater Jacques Mayer, eine Spurensuche, S. 71 – Lothar M e r t e n s : Die Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Deutsche Forschungsgemeinschaft in den Jahren 1933–1937, S. 93 – Burghard W e i s s : Werkzeug oder Waffe? Walter Dällenbach, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Entwicklung von Elektronenbeschleunigern im „Dritten Reich“, S. 116 – Hans R o o s : Persönliche Erinnerungen an Max Planck (1942–1947), S. 144 – Johannes B ü t t n e r : Neue Wege in der Physiologie: Hans Hermann Webers Arbeiten über Muskelproteine, S. 154 – „Beiträge zur Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin“, S. 185.

DAHLEMER ARCHIVGESPRÄCHE

Band 4 (1999): Manfred S t ü r z b e c h e r : War Andreas Gundelsheim, Leibarzt Friedrich Wilhelms I., ein Feind der Wissenschaft?, S. 7 – Michael E n g e l : Naturwissenschaften, Medizin und Technik in Berlin zwischen 1795 und 1805, S. 16 – Ulrich S u c k e r : Die Phytomedizin kommt nach Dahlem. Zur Gründungsgeschichte der Kaiserlichen Biologischen Anstalt für Land- und Forstwirtschaft, S. 48 – Hans-Jörg R h e i n b e r g e r : Ephestia: Alfred Kühns experimenteller Entwurf einer entwicklungsphysiologischen Genetik, S. 81 – Oswald K o p a t z : Ein zähes, unverzichtbares Ringen. Zum Gründungskontext der Deutschen Meteorologischen Gesellschaft, S. 119 – Claudia S c h u s t e r - S p i e k e n h e i e r : Das Zusammenwirken von Handwerk und Wissenschaft bei der Entwicklung des Aspirationspsychrometers, S. 150.

Band 5 (1999): Rüdiger v o m B r u c h : Wissenschaftsfördernde Institutionen im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Zum Konzept der Tagung in der Willstätter-Villa des Fritz-Haber-Instituts der Max-Planck-Gesellschaft, S. 7 – Hubert L a i t k o : Zentrum, Magistrale und Fluchtpunkt. Der Wissenschaftsstandort Berlin im 20. Jahrhundert, S. 11 – Wolfgang N e u g e b a u e r : Das Ende der alten Acta Borussica, S. 40 – Ulrich M a r s c h : Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, S. 57 – Jochen K i r c h o f f : Die forschungspolitischen Schwerpunktlegungen der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft 1925–1929 im transatlantischen Kontext, S. 70 – Lothar M e r t e n s : Konflikte bei der Unterstützung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft durch die Notgemeinschaft/DFG im Dritten Reich, S. 87 – Eckart H e n n i n g : Auslandsbeziehungen der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft im Überblick (1911–1998), S. 95 – Rolf-Ulrich K u n z e : Wissenschafts- und „Hochbegabten“-Förderung? Die Studienstiftung des deutschen Volkes zwischen sozial- und individuellemanzipatorischer Begabtenförderung von 1925 bis heute, S. 119 – Winfried S c h u l z e : Zwischen Interessenpolitik und Mäzenatentum. Zur Gründung und frühen Entwicklung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft nach dem Ersten Weltkrieg, S. 135 – Heinz-Rudi S p i e g e l : Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft – Versuch eines Nachkriegsportraits, S. 155 – Rainer N i c o l a y s e n : Zur Entstehungs- und Frühgeschichte der Volkswagenstiftung. Ein erster Projektbericht, S. 167 – Rüdiger v o m B r u c h : Vom „Lumpensammler“ zur „dritten Säule“. Zur Förderung angewandter Forschung in der Fraunhofer-Gesellschaft, S. 184 – Helmuth T r i s c h l e r : Hoffnungsträger oder Sorgenkind der Forschungspolitik? Die bundesdeutsche Großforschung in den „langen“ siebziger Jahren, S. 200.

Band 6 (2000): Editorial, S. 7 – Reinart B e l l m a n n / Martin G u n t a u : Von der Wissenschaftsphilosophie zur Wissenschaftsgeschichte. Hubert Laitkos Wege des Erkennens, S. 9 – Hubert L a i t k o : Wissenschaftliche Jahrhundertwenden in Berlin. Nachdenken an der Schwelle zum Jahr 2000, S. 20 – Karl-Heinz B e r n h a r d t : Zur Erforschung der Atmosphäre mit dem Freiballon – die Berliner wissenschaftlichen Luftfahrten (1888–1899), S. 52 – Jürgen R e n n : Mentale Modelle in der Geschichte des Wissens: Auf dem Wege zu einer Paläontologie des me-

DAHLEMER ARCHIVGESPRÄCHE

chanischen Denkens, S. 83 – Matthias H e r r m a n n : Das Reichsarchiv – Archiv des Reiches? Anmerkungen zu Wirken und Wirkung des Reichsarchivs (1919–1945), S. 101 – Reinhart S t r e c k e : Die Anfänge der Bauakademie, ihre Protagonisten und deren Widersacher, S. 140 – Jost L e m m e r i c h : Der Nachlaß Lise Meitners in ‚Churchill Archives Centre Cambridge‘, S. 158 – Annette V o g t : Zwei Briefe an Otto Hahn – Dokumente erzählen eine deutsche Geschichte, S. 168 – Horst K a n t / Regine Z o t t : Der Bereich Wissenschaftsgeschichte des Instituts für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft (Leitung: Prof. Dr. sc. phil. Hubert Laitko) von seinen Anfängen bis zu seiner Auflösung und zur weiteren Entwicklung seiner früheren Mitarbeiter, S. 178.

Band 7 (2001): Lorraine D a s t o n : Objektivität unter den Historikern, S. 7 – Rüdiger v o m B r u c h : Berliner Universitätsgeschichte – Erreichtes und Erstrebtes, S. 31 – Susanne K ö s t e r i n g : „Eine Musteranstalt naturkundlicher Belehrung“. Die zoologische Schausammlung des Berliner Museums für Naturkunde, 1889, S. 46 – Hans-Walter L a c k : Berlins grüne Schatzkammer. Botanischer Garten und Botanisches Museum Berlin-Dahlem, S. 72 – Michael D o r r m a n n : „Wilhelminisches Mäzenatentum“: Das Beispiel Eduard Arnholds (1849–1925), S. 88 – Hubert O l b r i c h : Über die Resonanz auf Franz Carl Achards Verfahren in Frankreich, S. 108 – Hans-Georg B a r t e l : Der Beitrag Berlins zur Herausbildung der Ägyptologie als Wissenschaft, S. 125 – Ilse B a e r : Das Historische Archiv der Staatlichen Porzellan-Manufaktur seit seiner Rückgabe durch die DDR (1981), S. 167.

Band 8 (2002): Samuel W i t t w e r : Aus Berlin in die Welt – die Königliche Porzellanmanufaktur KPM auf den Weltausstellungen im 19. Jahrhundert, S. 7 – Peter Th. W a l t h e r : Adolf von Harnack als Wissenschaftsorganisator: Konzepte und Improvisationen, S. 24 – Hans-Werner S c h ü t t : Van't Hoff, ein Niederländer in Berlin. Leistungen im Rahmen der physikalischen Chemie, S. 33 – Regine Z o t t : Ein Niederländer in Berlin. Jacobus Henricus van't Hoff zum 150. Geburtstag, S. 37 – Horst K a n t : Vom KWI für Chemie zum KWI für Radioaktivität. Die Abteilung(en)Hahn/Meitner am Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie, S. 57 – Annette V o g t : Vertreibung und Verdrängung. Erfahrungen von Wissenschaftlerinnen mit Exil und „Wiedergutmachung“ in der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft (1933–1955), S. 93 – Marion K a z e m i : Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Tierzuchtforschung in Rostock und Dummerstorf 1939–1945, S. 137 – Ulrike K o h l : Albert Vögler – ein Stahlindustrieller als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (1941–1945), S. 164 – Hannelore B e r n h a r d t : Jubiläum im Schatten des Kalten Krieges – der Beitrag der Mathematischen Institute zur 150-Jahrfeier der Humboldt-Universität im Jahre 1960, S. 186.

Band 9 (2003): Volker K l e m m : Albrecht Daniel Thaer. Landbauwissenschaften zwischen Historie und Aktualität, S. 7 – Dietrich S t o l t z e n b e r g : Emil Fischer und die chemische Industrie. Sein Verhältnis zu Carl Duisberg, S. 24 – Herbert T e i c h m a n n : Wissenschaft in

DAHLEMER ARCHIVGESPRÄCHE

Adlershof, S. 43 – Hans C o p p i : Mildred Harnack – eine Amerikanerin in Berlin, S. 77 – Rolf U k r o w : Wissenschaftliche Politikberatung in der DDR zur Vorbereitung von Investitionen, S. 102 – Edmund M a r s c h : Adolf Butenandt als Präsident der Max-Planck-Gesellschaft 1960–1972. Zum 100. Geburtstag am 24. März 2003, S. 134 – Dokumente und Erinnerungen: Otmar F r e i h e r r v. V e r s c h u e r : Mein wissenschaftlicher Weg, hrsg. von Helmut Freiherr v. Verschuer, S. 149 – Dorothea F l o r e k geb. Thiessen: Erinnerungen an die Jahre 1944–1945 im Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie, S. 174.

Band 10 (2004): Marion K a z e m i : Vorbemerkung, S. 7 – Dorothea G o e t z , Regine Z o t t , Michael Engel, Hans-Werner S c h ü t t , Hubert L a i t k o : Grußworte, S. 11 – Eckart H e n n i n g : „Heiße Magister, heiße Doktor gar ...“ Aktuelle hilfswissenschaftliche Anmerkungen zu akademischen Titeln, S. 22 – Julia Laura R i s c h b i e t e r : Henriette Hertz (1846–1913): Die Liebe zur Kunst und Wissenschaft als Motiv für die Gründung eines Instituts, S. 45 – Konrad K r a u s e : Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, ihre Berliner Institute und die Universität Leipzig – ausgewählte Wechselwirkungen und Verbindungen, S. 65 – Karl-Heinz B e r n h a r d t : Die Berliner wissenschaftlichen Luftfahrten und der Beginn der internationalen Zusammenarbeit zur Erforschung der freien Atmosphäre, S. 105 – Jost L e m m e r i c h : Aus den Archiven – Spuren einiger Auslandsreisen von Otto Hahn 1938, 1939 und 1943, S. 124 – Norbert H i l s c h m a n n und Heinz Ulrich B a r n i k o l : Butenandt und die „Ein Gen – Ein Enzym – Regel“, S. 150 – Rudolf R e i n b o t h : Reflexe der Jahre 1933–1948 im brieflichen Nachlass von Max Hartmann, S. 178 – Autorenregister der Bände 1–10, S. 209.

Band 11 (2005): Renate T o b i e s : Max Planck und Carl Runge. Grundlagen einer Freundschaft zwischen einem Konservativen und einem Liberalen, S. 7 – Hannelore B e r n h a r d t : „Die heilige Flamme der Wissenschaft bewahren“. Über Rektoratsantrittsreden an der Berliner Universität Unter den Linden, S. 32 – Wolfgang K ö n i g : Der Kaiser und sein Ingenieur. Wilhelm II. und Adolf Slaby, S. 53 – Klaus M a u e r s b e r g e r : Franz Reuleaux und die Kinematik – ein kühner heuristischer Entwurf der Maschinenwissenschaften im 19. Jahrhundert, S. 73 – Hubert L a i t k o : Wissenschaftsgeschichte – ein prekäres Metier. Beitrag auf dem Potsdamer Kolloquium am 15. 3. 2005 anlässlich des 80. Geburtstages von Dorothea Goetz, S. 97 – Hans-Georg B a r t e l : Hundert Jahre III. Hauptsatz der Thermodynamik. Zur Geschichte einer fundamentalen Berliner Entdeckung und zu ihren Nachwirkungen, S. 108 – Adolf-Henning F r u c h t : Fritz Haber und die Schädlingsbekämpfung während des 1. Weltkrieges und in der Inflationszeit, S. 141 – Tilman P ü n d e r : Die Weiterführung des Berliner Kaiser-Wilhelm-Instituts für Arbeitsphysiologie in Münster (1926–1941), S. 159 – Grußworte zum 55. Dahlemer Archivgespräch im „Turm der Blitze“ anlässlich des 65. Geburtstages von Eckart Henning am 27. Januar 2005, S. 175 – Hubert L a i t k o für die Dahlemer Archivgespräche, S. 176 – Friedrich

DAHLEMER ARCHIVGESPRÄCHE

B e c k für die Fachgruppe Historische Hilfswissenschaften, S. 179 – Rüdiger v o m B r u c h für die Humboldt-Universität zu Berlin, S. 181 – Jürgen K l o o s t e r h u i s für das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz und die Berliner Archive, S. 183 – Otto Gerhard O e x l e für den Beirat des Archivs, S. 186 – Marion K a z e m i für das Archiv, S. 188 – Dokumente und Erinnerungen zum Einstein-Jahr 2005: I Elsa Alberti – Albert Einstein aus der Sicht seiner zweiten Frau. Zusammengestellt von Marion K a z e m i, S. 193 – II Albert Einstein über Max Planck. Zusammengestellt von Eckart H e n n i n g, S. 207.

Band 12 (2006): Vorträge und Aufsätze: Eckart H e n n i n g : Gottfried Wentz – „ein Stiefkind des Glücks“? Zu den Brandenburg-Bänden der Germania sacra, ihrem Bearbeiter und dem Kaiser-Wilhelm-Institut für Deutsche Geschichte, S. 11 – Eberhard K n o b l o c h : Naturgenuss und Weltgemälde. Gedanken zu Humboldts Kosmos, S. 24 – Hubert L a i t k o : „Weltbetrieb der Wissenschaft“. Reflexionen und Streiflichter vom Beginn des deutsch-amerikanischen Professoren-austausches 1905/06, S. 44 – Astrid v o n P u f e n d o r f : „Als Dank für meine Lebensarbeit erbitte ich das Leben meines Sohnes!“ Max Planck – der Vater und sein Sohn Erwin, S. 131 – Bernhard v o m B r o c k e : Friedrich Schmidt-Ott. Wissenschaft als Machtersatz. Preußisch-deutsche Wissenschaftspolitik zwischen Kaiserreich und Diktatur. Aus Anlaß des 50. Todestages, S. 153 – Dokumente und Erinnerungen: Angela M e r k e l : Zum 100. Geburtstag von Helmuth James Graf von Moltke. Ansprache beim Festkonzert im Konzerthaus Am Gendarmenmarkt am 11. März 2007, S. 191 – Jürgen B a u m e r t : Grußwort anlässlich der Enthüllung des Max-Planck-Denkmal von Bernhard Heiliger in der Humboldt-Universität zu Berlin am 16. Oktober 2006, S. 195 – Annette V o g t : Sergej Tschachotin an Albert Einstein im Dezember 1933 – ein Zeitdokument, S. 198 – Siegfried G r u n d m a n n : Zum Umgang der DDR mit von den Nazis konfisziertem Eigentum: das Einstein-Haus in Caputh, S. 221 – Walter B o e c k h : Erinnerungen an Max Planck (1858–1947), S. 255 – Lorenz Friedrich B e c k : Neue Quellen zu Max Planck im Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, S. 261 – Karl D o e h r i n g : Chronik des Max-Planck-Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, S. 273 – Sybille G e r s t e n g a r b e : Die wissenschaftshistorischen Seminare der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina, S. 278 – Amtswechsel im Archiv der Max-Planck-Gesellschaft: Marion K a z e m i : Begrüßung, S. 291 – Grußworte: Gerhard E r t l , S. 293, Georg W. K r e u t z b e r g , S. 297, Otto Gerhard O e x l e , S. 298, Bernd E b e r s o l d , S. 300 – Eckart H e n n i n g : Am Wendepunkt, S. 304 – Lorenz Friedrich B e c k : Auf bewährtem Kurs zu neuen Ufern, S. 314.

Band 13 (2007): Vorträge und Aufsätze: Otto Gerhard O e x l e : Das kulturelle Gedächtnis der Wissenschaft. Überlegungen zu Wissenschaftsbildern des 17. und frühen 18. Jahrhunderts, S. 9 – Carsten R e i n h a r d t : Physikalische Methoden in der Chemie um 1960. Implementierung

DAHLEMER ARCHIVGESPRÄCHE

und Strategien ihrer Durchsetzung, S. 29 – Horst K a n t : Von der Lichttherapie zum Zyklotron. Das Institut für Physik im Heidelberger Kaiser-Wilhelm-Institut für medizinische Forschung bis 1945, S. 49 – Günter N a g e l : Die Rüstungsforschung des Heeres 1930–1945 unter der Leitung von Erich Schumann und dessen Einfluss auf die nationalsozialistische Wissenschaftspolitik, S. 93 – Michael E n g e l : Die Gebäude der Freien Universität Berlin 1948–1970 (Dahlem, Steglitz-Lichterfelde). Ein Beitrag zur Bau- und Nutzungsgeschichte, S. 120 – Ariane K n a c k m u ß : Der Club von Berlin. Treffpunkt für die Führungskreise aus Beamtentum, Wirtschaft, Bankwesen und Wissenschaft, S. 154 – Zum 150. Geburtstag Max Plancks am 23. April 2008: Horst A l b a c h : Max Planck als Kanzler des Ordens Pour le mérite für Wissenschaft und Künste, S. 171 – Dokumente und Erinnerungen: Grußworte zur Enthüllung der Gedenktafel am ehemaligen Wohnhaus Adolf von Harnacks in der Berliner Fasanenstraße am 19. Juni 2008, S. 191 – Christoph M a r k s c h i e s , S. 192 – Bischof Wolfgang H u b e r , S. 197 – Siegfried G r u n d m a n n : Zum Umgang der Bundesrepublik Deutschland und von Berlin (West) mit von den Nazis konfisziertem Eigentum: Konten und Wertpapiere von Elsa und Albert Einstein, S. 200 – Hans-Georg P e u k e r t : Meteorologische Forschungen in Danzig. Das Staatliche Observatorium der Freien Stadt Danzig und die Beziehungen zur Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, S. 221 – Lisa N e u m a n n : Stellenwechsel. Erinnerungen an die alte Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft in Göttingen, S. 237 – Edmund M a r s c h : Die Max-Planck-Gesellschaft – nicht immer angepasst, S. 255.

Veröffentlichungen
aus dem
Archiv der Max-Planck-Gesellschaft
Berlin

- Band 1: Henning, Eckart u. Marion Kazemi: Chronik der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. 1988, 152 S., 41 Abb.
- Band 2: Ellwanger, Jutta: Forscher im Bild. Teil I: Wissenschaftliche Mitglieder der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. 1989, 176 S., 154 Abb.
- Band 3: Bergemann, Claudia: Mitgliederverzeichnis der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Teil I: A–K, 1990, 144 S., 10 Abb. – Teil II: L–Z, 1991, 144 S., 12 Abb.
- Band 4: Henning, Eckart u. Marion Kazemi: Chronik der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften unter der Präsidentschaft Otto Hahns (1946–1960). 1992, 160 S., 78 Abb. (vergriffen, wird nicht neu aufgelegt).
- Band 5: Gill, Glenys u. Dagmar Klenke: Institute im Bild. Teil I: Bauten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. 1993, 143 S., 204 Abb.
- Band 6: Hauke, Petra: Bibliographie zur Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (1911–1994). Teilbände I–III, 1994, XIV, 507 S.
- Band 7: Parthey, Heinrich: Bibliometrische Profile von Instituten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (1923–1943). 1995, 218 S.
- Band 8: Ullmann, Dirk: Quelleninventar Max Planck. 1996, 176 S., 8 Abb.
- Band 9: Wegeleben, Christel: Beständeübersicht des Archivs zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft in Berlin-Dahlem. 1997, 332 S.
- Band 10: Kohl, Ulrike: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften im Nationalsozialismus. Quelleninventar. 1997, 253 S., 3 Abb. (vergriffen).
- Band 11: Uebele, Susanne: Institute im Bild. Teil II: Bauten der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. 1998, 292 S., 440 Abb.
- Band 12: Vogt, Annette: Wissenschaftlerinnen in Kaiser-Wilhelm-Instituten. A–Z. 1999, 192 S., 31 Abb.– 2., erw. Aufl. 2008, 250 S., 46 Abb.

- Band 13: Henning, Eckart: Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte Dahlems. 2000, 192 S., 44 Abb. – 2., erw. Aufl. 2004, 256 S., 54 Abb.
- Band 14: Hauke, Petra: Literatur über Max Planck. Bestandsverzeichnis. 2001, 99 S., 14 Abb.
- Band 15: Kazemi, Marion: Nobelpreisträger in der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. 2002, 324 S., 82 Abb.– 2., erw. Aufl. 2006, 336 S., 86 Abb.
- Band 16: Henning, Eckart u. Marion Kazemi: Dahlem – Domäne der Wissenschaft. Dahlem – Domain of Science. Ein Spaziergang zu den Berliner Instituten der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft im ‚deutschen Oxford‘. (3. Aufl.) Deutsch u. englisch. 2002, 256 S., 157 Abb. – 4. erw. u. aktualisierte Aufl. deutsch, 2009, 208 S., 205 Abb.; englisch 2009, 204 S., 205 Abb.
- Band 17: Henning, Eckart: 25 Jahre Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft. Anlässlich des 25jährigen Jubiläums 1978–2003 unter Beteiligung aller Mitarbeiter neu bearbeitet. 2003, 184 S., 54 Abb. – 2., durchges. Aufl. 2005 (vergriffen).
- Band 18: Kinas, Sven: Adolf Butenandt (1903–1995) und seine Schule. 2004, 260 S., 245 Abb.
- Band 19: Henning, Eckart u. Marion Kazemi: Die Harnack-Medaille der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, 1924–2004. 2005, 174 S., 46 Abb. (vergriffen).
- Band 20: Max Planck und die Max-Planck-Gesellschaft. Zum 150. Geburtstag am 23. April 2008 aus den Quellen zsgest. vom Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, hrsg. von Lorenz Friedrich Beck. 2008, 360 S., 109 Abb. – 2., durchges. Aufl. 2009.
- Band 21: Lemke, Dietrich: Im Himmel über Heidelberg. 40 Jahre Max-Planck-Institut für Astronomie in Heidelberg (1969–2009). 2011, 360 S., 169 Abb.
- Band 22 : 100 Jahre Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Institut für Chemie (Otto-Hahn-Institut). Im Auftrag des Direktoriums des Max-Planck-Instituts für Chemie hrsg. von Horst Kant und Carsten Reinhardt. 2012, 384 S., 120 Abb.

